

J. W. Stalin

Werke

4

November 1917 - 1920

HERAUSGEGEBEN
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEE
DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI
DER SOWJETUNION (BOLSCHEWIKI)

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZETRAALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

DIETZ VERLAG BERLIN
1951

INHALT

8	...	Vorwort	
1917			
10	...	Rede auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Finnlands in Helsingfors, 14. November 1917	
13	...	Antwort an die Genossen Ukrainer im Hinterland und an der Front	
17	...	Über die Ukrainische Rada. Rede in der Sitzung des Allrussischen Zentralexekutivkomitees, 14. Dezember 1917	
19	...	Was ist die Ukrainische Rada	
21	...	Über die Unabhängigkeit Finnlands. Referat in der Sitzung des Allrussischen Zentralexekutivkomitees, 22. Dezember 1917 (Zeitungsbericht)	
23	...	Über „Türkisch-Armenien“	
1918			
25	...	Rede in der Sitzung des Zentralkomitees der SDAPR(B) zur Frage des Friedens mit den Deutschen, 11. Januar 1918 (Kurze protokollarische Niederschrift)	
26	...	Über die Kiewer bürgerliche Rada	
27	...	Reden auf dem III. Allrussischen Kongress der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, 10.-18. Januar 1918	
27	...	1. Referat zur nationalen Frage, 15. Januar (Zeitungsbericht)	
28	...	2. Entwurf einer Resolution über die föderalen Einrichtungen der Russischen Republik	
28	...	3. Schlusswort zum Referat über die nationale Frage, 15. Januar (Zeitungsbericht)	
31	...	Fernspruch an das Petersburger Komitee der SDAPR(B), 21. Februar 1918	
32	...	Telegram an das Volkssekretariat der Ukrainischen Sowjetrepublik, 21. Februar 1918	
33	...	Fernspruch über die direkte Leitung an das Volkssekretariat der Ukrainischen Sowjetrepublik, 24. Februar 1918	
35	...	Der ukrainische Knoten	
37	...	Über die Tatarisch-Baschkirische Sowjetrepublik	
38	...	Die Konterrevolutionäre Transkaukasiens unter der Maske des Sozialismus	
46	...	Die Organisation der Russischen Föderativen Republik. Unterredung mit einem Mitarbeiter der Prawda	
50	...	Eine der aktuellen Aufgaben	
52	...	Die allgemeinen Grundsätze der Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik. Entwurf, angenommen von der Kommission des Allrussischen Zentralexekutivkomitees zur Ausarbeitung der Verfassung der Sowjetrepublik	
53	...	Telegramm an den V. Sowjetkongress des Turkestanischen Gebiets, 22. April 1918	

- 54 ... Die Friedensverhandlungen mit der Ukraine. Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Iswestija“
- 56 ... Reden auf der Beratung über die Einberufung des konstituierenden Kongresses der Tatarisch-Baschkirischen Sowjetrepublik, 10. bis 16. Mai 1918
- 56 ... 1. Rede bei der Eröffnung der Beratung, 10. Mai
- 58 ... 2. Rede bei Schluss der Beratung, 16. Mai
- 60 ... Die fällige Lüge
- 61 ... Die Lage im Kaukasus
- 61 ... I. Transkaukasien
- 62 ... II. Der Nordkaukasus
- 64 ... Zur Lage im Kaukasus. Vom Volkskommissariat für die Angelegenheiten der Nationalitäten
- 66 ... Über das Dongebiet und den Nordkaukasus (Tatsachen und Machenschaften)
- 72 ... Telegramm an W.I. Lenin, 7. Juni 1918
- 73 ... Brief an W.I. Lenin, 7. Juli 1918
- 74 ... Brief an W.I. Lenin, 10. Juli 1918
- 75 ... Brief an W.I. Lenin, 4. August 1918
- 77 ... Brief an W.I. Lenin, 31. August 1918
- ... Telegramm an den Vorsitzenden des Allrussischen Zentralexekutivkomitees, Swerdlow, 31. August 1918
- 78 ... Telegramm an den Rat der Volkskommissare, 6. September 1918
- 79 ... Telegram nach Zarizyn an den Frontbefehlshaber Woroschilow, 19. September 1918
- 81 ... An der Südfront. Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Iswestija“
- 82 ... Die Logik der Dinge (Anlässlich der „Thesen“ des ZK der Menschewiki)
- 82 ... I. Über den Oktoberumsturz
- 83 ... II. Über die Diktatur des Proletariats
- 85 ... III. Kleinbürgerlicher Wirrwarr
- 86 ... IV. Und was weiter?
- 88 ... Rede in der Plenarsitzung des Moskauer Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten über die Lage an der Südfront, 29. Oktober 1918 (Zeitungsbericht)

- 89 ... Über den Süden Rußlands. Unterredung mit einem Korrespondenten der „Prawda“
- 91 ... Der Oktoberumsturz (Der 24. und 25. Oktober 1917 in Petrograd)
- 93 ... Der Oktoberumsturz und die nationale Frage
- 93 ... I. Die Februarrevolution und die nationale Frage
- 94 ... II. Die Oktoberrevolution und die nationale Frage
- 96 ... III. Die Weltbedeutung des Oktoberumsturzes
- 99 ... Die Scheidewand
- 100 ... Vergesst den Osten nicht!
- 102 ... Die Ukraine befreit sich
- 103 ... Aus dem Osten kommt das Licht
- 107 ... Die Dinge nehmen ihren Lauf

1919

- 110 ... Brief von der Ostfront an W.I. Lenin, 5. Januar 1919
- 111 ... Faksimile des Briefes J.W. Stalins und F.E. Dzierzynskis an W.I. Lenin vom 5. Januar 1919
- 112 ... Bericht an W.I. Lenin
- 115 ... Rede in der gemeinsamen Sitzung der Partei- und Sowjetorganisationen in Wjatka, 19. Januar 1919 (Protokollarische Niederschrift)
- 116 ... Bericht der vom ZK der Partei und vom Verteidigungsrat eingesetzten Kommission an Genossen Lenin über die Ursachen des Falls von perm 1918
- 116 ... Das Gesamtbild der Katastrophe
- 119 ... Die dritte Armee und die Reserven
- 122 ... Das System der Armeeführung und die Direktiven des Zentrums
- 124 ... Die ungesicherte Lage des rückwärtigen Gebietes und die Tätigkeit der Partei- und Sowjetinstitutionen
- 126 ... Die Versorgungs- und Evakuierungsorgane
- 128 ... Die Gesamtverluste an Material und Menschen
- 128 ... Maßnahmen, die zur Festigung der Front getroffen wurden
- 130 ... Die Politik der Regierung in der nationalen Frage
- 132 ... An die Deputiertensowjets und die Parteiorganisationen Turkestans
- 133 ... Zwei Lager
- 135 ... Unsere Aufgaben im Osten
- 137 ... Das Ergebnis von zwei Jahren
- 140 ... Die Reserven des Imperialismus
- 142 ... Aus der Rede zur militärischen Frage auf dem VIII. Parteitag der KPR(B), 21. März 1919
- 143 ... Über die Reorganisation des Staatlichen Kontrolle. Referat in der Sitzung des Allrussischen Zentralerekutivkomitees, 9. April 1919 (Zeitungsbericht)
- 144 ... Zur Erschießung der 26 Bakuer Genossen durch Agenten des englischen Imperialismus
- 146 ... Telegramm nach Schtschigry an den Außerordentlichen Revisor der Staatlichen Kontrolle, 7. Mai 1919
- 147 ... Fernspruch über die direkte Leitung an W.I. Lenin aus Petrograd, 25. Mai 1919
- 148 ... Telegramm an W.I. Lenin, 16. Juni 1919
- 149 ... Fernspruch über die direkte Leitung an W.I. Lenin aus Petrograd, 18. Juni 1919

- 150 ... Über die Petrograder Front. Unterredung mit einem Korrespondenten der „Prawda“
- 153 ... Brief an W.I. Lenin über die Lage an der Westfront, 11. August 1919
- 155 ... Brief an W.I. Lenin von der Südfront, 15. Oktober 1919
- 157 ... Telegramm an W.I. Lenin, 25. Oktober 1919
- 158 ... Eröffnungsrede auf dem II. Allrussischen Kongress der kommunistischen Organisationen der Völker des Ostens, 22. November 1919
- 159 ... Gruß an Petrograd von der Südfront
- 160 ... Zur militärischen Lage im Süden
- 160 ... I. Die gescheiterten Pläne der Entente
- 161 ... II. Über die Ursachen der Niederlage der Konterrevolution
- 163 ... III. Die jetzige Lage an der Südfront

1920

- 166 ... Befehl an die Arbeiterarmee der Ukraine, 7. März 1920
- 167 ... Reden auf der IV. Konferenz der KP(B) der Ukraine, 17.-23. März 1920
- 167 ... 1. Rede bei der Eröffnung der Konferenz, 17. März
- 167 ... 2. Referat über die Wirtschaftspolitik, 19. März
- 170 ... 3. Schlusswort zum Referat über die Wirtschaftspolitik, 20. März
- 171 ... 4. Rede beim Abschluss der Konferenz, 23. März
- 172 ... Lenin als Organisator und Führer der KPR
- 172 ... I. Lenin als Organisator der Kommunistischen Partei Rußlands
- 172 ... II. Lenin als Führer der Kommunistischen Partei Rußlands
- 177 ... Rede auf der Versammlung im Moskauer Komitee der KPR(B) anlässlich des 50. Geburtstages W.I. Lenins, 23. April 1920
- 179 ... Ein neuer Feldzug der Entente gegen Rußland
- 179 ... I. Die Gesamtlage
- 180 ... II. Das hinterland. Das Gebiet des Hauptangriffs
- 182 ... III. Die Perspektiven
- 184 ... Über die Lage an der Südwestfront. Unterredung mit einem Mitarbeiter der Ukrainischen ROSTA
- 187 ... Telegramm an W.I. Lenin, 25. Juni 1920
- 188 ... Über die Lage an der polnischen Front. Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Prawda“
- 191 ... Wie die Roten Truppen empfangen wurden. Mitteilung an die Zeitung „Krasnoarmejez“
- 192 ... An alle Parteiorganisationen. Entwurf eines Briefes des ZK der KPD(B)
- 193 ... Über die Schaffung von Kampfeserven der Republik
- 193 ... 1. Memorandum an das Politbüro des ZK der KPR(B), 25. August 1920
- 194 ... 2. Erklärung an das Politbüro des ZK der KPR(B), 30. August 1920
- 196 ... Die Politik der Sowjetmacht in der nationalen Frage in Rußland
- 202 ... Rede bei der Eröffnung der I. Allrussischen Beratung der verantwortlichen Funktionäre der Arbeiter- und Bauerninspektion, 15. Oktober 1920
- 205 ... Vom Verfasser. Vorwort zu dem 1920 herausgegebenen Sammelband von Aufsätzen zur nationalen Frage
- 207 ... Über die politische Lage der Republik. Referat auf der regionalen Beratung der kommunistischen Organisationen des Dongebietes und des Kaukasus in Wladikawkas, 27. Oktober 1920
- 211 ... Drei Jahre proletarische Diktatur. Referat in der Festsitzung des Bakuer Sowjets, 6. November 1920

- 217 ... Kongress der Völker Daghestans, 13. November 1920
- 217 ... 1. Deklaration über die sowjetische Autonomie Daghestans
- 218 ... 2. Schlusswort
- 220 Kongress der Völker des Terekgebiets
- 223 ... Die Lage im Kaukasus. Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Prawda“
- 226 ... Es lebe Sowjetarmenien!

- 227 ... Anmerkungen

VORWORT

Im vierten Band der Werke J. W. Stalins haben die Schriften Aufnahme gefunden, die nach der Oktoberrevolution, vom November 1917 bis zum Dezember 1920, geschrieben worden sind.

Die Schriften dieser Periode sind den Fragen der Festigung der sozialistischen Staatsordnung, der nationalen Politik der Sowjetmacht, der Schaffung und Stärkung der Roten Armee, der militärischen Strategie und Taktik in den Jahren der ausländischen militärischen Intervention und des Bürgerkriegs gewidmet.

Die Fragen des Staatsaufbaus und der nationalen Politik der Sowjetmacht werden in den Reden J. W. Stalins auf dem III. Allrussischen Sowjetkongress, in der Unterredung über „Die Organisation der Russischen Föderativen Republik“, in den „Allgemeinen Grundsätzen der Verfassung der RSFSR“, in den Artikeln „Der Oktoberumsturz und die nationale Frage“, „Die Politik der Sowjetmacht in der nationalen Frage in Rußland“ und in anderen Arbeiten entwickelt.

In einer Reihe von Schriften (den Artikeln „Der ukrainische Knoten“, „Über das Dongebiet und den Nordkaukasus“, „Aus dem Osten kommt das Licht“ und anderen) wird der Kampf für die Errichtung der Sowjetmacht beleuchtet; den die Völker der Ukraine, des Kaukasus und der baltischen Länder gegen die ausländischen Eroberer führten.

Der Analyse der Lage an den Bürgerkriegsfronten sind gewidmet: der „Bericht der vom ZK der Partei und vom Verteidigungsrat eingesetzten Kommission an Genossen Lenin über die Ursachen des Falls von Perm im Dezember 1918“, der Entwurf eines Briefes des ZK der KPR(B) „An alle Parteiorganisationen“, die Artikel „Zur militärischen Lage im Süden“, „Ein neuer Feldzug der Entente gegen Rußland“, die militärischen Übersichten über die Frontlage bei Zarizyn, Petrograd und im Südwesten sowie eine Reihe von Briefen und Telegrammen an W. I. Lenin.

In den Berichten J.W. Stalins „Über die politische Lage der Republik“, „Drei Jahre proletarische Diktatur“ wird das Fazit des Kampfes und des Sieges des Sowjetvolkes im Bürgerkrieg gezogen.

Ferner sind in dem Band veröffentlicht: der Artikel „Lenin als Organisator und Führer der KPR“ und die Rede auf der Versammlung im Moskauer Komitee der KPR(B) anlässlich des 50. Geburtstags W. I. Lenins, in denen das Bild des großen Lenin gezeichnet wird.

Zum ersten Mal veröffentlicht werden in diesem Band: ein Brief J. W. Stalins an W. I. Lenin aus Zarizyn (Juli 1918), ein Brief über die Lage an der Westfront (August 1919), ein Memorandum und eine Erklärung an das ZK der Partei betreffend die Schaffung von Kampfesreserven der Republik (August 1920) sowie andere Dokumente.

Zahlreiche Telegramme, Briefe, Niederschriften von Gesprächen über die direkte Leitung, Befehle und andere operative Dokumente sowie Begrüßungsschreiben an einzelne Truppenverbände, Soldaten und Kommandeure der Roten Armee sind in den Band nicht aufgenommen worden.

Alle Daten bis zum Augenblick des Übergangs zum neuen Kalender (bis zum 14. Februar 1918) werden nach dem alten Kalender gegeben.

Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der KPdSU(B)

1917

REDE AUF DEM PARTEITAG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI FINNLANDS IN HELSINGFORS

14. November 1917

Genossen!

Ich bin zu Ihnen delegiert worden, um Sie im Namen der Arbeiterrevolution in Rußland, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung in ihren Grundfesten erschüttert, zu begrüßen. Ich bin zu Ihnen gekommen, um Ihren Parteitag im Namen der Arbeiter- und Bauernregierung Rußlands, im Namen des Rates der Volkskommissare, der im Feuer dieser Revolution geboren wurde, zu begrüßen.

Aber nicht nur zur Begrüßung bin ich zu Ihnen gekommen. Vor allem möchte ich Ihnen die freudige Kunde von den Siegen der russischen Revolution, von der Desorganisation ihrer Feinde bringen; ich möchte Ihnen mitteilen, dass in der Atmosphäre des in den letzten Zügen liegenden imperialistischen Krieges die Chancen der Revolution von Tag zu Tag wachsen.

Die Knechtung durch die Gutsherren ist gebrochen, denn die Macht im Dorfe ist in die Hände der Bauernschaft übergegangen. Die Macht der Generale ist gebrochen, denn die Macht in der Armee ist in den Händen der Soldaten konzentriert. Die Kapitalisten sind gebändigt, denn die Arbeiterkontrolle über die Fabriken, Werke und Banken wird in schnellem Tempo eingeführt. Das ganze Land, die Städte wie die Dörfer, das Hinterland wie die Front, ist mit revolutionären Komitees der Arbeiter, Soldaten und Bauern übersät, die die Zügel der Verwaltung in ihre Hände nehmen.

Man wollte uns Angst machen mit Kerenski und mit den konterrevolutionären Generalen, aber Kerenski wurde davongejagt, und die Generale werden von den Soldaten und den Kosaken, die ebenfalls mit den Forderungen der Arbeiter und Bauern solidarisch sind, in Schach gehalten.

Man wollte uns Angst machen mit dem Hunger, man prophezeite, dass die Sowjetmacht in den Fängen der Ernährungskatastrophe zugrunde gehen werde. Es genügte aber, dass wir die Spekulanten bändigten, es genügte, dass wir uns an die Bauern wandten, und das Getreide strömte in Hunderttausenden von Pud in die Städte.

Man wollte uns Angst machen mit der Zerrüttung des Staatsapparats, mit der Beamtensabotage und anderem mehr. Wir wussten auch selbst, dass die neue, die sozialistische Regierung nicht in der Lage sein würde, den alten, den bürgerlichen Staatsapparat einfach zu übernehmen und ihn zu ihrem eigenen zu machen. Es genügte aber, die Erneuerung des alten Apparats und seine Reinigung von gesellschaftsfeindlichen Elementen in Angriff zu nehmen, und die Sabotage begann zu schwinden.

Man wollte uns Angst machen mit den „Überraschungen“ des Krieges, mit eventuellen Komplikationen von Seiten der imperialistischen Cliques im Zusammenhang mit unserem Angebot eines demokratischen Friedens. Und tatsächlich bestand eine Gefahr, eine tödliche Gefahr. Sie bestand jedoch nach der Besetzung von Ösel^[1], als die Kerenskiregierung ihre Flucht nach Moskau und die Preisgabe Petrograds vorbereitete, während die englischen und die deutschen Imperialisten über einen Frieden auf Kosten Rußlands verhandelten. Auf der Basis eines solchen Friedens hätten die Imperialisten tatsächlich die Sache der russischen und vielleicht auch der internationalen Revolution zugrunde richten können. Die Oktoberrevolution kam jedoch zur rechten Zeit. Sie nahm die Sache des Friedens in ihre eigenen Hände, sie schlug dem internationalen Imperialismus die gefährlichste Waffe aus der Hand und bewahrte damit die Revolution vor einer tödlichen Gefahr. Die alten Wölfe des Imperialismus hatten nur die Wahl: entweder sich mit der in allen Ländern auflodernden revolutionären Bewegung abzufinden und den Frieden zu akzeptieren oder den Kampf durch

Tortsetzung des Krieges weiterzuführen. Aber den Krieg im vierten Jahr weiterführen, da die ganze Welt in den Fängen des Krieges zu ersticken droht, da der „bevorstehende“ Winterfeldzug unter den Soldaten aller Länder einen Sturm der Entrüstung hervorruft, da die schmutzigen Geheimverträge schon veröffentlicht sind - den Krieg unter solchen Bedingungen weiterführen bedeutet, sich selbst zum sicheren Misserfolg zu verurteilen. Die alten Wölfe des Imperialismus haben sich diesmal verrechnet. Und gerade deshalb schrecken uns die „Überraschungen“ von Seiten Angst der Imperialisten nicht.

Man wollte uns schließlich Angst machen mit dem Zerfall Rußlands, mit seiner Zersplitterung in zahlreiche unabhängige Staaten und spielte dabei darauf an, dass die Verkündung des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung durch den Rat der Volkskommissare ein „verhängnisvoller Fehler“ sei. Ich muss jedoch auf das kategorischste erklären, dass wir keine Demokraten wären (ich spreche schon gar nicht vom Sozialismus!), wenn wir den Völkern Rußlands nicht das Recht auf freie Selbstbestimmung zuerkennen würden. Ich erkläre, dass wir Verräter am Sozialismus wären, wenn wir nicht alle Maßnahmen ergreifen würden, um das brüderliche Vertrauen zwischen den Arbeitern Finnlands und Rußlands wiederherzustellen. Aber jeder weiß, dass die Wiederherstellung dieses Vertrauens ohne die entschiedene Anerkennung des Rechts des finnischen Volkes auf freie Selbstbestimmung undenkbar ist. Wichtig ist hierbei, dass die Anerkennung dieses Rechts nicht nur in Worten, und sei es auch offiziell, erfolgt. Wichtig ist, dass diese Anerkennung in Worten vom Rat der Volkskommissare durch die Tat bekräftigt, dass sie ohne Schwanken verwirklicht wird. Denn die Zeit der Worte ist vorbei. Denn die Zeit ist gekommen, wo die alte Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ in die Tat umgesetzt werden muss.

Volle Freiheit für das finnische Volk wie auch für die anderen Völker Rußlands, ihr Leben selbst zu gestalten! Ein freiwilliges und ehrliches Bündnis des finnischen Volkes mit dem russischen Volk! Keine Bevormundung, keine Beaufsichtigung des finnischen Volkes von oben! Das sind die Grundsätze der Politik des Rates der Volkskommissare.

Nur durch eine solche Politik kann das gegenseitige Vertrauen der Völker Rußlands hergestellt werden. Nur auf der Grundlage eines solchen Vertrauens kann der Zusammenschluss der Völker Rußlands zu einer Armee durchgeführt werden. Nur durch einen solchen Zusammenschluss können die Errungenschaften der Oktoberrevolution gesichert, kann die Sache der internationalen sozialistischen Revolution vorangetrieben werden.

Das ist es, warum wir jedesmal lächeln, wenn im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Idee des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung vom unvermeidlichen Zerfall Rußlands geredet wird.

Das sind die Schwierigkeiten, mit denen uns die Feinde Angst machen wollten und auch weiterhin Angst machen wollen, die wir aber in dem Maße überwinden werden, wie die Revolution anwachsen wird.

Genossen! Uns ist bekannt geworden, dass Ihr Land ungefähr dieselbe Machtkrise durchmacht, wie sie Rußland am Vorabend der Oktoberrevolution durchgemacht hat. Uns ist bekannt geworden, dass man Ihnen ebenfalls mit dem Hunger, der Sabotage und anderem mehr droht. Erlauben Sie mir, Ihnen an Hand der Erfahrungen, die uns die Praxis der revolutionären Bewegung in Rußland geliefert hat, zu erklären, dass diese Gefahren, selbst wenn sie real sein sollten, durchaus nicht unüberwindlich sind. Diese Gefahren kann man überwinden, wenn man entschlossen und ohne Schwanken handelt. In der Atmosphäre des Krieges und der Zerrüttung, in der Atmosphäre der auflodernden revolutionären Bewegung im Westen und der zunehmenden Siege der Arbeiterrevolution in Rußland gibt es keine Gefahren und Schwierigkeiten, die Ihrem Ansturm standhalten könnten. In einer solchen Atmosphäre kann sich nur eine Macht behaupten und siegen, die sozialistische Macht. In einer solchen Atmosphäre taugt nur eine einzige Taktik, die Taktik Dantons: Kühnheit, Kühnheit und abermals Kühnheit!

Und wenn Sie unsere Hilfe brauchen - wir werden sie Ihnen zuteil werden lassen und Ihnen brüderlich die Hand reichen.
Dessen können Sie gewiss sein.

*„Prawda“ Nr. 191,
16. November 1917.*

ANTWORT AN DIE GENOSSEN UKRAINER IM HINTERLAND UND AN DER FRONT

Seit dem Tage der Zuspitzung der Beziehungen zur Ukrainischen Rada^[2] erhalte ich von ukrainischen Genossen eine Menge Resolutionen und Briefe zur Frage des Konflikts mit der Rada. Auf jede Resolution und auf jeden Brief einzeln zu antworten, halte ich für unmöglich und überflüssig, da diese Resolutionen und Briefe einander fast immer wiederholen. Deswegen habe ich mich entschlossen, die am häufigsten vorkommenden Fragen aus ihnen herauszugreifen und sie mit einer Bestimmtheit zu beantworten, die keinerlei Zweifel übrig lässt. Sie, diese Fragen, sind allen bekannt:

1. Wie kam es zum Konflikt,
2. wegen welcher Punkte kam es zum Konflikt,
3. welche Maßnahmen sind notwendig, um den Konflikt auf friedlichem Wege beizulegen,
4. wird es wirklich zum Blutvergießen zwischen Brudervölkern kommen?

Dann wird allgemein die Zuversicht ausgesprochen, dass der Konflikt zwischen den beiden Brudervölkern friedlich, ohne Blutvergießen, beigelegt werden wird.

Vor allem muss eine gewisse Begriffsverwirrung bei den Genossen Ukrainern festgestellt werden. Sie stellen bisweilen den Konflikt mit der Rada als einen Konflikt zwischen dem ukrainischen und dem russischen Volk hin. Das ist aber nicht richtig. Zwischen dem ukrainischen und dem russischen Volk gibt es keinen Konflikt und kann es keinen geben. Das ukrainische und das russische Volk bestehen ebenso wie die übrigen Völker Rußlands aus Arbeitern und Bauern, aus Soldaten und Matrosen. Sie alle haben gemeinsam gegen den Zarismus und das Kerenskieregime, gegen Gutsbesitzer und Kapitalisten, gegen Krieg und Imperialismus gekämpft. Sie alle haben gemeinsam ihr Blut für Boden und Frieden, für Freiheit und Sozialismus vergossen. Im Kampf gegen Gutsbesitzer und Kapitalisten sind sie alle Brüder und Genossen. Im Kampf für ihre ureigensten Interessen gibt es zwischen ihnen keinen Konflikt und kann es keinen geben. Natürlich ist es für die Feinde der Werktätigen von Nutzen, den Konflikt mit der Rada als einen Konflikt zwischen dem russischen und dem ukrainischen Volk hinzustellen, denn mit einer solchen Darstellung wird man die Arbeiter und Bauern der Brudervölker zur Freude der Unterdrücker dieser Völker am leichtesten gegeneinander aufhetzen können. Aber ist es denn für denkende Arbeiter und Bauern schwer zu begreifen, dass das, was den Unterdrückern der Völker Nutzen bringt, den Völkern schädlich ist?

Es handelt sich um einen Konflikt nicht zwischen den Völkern Rußlands und der Ukraine, sondern zwischen dem Rat der Volkskommissare und dem Generalsekretariat der Rada.

Um welche Fragen handelt es sich bei dem Konflikt?

Man sagt, es gehe bei dem Konflikt um die Frage des Zentralismus und der Selbstbestimmung, der Rat der Volkskommissare verwehre es dem ukrainischen Volk, die Macht in seine Hände zu nehmen und sein Schicksal frei zu bestimmen. Trifft das zu? Nein, das trifft nicht zu. Der Rat der Volkskommissare setzt sich gerade dafür ein, dass die gesamte Macht in der Ukraine dem ukrainischen Volk, das heißt den ukrainischen Arbeitern und Soldaten, Bauern und Matrosen, gehören soll. Sowjetmacht, das heißt die Macht der Arbeiter und Bauern, der Soldaten und Matrosen, eine Macht ohne Gutsbesitzer und Kapitalisten - das eben ist die Volksmacht, für die der Rat der Volkskommissare kämpft. Eine solche Macht will das Generalsekretariat nicht, denn es will nicht ohne Gutsbesitzer und Kapitalisten auskommen. Darin, und nicht im Zentralismus, liegt das ganze Wesen der Frage.

Der Rat der Volkskommissare stand von Anfang an und steht auch weiterhin auf dem Standpunkt der freien Selbstbestimmung. Er hat nicht einmal etwas dagegen, dass sich das ukrainische Volk als ein unabhängiger Staat absondert. Das hat er mehrmals offiziell erklärt. Aber wenn die Selbstbestimmung des Volkes mit der Selbstherrschaft Kaledins verwechselt wird, wenn das Generalsekretariat der Rada versucht, das konterrevolutionäre Wüten der

Kosakengenerale als Ausdruck der Selbstbestimmung des Volkes hinzustellen - dann kann der Rat der Volkskommissare nicht umhin zu bemerken, dass das Generalsekretariat mit der Selbstbestimmung ein falsches Spiel treibt und durch dieses Spiel sein Bündnis mit Kaledin und Rodsjanko zu verdecken sucht. Wir sind für die Selbstbestimmung der Völker, aber wir sind dagegen, dass unter der Flagge der Selbstbestimmung die Selbstherrschaft Kaledins, der gestern noch seine Stimme für die Erdrosselung Finnlands erhoben hat, eingeschmuggelt wird. Es wird gesagt, der Konflikt sei um die Frage der Ukrainischen Republik entbrannt, der Rat der Volkskommissare erkenne die Ukrainische Republik nicht an. Trifft das zu? Nein, das trifft nicht zu. Der Rat der Volkskommissare hat in dem „Ultimatum“ und in der „Antwort“ an den ukrainischen Stab in Petrograd^[3] die Ukrainische Republik offiziell anerkannt. Er ist bereit, jedes beliebige nationale Gebiet Rußlands als Republik anzuerkennen, wenn die werktätige Bevölkerung des betreffenden Gebiets das wünscht. Er ist bereit, die föderative Gestaltung des politischen Lebens unseres Landes anzuerkennen, wenn die werktätige Bevölkerung der Gebiete Rußlands das wünscht. Aber wenn man die Volksrepublik mit der Militärdiktatur Kaledins verwechselt, wenn das Generalsekretariat der Rada die Monarchisten Kaledin und Rodsjanko als Stützen der Republik hinzustellen versucht, dann kann der Rat der Volkskommissare nicht umhin zu bemerken, dass das Generalsekretariat mit der Republik ein falsches Spiel treibt und durch dieses Spiel seine völlige Abhängigkeit von den monarchistischen Geldsäcken zu verdecken sucht. Wir sind für die Ukrainische Republik, aber wir sind dagegen, dass unter der Flagge der Republik die Erzfeinde des Volkes, die Monarchisten Kaledin und Rodsjanko, die gestern noch für die Wiederherstellung des alten Regimes und die Wiedereinführung der Todesstrafe für die Soldaten eintraten, Deckung finden.

Nein, die Fragen des Zentralismus und der Selbstbestimmung stehen in keiner Beziehung zu dem Konflikt mit der Rada. Nicht um diese Fragen ist der Streit entbrannt. Zentralismus und Selbstbestimmung sind vom Generalsekretariat nur künstlich in diese Sache hineingezogen worden, als eine strategische Finte, darauf berechnet, den ukrainischen Massen die wirklichen Ursachen des Konflikts zu verheimlichen.

Der Konflikt entstand nicht im Zusammenhang mit der Frage des Zentralismus und der Selbstbestimmung, sondern im Zusammenhang mit folgenden drei konkreten Fragen:

Erste Frage. Der Konflikt begann mit den Frontbefehlen des Mitglieds des Generalsekretariats Petljura, die eine völlige Zerrüttung der Front nach sich zu ziehen drohten. Ohne Rücksicht auf das Hauptquartier und die Interessen der Front, ohne Rücksicht auf die Friedensverhandlungen und die Sache des Friedens überhaupt begann Petljura, in seinen Befehlen den Abzug aller ukrainischen Einheiten der Armee und der Flotte nach der Ukraine anzuordnen. Man kann sich leicht vorstellen, dass die Front im Nu zusammengebrochen wäre, wenn die ukrainischen Einheiten den Befehlen Petljuras Folge geleistet hätten: die ukrainischen Truppen im Norden wären nach dem Süden, die nichtukrainischen Truppen im Süden nach dem Norden gezogen, die übrigen Nationalitäten wären ebenfalls „in Richtung Heimat“ aufgebrochen, die Eisenbahnen wären ausschließlich mit dem Transport von Soldaten und Kriegsgerät beschäftigt gewesen, es wäre kein Proviant an die Front gelangt, denn es wären keine Transportmittel für ihn da gewesen - und von der Front wäre nichts übrig geblieben. Damit wäre die Sache des Waffenstillstands und des Friedens von Grund aus erschüttert worden. Es braucht nicht betont zu werden, dass der Platz des ukrainischen Soldaten in normalen Zeiten vor allem bei sich zu Hause, in der Ukraine, ist. Es braucht nicht betont zu werden, dass die „Nationalisierung“ der Armee eine annehmbare und wünschenswerte Sache ist. Dies wurde vom Rat der Volkskommissare mehrere Male offiziell erklärt. Aber unter den Verhältnissen des Krieges, wenn der Frieden noch nicht gesichert und die Front nicht nach nationalen Gesichtspunkten gegliedert ist, wenn wegen der Schwäche unseres Verkehrswesens eine unverzügliche „Nationalisierung“ der Armee die Gefahr in sich birgt, dass die Soldaten weglaufen, die Front zusammenbricht, der Frieden und der

Waffenstillstand vereitelt werden - unter diesen Verhältnissen, das braucht wohl nicht betont zu werden, konnte von einem unverzüglichen Abzug der nationalen Einheiten gar keine Rede sein. Ich weiß nicht, ob sich Petljura darüber im Klaren war, dass er mit seinen unsinnigen Befehlen die Front desorganisiert und den Frieden hintertreibt. Die ukrainischen Soldaten und Matrosen haben das jedenfalls sofort begriffen, denn mit geringen Ausnahmen haben sie sich alle geweigert, Petljura zu gehorchen, und bleiben bis zum Abschluss des Friedens auf ihren Posten. Damit haben die ukrainischen Soldaten die Sache des Friedens gerettet, und die Frage der unüberlegten Befehle Petljuras hat vorläufig ihre außerordentliche Schärfe verloren.

Zweite Frage. Der Konflikt, der durch die Befehle Petljuras ausgelöst wurde, erfuhr durch die Politik des Generalsekretariats der Rada, das mit der Entwaffnung der Deputiertensowjets der Ukraine begann, eine Verschärfung. Abteilungen des Generalsekretariats überfielen nachts in Kiew Sowjettruppen und entwaffneten sie. Ähnliche Überfälle versuchte man auch in Odessa und in Charkow, aber diese Versuche scheiterten, da sie auf Widerstand stießen. Uns ist jedoch aus zuverlässigen Quellen bekannt, dass das Generalsekretariat Truppen gegen Odessa und Charkow zusammenzieht, um die Sowjettruppen zu entwaffnen. Uns ist aus zuverlässigen Quellen bekannt, dass die Sowjettruppen in einer ganzen Reihe anderer, weniger bedeutender Städte schon entwaffnet und „nach Hause geschickt“ worden sind. Also hat sich das Generalsekretariat der Rada das Ziel gesetzt, die von Kornilow und Kaledin, Alexejew und Rodsjanko geplante Entwaffnung der Sowjets durchzuführen. Aber die Sowjets sind der Hort und die Hoffnung der Revolution. Wer die Sowjets entwaffnet, der entwaffnet die Revolution, der richtet die Sache des Friedens und der Freiheit zugrunde, der verrät die Sache der Arbeiter und Bauern. Die Sowjets haben Rußland vor dem Kornilowjoch gerettet. Die Sowjets haben Rußland vor der Kerenskischmach gerettet. Die Sowjets haben den Völkern Rußlands Boden und Waffenstillstand erkämpft. Die Sowjets, und nur sie allein, sind imstande, die Volksrevolution zum vollen Sieg zu führen. Deswegen hilft jeder, der die Hand gegen die Sowjets erhebt, den Gutsbesitzern und Kapitalisten, die Arbeiter und Bauern ganz Rußlands zu würgen, deswegen hilft er den Kaledin und Alexejew, ihre „eiserne“ Macht über die Soldaten und Kosaken zu festigen.

Man sage uns nicht, dass im Generalsekretariat Sozialisten säßen, dass sie deshalb die Sache des Volkes nicht verraten könnten. Auch Kerenski nennt sich Sozialist, und trotzdem ließ er gegen das revolutionäre Petrograd Truppen marschieren. Goz nennt sich Sozialist, und trotzdem schickte er Offizierschüler und Offiziere gegen die Petrograder Soldaten und Matrosen vor. Sawinkow und Awxentjew nennen sich Sozialisten, und trotzdem führten sie an der Front die Todesstrafe für Soldaten ein. Sozialisten darf man nicht nach ihren Worten, man muss sie nach ihren Taten beurteilen. Das Generalsekretariat desorganisiert und entwaffnet die Sowjets der Ukraine und erleichtert es damit Kaledin, ein Blutregime am Don und im Kohlenbecken zu errichten - das ist eine Tatsache, die man unmöglich mit irgendwelchen sozialistischen Flaggen verdecken kann. Eben deswegen stellt der Rat der Volkskommissare fest, dass die Politik des Generalsekretariats eine konterrevolutionäre Politik ist. Eben deswegen hofft der Rat der Volkskommissare, dass die ukrainischen Arbeiter und Soldaten, die in Rußland in den ersten Reihen für die revolutionäre Sowjetmacht gekämpft haben, es verstehen werden, ihr Generalsekretariat zur Ordnung zu rufen oder im Interesse des Friedens zwischen den Völkern ein neues Generalsekretariat zu wählen.

Es wird vom „Austausch“ der Truppenteile zwischen der Ukraine und Rußland, von der Abgrenzung und anderem gesprochen. Der Rat der Volkskommissare ist sich über die Notwendigkeit der Abgrenzung völlig im Klaren. Aber die Abgrenzung muss in brüderlicher, gütlicher Weise, auf Grund eines Abkommens erfolgen, nicht aber gewaltsam, nach dem „Prinzip“: „Raube, was du rauben kannst“, „Entwaffne, wen du entwaffnen kannst“, wie dies jetzt das Generalsekretariat tut, indem es sich der Lebensmittel bemächtigt, die Frachten beschlagnahmt und die Armee zum Hungern und Frieren verurteilt.

Dritte Trage. Der Konflikt erreichte seinen Höhepunkt, als sich das Generalsekretariat glattweg weigerte, die revolutionären Truppen der Sowjets gegen Kaledin durchzulassen. Abteilungen des Generalsekretariats halten die Züge mit revolutionären Truppen an, reißen die Schienen auf, drohen mit Eröffnung des Feuers und erklären, dass sie keine „fremden“ Truppen durch ihr Gebiet hindurch lassen könnten. Die russischen Soldaten also, die gestern noch gemeinsam mit den Ukrainern gegen die Henkergenerale, die die Ukraine zu erdrosseln trachten, gekämpft haben - sie sollen jetzt auf einmal „Fremde“ sein! Und das zu einer Zeit, da dasselbe Generalsekretariat Kaledins Kosakentruppen und die konterrevolutionären Offiziere, die von allen Seiten Kaledin zuströmen, ungehindert durch sein Territorium nach Rostow marschieren lässt!

Die Soldateska Kornilows und Kaledins spießt die Rostower Rotgardisten auf, das Generalsekretariat der Rada jedoch hindert uns daran, unseren Genossen in Rostow zu helfen! Kaledins Offiziere erschießen unsere Genossen in den Bergwerken, das Generalsekretariat jedoch hindert uns daran, den Genossen Bergarbeitern die helfende Hand zu reichen! Darf man sich da wundern, dass der gestern noch aufs Haupt geschlagene Kaledin heute immer weiter nach Norden vorstößt, das Donezbecken an sich reißt und Zarizyn bedroht? Ist es nicht klar, dass das Generalsekretariat mit Kaledin und Rodsjanko im Bunde steht? Ist es nicht klar, dass das Generalsekretariat das Bündnis mit der Kornilowbande einem Bündnis mit dem Rat der Volkskommissare vorzieht?

Es wird von der Notwendigkeit einer Verständigung zwischen dem Rat der Volkskommissare und dem Generalsekretariat der Rada gesprochen. Aber ist es denn schwer zu begreifen, dass eine Verständigung mit dem jetzigen Generalsekretariat eine Verständigung mit Kaledin und Rodsjanko wäre? Ist es denn schwer zu begreifen, dass der Rat der Volkskommissare nicht Selbstmord begehen kann? Nicht dazu haben wir die Revolution gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten begonnen, um sie durch ein Bündnis mit Henkern vom Schläge Kaledins zu beenden. Nicht dafür haben die Arbeiter und Soldaten ihr Blut vergossen, um sich den Alexejew und Rodsjanko auf Gnade oder Ungnade zu ergeben.

Eins von beiden:

Entweder die Rada bricht mit Kaledin, reicht den Sowjets die Hand und gibt den revolutionären Truppen den Weg gegen das Nest der Konterrevolution am Don frei - und dann werden die Arbeiter und Soldaten der Ukraine und Rußlands ihr revolutionäres Bündnis mit einer neuen Welle der Verbrüderung bekräftigen;

oder die Rada will nicht mit Kaledin brechen und gibt den revolutionären Truppen nicht den Weg frei - und dann wird das Generalsekretariat der Rada das erreichen, was die Feinde des Volkes vergeblich erstrebten, das heißt, es wird zwischen den Brudervölkern zum Blutvergießen kommen.

Es hängt von dem Bewusstsein und dem revolutionären Geist der ukrainischen Arbeiter und Soldaten ab, ihr Generalsekretariat zur Ordnung zu rufen oder im Interesse einer friedlichen Beilegung des gefährlichen Konflikts ein neues Generalsekretariat zu wählen.

Es hängt von der Standhaftigkeit und der Entschlossenheit der ukrainischen Arbeiter und Soldaten ab, das Generalsekretariat zu einer entschiedenen Äußerung darüber zu zwingen, für welches Bündnis es jetzt ist: für das Bündnis mit Kaledin und Rodsjanko gegen die Revolution oder für ein Bündnis mit dem Rat der Volkskommissare gegen die Konterrevolution der Kadetten und Generale.

Die Sache der friedlichen Beilegung des Konflikts liegt in den Händen des ukrainischen Volkes.

Volkskommissar J. Stalin
12. Dezember 1917.

ÜBER DIE UKRAINISCHE RADA

Rede in der Sitzung des Allrussischen Zentralexekutivkomitees
14. Dezember 1917

Es mag seltsam erscheinen, dass der Rat der Volkskommissare, der sich stets entschieden für das Prinzip der Selbstbestimmung eingesetzt hat, mit der Rada, die ebenfalls vom Prinzip der Selbstbestimmung ausgeht, in Konflikt gekommen ist. Um zu verstehen, wie es zu diesem Konflikt gekommen ist, ist es notwendig, nach der politischen Physiognomie der Rada zu fragen.

Die Rada geht von dem Prinzip der Teilung der Macht zwischen der Bourgeoisie einerseits und dem Proletariat und der Bauernschaft andererseits aus. Die Sowjets hingegen lehnen eine solche Teilung ab und geben alle Macht dem Volke, unter Ausschluss der Bourgeoisie. Deshalb stellt die Rada auch der Losung „Alle Macht den Sowjets“ (das heißt dem Volke) ihre Losung „Alle Macht den städtischen und ländlichen Selbstverwaltungsorganen“ (das heißt dem Volke und der Bourgeoisie) entgegen.

Man sagt, der Konflikt sei aus der Frage der Selbstbestimmung erwachsen. Das stimmt aber nicht. Die Rada beantragt, in Rußland eine föderative Ordnung zu errichten. Der Rat der Volkskommissare aber geht weiter als die Rada, und zwar bis zum Recht auf Lostrennung. Folglich besteht die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Rat der Volkskommissare und der Rada nicht in dieser Frage. Völlig unrichtig ist auch die Behauptung der Rada, der Zentralismus bilde einen Punkt der Meinungsverschiedenheit. Die Gebietszentren, die nach dem Muster der Räte der Volkskommissare aufgebaut sind (Sibirien, Bjelorußland, Turkestan), haben den Rat der Volkskommissare um Direktiven ersucht. Der Rat der Volkskommissare hat darauf geantwortet: Ihr seid selbst die Macht am Orte, und ihr müsst auch selbst die Direktiven ausarbeiten; folglich besteht nicht hierin die Meinungsverschiedenheit. Zu einer wirklichen Meinungsverschiedenheit zwischen dem Rat der Volkskommissare und der Rada ist es in folgenden drei Punkten gekommen:

Erste Frage: die Zusammenziehung der ukrainischen Truppen an der Südfront. Es unterliegt keinem Zweifel, dass nationale Truppen ihr Territorium am besten verteidigen können. Aber gegenwärtig ist unsere Front nicht nach nationalen Gesichtspunkten gegliedert. Die Umgliederung der Front nach Nationalitäten würde bei dem zerrütteten Verkehrswesen zum völligen Zerfall der Front führen. Dadurch würde die Sache des Friedens untergraben. Die ukrainischen Soldaten zeigten sich vernünftiger und redlicher als das Generalsekretariat, denn die Mehrheit der ukrainischen Truppen hat es abgelehnt, den Befehlen der Rada Folge zu leisten.

Zweite Frage: die Entwaffnung der sowjetischen Truppen in der Ukraine. Die Ukrainische Rada, die die Interessen der ukrainischen Gutsbesitzer und Bourgeois verteidigt, versetzt der Revolution durch die Entwaffnung der Sowjettruppen einen Schlag. Das diesbezügliche Vorgehen der Rada unterscheidet sich im Wesentlichen in nichts von den Handlungen Kornilows und Kaledins. Es erübrigt sich zu betonen, dass der Rat der Volkskommissare diese konterrevolutionäre Politik der Rada mit aller Kraft bekämpfen wird.

Und schließlich die dritte Frage: die Verwehrung des Durchmarschs der Sowjettruppen gegen Kaledin, um den sich alle konterrevolutionären Kräfte Rußlands geschart haben. Die Verwehrung des Durchmarschs der sowjetischen Truppen wurde von der Rada mit „Neutralität“ gegenüber dem „in Selbstbestimmung machenden“ Kaledin motiviert. Aber hier unterschiebt die Rada der Selbstbestimmung der werktätigen Kosakenschaft betrügerisch die Selbstherrschaft Kaledins. Dadurch, dass die Rada dem Durchmarsch der Sowjettruppen Hindernisse in den Weg legt, hilft sie Kaledin bei seinem Vormarsch nach Norden. Gleichzeitig lässt die Rada die Kosakenverbände Kaledins frei zum Don durchmarschieren. In dem Augenblick, da man Genossen von uns in Rostow und im Donezbecken erschießt,

hindert uns die Rada, ihnen Hilfe zu schicken. Es erübrigt sich zu sagen, dass dieses verräterische Verhalten der Rada nicht geduldet werden darf.

Der Rat der Volkskommissare kann nicht auf den Kampf gegen Kaledin verzichten. Das konterrevolutionäre Nest Kaledins muss zerstört werden. Das ist unumgänglich. Will die Rada unseren Vormarsch gegen Kaledin dadurch verhindern, dass sie sich schützend vor ihn stellt, so treffen die Schläge, die gegen Kaledin gerichtet sind, die Rada selbst. Der Rat der Volkskommissare wird nicht vor einem entschiedenen Kampf gegen die Rada haltmachen, denn es ist für ihn kein Geheimnis, dass die Rada mit Kaledin in einem geheimen Bunde steht. Der Rat der Volkskommissare hat ein chiffriertes Telegramm aufgefangen, aus dem hervorgeht, dass die Rada zwecks Verschleppung des Friedens bis zum Frühjahr unmittelbar mit der französischen Mission und über die französische Mission mit Kaledin in Verbindung steht. Dieses Bündnis ist gegen den Frieden und gegen die Revolution gerichtet. Dieses Bündnis wird und muss zunichte gemacht werden.

Man wirft uns vor, dass wir eine entschlossene Politik gegen die Rada durchführen. Aber gerade diese entschlossene Politik hat das bourgeoise Wesen der Rada aufgedeckt und somit den ukrainischen Arbeitern und Bauern die Augen geöffnet. Das ist schon aus einem Telegramm über die Bildung einer neuen ukrainischen revolutionären Regierung^[4] in der Ukraine zu ersehen, die die Sowjetmacht anerkennt und sich gegen die bürgerliche Rada wendet. (*Beifall.*)

„Iswestija“ Nr. 254,
17. Dezember 1917.

WAS IST DIE UKRAINISCHE RADA?

Nachstehend findet der Leser ein durch die Sowjetmacht aufgefangenes chiffriertes Telegramm, das die wirkliche Natur der Rada und die wahren Absichten der Militärmissionen „unserer Verbündeten“ in der Frage des Friedens enthüllt. Aus dem Telegramm ist zu ersehen, dass zwischen der französischen Mission und der Rada schon ein gewisses Bündnis zustande gekommen ist, wobei „die Beamten der französischen Mission in unmittelbarer Fühlung mit der Rada arbeiten“. Aus dem Telegramm ist weiter zu ersehen, dass dieses Bündnis das Ziel hat, „bis zum Februar oder März den Anschein einer russischen Front aufrechtzuerhalten und den endgültigen Abschluss des Waffenstillstands bis zum Frühjahr zu verschleppen“. Und schließlich ist aus dem Telegramm zu ersehen, dass die französische Mission „ein Abkommen mit dem Heeresrat der Kosaken“ (das heißt mit der „Regierung“ Kaledins) über „die Versorgung der Rumänischen Front und der Südwestfront (beide Fronten sollen laut Plan von der Rada besetzt werden. J. St.) mit Kohle und Lebensmitteln“ abgeschlossen hat.

Kurzum: Wie sich herausstellt, besteht ein Bündnis zwischen der Rada, Kaledin und der französischen Militärmission über die Hintertreibung des Friedens, über seine „Verschleppung“ „bis zum Frühjahr“. Dabei handelt die französische Militärmission nicht selbständig, sondern auf Grund von „dringenden Instruktionen der französischen Regierung“. Wir wollen hier nicht die Haltung der Militärmissionen „unserer Verbündeten“ berühren. Ihre Rolle ist hinreichend klaggestellt: Im August halfen sie Kornilow, im November der Rada und Kaledin, im Dezember versorgen sie die Meuterer mit Panzerautos. Und all dies im Interesse des „Krieges bis zum Ende“. Wir zweifeln nicht daran, dass das auf Vergewaltigung abzielende Vorhaben der „Verbündeten“ durch den Kampf der Völker Rußlands für einen demokratischen Frieden zum Scheitern gebracht werden wird. Die Missionen führen sich auf wie in Zentralafrika. Die „Verbündeten“ werden sich jedoch bald davon überzeugen müssen, dass Rußland nicht Zentralafrika ist ... Uns interessiert hier hauptsächlich die unschöne Rolle, die die Rada übernommen hat.

Jetzt wissen wir, wozu die Rada die ukrainischen Einheiten an der Rumänischen Front und der Südwestfront zusammenzieht: Unter der (Flagge der „Nationalisierung“ der Armee versucht sie, ihren Vertrag mit der französischen Mission über die Verschleppung des Waffenstillstands bis zum Frühjahr zu verdecken.

Jetzt wissen wir, warum die Rada die Sowjettruppen nicht gegen Kaledin durchmarschieren lässt: Unter der Flagge der „Neutralität“ gegenüber Kaledin bemüht sie sich, ihr Bündnis mit Kaledin gegen die Sowjets zu verdecken.

Jetzt wissen wir, warum die Rada gegen die „Einmischung“ des Rates der Volkskommissare in das innere Leben der Ukraine protestiert: Mit Phrasen über Nichteinmischung bemüht sie sich, die tatsächliche Einmischung der französischen Regierung in das Leben der Ukraine und ganz Rußlands, die die Liquidierung der Errungenschaften der Revolution zum Ziele hat, zu vertuschen.

Immer wieder wenden sich ukrainische Genossen mit der Frage an mich: Was ist die Rada?

Ich antworte:

Die Rada, oder richtiger ihr Generalsekretariat, ist eine Regierung von Verrätern am Sozialismus, die sich, um die Massen zu betrügen, Sozialisten nennen. Genau so wie die Regierung Kerenskis und Sawinkows, die sich gleichfalls Sozialisten nannten.

Die Rada, oder richtiger ihr Generalsekretariat, ist eine bürgerliche Regierung, die im Bunde mit Kaledin gegen die Sowjets kämpft. Seinerzeit entwaffnete die Regierung Kerenskis im Bunde mit Kornilow die Sowjets Rußlands. Jetzt entwaffnet die Regierung der Rada im Bunde mit Kaledin die Sowjets der Ukraine.

Die Rada, oder richtiger ihr Generalsekretariat, ist eine bürgerliche Regierung, die im Bunde mit den englischen und französischen Kapitalisten gegen den Frieden kämpft. Früher verschleppte die Regierung Kerenskis die Sache des Friedens und bereitete damit Millionen

Soldaten das Los, als Kanonenfutter zu dienen. Jetzt bemüht sich die Regierung der Rada, die Sache des Friedens zu hintertreiben, indem sie „den Waffenstillstand bis zum Frühjahr verschleppt“.

Die Regierung Kerenskis wurde deswegen durch die gemeinsamen Anstrengungen der Arbeiter und Soldaten Rußlands gestürzt.

Wir zweifeln nicht daran, dass die Regierung der Rada ebenfalls durch die Anstrengungen der Arbeiter und Soldaten der Ukraine gestürzt werden wird.

Nur eine neue Rada, eine Rada der Sowjets der Arbeiter, Soldaten und Bauern der Ukraine wird die Interessen des Volkes der Ukraine gegen die Kaledin und Kornilow, gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten schützen können.

Volkskommissar J. Stalin

*„Prawda“ Nr. 215,
15. Dezember 1917.*

ÜBER DIE UNABHÄNGIGKEIT FINNLANDS

Referat in der Sitzung des Allrussischen Zentralexekutivkomitees
22. Dezember 1917
(Zeitungsbericht)

Dieser Tage richteten Vertreter Finnlands an uns die Forderung, unverzüglich die volle Unabhängigkeit Finnlands anzuerkennen und die Tatsache seiner Lostrennung von Rußland zu bestätigen. Der Rat der Volkskommissare antwortete mit dem Beschluss, dem Ersuchen entgegenzukommen und ein Dekret über die volle Unabhängigkeit Finnlands zu erlassen, das schon in den Zeitungen veröffentlicht worden ist.

Hier ist der Wortlaut des Beschlusses des Rates der Volkskommissare:

„In Erwiderung auf das Ersuchen der finnischen Regierung um Anerkennung der Unabhängigkeit der Finnischen Republik beschließt der Rat der Volkskommissare in voller Übereinstimmung mit den Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, an das Zentralexekutivkomitee mit dem Vorschlag heranzutreten: a) die staatliche Unabhängigkeit der Finnischen Republik anzuerkennen und b) nach Übereinkunft mit der finnischen Regierung eine besondere Kommission (aus Vertretern beider Seiten) zur Ausarbeitung derjenigen praktischen Maßnahmen zu bilden, die sich aus der Lostrennung Finnlands von Rußland ergeben.“

Es ist verständlich, dass der Rat der Volkskommissare nicht anders handeln konnte, denn wenn ein Volk durch seine Vertreter die Anerkennung seiner Unabhängigkeit verlangt, dann muss eine proletarische Regierung, ausgehend von dem Prinzip der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, dem Ersuchen entgegenkommen.

Die bürgerliche Presse erklärt, wir hätten den völligen Zerfall des Landes herbeigeführt, wir hätten eine ganze Reihe von Ländern verloren, darunter auch Finnland. Aber, Genossen, wir konnten es ja gar nicht verlieren, denn faktisch ist es niemals unser Eigentum gewesen. Wenn wir Finnland gewaltsam bei uns behalten hätten, dann würde das durchaus nicht bedeutet haben, dass wir es erworben hätten.

Wir wissen sehr wohl, wie Wilhelm durch Gewalt und Willkür ganze Staaten „erwirbt“ und welche Grundlage sich dadurch für die wechselseitigen Beziehungen zwischen einem Volk und seinen Unterdrückern herausbildet.

Die Prinzipien der Sozialdemokratie, ihre Losungen und Bestrebungen beinhalten die Schaffung der langersehnten Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens der Völker, und nur auf dieser Grundlage lässt sich die Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ verwirklichen. Das alles ist nichts Neues, sondern ist allgemein bekannt.

Wenn wir uns in das Bild, wie Finnland seine Unabhängigkeit erhalten hat, etwas aufmerksamer vertiefen, dann sehen wir, dass der Rat der Volkskommissare, ohne es zu wollen, faktisch nicht dem Volke, nicht den Vertretern des Proletariats Finnlands die Freiheit gegeben hat, sondern der finnischen Bourgeoisie, die durch ein sonderbares Zusammentreffen von Umständen die Macht an sich gerissen und die Unabhängigkeit aus den Händen der Sozialisten Rußlands erhalten hat. Die finnischen Arbeiter und Sozialdemokraten sehen sich in eine Lage versetzt, in der sie die Freiheit nicht unmittelbar aus den Händen der Sozialisten Rußlands erhalten, sondern mit Hilfe der finnischen Bourgeoisie entgegennehmen müssen. Wir sehen darin die Tragödie des finnischen Proletariats, können aber nicht umhin festzustellen, dass die finnischen Sozialdemokraten nur infolge ihrer Unentschlossenheit und unbegreiflichen Feigheit keine entschlossenen Schritte unternommen haben, um selbst die Macht zu ergreifen und ihre Unabhängigkeit den Händen der finnischen Bourgeoisie zu entreißen.

Man kann über den Rat der Volkskommissare schimpfen, man kann Kritik an ihm üben, aber es wird sich kein Mensch finden, der behaupten könnte, der Rat der Volkskommissare erfülle

seine Versprechen nicht, denn es gibt auf der Welt keine Macht, die den Rat der Volkskommissare zwingen könnte, von seinen Versprechen abzurücken. Das haben wir durch die Tatsache bewiesen, dass wir völlig unvoreingenommen an die Forderung der finnischen Bourgeoisie, Finnland die Unabhängigkeit zu gewähren, herantraten und unverzüglich darangegangen sind, ein Dekret über die Unabhängigkeit Finnlands zu erlassen.

Möge die Unabhängigkeit Finnlands das Werk der Befreiung der Arbeiter und Bauern Finnlands erleichtern und eine feste Basis für die Freundschaft unserer Völker schaffen.

*„Prawda“ Nr. 222,
23. Dezember 1917.*

ÜBER „TÜRKISCH-ARMENIEN“

Das so genannte „Türkisch-Armenien“ ist wohl das einzige Land, das von Rußland „nach Kriegerrecht“ besetzt wurde. Es ist jener „paradiesische Winkel“, der lange Jahre Gegenstand heftiger diplomatischer Gelüste des Westens und blutiger administrativer Exerziten des Ostens war (und auch jetzt noch ist). Armenierpogrome und -massaker einerseits, pharisäische „Fürbitten“ der Diplomaten aller Länder als Bemäntelung eines neuen Massakers andererseits, das Ergebnis aber ein blutüberströmtes, betrogenes und versklavtes Armenien - wer kennt nicht diese „gewohnten“ Bilder diplomatischer „Künste“ der „zivilisierten“ Mächte?

Die Söhne Armeniens, die heldenhafte Verteidiger ihrer Heimat, aber durchaus keine weitsichtigen Politiker sind und sich wiederholt von den Räubern der imperialistischen Diplomatie betrügen ließen, müssen jetzt erkennen, dass der alte Weg der diplomatischen Kombinationen nicht der Weg zur Befreiung Armeniens ist. Es wird klar, dass der Weg zur Befreiung der unterdrückten Völker über die Arbeiterrevolution führt, die in Rußland im Oktober begonnen hat. Jetzt ist es allen klar, dass das Schicksal der Völker Rußlands, besonders aber das Schicksal des armenischen Volkes, mit dem Schicksal der Oktoberrevolution eng verbunden ist. Die Oktoberrevolution hat die Fesseln der nationalen Unterdrückung zerschlagen. Sie hat die Geheimverträge des Zaren zerrissen, mit denen die Völker an Händen und Füßen gefesselt waren. Sie, und nur sie, wird das Werk der Befreiung der Völker Rußlands zu Ende führen können.

Von diesen Erwägungen ausgehend, hat der Rat der Volkskommissare beschlossen, ein besonderes Dekret über die freie Selbstbestimmung „Türkisch-Armeniens“ zu erlassen. Das ist besonders jetzt notwendig, da die deutschen und türkischen Machthaber, ihrer imperialistischen Natur getreu, kein Hehl aus ihrem Wunsch machen, die okkupierten Gebiete mit Gewalt unter ihrer Herrschaft festzuhalten. Mögen die Völker Rußlands wissen, dass der russischen Revolution und ihrer Regierung Eroberungsbestrebungen fremd sind. Mögen alle wissen, dass der Rat der Volkskommissare der imperialistischen Politik der nationalen Unterdrückung die Politik der völligen Befreiung der unterdrückten Völker entgegenstellt.

Volkskommissar J. Stalin

*„Prawda“ Nr. 227,
31. Dezember 1917.*

1918

REDE IN DER SITZUNG DES ZENTRAKKOMITEES DER SDAPR(B) ZUR FRAGE DES FRIEDENS MIT DEN DEUTSCHEN

11. Januar 1918

(Kurze protokollarische Niederschrift)

Genosse Stalin ist der Ansicht, dass wir durch die Annahme der Losung des revolutionären Krieges dem Imperialismus in die Hände arbeiten. Die Stellungnahme Trotzki's kann unmöglich als ein Standpunkt bezeichnet werden. Es gibt keine revolutionäre Bewegung im Westen, es sind keine Tatsachen vorhanden, die von einer revolutionären Bewegung sprechen, diese besteht nur in der Potenz; nun wohl, aber auf Potenzen allein können wir uns in unserer Praxis nicht verlassen. Wenn die Deutschen eine Offensive einleiten, dann wird das bei uns die Konterrevolution stärken. Deutschland wird angreifen können, da es seine eigenen Kornilowtruppen - die „Garde“ - hat. Im Oktober sprachen wir vom heiligen Krieg gegen den Imperialismus, weil man uns mitgeteilt hatte, allein schon das Wort „Frieden“ würde die Revolution im Westen auslösen. Das hat sich jedoch nicht bestätigt. Die sozialistischen Reformen, die wir durchführen, wühlen den Westen auf, aber um sie durchzuführen, brauchen wir Zeit. Wenn wir die Politik Trotzki's annehmen, schaffen wir damit die schlechtesten Bedingungen für die revolutionäre Bewegung im Westen. Deswegen schlägt Genosse Stalin vor, den Antrag des Genossen Lenin auf Abschluss des Friedens mit den Deutschen anzunehmen.

*Zuerst veröffentlicht in dem Buch:
Protokolle des Zentralkomitees der SDAPR.
August 1917 bis Februar 1918.
Moskau/Leningrad 1929.*

ÜBER DIE KIEWER BÜRGERLICHE RADA

Bürgerliche Zeitungen verbreiten verstärkt Gerüchte, wonach angeblich „Verhandlungen zwischen der Rada und dem Rat der Volkskommissare eingeleitet worden sind“. Den Konterrevolutionären nahe stehende Kreise tragen diese Gerüchte auf jede Art und Weise weiter und unterstreichen dabei ihre „besondere“ Bedeutung. Es ist schon so weit gekommen, dass viele Genossen nicht abgeneigt sind, dem Märchen von Verhandlungen mit der Kiewer Rada Glauben zu schenken, und viele von ihnen haben bereits schriftlich bei mir angefragt, inwieweit dies der Wahrheit entspräche.

Ich erkläre in aller Öffentlichkeit:

1. Der Rat der Volkskommissare führt keinerlei Verhandlungen mit der Kiewer Rada, noch beabsichtigt er solche zu führen.
2. Gegen die Kiewer Rada, die sich endgültig an Kaledin gebunden hat und hinter dem Rücken der Völker Rußlands verräterische Verhandlungen mit den österreichisch-deutschen Imperialisten führt - gegen diese Rada ist nach Meinung des Rates der Volkskommissare nur ein schonungsloser Kampf bis zum vollen Sieg der Sowjets der Ukraine möglich.
3. Nur nach völliger Beseitigung der Kiewer bürgerlichen Rada, nach ihrer Ersetzung durch eine neue, sozialistische Rada der Sowjets, deren Kern sich schon jetzt in Charkow gebildet hat, können in der Ukraine Frieden und Ruhe eintreten.

Volkskommissar J. Stalin

*„Prawda“ Nr. 9,
13. Januar 1918.*

REDEN AUF DEM III. ALLRUSSISCHEN KONGRESS DER SOWJETS DER ARBEITER-, SOLDATEN- UND BAUERNDENPUTIERTEN

10.-18. Januar 1918^[5]

1. REFERAT ZUR NATIONALEN FRAGE

15. Januar
(Zeitungsbericht)

Eine der Rußland gegenwärtig besonders bewegenden Fragen ist, wie der Referent zeigt, die nationale Frage. Diese Frage gewinnt eine um so ernstere Bedeutung, als die Großrussen nicht die absolute Mehrheit der Bevölkerung Rußlands ausmachen und von einem Ring anderer, „nicht herrschender“ Völker umgeben sind, die Rußlands Randgebiete bewohnen.

Die zaristische Regierung war mit Rücksicht auf die große Bedeutung der nationalen Frage bestrebt, die nationalen Angelegenheiten mit eiserner Faust anzupacken. Sie betrieb eine Politik gewaltsamer Russifizierung der Völker der Randgebiete, die Methode ihres Vorgehens waren Verbot der Muttersprache, Pogrome und andere Verfolgungen.

Die Koalitionsregierung Kerenskis beseitigte diese nationalen Schranken, vermochte jedoch infolge ihres Klassencharakters nicht, die nationale Frage in ihrem ganzen Umfang zu lösen. Die Regierung der ersten Periode der Revolution unterließ es nicht nur, den Weg der vollen Befreiung der Nationen einzuschlagen, sondern schreckte in vielen Fällen nicht einmal davor zurück, zur Unterdrückung der nationalen Bewegung Repressalien anzuwenden, wie das gegenüber der Ukraine und Finnland der Fall war.

Einzig und allein die Sowjetmacht proklamierte offen das Recht aller Nationen auf Selbstbestimmung bis zur völligen Lostrennung von Rußland. Die neue Staatsmacht zeigte sich in dieser Hinsicht radikaler als selbst die nationalen Gruppen innerhalb mancher Nationen.

Und trotzdem kam es zu einer ganzen Reihe von Konflikten zwischen dem Rat der Volkskommissare und den Randgebieten. Diese Konflikte drehten sich jedoch nicht um Fragen nationalen Charakters, sondern eben um die Machtfrage. Der Redner führt eine ganze Reihe von Beispielen dafür an, wie die in aller Hast aus Vertretern der Oberschichten der besitzenden Klassen zusammengeschusterten bürgerlich-nationalistischen Regierungen der Randgebiete bestrebt waren, unter dem Deckmantel der Lösung ihrer nationalen Fragen einen eindeutigen Kampf gegen die sowjetischen und anderen revolutionären Organisationen zu führen. Der Ursprung aller Konflikte, die zwischen den Randgebieten und der zentralen Sowjetmacht entstanden sind, liegt in der Frage der Macht. Und wenn die bürgerlichen Kreise der einen oder anderen Gebiete diesen Konflikten einen nationalen Anstrich zu geben bestrebt waren, so nur deshalb, weil das für sie vorteilhaft war, weil es bequem war, den Kampf gegen die Macht der werktätigen Massen innerhalb des betreffenden Gebiets unter einem nationalen Gewand zu verbergen.

Der Redner verweilt eingehend bei dem Beispiel der Rada und weist überzeugend nach, auf welche Art und Weise das Prinzip der Selbstbestimmung von den bürgerlich-chauvinistischen Kreisen der Ukraine für ihre imperialistischen Klassenziele ausgenutzt wurde.

All dies weist auf die Notwendigkeit hin, das Prinzip der Selbstbestimmung nicht als Recht der Bourgeoisie, sondern als Recht der werktätigen Massen der gegebenen Nation auf Selbstbestimmung auszulegen. Das Prinzip der Selbstbestimmung muss ein Mittel im Kampf für den Sozialismus sein und den Prinzipien des Sozialismus untergeordnet werden.

Zur Frage des föderalen Aufbaus der Russischen Republik führt der Redner aus, dass das oberste Organ der Sowjetföderation der Sowjetkongress sein muss. In den Zeiträumen zwischen den Kongressen werden die Funktionen des Kongresses vom ZEK wahrgenommen.

2. ENTWURF EINER RESOLUTION ÜBER DIE FÖDERALEN EINRICHTUNGEN DER RUSSISCHEN REPUBLIK

1. Die Russische Sozialistische Sowjetrepublik wird auf der Grundlage eines freiwilligen Bündnisses der Völker Rußlands als Föderation der Sowjetrepubliken dieser Völker konstituiert.
2. Das höchste Machtorgan in der Föderation ist der Allrussische Kongress der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, der mindestens einmal in drei Monaten einberufen wird.
3. Der Allrussische Kongress der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten wählt das Allrussische Zentralexekutivkomitee. In den Zeiträumen zwischen den Kongressen ist das Allrussische Zentralexekutivkomitee das oberste Machtorgan.
4. Die Regierung der Föderation, der Rat der Volkskommissare, wird im ganzen wie im einzelnen vom Allrussischen Sowjetkongress oder vom Allrussischen Zentralexekutivkomitee gewählt und abgesetzt.
5. Unmittelbar nach der Bildung der Sowjetrepubliken der Gebiete wird vom Allrussischen Zentralexekutivkomitee und den Zentralexekutivkomitees dieser Republiken der Modus festgelegt, nach dem die Sowjetrepubliken der einzelnen Gebiete, der Gebiete, die sich durch eine besondere Lebensweise und nationale Zusammensetzung der Bevölkerung unterscheiden, an der föderalen Regierung teilnehmen und nach dem die Tätigkeitsbereiche der föderalen und der Gebietseinrichtungen der Russischen Republik voneinander abgegrenzt werden.

3. SCHLUSSWORT ZUM REFERAT ÜBER DIE NATIONALE FRAGE

15. Januar
(Zeitungsbericht)

Das Schlusswort zu der eingebrachten Resolution über die föderalen Einrichtungen der Russischen Republik hält Genosse Stalin.

Er weist darauf hin, dass die eingebrachte Resolution kein Gesetz ist, sondern nur die allgemeinen Grundlagen der künftigen Verfassung der Russischen Föderativen Republik umreißt.

Solange der Kampf zwischen den beiden politischen Strömungen: der nationalistischen Konterrevolution einerseits und der Sowjetmacht andererseits, nicht beendet ist, solange kann von einer endgültig ausgefeilten Verfassung, die alle Einzelheiten des staatlichen Aufbaus der Sowjetrepubliken klar und genau festlegt, keine Rede sein.

Die Resolution enthält nur die allgemeinen Grundlagen der Verfassung, die dem Zentralexekutivkomitee zur eingehenden Ausarbeitung überwiesen und dem nächsten Sowjetkongress zur endgültigen Bestätigung vorgelegt werden sollen.

In Erwiderung auf Vorwürfe über die außerordentliche Härte, die die Sowjetmacht im Kampf gegen die bürgerliche Rada an den Tag legt, weist Genosse Stalin darauf hin, dass es sich um einen Kampf gegen die bürgerliche Konterrevolution handelt, die ein national-demokratisches Gewand angelegt hat.

Genosse Stalin betont, dass die demokratische Flagge der einen oder anderen Politiker (wie Winnitschenko), die an der Spitze der Rada stehen, durchaus noch keine Garantie für eine wirklich demokratische Politik ist.

Wir beurteilen die Rada nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten.

Worin äußerte sich denn der Sozialismus der „Sozialisten“ von der Rada?

In Worten erklärten sie im Universal^[6], sie seien für die Übergabe des gesamten Bodens an das Volk, in der Tat jedoch schränkten sie die Übergabe durch die verkündete Erläuterung ein, in der sie erklärten, dass ein Teil des Bodens der Grundbesitzer unantastbar sei und der Übergabe an das Volk nicht unterliege.

In Worten erklärten sie ihre Loyalität gegenüber den Sowjets, in der Tat jedoch führten sie einen verzweifelten Kampf gegen sie, indem sie die Sowjettruppen entwaffneten, die Sowjetfunktionäre verhafteten und den Sowjets jede Möglichkeit der weiteren Existenz entzogen.

In Worten bekundeten sie ihre Ergebenheit gegenüber der Revolution, in der Tat jedoch erwiesen sie sich als die schlimmsten Feinde der Revolution.

Sie sprachen von Neutralität im Kampf gegen den Don, in der Tat jedoch erwiesen sie General Kaledin direkte und aktive Unterstützung, indem sie halfen, Sowjettruppen niederzuzumetzeln, und kein Getreide nach dem Norden durchließen.

Das alles sind jedermann bekannte Tatsachen, und der Umstand, dass die Rada ihrem Wesen nach bürgerlich und antirevolutionär ist, unterliegt keinem Zweifel.

Von welchem Kampf der Sowjets gegen die Demokratie spricht denn Martow hier eigentlich?

Die Redner von rechts und besonders Martow preisen die Rada und verteidigen sie wahrscheinlich deswegen, weil sie in der Politik der Rada das Spiegelbild ihrer eigenen Politik sehen. In der Rada, die eine den Herren Paktierern so sehr ans Herz gewachsene Koalition aller Klassen darstellt, sehen sie ein Vorbild für die Konstituierende Versammlung. Wahrscheinlich wird die Rada, wenn sie die Reden der Vertreter des rechten Sektors hört, diese ebenfalls eifrig preisen. Nicht umsonst sagt das Sprichwort: Gleich und gleich gesellt sich gern. (Heiterkeit, Beifall.)

Hierauf geht der Redner auf die Selbstbestimmung des Kaukasus ein und weist auf Grund genauer Angaben nach, dass das Kaukasische Kommissariat^[7] eine offensichtlich aggressive Politik gegen die Sowjetorganisationen des Kaukasus und gegen den Frontsowjet führt, wobei es gleichzeitig mit dem Helden der konterrevolutionären Bewegung im Kaukasus, dem General Prshewalski, Kontakt aufrechterhält.

Von all dem ausgehend, muss der so genannte Bürgerkrieg weitergeführt werden, der im Grunde genommen ein Kampf zwischen derjenigen Strömung ist, die die Durchsetzung der Koalitions- und Paktierermacht in den Randgebieten anstrebt, und der anderen Strömung, die für die Durchsetzung der sozialistischen Macht kämpft, für die Macht der Sowjets der werktätigen Massen, der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten.

Das ist der Inhalt und der historische Sinn jener heftigen Konflikte, die zwischen dem Rat der Volkskommissare einerseits und den bürgerlich-nationalistischen Koalitionsregierungen in den Randgebieten andererseits entstehen. Wenn sich diese Regierungen darauf berufen, dass sie für die Verteidigung ihrer nationalen Unabhängigkeit kämpfen, so ist das nichts anderes als eine heuchlerische Bemäntelung des Feldzugs, der gegen das werktätige Volk geführt wird. (Stürmischer Beifall.)

Auf Martows Vorwurf an die Adresse der Sowjetmacht, dass diese sich widerspreche, wenn sie in den russischen Randgebieten die proletarische Macht fordert und sich für Kurland, Litauen, Polen usw. mit dem von Trotzki in Brest vertretenen Referendum begnügt, antwortet Genosse Stalin mit der Bemerkung, dass es ein völliger Unsinn wäre, in den westlichen Gebieten die Sowjetmacht zu fordern, da dort noch keine Sowjets existieren, da es dort noch keine sozialistische Revolution gibt.

Wollte man nach dem Rezept Martows verfahren, sagt der Redner, so müsste man dort Sowjets erfinden, wo es nicht nur keine gibt, sondern wo auch der Weg zu ihnen noch nicht freigelegt ist. Unter diesen Bedingungen von Selbstbestimmung durch die Sowjets zu reden, wäre im höchsten Maße absurd.

Zum Schluss geht der Redner noch einmal auf die grundlegende Meinungsverschiedenheit zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Demokratie ein. Während der linke Flügel die Diktatur der unteren Schichten, die Macht der Mehrheit über die Minderheit erstrebt, empfiehlt der rechte Flügel, zu der schon durchschrittenen Etappe des bürgerlichen Parlamentarismus zurückzukehren. Die Erfahrung des Parlamentarismus in Frankreich und Amerika hat augenfällig gezeigt, dass die nach außen hin demokratisch scheinende Macht, die aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgeht, sich in Wirklichkeit als eine Koalition mit dem Finanzkapital entpuppt, die vom wirklichen Demokratismus sehr weit entfernt und ihm fremd ist. In Frankreich, diesem Lande des bürgerlichen Demokratismus, werden die Deputierten vom ganzen Volk gewählt, die Minister jedoch stellt die Lyoner Bank. In Amerika gibt es allgemeine Wahlen, an die Macht gelangen jedoch die Kreaturen des Milliardärs Rockefeller. Ist das etwa nicht Tatsache? fragt der Redner. Ja, wir haben den bürgerlichen Parlamentarismus begraben, und vergeblich wollen uns die Martows zur Märzperiode (Wortspiel: „mart“ ist das russische Wort für März. Der Übers.) der Revolution zurückzerren. (Heiterkeit, Beifall.) Für uns, Vertreter der Arbeiter, kommt es darauf an, dass das Volk nicht nur abstimmt, sondern auch regiert. Die Macht haben nicht diejenigen, die wählen und abstimmen, sondern diejenigen, die regieren. (Stürmischer Beifall.)

*„Prawda“ Nr. 12 und 13,
17. und 18. Januar 1918.*

FERNSPRUCH AN DAS PETERSBURGER KOMITEE DER SDAPR(B)

Wir raten dem Vollzugsausschuss des Petersburger Komitees und allen Bezirkskomitees der Partei der Bolschewiki, ohne eine Stunde zu verlieren, alle Arbeiter auf die Beine zu bringen, um entsprechend einem heute Abend anzunehmenden Beschluss des Petersburger Sowjets Zehntausende von Arbeitern zu organisieren und die ganze Bourgeoisie samt und sonders unter der Kontrolle von Arbeitern zum Ausheben von Schützengräben bei Petersburg einzusetzen. Jetzt, da die Revolution in Gefahr ist, liegt hierin allein die Rettung der Revolution. Die Linie der Schützengräben werden die Militärs festlegen; sorgen Sie für Waffen und, was die Hauptsache ist, organisieren und mobilisieren Sie alle ohne Ausnahme.

21. Februar 1918.

Lenin
Stalin

Zum ersten Mal veröffentlicht.

TELEGRAMM AN DAS VOLKSSEKRETARIAT DER UKRAINISCHEN SOWJETREPUBLIK^[8]

Vor fünf Tagen erklärte uns General Hoffmann, die Frist des Waffenstillstandsvertrags^[9] sei abgelaufen, und einen Tag später leitete er die Kampfhandlungen ein. Auf das vom Rat der Volkskommissare erklärte Einverständnis mit der Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen wurde noch keine Antwort erteilt. Offensichtlich hat es die deutsche Regierung mit der Antwort nicht eilig, weil sie das Land restlos ausplündern und erst dann die Friedensverhandlungen beginnen will. Die Deutschen haben Dwinsk, Rowno, Minsk, Wolmar, Hapsal eingenommen und stoßen auf Petrograd und Kiew vor. Offensichtlich bezweckt der Feldzug nicht nur Eroberungen, sondern hauptsächlich die Erdrosselung der Revolution und ihrer Errungenschaften.

Der Rat der Volkskommissare hat beschlossen, von Petrograd aus die Gegenwehr zu organisieren und die gesamte Arbeiterbevölkerung, aber auch die Bourgeoisie zu mobilisieren, wobei letztere, falls sie sich weigern sollte, Schützengräben auszuheben, mit Gewalt herangeholt und unter Kontrolle der Arbeiter zum Ausheben von Schützengräben gezwungen wird.

Die allgemeine Meinung der Genossen geht dahin, dass Sie, die Kiewer, verpflichtet sind, ohne eine Minute zu verlieren, westlich Kiew eine ebensolche Gegenwehr zu organisieren, alles Lebensfähige zu mobilisieren, Artillerie in Stellung zu bringen, Schützengräben auszuheben, die Bourgeoisie unter Kontrolle der Arbeiter zu Schützengrabenarbeiten zu treiben, den Belagerungszustand zu verhängen und mit aller Strenge zu verfahren. Die allgemeine Aufgabe ist, Petrograd und Kiew zu halten und die deutschen Banden um jeden Preis zum Stehen zu bringen.

Die Lage ist ernster, als sie Ihnen scheinen könnte - wir zweifeln nicht, dass die deutschen Banden einen Spaziergang bis Petrograd und Kiew machen und erst dort, und nur dort, in diesen Hauptstädten, von Friedensverhandlungen zu reden beginnen wollen. Ich denke, dass Sie den Vertrag der alten Rada mit den Deutschen^[10] noch nicht annulliert haben. Wenn dem so ist, dann scheint uns, dass Sie sich damit nicht beeilen sollten.

Noch einmal: Gehen Sie, ohne eine Minute zu verlieren und ohne lange zu reden, ans Werk und zeigen Sie allen, dass die Sowjetmacht fähig ist, sich zu verteidigen.

Unsere ganze Hoffnung ruht auf den Arbeitern, denn die in Demobilisierung befindliche so genannte Armee hat sich nur zur Panik und flucht fähig erwiesen.

Erwarte unverzüglich Antwort.

Im Auftrag des Rates der Volkskommissare J. Stalin

Petrograd,
21. Februar 1918.

*Zuerst veröffentlicht in dem Buch:
Dokumente über die Zerschlagung
der deutschen Okkupanten in der Ukraine im Jahre 1918.
Staatsverlag für politische Literatur, 1942.*

FERNSPRUCH ÜBER DIE DIREKTE LEITUNG AN DAS VOLKSSEKRETARIAT DER UKRAINISCHEN SOWJETREPUBLIK

Im Auftrag des Rates der Volkskommissare, Volkskommissar Stalin.

Vorgestern, am 22. Februar, erhielten wir von der deutschen Regierung schwere, man kann sagen, bestialische Friedensbedingungen, wobei die Deutschen die Annahme dieser Bedingungen binnen achtundvierzig Stunden fordern. Gleichzeitig rücken deutsche Truppen gegen Reval und Pskow vor und bedrohen Petrograd; unsere Truppen aber geben endgültig den Widerstand auf. Ich weiß nicht, ob Ihnen diese Bedingungen bekannt sind. Wir haben sie auf dem Funkweg überallhin verbreitet. Ich teile die wichtigsten mit.

„Punkt vier. Rußland schließt sofort Frieden mit der Ukrainischen Volksrepublik. Die Ukraine und Finnland werden ohne jeden Verzug von den russischen Truppen und der Roten Garde geräumt.“ „Die russischen Kriegsschiffe im Schwarzen Meer usw. sind unverzüglich in russische Häfen zu überführen und dort bis zum allgemeinen Friedensschluss zu belassen oder aber abzurüsten.“ „Die Handelsschiffahrt im Schwarzen Meer und in anderen Meeren wird wieder aufgenommen, wie es im Waffenstillstandsvertrag vorgesehen war. Das Minenräumen hat sofort zu beginnen.“

„Punkt drei. Livland und Estland werden von russischen Truppen und der Roten Garde unverzüglich geräumt und von deutscher Polizei so lange besetzt, bis die Gestaltung des Landes dort die öffentliche Sicherheit und die staatliche Ordnung gewährleistet. Alle aus politischen Gründen verhafteten Landesbewohner sind sofort freizulassen.“

„Punkt fünf. Rußland wird alles in seinen Kräften Stehende tun, um alsbald die ordnungsgemäße Rückgabe der ostanatolischen Provinzen an die Türkei sicherzustellen, und erkennt die Aufhebung der türkischen Kapitulation an.“

Ferner folgen Punkte über einen Handelsvertrag, denen der Ihnen bekannte Vertrag der alten Rada mit Österreich-Ungarn zugrunde liegt.

Überhaupt muss man sagen, die Bedingungen sind unglaublich brutal. (Uns scheint, der Punkt über die Ukraine bedeutet nicht die Wiederherstellung der Macht Winnitschenkos, die an und für sich für die Deutschen keinen Wert hat, sondern einen sehr realen Druck auf uns, der bezwecken soll, dass wir in die Annahme des Vertrags der alten Rada mit Österreich-Ungarn einwilligen, denn die Deutschen brauchen nicht Winnitschenko, sondern einen Austausch ihrer Fertigwaren gegen Getreide und Erz.

Die gegenwärtige Lage beurteilen wir in Verbindung mit der Offensive der Deutschen und der Flucht unserer Truppen folgendermaßen: Nach dem Sturz unserer Imperialisten sind wir durch das langsame Tempo der revolutionären Bewegung im Westen, durch die fehlende Standhaftigkeit unserer Truppen und die unerhörte Raubgier der deutschen Imperialisten zeitweilig in die Klauen des ausländischen Imperialismus geraten. Gegen ihn müssen wir schon jetzt die Kräfte zur Organisation eines vaterländischen Krieges sammeln, wobei wir auf die Entfesselung der revolutionären Kräfte im Westen hoffen, die unserer Meinung nach unausbleiblich ist. Für diese Vorbereitung ist eine minimale Atempause notwendig, die selbst ein brutaler Frieden geben könnte. Auf keinen Fall dürfen wir uns Illusionen machen. Wir müssen den Mut haben, der Wirklichkeit ins Auge zu schauen und zuzugeben, dass wir zeitweilig in die Klauen des deutschen Imperialismus geraten sind. Von diesen Erwägungen hat sich auch das Allrussische Zentralerekutivkomitee der Sowjets leiten lassen, als es heute Nacht um drei Uhr beschloss, zu diesen bestialischen Bedingungen Frieden zu schließen, und den Rat der Volkskommissare beauftragte, eine Delegation nach Brest zu schicken - was heute auch geschehen ist. Das ZEK ist zu dem Schluss gekommen, dass nur unter diesen Bedingungen die Sowjetmacht behauptet werden kann. Einstweilen aber heißt es: sich

vorbereiten und nochmals sich vorbereiten für die Organisation des heiligen Krieges gegen den deutschen Imperialismus.

Wir alle sind der Ansicht, dass Ihr Volkssekretariat seine eigene Delegation nach Brest schicken und dort erklären soll, dass das Volkssekretariat gegen die Grundlagen des Vertrags der alten Kiewer Rada nichts einzuwenden hat, wenn das Abenteuer Winnitschenkos nicht von den Österreichern und Deutschen unterstützt wird. Ein solcher Schritt Ihrerseits würde erstens die ideologische und politische Brüderlichkeit der Sowjets des Südens und des Nordens unterstreichen; zweitens würde er die Sowjetmacht in der Ukraine erhalten, was für die gesamte internationale Revolution ein gewaltiges Plus wäre. Wir möchten sehr gern, dass Sie uns verstehen und uns in diesen Kardinalfragen des unseligen Friedens zustimmen.

Ich erwarte unverzüglich Antwort auf zwei Fragen: Schicken Sie heute noch Delegierte nach Petrograd oder, noch einfacher, direkt nach Brest zu gemeinsamen Verhandlungen mit den Deutschen? Das als erstes. Zweitens: Teilen Sie unsere Ansicht über die Annehmbarkeit des Winnitschenkoschen Vertrags ohne Winnitschenko und seine Bande? Ich erwarte Antwort auf diese Fragen, um das Mandat vorbereiten und Ihre Reise nach Brest organisieren zu können.

Volkskommissar J. Stalin

Petrograd,
24. Februar 1918.

Zum ersten Mal veröffentlicht.

DER UKRAINISCHE KNOTEN

Ende Februar, noch vor Abschluss des Friedens mit Deutschland, stickte das Volkssekretariat der Ukrainischen Sowjetrepublik eine Delegation nach Brest mit der Erklärung, dass es einverstanden sei, den von der ehemaligen Kiewer Rada abgeschlossenen Vertrag mit der deutschen Koalition zu unterzeichnen.

Der Vertreter der deutschen Obersten Heeresleitung in Brest, der sattsam bekannte Hoffmann, verweigerte der Delegation des Volkssekretariats den Empfang, wobei er erklärte, er halte Friedensverhandlungen mit ihr für überflüssig.

Gleichzeitig damit brachen deutsche und österreichisch-ungarische Stoßtruppen gemeinsam mit Haidamakenabteilungen Petljuras-Winnitschenkos in die Sowjetukraine ein.

Nicht Frieden, sondern Krieg gegen die Sowjetukraine - das ist der Sinn der Antwort Hoffmanns.

Nach dem von der ehemaligen Kiewer Rada unterzeichneten Vertrag soll die Ukraine bis Ende April Deutschland 30 Millionen Pud Getreide abgeben. Wir sprechen dabei schon gar nicht von der „freien Erzausfuhr“, die von Deutschland gefordert wird.

Dem Volkssekretariat der Sowjetukraine war dieser Punkt des Vertrags zweifellos bekannt, und es wusste, worauf es sich einließ, als es offiziell seine Zustimmung zur Unterzeichnung des Winnitschenkoschen Friedens aussprach.

Trotzdem weigerte sich die deutsche Regierung in der Person Hoffmanns, mit dem Volkssekretariat, das von allen Sowjets der Ukraine in Stadt und Land anerkannt wird, Friedensverhandlungen aufzunehmen. Dem Friedensvertrag mit dem vom ukrainischen Volk anerkannten Volkssekretariat, das einzig und allein fähig ist, die „nötige Menge“ Getreide zu liefern, zog sie das Bündnis mit einem Leichnam, das Bündnis mit der gestürzten und verjagten Kiewer Rada vor.

Das bedeutet, dass die österreichisch-deutsche Invasion das Ziel hat, nicht nur Getreide zu holen, sondern auch, hauptsächlich, die Sowjetmacht in der Ukraine zu stürzen und das alte bürgerliche Regime wiederherzustellen.

Das bedeutet, dass die Deutschen nicht nur Millionen Pud Getreide aus der Ukraine herauspumpen wollen, sondern auch versuchen, die ukrainischen Arbeiter und Bauern zu entrechten, indem sie ihnen die mit ihrem Blut errungene Macht entreißen und den Gutsbesitzern und Kapitalisten übergeben.

Die Imperialisten Österreichs und Deutschlands bringen auf ihren Bajonetten ein neues, schmachvolles Joch, das um keinen Deut besser ist als das alte, tatarische Joch - das ist der Sinn der Invasion aus dem Westen.

Dies empfindet augenscheinlich auch das ukrainische Volk, das sich fieberhaft zur Abwehr rüstet. Die Aufstellung der Roten Bauernarmee, die Mobilisierung der Roten Arbeitergarde, eine Reihe erfolgreicher Gefechte mit den „zivilisierten“ Gewalttätern nach den ersten Panikausbrüchen, die Rückeroberung von Bachmatsch, Konotop, Neshin und das Heranrücken an Kiew, der immer stärker werdende Enthusiasmus der Massen, die zu Tausenden gegen die Unterdrücker in den Kampf ziehen - das ist die Antwort der werktätigen Ukraine auf die Invasion der Gewalttäter.

Gegen das fremdländische Joch, das aus dem Westen kommt, erhebt sich die Sowjetukraine zum vaterländischen Befreiungskrieg - das ist der Sinn der Ereignisse, die sich in der Ukraine abspielen.

Das bedeutet, dass die Deutschen sich jedes Pud Getreide und jedes Stück Metall im Kampf, im verzweifelten Ringen mit dem ukrainischen Volk holen müssen.

Das bedeutet, dass die Ukraine förmlich erobert werden muss, wenn die Deutschen Getreide bekommen und Petljura-Winnitschenko auf den Thron setzen wollen.

Der „kurze Schlag“, mit dem die Deutschen gleich zwei Fliegen mit einer Klappe treffen zu können glaubten (sowohl Getreide zu bekommen als auch die Sowjetukraine zu zerschlagen),

hat alle Aussichten, sich in einen langwierigen Krieg der fremdländischen Unterdrücker gegen das Zwanzigmillionenvolk der Ukraine zu verwandeln, dem sie Brot und Freiheit nehmen wollen.

Muss dem noch hinzugefügt werden, dass die ukrainischen Arbeiter und Bauern für den heroischen Kampf gegen die „zivilisierten“ Gewalttäter ihre Kräfte nicht schonen werden?

Muss noch bewiesen werden, dass der in der Ukraine begonnene vaterländische Krieg alle Aussichten hat, auf die allseitige Unterstützung ganz Sowjetrußlands zu rechnen?

Und was geschieht, wenn der Krieg in der Ukraine einen langwierigen Charakter annimmt und sich schließlich in einen Krieg aller aufrechten und edlen Kräfte Rußlands gegen das neue Joch aus dem Westen verwandelt?

Und was geschieht, wenn die deutschen Arbeiter und Soldaten im Verlauf eines solchen Krieges endlich begreifen werden, dass sich die Gewalthaber Deutschlands nicht von Zielen der „Verteidigung des deutschen Vaterlandes“, sondern einfach von der Unersättlichkeit eines überfressenen imperialistischen Raubtiers leiten lassen, und, nachdem sie das begriffen haben, die entsprechenden praktischen Schlussfolgerungen ziehen?

Geht daraus nicht klar hervor, dass sich jetzt dort in der Ukraine der Hauptknoten des ganzen gegenwärtigen internationalen Geschehens schürzt - der Knoten der Arbeiterrevolution, die in Rußland begonnen hat, und der imperialistischen Konterrevolution, die aus dem Westen kommt?

Ein überfressenes imperialistisches Raubtier, das sich in der Sowjetukraine das Genick bricht - führt jetzt nicht gerade dazu die unerbittliche Logik der Ereignisse?...

*„Iswestija“ Nr. 47,
14. März 1918.
Unterschrift: J. Stalin.*

ÜBER DIE TATARISCH-BASCHKIRISCHE SOWJETREPUBLIK

Seit dem III. Sowjetkongress, der die föderative Staatsordnung der Russischen Republik proklamiert hat, sind schon zwei Monate vergangen, aber die Randgebiete, die immer noch mit der Errichtung der Sowjetmacht in den einzelnen Orten beschäftigt sind, haben sich bis jetzt noch nicht klar und bestimmt über die konkreten Formen der föderativen Vereinigung ausgesprochen. Sieht man von der Ukraine ab, die jetzt von den „zivilisierten“ Gewalttätern bestialisch zerfleischt wird, sowie von der Krim und dem Dagebiet, die sich schon für föderative Beziehungen zu Rußland ausgesprochen haben, so ist Tatarien-Baschkirien, wie es scheint, das einzige Gebiet, dessen revolutionäre Organisationen einen bestimmten Plan der föderativen Vereinigung mit Sowjetrußland aufgestellt haben. Wir meinen das treffend umrissene allgemeine Schema für die Organisation einer Tatarisch-Baschkirischen Sowjetrepublik, von dem jetzt alle sprechen und das von den einflussreichsten sowjetischen Organisationen der Tataren und Baschkiren ausgearbeitet worden ist.

Ausgehend von dem Beschluss des III. Sowjetkongresses, der Rußland zu einer Föderation der Sowjetrepubliken ausgerufen hat, hat das Volkskommissariat für die Angelegenheiten der Nationalitäten, um den Wünschen der tatarisch-baschkirischen revolutionären Massen entgegenzukommen, im Einklang mit der Anweisung des Rates der Volkskommissare die nachstehenden Grundsätze über die der Russischen Sowjetföderation angehörende Tatarisch-Baschkirische Sowjetrepublik ausgearbeitet. Der konstituierende Sowjetkongress Tatarien-Baschkiriens, der in absehbarer Zeit zusammentreten soll, wird die konkreten Formen und Einzelheiten dieser Grundsätze ausarbeiten. Wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln, dass das Zentralexekutivkomitee und der Rat der Volkskommissare die Arbeitsergebnisse dieses Kongresses bestätigen werden.

Volkskommissar J. Stalin

*“Prawda“ Nr.53,
23. März 1918.*

DIE KONTERREVOLUTIONÄRE TRANSKAUKASIENS UNTER DER MASKE DES SOZIALISMUS

Von allen Randgebieten der Russischen Föderation ist Transkaukasien im Hinblick auf die Fülle und Mannigfaltigkeit der nationalen Zusammensetzung wohl der charakteristischste Winkel. Georgier und Russen, Armenier und aserbaidshanische Tataren, Türken und Lesghier, Osseten und Abchasen - das ist das weitaus noch nicht vollständige Bild der nationalen Vielfalt der Siebenmillionenbevölkerung Transkaukasiens.

Nicht eine dieser nationalen Gruppen hat ein klar umgrenztes nationales Territorium, sie alle leben verstreut und miteinander vermischt, und das nicht nur in den Städten, sondern auch in den Dörfern. Das bietet denn auch die Erklärung dafür, dass der gemeinsame Kampf der nationalen Gruppen Transkaukasiens gegen das Zentrum in Rußland immer wieder durch ihren erbitterten gegenseitigen Kampf überschattet wird. Und das wiederum schafft eine äußerst „günstige“ Atmosphäre für den Versuch, den Klassenkampf mit nationalen Flaggen und nationalem Wortgeprassel zu verdecken.

Ein anderer, nicht minder charakteristischer Zug Transkaukasiens ist seine wirtschaftliche Rückständigkeit. Abgesehen von Baku, dieser hauptsächlich von ausländischem Kapital betriebenen Industrie-Oase in diesem Gebiet, ist Transkaukasien ein Agrarland mit mehr oder weniger entwickeltem Handelsleben an der Peripherie, an den Meeresküsten und mit noch starken Überresten einer rein frönherrschaftlichen Ordnung im Innern. Die Gouvernements Tiflis, Jelisawetpol, Baku wimmeln bis heute noch von frönherrlichen tatarischen Begs und feudalen georgischen Fürsten, die riesige Latifundien besitzen, über eigene bewaffnete Banden verfügen und die Geschicke der tatarischen, armenischen und georgischen Bauern in ihren Händen halten. Daraus sind eigentlich auch die schroffen Formen der agrarischen „Unruhen“ zu erklären, in die die Unzufriedenheit der Bauern dort nicht selten ausmündet. Hier ist auch die Ursache dafür zu suchen, dass (von Baku abgesehen) die Arbeiterbewegung in Transkaukasien, auf Schritt und Tritt von agrarischen „Unruhen“ überschattet, noch schwach ist und sich nicht herauskristallisiert hat. All dies schafft einen günstigen Boden für eine politische Koalition der besitzenden Klassen und der in ihrer Mehrheit aus dem Adel stammenden so genannten „sozialistischen“ Intelligenz gegen die jetzt im Lande vor sich gehende Arbeiter- und Bauernrevolution.

Die Februarrevolution hatte die Lage der werktätigen Klassen dieses Landes nicht wesentlich geändert. Die Soldaten, diese revolutionärsten Elemente des Dorfes, waren noch an der Front. Und die infolge der ökonomischen Rückständigkeit des Landes als Klasse überhaupt schwachen und als organisierte Einheit noch nicht erstarkten Arbeiter waren von den errungenen politischen Freiheiten berauscht und dachten offenbar nicht an den weiteren Vormarsch. Die gesamte Macht blieb in den Händen der besitzenden Klassen. Diese klammerten sich zäh an die Macht und nahmen eine abwartende Haltung ein, wobei sie es den sozialrevolutionär-menschewistischen Strategen gern überließen, die Arbeiter und Bauern mit weisen Reden über den bürgerlichen Charakter der russischen Revolution, über die Unmöglichkeit der Durchführung des sozialistischen Umsturzes und anderes einzuschläfern.

Die Oktoberrevolution führte eine schroffe Änderung der Lage herbei. Sie wälzte mit einem Schlage alle Verhältnisse um, indem sie die Frage des Übergangs der Macht in die Hände der werktätigen Klassen aufwarf. Der Kampfruf „Alle Macht den Arbeitern und Bauern!“ rollte wie ein Donner über das ganze Land und brachte die unterdrückten Massen auf die Beine. Und als dieser Kampfruf, der vom Norden Rußlands ausging, dort Wirklichkeit zu werden begann, sahen die besitzenden Klassen Transkaukasiens mit eigenen Augen, dass die Oktoberrevolution und die Sowjetmacht ihnen unvermeidlich den Tod bringen. Für sie wurde der Kampf gegen die Sowjetmacht deshalb zu einer Frage von Sein oder Nichtsein. Und die „sozialistische“ sozialrevolutionär-menschewistische Intelligenz, die schon vom Baume der

Erkenntnis der Macht gegessen hatte und sich jetzt vor die Perspektive gestellt sah, die Macht zu verlieren, geriet automatisch in ein Bündnis mit den besitzenden Klassen.

So entstand in Transkaukasien eine antisowjetische Koalition.

Das Transkaukasische Kommissariat mit seinen tatarischen Begs vom Schlege eines Khans von Choi und Chasmamedow einerseits und den georgischen adligen Intellektuellen vom Schlege eines Jordania und Gegetschkori andererseits ist die lebendige Verkörperung dieser antisowjetischen Koalition.

Für die Koalition der Klassen innerhalb der nationalen Gruppen werden „nationale Räte“ organisiert: ein georgischer, ein tatarischer und ein armenischer. Ihr Inspirator ist der Menschewik Jordania.

Für die Koalition der besitzenden Schichten aller wichtigen Nationalitäten Transkaukasiens wird das Transkaukasische Kommissariat geschaffen. Es steht unter der Leitung des Menschewiks Gegetschkori.

Zwecks Vereinigung der „gesamten Bevölkerung“ des Landes zum Kampf gegen die Sowjetmacht wird der so genannte „Transkaukasische Sejm“ organisiert, bestehend aus den Sozialrevolutionären, Menschewiki, Daschnaken und Khans, die für Transkaukasien in die Konstituierende Versammlung gewählt worden waren. Ihre Kulisse, will sagen, ihr Vorsitzender, ist der Menschewik Tschcheidse.

Hier haben wir sowohl „Sozialismus“ als auch „nationale Selbstbestimmung“ und noch etwas Realeres als diese abgedroschenen Schlagworte, nämlich: das reale Bündnis der besitzenden Schichten gegen die Arbeiter- und Bauernmacht.

Aber mit Schlagworten kommt man nicht weit. Das Bündnis erfordert eine „Tat“. Und kaum war die erste reale Gefahr aufgetaucht, da stellte sich diese „Tat“ auch unverzüglich ein. Wir denken an die revolutionären Soldaten, die nach Beginn der Friedensverhandlungen von der türkischen Front zurückkehrten. Diese Soldaten mussten Tiflis passieren, die Hauptstadt der antisowjetischen Koalition. In den Händen der Bolschewiki konnten sie die Existenz des Transkaukasischen Kommissariats ernstlich bedrohen. Das bedeutet eine äußerst reale Gefahr. Und siehe da, angesichts dieser Gefahr sind alle und jegliche „sozialistischen“ Schlagworte verstummt. Der konterrevolutionäre Charakter der Koalition tritt zutage. Das Kommissariat und die „nationalen Räte“ entwaffnen die von der Front heimkehrenden Truppen, nehmen sie meuchlings unter Feuer und bewaffnen wilde „nationale“ Horden. Um bei dieser „Tat“ gründlicher zu Werke gehen zu können und um sich eine Deckung im Norden zu verschaffen, geht das Transkaukasische Kommissariat ein Abkommen mit Karaulow und Kaledin ein, schickt diesem ganze Waggonladungen Patronen, hilft ihm bei der Entwaffnung von Truppen, die selbst zu entwaffnen es nicht fertig gebracht hatte, und unterstützt ihn überhaupt mit allen Mitteln im Kampf gegen die Sowjetmacht. Das Wesen dieser niederträchtigen „Politik“ besteht darin, die besitzenden Klassen Transkaukasiens vor Angriffen der revolutionären Soldaten zu sichern, wozu ihr kein Mittel zu schlecht ist. Die Mittel dieser „Politik“ bestehen darin, bewaffnete Truppen unaufgeklärter Mohammedaner auf russische Soldaten zu hetzen, diese Soldaten in einen Hinterhalt zu locken, sie zu massakrieren, niederzuschießen. Die krasseste Illustration dieser schändlichen Entwaffnungs„politik“ ist das bei Schamchor, zwischen Jelisawetpol und Tiflis, veranstaltete Blutbad unter russischen Soldaten, die von der türkischen Front her auf dem Marsch gegen Kaledin waren. Der „Bakinski Rabotschi“^[11] teilt hierüber folgendes mit:

„In der ersten Januarhälfte des Jahres 1918 führten an der Eisenbahn zwischen Tiflis und Jelisawetpol tausendköpfige Banden bewaffneter Mohammedaner mit Mitgliedern des Jelisawetpöler mohammedanischen nationalen Komitees an der Spitze und mit Hilfe eines vom Transkaukasischen Kommissariat geschickten Panzerzugs in einer Anzahl von Fällen eine gewaltsame Entwaffnung der nach Rußland heimkehrenden Truppenteile durch. Dabei wurden Tausende russischer Soldaten ermordet und verstümmelt, mit deren Leichen die

Eisenbahnstrecke übersät ist. Ungefähr 15000 Gewehre, 70 Maschinengewehre und zwanzig Geschütze wurden ihnen abgenommen.“

Das sind die Tatsachen.

Das Bündnis der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie gegen die revolutionären Soldaten Transkaukasiens, das unter der Flagge des offiziellen Menschewismus in Aktion tritt - das ist der Sinn dieser Tatsachen.

Wir halten es für notwendig, hier Auszüge aus Artikeln des „Bakinski Rabotschi“ anzuführen, die die Ereignisse von Jelisawetpol-Schamchor beleuchten.

„Die Menschewiki bemühen sich, die Wahrheit über die Ereignisse von Jelisawetpol zu verheimlichen. Selbst die Zeitung ihrer gestrigen Verbündeten, der Tifliser Sozialrevolutionäre, das ‚Snamja Truda‘, stellt fest, dass sie ‚die Sache zu vertuschen‘ suchen, und verlangt eine offene Erörterung der Frage im Gebietszentrum.

Wir begrüßen diese Forderung der Sozialrevolutionäre, denn das weitere Schicksal der Revolution in Transkaukasien hängt in bedeutendem Maße davon ab, ob die an der Tragödie von Shamchor Schuldigen offiziell entlarvt werden und volles Licht auf die Ereignisse vom 6. bis zum 12. Januar geworfen wird oder nicht.

Wir erklären, dass unter denen, die die Jelisawetpolder Ereignisse verschuldet haben, an erster Stelle Noah Nikolajewitsch Jordania zu nennen ist - der Mann, der früher einmal der Führer der kaukasischen Sozialdemokratie war und heute der so genannte ‚Vater der georgischen Nation‘ ist. Er und kein anderer führte den Vorsitz, als das Präsidium des Gebietszentrums den Beschluss fasste, die durchfahrenden Militärzüge zu entwaffnen und auf ihre Kosten die nationalen Regimenter zu bewaffnen. Mit seiner Unterschrift wurde das Telegramm an das mohammedanische nationale Komitee in Jelisawetpol abgeschickt, worin die Entwaffnung der Militärzüge angeordnet wurde, die sich bei Shamchor angesammelt hatten. Von ihm, Noah Jordania, wurden Delegationen mit demselben Auftrag, die Militärzüge zu entwaffnen, aus Tiflis entsandt. Das wurde von einem Mitglied der Delegation, dem Soldaten Krupko, in einer stark besuchten Sitzung des Bürgerkomitees in Jelisawetpol offiziell erklärt. Noah Jordania und sein stets übereifriger Gehilfe N. Ramischwili haben einen Panzerzug unter der Leitung Abchasawas losgeschickt, der an die Mohammedaner Waffen ausgegeben und ihnen bei der Erschießung von Tausenden von Soldaten und bei der Entwaffnung der Militärzüge geholfen hat.

Noah Jordania rechtfertigt sich damit, dass er das Telegramm nicht unterschrieben habe. Dutzende von Menschen, Armenier und Mohammedaner, bestätigen, dass er das Telegramm unterschrieben hat und dass dieses Telegramm existiert. Jordania sagt, er habe, als er von den Verwicklungen erfuhr, telefonisch mit Abchasawa gesprochen und ihn gebeten, die Militärzüge nicht gewaltsam zu entwaffnen, sondern sie passieren zu lassen. Abchasawa ist gefallen; diese Angaben können nicht nachgeprüft werden, aber wir geben zu, dass das Gespräch stattgefunden haben kann...

Wenn man den Toten beiseite lässt, auf den man, wie das Sprichwort sagt, alles abwälzen kann, so gibt es noch lebende Zeugen, die die Aussagen Jordantias widerlegen und sowohl die Adresse des Telegramms als auch die Unterschrift Jordantias sowie die Entsendung der Delegation mit dem Entwaffnungsauftrag und anderes mehr bestätigen.

Weshalb zieht Jordania sie nicht zur Verantwortung, wenn sie die Unwahrheit sagen? Weshalb wollen er und seine Freunde ‚die Sache vertuschen‘?

Nein, Bürger Jordania, Ramischwili & Co., auf euch liegt die schwere Verantwortung für das Blut der Tausende von Soldaten, die zwischen dem 7. und dem 12. Januar ermordet worden sind.

Könnt ihr euer schweres Verbrechen rechtfertigen? Wir sprechen jedoch nicht von persönlicher Rechtfertigung.

Jordania interessiert uns in diesem Fall nicht als Person, sondern als Führer der Partei, die die Politik in Transkaukasien macht, als der Vertreter der transkaukasischen Macht, der die größte Autorität und Verantwortung hat.

Er hat seine verbrecherische Tat erstens auf Beschluss des Präsidiums des Gebietszentrums und des Inter-Nationalitätenrats und zweitens zweifellos mit Wissen des Transkaukasischen Kommissariats begangen. Die Beschuldigung, die wir Jordania ins Gesicht schleudern, erstreckt sich auf die gesamte Partei der Menschewiki, auf das Gebietszentrum, auf das Transkaukasische Kommissariat, wo die Herren Tschchenkeli und Gegetschkori in engem und offenem Block mit den mohammedanischen Begs und Khans alles tun, um die Revolution zugrunde zu richten. Wir sprechen von Jordania und Ramischwili, da doch ihre Namen mit den Telegrammen, mit den Befehlen und dem Einsatz des ‚räuberischen‘ Panzerzugs verknüpft sind. Bei ihnen muss die Untersuchung zur Klärung der Wahrheit begonnen werden. Aber es gibt noch weitere Namen, die genannt werden müssen, es gibt noch ein Verbrechernes, das ausgehoben werden muss. Dieses Nest ist das Mohammedanische nationale Komitee in Jelisawetpol, das durchweg aus reaktionären Begs und Khans besteht und am 7. Januar abends, gestützt auf das Telegramm Jordania, den Beschluss fasste, die Militärzüge ‚um jeden Preis‘ zu entwaffnen, und seinen Beschluss zwischen dem 9. und dem 12. Januar mit unglaublicher Stimmlosigkeit und Blutgier ausführte.

Wenn die menschewistische Presse über die Jelisawetpolder Ereignisse spricht, dann stellt sie die Sache so dar, als sei das ein in Transkaukasien üblicher ‚Raub‘überfall auf die Eisenbahn gewesen. Das ist eine ganz schamlose Lüge!

Nicht Räuber, sondern Tausende von Mohammedanern aus der Mitte der Zivilbevölkerung begingen die verbrecherische Tat bei Schamchor und Dalljar unter der offiziellen Leitung des Mohammedanischen nationalen Komitees, verführt von der Aussicht auf reiche Beute und überzeugt, dass dies auf Befehl der transkaukasischen Machthaber geschieht. Das Mohammedanische nationale Komitee zog Tausende von Mohammedanern offen in Jelisawetpol zusammen, bewaffnete sie, waggonierte sie auf der Station Jelisawetpol ein und schickte sie nach Schamchor. Und als der ‚Sieg‘ errungen war, zog nach den Worten von Augenzeugen des ‚Sozialrevolutionär‘ Safikjurdski in Begleitung der anderen Helden vom Mohammedanischen Komitee rittlings auf einer dem ‚Feind‘ abgenommenen Kanone feierlich in die Stadt ein.

Was für Raubüberfälle sind hier eigentlich ‚gemeint‘?“ („Bakinski Rabotschi“ Nr. 30 und 31.)

Das sind die Haupthelden dieses verbrecherischen Abenteuers.

Und hier sind auch die Dokumente, die die Anstifter des Abenteuers entlarven:

Telegramm des Vorsitzenden des Gebietszentrums des Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, J. Jordania, an alle Sowjets betreffend die Entwaffnung von Militärzügen. „An alle Sowjets Transkaukasiens.

Aus Tiflis. Nr. 505a. Aufgenommen am 6. 1. 1918, Aufgabennummer 56363. Angenommen von Naumow. 59 Worte. Durchgegeben: 5-28-24. Zirkularschreiben.

Im Hinblick darauf, dass die nach Rußland abziehenden Truppenteile ihre Waffen mitnehmen und die nationalen Einheiten im Falle des Nichtzustandekommens des Waffenstillstands ohne genügende Bewaffnung für die Verteidigung der Front bleiben können, hat das Gebietszentrum des Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten beschlossen, alle Sowjets anzuweisen, Maßnahmen zur Entwaffnung der abziehenden Truppen zu treffen und über jeden einzelnen Fall an das Gebietszentrum Meldung zu erstatten.

Vorsitzender des Gebietszentrums Jordania“

Telegramm des Rittmeisters Abchasawa an den Kommandeur des Tatarischen Reiterregiments Magalow.

„Jelisawetpol.

An den Kommandeur des Tatarischen Reiterregiments Magalow aus Dsegam. Nr.42. Aufgenommen am 7.1.1918 von Shu Nr. 1857. Angenommen von Wata. 30 Worte. Durchgegeben am 7., um 15 Uhr.

Fünf bewaffnete Militärzüge mit Geschützen unterwegs, Vertreter des Sowjets festgenommen, fahre mit Panzerzug zur Abwehr. Bitte um Hilfe mit Waffen aller Art. Rittmeister Abchasawa Ds. Schatiraschwili“

(„Bakinski Rabotschi“ Nr. 33.)

Das sind die Dokumente.

Also ist im Verlauf der Ereignisse das „sozialistische“ Wortgeprassel verstummt und hat der konterrevolutionären „Tat“ des Transkaukasischen Kommissariats das Feld geräumt. Tschcheidse, Gegetschkori, Jordania bemänteln mit ihrer Parteifahne nur die Untaten des Transkaukasischen Kommissariats. Die Logik der Dinge ist stärker als jede andere Logik.

Das konterrevolutionäre Transkaukasische Kommissariat, das die von der Front kommenden russischen Soldaten entwaffnet und auf diese Weise den Kampf gegen die „fremden“ Revolutionäre führt, glaubte gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können: einerseits vernichtet es eine ernst zu nehmende revolutionäre Macht, die russische revolutionäre Armee, auf die sich ja das bolschewistische Komitee des Gebiets hauptsächlich stützen konnte, andererseits holt es sich so die „notwendigen“ Waffen zur Ausrüstung der georgischen, armenischen, mohammedanischen nationalen Regimenter, die die Hauptstütze des konterrevolutionären menschewistischen Kommissariats bilden. So war der Krieg gegen die „fremden“ Revolutionäre dazu bestimmt, den „Burgfrieden“ im Innern Transkaukasiens zu sichern. Und diese hinterhältige Politik wurde von den Herren Gegetschkori und Jordania um so entschlossener betrieben, je mehr sie sich im „Rücken“, das heißt von Seiten des Nordkaukasus mit seinen Kaledin und Filimonow, gesichert fühlten.

Aber der Lauf der Ereignisse hat alle Rechnungen der Konterrevolutionäre Transkaukasiens über den Haufen geworfen.

Der Fall Rostows und Nowotscherkassks, wo Kaledin und Kornilow Zuflucht gefunden hatten, erschütterte das „nördliche Hinterland“ in seinen Grundfesten. Die endgültige Säuberung der ganzen nordkaukasischen Linie bis nach Baku ließ es ganz verschwinden. Die Welle der vom Norden kommenden sowjetischen Revolution ist ungeniert in das Reich der transkaukasischen Koalition eingebrochen und bedroht seine Existenz.

Ebenso „ungünstig“ haben sich die Umstände in Transkaukasien selbst gestaltet.

Die von der Front zurückgekehrten transkaukasischen Soldaten verbreiteten die Agrarrevolution über die Dörfer. Die Gutsgebäude der mohammedanischen und georgischen Grundbesitzer gingen in Flammen auf. Die „verbolschewisierten“ Bauern im Soldatenrock liefen entschlossen Sturm gegen die Pfeiler, auf die sich die Überreste der Fronherrschaft stützten. Offensichtlich konnten die leeren Versprechungen des Transkaukasischen Kommissariats, den Bauern den Boden übergeben zu wollen, die von der Agrarwelle erfassten Bauern schon nicht mehr zufrieden stellen. Sie verlangten von ihm Taten, aber keine konterrevolutionären, sondern revolutionäre.

Auch die Arbeiter blieben nicht hinter den Ereignissen zurück und konnten nicht hinter ihnen zurückbleiben. Erstens mobilisierte natürlich die vom Norden kommende Revolution, die den Arbeitern neue Errungenschaften brachte, das transkaukasische Proletariat zu neuem Kampf. Selbst die Arbeiter des schläfrigen Tiflis, der Stütze der menschewistischen Konterrevolution, begannen vom Transkaukasischen Kommissariat abzurücken und sprachen sich für die Sowjetmacht aus. Zweitens musste sich nach dem Triumph der Sowjets im Nordkaukasus, von wo Tiflis unter Kaledin-Filimonow mit Getreide versorgt worden war, die Lebensmittelnot verschärfen, was natürlich eine Reihe von Lebensmittel“krawallen“ hervorrief - weigerte sich doch der revolutionäre Nordkaukasus

entschieden, das konterrevolutionäre Tiflis zu verpflegen. Drittens brachte das Fehlen von Banknoten (Gutscheine können diese nicht ersetzen!) das Wirtschaftsleben und vor allem den Eisenbahntransport in Unordnung, was zweifellos die Unzufriedenheit der unteren Schichten der Stadt noch vertiefte. Und schließlich ließ das revolutionäre proletarische Baku, das seit den ersten Tagen der Oktoberrevolution die Sowjetmacht anerkannt hatte und gegen das Transkaukasische Kommissariat einen unermüdlichen Kampf führte, das transkaukasische Proletariat nicht schlafen, sondern diente ihm als anfeuerndes Beispiel und als lebendes Fanal, das den Weg um Sozialismus erleuchtet.

Dies alles zusammengenommen musste zur Revolutionierung der gesamten politischen Lage in Transkaukasien führen. Die Sache ging schließlich so weit, dass selbst die „zuverlässigsten“ nationalen Regimenter sich „zu zersetzen“ und auf die Seite der Bolschewiki überzugehen begannen.

Das Transkaukasische Kommissariat geriet in ein Dilemma: entweder mit den Arbeitern und Bauern gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten, und dann - Zerfall der Koalition; oder entschlossener Kampf gegen die Bauern und die Arbeiterbewegung zur Erhaltung der Koalition mit den Gutsbesitzern und Kapitalisten.

Die Herren Jordania und Gegetschkori haben den zweiten Weg gewählt.

Zunächst sei darauf hingewiesen, dass das Transkaukasische Kommissariat die Agrarbewegung der georgischen und tatarischen Bauern für „Räuberei“ und „Rowdytum“ erklärte, dass es die „Rädelsführer“ verhaften und erschießen ließ.

Für die Gutsbesitzer gegen die Bauern!

Ferner verbot das Kommissariat alle bolschewistischen Zeitungen in Tiflis; Arbeiter aber, die gegen diese Gemeinheit protestierten, ließ es verhaften und erschießen.

Für die Kapitalisten gegen die Arbeiter!

Schließlich kam es so weit, dass die Herren Jordania und Gegetschkori, offensichtlich um einen „Blitzableiter“ zu haben, einem Massaker zwischen Armeniern und Tataren Vorschub leisten - eine Schmach, zu der bis jetzt nicht einmal die Kadetten hinab gesunken sind!

Das Transkaukasische Kommissariat, der Transkaukasische Sejm und die „nationalen Räte“ gegen die Arbeiter und Bauern- das ist der Sinn dieses „neuen“ Kurses.

So haben die transkaukasischen Konterrevolutionäre den Kampf gegen die „fremden“ Revolutionäre, den Kampf gegen die russischen Soldaten, ausgeweitet und zu einem Kampf gegen die Revolutionäre im Innern, zu einem Kampf gegen „ihre eigenen“ Arbeiter und Bauern entwickelt.

Äußerst interessant für die Kennzeichnung dieser „Wendung“ in der Politik der transkaukasischen Koalitionsmänner ist der in diesen Tagen eingelaufene und an den Rat der Volkskommissare gerichtete Brief eines Genossen aus dem Kaukasus, eines Augenzeugen der konterrevolutionären Exzesse der Herren Gegetschkori-Jordania. Ich führe ihn vollständig und ohne Änderung an. Hier ist er:

„In den letzten Tagen haben sich hier neue Ereignisse abgespielt, und die Lage ist jetzt sehr ernst. Am 9. Februar morgens wurden vier unserer Genossen verhaftet, darunter das Mitglied des neuen bolschewistischen Komitees F. Kalandadse. Auch gegen andere Genossen, gegen Philipp Macharadse, Nasaretian, Schawerdow und andere Mitglieder des Gebietskomitees wurden Haftbefehle erlassen. Nur Micha Zchakaja blieb verschont, offensichtlich wegen seiner Krankheit. Alle sind in die Illegalität gegangen. Gleichzeitig wurden unsere Zeitungen ‚Kawkaski Rabotschi‘, ‚Brd sola‘ (georgisch) und ‚Banwori Kriw‘ (armenisch) verboten und unsere Druckerei versiegelt.

Dies rief unter den Arbeitern Empörung hervor. Noch am selben Tag, am 9., fand in den Eisenbahnwerkstätten eine Kundgebung statt, an der ungefähr 3000 Arbeiter teilnahmen. Die Kundgebung beschloss einstimmig, bei nur vier Stimmenthaltungen, für die Forderung auf Freilassung der Genossen und Wiedezulassung der Zeitungen in den Streik zu treten. Es wurde beschlossen, so lange zu streiken, bis die Forderungen erfüllt würden. Aber es zeigte

sich, dass der Streik nicht allgemein war. Eine eingefleischte Menschewistenbande, die auf der Kundgebung keinen Einspruch erhoben und nicht dagegen gestimmt hatte, arbeitete weiter. Am selben Tag fand eine Versammlung der Schriftsetzer und Buchdrucker statt, die mit 226 gegen 190 Stimmen beschloss, für dieselben Forderungen in einen eintägigen Proteststreik zu treten. Mit größerer Einmütigkeit beschloss die Elektriker, Lederarbeiter, Schneider, die Arsenalwerkstätten, die Betriebe von Tolle, Sargarjanz und andere den Streik. Die Empörung in der Stadt wurde auch vom Mittelstand geteilt. Aber am nächsten Tag, am 10. Februar, kam es zu einem Ereignis, das die Verhaftungen und die Zeitungen vergessen ließ.

Das Streikkomitee der Eisenbahner und anderer hatte für diesen Tag, den 10. morgens, im Alexandergarten eine Protestkundgebung angesetzt. Ungeachtet aller Maßnahmen, die zur Vereitlung der Kundgebung getroffen worden waren, erschienen zu der Kundgebung über 3000 Arbeiter und Soldaten (von letzteren waren nur wenige da, weil die Militärzüge 15 Werst von der Stadt entfernt stehen). Zu dieser Kundgebung erschienen auch Kawtaradse, Macharadse, Nasaretian und andere Genossen, die sich verborgen hielten. Während der Kundgebung betraten Milizionäre und ‚Rotgardisten‘ (ungefähr zwei Kompanien) den Garten. Mit roten Fahnen in den Händen und durch Zeichen die Kundgebung beruhigend, schlichen sie sich an die Versammelten heran.

Ein Teil der Versammelten, der die Absicht gehabt hatte auseinander zugehen, blieb und begann in dem Glauben, es seien Freunde gekommen, diese sogar mit ‚Hurra‘ rufen zu begrüßen. Der Vorsitzende, Kawtaradse, wollte den Redner unterbrechen und die Ankömmlinge begrüßen. In diesem Moment schwärmten die Angekommenen schnell aus, umzingelten die Versammelten und eröffneten ein rasendes Gewehr- und Maschinengewehrfeuer auf die Kundgebung. Sie zielten hauptsächlich auf das Präsidium, das auf einem Podium stand. Acht Mann wurden getötet und über zwanzig verwundet. Ein Genosse, der Kawtaradse ähnlich sah und ebenso wie er gekleidet war, wurde von zehn Kugeln getroffen, und die ‚Rotgardisten‘ schrien sich gegenseitig zu, Kawtaradse sei schon tot. Ein Teil des Publikums lief auseinander, ein anderer warf sich auf die Erde. Die Schießerei währte ungefähr fünfzehn Minuten.

Genau zur selben Zeit war gerade die erste Sitzung des erweiterten Transkaukasischen Sejms eröffnet worden, und Tschcheidse hielt seine Rede unter der Begleitung der gleich daneben, unweit vom Palast, knatternden Gewehre und Maschinengewehre.

Dieses Blutbad, das ohne jede Warnung und so meuchlings veranstaltet wurde, rief unter den Arbeitern erneute Empörung hervor und hat sie, glaube ich, nun endgültig von den Menschewiki losgerissen.

Nasaretian und Zinzadse wurden nach der Kundgebung ergriffen und abgeführt, um erschossen zu werden, der Sozialrevolutionär Merchalew hat sie gerettet. Die Sozialrevolutionäre ‚sind empört‘, protestieren usw. Auch die Daschnakzakaner, ja die ganze Stadt, sind empört. Aber es ist unmöglich, etwas zu tun. Man hat aus den Dörfern bewaffnete ‚Rotgardisten‘ und die mohammedanische wilde Division hierher getrieben, und nun wüten sie. Allen führenden Genossen wird offen mit Erschießung gedroht. Am Tage der Beschießung der Kundgebung tauchten in der Stadt viele Offiziere mit weißen Armbinden auf, Weißgardisten, die in der Stadt umherliefen und auf Bolschewiki Jagd machten. Einen Mann, der angeblich Schaumian ähnlich sah, holten sie von der Straßenbahn herunter und schossen ihn nieder. Sie schrien, es sei Schaumian, aber sie hatten sich getäuscht.

Gestern, am 11., fand eine Kundgebung in den Militärzügen statt, an der unsere Genossen teilnahmen. Dort haben etwa 6000 Soldaten, ohne die Artillerie, beschlossen, die Freilassung der verhafteten Genossen, die Aufhebung des Verbots der Zeitungen und die Untersuchung der Ereignisse vom 10. (der Beschießung der Kundgebung, bei der, unter anderem, auch ein Soldat aus diesen Militärzügen getötet wurde) zu fordern. Gleich gestern noch haben sie eine Delegation mit einem Ultimatum abgeschickt und vierundzwanzig Stunden für die Antwort gegeben.

Heute läuft die Frist ab, es wird mitgeteilt, dass das Kommissariat Kräfte zur Abwehr zusammenzieht. Einzelheiten sind mir vorläufig nicht bekannt. Die verantwortlichen Genossen kehren einstweilen aus den Militärzügen nicht zurück, da sie fürchten, unterwegs verhaftet zu werden: man hat sie dort in das Revolutionäre Militärkomitee der Züge gewählt. Ich warte auf genauere Nachrichten.

Auf morgen ist eine Sitzung der Stadtduma anberaumt, die Sozialrevolutionäre und Daschnaken werden eine Protesterklärung abgeben, auch von uns werden Vertreter da sein. In der Stadt herrscht starke Alarmstimmung. Heute findet aus Anlass der beginnenden Hungersnot eine Frauendemonstration in der Nähe der Duma statt. Überall in der Stadt kommt es zu fliegenden Versammlungen. Unter dem Einfluss der aus Rußland angekommenen georgischen Soldaten, die alle entweder Bolschewiki oder bolschewistisch gesinnt sind, beginnt in ganz Georgien eine Bauernbewegung. Die Menschewiki stellen diese als eine Pogrom- und Raubbewegung hin und schicken ‚Rotgardisten‘ zu ihrer Unterdrückung aus. In Gori sind unsere Genossen verhaftet worden. Heute wird mitgeteilt, dass unsere Soldaten dort entwaffnet wurden und schon Erschießungen im Gange sind. Aus Kutais wurde mitgeteilt, dass sich die Stadt in den Händen der Bolschewiki mit Budu Mdiwani an der Spitze befindet. Von allen Seiten wurden Kräfte der Menschewiki dorthin zusammengezogen. Von unseren Abgesandten habe ich noch keine Antwort. Ich erwarte sie jede Minute. Gestern wurde in Muchrani ein Bolschewik, der alte Zerzwadse, verhaftet, der dorthin gefahren war, weil gestern eine Aktion der Bauern gegen die Fürsten vor; Muchrani und gegen die Krongüter erwartet wurde.

Neun Mann sind jetzt verhaftet worden und sitzen in Metech. Die sozialrevolutionäre rote Garde, die das Gefängnis bis jetzt bewacht hat, ist im Hinblick auf die Verhaftungen abgezogen und hat uns ihre Dienste angeboten.

Gestern hat das Streikkomitee, das aus Vertretern der von mir anfangs aufgezählten Betriebe besteht, zum Generalstreik aufgerufen. Heute wird diese Frage überall erörtert. Wir werden sehen, wie sich das Tifliser Proletariat bewähren wird.

Bei der Eröffnung des Sejms am 10. Februar waren nur Menschewiki(37 Mann) und ein Mohammedaner anwesend. Weiter war niemand da. Der mohammedanische Deputierte ersuchte um Vertagung bis zum 13., was auch beschlossen wurde. Wahrscheinlich werden sowohl die Daschnaken als auch die Sozialrevolutionäre Delegierte entsenden.“

Das ist das „Bild“.

Ob dieses konterrevolutionäre Kommissariat, dem die Geschichte schon das Todesurteil gesprochen hat, noch lange existieren wird, ist schwer zu sagen. Auf jeden Fall wird sich das in der nächsten Zukunft zeigen. Eins steht jedoch fest: Die letzten Ereignisse haben den menschewistischen Sozial-Konterrevolutionären endgültig die Maske des Sozialismus vom Gesicht gerissen, und jetzt hat die gesamte revolutionäre Welt die Möglichkeit, sich mit eigenen Augen davon zu überzeugen, dass wir es bei dem Transkaukasischen Kommissariat und seinen „parlamentarisch-nationalen“ Anhängseln mit dem schlimmsten konterrevolutionären Block zu tun haben, der gegen die Arbeiter und Bauern Transkaukasiens gerichtet ist.

Das sind die Tatsachen.

Nun, und wer wüsste nicht, dass Phrasen und Schlagworte verhallen, Tatsachen und Taten aber bleiben...

*„Prawda“ Nr. 55 und 56, 26. und 27. März 1918.
Unterschrift: J. Stalin.*

DIE ORGANISATION DER RUSSISCHEN FÖDERATIVEN REPUBLIK

Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Prawda“

Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Prinzipien und Methoden des Aufbaus der Russischen Föderation, die in den letzten Tagen in der Sowjetpresse begonnen hat, ersuchte unser Mitarbeiter den Volkskommissar für die Angelegenheiten der Nationalitäten, Genossen Stalin, seine Meinung zu dieser Frage zu äußern.

Auf eine Reihe von Fragen, die ihm von unserem Mitarbeiter gestellt wurden, gab Genosse Stalin folgende Antwort:

Bürgerlich-demokratische Föderationen

Von allen bestehenden föderativen Vereinigungen sind die amerikanische und die schweizerische Föderation für die bürgerlich-demokratische Ordnung am charakteristischsten. Sie sind historisch aus unabhängigen Staaten entstanden, und zwar über die Konföderation zur Föderation, wobei sie de facto zu Unitarstaaten geworden sind, die nur die Form des Föderalismus bewahrt haben. Dieser ganze Entwicklungsprozess - von der Unabhängigkeit zum Unitarismus - vollzog sich über eine Reihe von Gewalttaten, Niederwerfungen und nationalen Kriegen.

Man braucht nur an den Krieg der Südstaaten Amerikas gegen die Nordstaaten^[12] und an den Krieg des Sonderbundes^[13] gegen die übrigen Kantone der Schweiz zu erinnern. Dabei muss festgestellt werden, dass die Kantone der Schweiz und die Staaten Amerikas nicht nach nationalen und sogar nicht einmal nach wirtschaftlichen Merkmalen gebildet wurden, sondern ganz zufällig - je nachdem, welchen Landstrich ausgewanderte Kolonisten oder Dorfgemeinden zufällig in ihren Besitz brachten.

Wodurch unterscheidet sich die im Prozess ihrer Bildung befindliche Russische Föderation von ihnen?

Die Föderation hingegen, die jetzt in Rußland aufgebaut wird, bietet ein völlig anderes Bild und muss es bieten.

Erstens stellen die Gebiete, die sich in Rußland herausgebildet haben, hinsichtlich der Lebensweise und der nationalen Zusammensetzung ganz bestimmte Einheiten dar. Die Ukraine, die Krim, Polen, Transkaukasien, Turkestan, das mittlere Wolgagebiet, Kirgisien unterscheiden sich vom Zentrum nicht nur durch ihre geographische Lage (als Randgebiete!), sondern auch als geschlossene Wirtschaftsgebiete mit einer bestimmten Lebensweise und nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung.

Zweitens bilden diese Gebiete keine freien und unabhängigen Territorien, sondern gewaltsam in den gesamtrussischen politischen Organismus hineingepresste Einheiten, die jetzt danach streben, die notwendige Handlungsfreiheit in Form von föderativen Beziehungen oder einer völligen Unabhängigkeit zu erhalten. Die Geschichte der „Vereinigung“ dieser Territorien bietet ein einziges Bild von Gewalttaten und Unterdrückung durch die alten russischen Machthaber. Die Herstellung einer föderativen Ordnung in Rußland wird die Befreiung dieser Territorien und der sie bewohnenden Völker vom alten imperialistischen Joch bedeuten. Vom Unitarismus - zum Föderalismus!

Drittens vollzieht sich die Gestaltung des Staatslebens dort - in den westlichen Föderationen - unter Führung der imperialistischen Bourgeoisie. Kein Wunder, dass es bei der „Vereinigung“ nicht ohne Gewalttaten abgehen konnte. Hier, in Rußland, vollzieht sich im Gegensatz dazu der politische Aufbau unter Führung des Proletariats, dieses geschworenen

Feindes des Imperialismus. Deswegen kann und muss in Rußland die föderative Ordnung auf der Grundlage eines freien Bündnisses der Völker hergestellt werden.

Das ist der wesentliche Unterschied zwischen der Föderation in Rußland und den Föderationen im Westen.

Die Prinzipien des Aufbaus der Russischen Föderation

Daraus geht klar hervor, fährt Genosse Stalin fort, dass die Russische Föderation keinen Bund einzelner selbständiger Städte (wie dies die Karikaturisten von der bürgerlichen Presse glauben) oder von Gebieten überhaupt (wie dies einige unserer Genossen annehmen) darstellt, sondern einen Bund bestimmter historisch herausgebildeter Gebiete, die sich sowohl durch eine besondere Lebensweise als auch durch ihre nationale Zusammensetzung voneinander unterscheiden. Es handelt sich hier keineswegs um die geographische Lage der einen oder anderen Gebiete und nicht einmal darum, dass die einen oder anderen Landstriche durch eine Wasserfläche (Turkestan), durch eine Gebirgskette (Sibirien) oder durch Steppen (wiederum Turkestan) vom Zentrum getrennt sind. Dieser geographische Föderalismus, für den Lazis Propaganda macht, hat nichts mit dem vom III. Sowjetkongress proklamierten Föderalismus gemein. Polen und die Ukraine sind nicht durch einen Gebirgsrücken oder durch Wasserflächen vom Zentrum getrennt. Trotzdem fällt es niemandem ein, zu behaupten, dass das Fehlen dieser geographischen Merkmale das Recht der genannten Gebiete auf freie Selbstbestimmung ausschließe.

Andererseits unterliegt es keinem Zweifel, sagt Genosse Stalin, dass der eigenartige Föderalismus der Moskauer Gebietspatrioten, die künstlich 14 Gouvernements um Moskau vereinigen möchten, mit dem bekannten Beschluss des III. Sowjetkongresses über die Föderation ebenfalls nichts gemein hat. Ohne Zweifel bildet das zentrale Textilgebiet, das nur ein paar Gouvernements umfasst, eine gewisse geschlossene wirtschaftliche Einheit, und als solches wird es zweifellos von seinem eigenen Gebietsorgan als einem autonomen Teil des Obersten Volkswirtschaftsrats verwaltet werden. Was es aber zwischen dem kümmerlichen Kaluga und dem industriellen Iwanowo-Wosnessensk Gemeinsames geben kann und nach welchen Merkmalen sie der jetzige Gebietsrat der Volkskommissare „vereinigt“ - ist völlig unbegreiflich.

Die Zusammensetzung der Russischen Föderativen Republik

Träger der Föderation können und dürfen offensichtlich nicht beliebige Landstriche und Einheiten und nicht jedes beliebige geographische Territorium sein, sondern nur bestimmte Gebiete, in denen sich die Besonderheiten der Lebensweise, die Eigenart der nationalen Zusammensetzung und eine gewisse minimale Geschlossenheit des Wirtschaftsterritoriums organisch zusammenfügen. Hierher gehören Polen, die Ukraine, Finnland, die Krim, Transkaukasien (wobei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, dass sich Transkaukasien in eine Reihe bestimmter nationaler territorialer Einheiten gliedern wird, zum Beispiel eine georgische, armenische, aserbajdschanisch-tatarische und andere mehr), Turkestan, Kirgisien, das tatarisch-baschkirische Gebiet, Sibirien usw.

Die Rechte der sich föderierenden Gebiete Die Rechte der nationalen Minderheiten

Der Rechtsbereich dieser sich föderierenden Gebiete wird in allen seinen konkreten Einzelheiten im Zuge des Aufbaus der Sowjetföderation im Ganzen ausgearbeitet werden, aber die allgemeinen Grundzüge dieser Rechte lassen sich schon jetzt skizzieren. Heeres- und Flottenwesen, auswärtige Angelegenheiten, Eisenbahnen, Post- und Fernmeldewesen,

Geldwesen, Handelsverträge, allgemeine Wirtschafts-, Finanz- und Bankpolitik - all dies wird wohl den Tätigkeitsbereich des zentralen Rates der Volkskommissare bilden. Für alle übrigen Geschäfte und vor allem für die Form, in der die allgemeinen Dekrete durchgeführt werden, die Schule, das Gerichtswesen, die Verwaltung usw., werden die Gebietsräte der Volkskommissare zuständig sein. Keine obligatorische „Staats“-sprache - weder im Gerichtswesen noch in der Schule! Jedes Gebiet wählt sich die Sprache die oder die Sprachen, die der Zusammensetzung der Bevölkerung des gegebenen Gebiets entsprechen, wobei in allen öffentlichen und politischen Institutionen die volle Gleichberechtigung der Sprachen sowohl der Minderheiten als auch der Mehrheiten zu wahren ist.

Der Aufbau des zentralen Machtorgans

Der Aufbau des zentralen Machtorgans, die Methoden seiner Bildung, werden durch die Besonderheiten der Russischen Föderation bestimmt. In Amerika und in der Schweiz hat der Föderalismus in der Praxis zum Zweikammersystem geführt: auf der einen Seite ein Parlament, das nach dem Prinzip allgemeiner Wahlen gewählt wird, und auf der anderen Seite ein Bundesrat, der von den Staaten oder Kantonen gebildet wird. Das ist eben dasselbe Zweikammersystem, das in der Praxis zum gewöhnlichen bürgerlichen Amtsschimmel in der Gesetzgebung führt. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, dass sich die werktätigen Massen Rußlands mit einem solchen Zweikammersystem nicht zufrieden geben werden. Wir sprechen schon gar nicht davon, dass dieses System in völligem Missverhältnis zu den elementaren Forderungen des Sozialismus steht.

Uns scheint, fährt Genosse Stalin fort, dass das höchste Machtorgan der Russischen Föderation der von den gesamten werktätigen Massen Rußlands gewählte Sowjetkongress oder das ihn vertretende Zentralexekutivkomitee sein wird. Dabei wird man dem bürgerlichen Vorurteil, wonach das „Prinzip“ des allgemeinen Wahlrechts unfehlbar ist, den Laufpass geben müssen. Man wird das Wahlrecht wohl nur den Bevölkerungsschichten gewähren können, die ausgebeutet werden oder jedenfalls keine fremde Arbeitskraft ausbeuten. Das ist das natürliche Ergebnis der Tatsache der Diktatur des Proletariats und der Dorfarmut.

Das vollziehende Machtorgan

Was das vollziehende Machtorgan der Russischen Föderation, das heißt den zentralen Rat der Volkskommissare, betrifft, so wird er von den Sowjetkongressen gewählt werden, wobei die Kandidaten unserer Meinung nach vom Zentrum und von den sich föderierenden Gebieten aufgestellt werden sollten. Zwischen dem ZEK und dem Rat der Volkskommissare wird und darf also keine so genannte zweite Kammer stehen. Kein Zweifel, dass die Praxis beim Aufbau des Regierungssystems andere, zweckmäßigere und elastischere Formen für die Verbindung der Interessen der Gebiete und des Zentrums herausarbeiten kann und sicherlich auch herausarbeiten wird. Eins steht jedoch fest: Welche Formen die Praxis auch immer herausarbeiten mag, sie werden niemals das überlebte und von unserer Revolution zu Grabe getragene Zweikammersystem wiederauferstehen lassen.

Die Übergangsrolle des Föderalismus

Das sind meiner Meinung nach, fährt unser Gesprächspartner fort, die allgemeinen Umriss der sich vor unseren Augen bildenden Russischen Föderation. Viele sind geneigt, die föderative Ordnung für die stabilste und sogar idealste Ordnung zu halten, wobei sie häufig auf das Beispiel Amerikas, Kanadas und der Schweiz verweisen. Aber die Vorliebe für den Föderalismus wird durch die Geschichte nicht gerechtfertigt. Erstens stellen sowohl Amerika als auch die Schweiz schon keine Föderationen mehr dar: sie waren Föderationen in den

sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts; in Wirklichkeit haben sie sich in Unitarstaaten verwandelt, und zwar seit Ende des vorigen Jahrhunderts, als die gesamte Macht von den Staaten und Kantonen an die zentrale Bundesregierung überging.

Die Geschichte hat gezeigt, dass der Föderalismus Amerikas und der Schweiz eine Übergangsstufe von der Unabhängigkeit der Staaten und Kantone zu ihrer vollständigen Vereinigung ist. Es hat sich erwiesen, dass der Föderalismus als Übergangsstufe von der Unabhängigkeit zum Imperialistischen Unitarismus eine durchaus zweckmäßige Form war, aber er hatte sich überlebt und wurde beiseite geworfen, sobald die Bedingungen für die Vereinigung der Staaten und Kantone zu einem einheitlichen staatlichen Ganzen herangereift waren.

Der Prozess des politischen Aufbaus der Russischen Föderation
Der Föderalismus in Rußland - eine Übergangsstufe
zum sozialistischen Unitarismus

In Rußland verläuft der politische Aufbau in umgekehrter Reihenfolge. Hier wird der zaristische Zwangsunitarismus von einem freiwilligen Föderalismus abgelöst, damit der Föderalismus im Laufe der Zeit einer ebenso freiwilligen und brüderlichen Vereinigung der werktätigen Massen aller Nationen und Stämme Rußlands Platz mache. Dem Föderalismus in Rußland, sagte Genosse Stalin zum Schluss seiner Ausführungen, ist es ebenso wie in Amerika und in der Schweiz beschieden, eine Übergangsstufe zu sein - zum künftigen sozialistischen Unitarismus.

*„Prawda“ Nr. 62 und 63,
3. und 4. April 1918.*

EINE DER AKTUELLEN AUFGABEN

Die letzten beiden Monate revolutionärer Entwicklung in Rußland, besonders seit dem Friedensschluss mit Deutschland und der Niederwerfung der bürgerlichen Konterrevolution in Rußland selbst, können als eine Periode der Festigung der Sowjetmacht in Rußland und als Beginn der planmäßigen Umgestaltung der ablebenden sozialökonomischen Ordnung auf neue, sozialistische Art charakterisiert werden. Die fortschreitende Nationalisierung der Fabriken und Werke, die sich verstärkende Kontrolle über die Hauptzweige des Handels, die Nationalisierung der Banken, die sich Tag für Tag mehr entfaltende mannigfaltige Tätigkeit des Obersten Volkswirtschaftsrats, dieser Organisationszelle der schon nahe bevorstehenden sozialistischen Gesellschaft - all dies zeugt davon, wie tief die Sowjetmacht in die Poren des gesellschaftlichen Lebens eindringt. Im Zentrum ist die Macht schon zu einer wirklichen, aus dem Schoße der werktätigen Massen erwachsenen Volksmacht geworden. Darin liegt die Kraft und Stärke der Sowjetmacht. Das spüren offensichtlich selbst die bürgerlichen Intellektuellen, ehemalige Feinde der Sowjetmacht, Techniker und Ingenieure, Angestellte und überhaupt Leute mit Spezialkenntnissen, die gestern noch diese Macht sabotierten, heute aber bereit sind, ihr zu dienen.

Aber in den Randgebieten, in denen kulturell rückständige Elemente leben, hat die Sowjetmacht noch nicht im gleichen Maße zu einer Volksmacht werden können. Die Revolution, die im Zentrum begann, hat sich auf die Randgebiete, insbesondere auf die östlichen, mit einiger Verspätung ausgedehnt. Die Lebens- und Sprachbedingungen dieser Randgebiete, die zudem noch durch ihre wirtschaftliche Rückständigkeit gekennzeichnet sind, haben die Festigung der Sowjetmacht dort etwas erschwert. Damit die Macht dort zu einer Volksmacht werde und die werktätigen Massen sozialistisch werden, ist es unter anderem notwendig, die werktätigen und ausgebeuteten Massen dieser Randgebiete mittels spezieller Methoden in den Prozess der revolutionären Entwicklung einzubeziehen. Es gilt, die Massen zur Sowjetmacht emporzuheben und ihre besten Vertreter mit dieser zu verschmelzen. Das ist jedoch ohne die Autonomie dieser Randgebiete unmöglich, das heißt ohne die Organisation einer einheimischen Schule, eines einheimischen Gerichts, einer einheimischen Verwaltung, einheimischer Machtorgane, einheimischer gesellschaftlich-politischer Institutionen und Bildungsstätten, wobei in allen Sphären der gesellschaftlichen und politischen Arbeit die Vollberechtigung der einheimischen Sprache, der Muttersprache der werktätigen Massen des Gebiets garantiert werden muss.

Gerade aus diesen Erwägungen heraus hat der dritte Sowjetkongress die föderative Staatsordnung der Russischen Sowjetrepublik proklamiert.

Die bürgerlich-autonomen Gruppen, die im November und Dezember vergangenen Jahres in den Randgebieten bei den Wolgatataren, den Baschkiren, den Kirgisen und in Turkestan entstanden sind, werden allmählich durch den Verlauf der Revolution entlarvt. Um endgültig „ihre eigenen Massen“ von ihnen loszureißen und sie um die Sowjets zusammenzuschließen, ist es notwendig, ihnen die Autonomie „zu nehmen“, diese erst einmal vom bürgerlichen Unrat zu säubern und aus einer bürgerlichen in eine sowjetische Autonomie zu verwandeln. Die bürgerlich-nationalistischen Gruppen fordern die Autonomie, um sie in ein Werkzeug der Versklavung „ihrer eigenen“ Massen zu verwandeln. Gerade darum „anerkennen“ sie „die zentrale Sowjetmacht“, wollen aber gleichzeitig die örtlichen Sowjets nicht anerkennen und fordern die Nichteinmischung in ihre „inneren Angelegenheiten“. Einige örtliche Sowjets haben in Anbetracht dessen beschlossen, überhaupt jegliche Autonomie abzulehnen, und ziehen die „Lösung“ der nationalen Frage mit Waffengewalt vor. Dieser Weg ist jedoch für die Sowjetmacht völlig ungangbar. Er, dieser Weg, ist nur dazu angetan, die Massen um die bürgerlich-nationalen Oberschichten zusammenzuschließen und diese Oberschichten als Retter der „Heimat“, als Beschützer der „Nation“ hinzustellen, was keineswegs mit dem Plan der Sowjetmacht im Einklang steht. Nicht Ablehnung der Autonomie, sondern ihre

Anerkennung ist die aktuelle Aufgabe der Sowjetmacht. Nur muss diese Autonomie auf der Basis der örtlichen Sowjets aufgebaut werden. Nur auf diesem Wege kann die Macht zur Volksmacht, zur ureigenen Macht der Massen werden. Folglich muss die Autonomie nicht den Oberschichten der gegebenen Nation, sondern ihren unteren Schichten die Macht sichern. Das ist der Kern der ganzen Sache.

Eben deswegen proklamiert die Sowjetmacht die Autonomie des tatarisch-baschkirischen Territoriums. Aus denselben Erwägungen heraus wird die Proklamierung der Autonomie des kirgisischen Territoriums, des turkestanischen Gebiets usw. geplant. Und all dies auf der Grundlage der Anerkennung der Sowjets der Amtsbezirke, Kreise und Städte dieser Randgebiete.

Es gilt, Materialien und alle möglichen Unterlagen zu sammeln, die zur Bestimmung des Charakters und der Form der Autonomie dieser Territorien nötig sind. Es ist notwendig, Kommissionen zur Einberufung von konstituierenden Kongressen der Sowjets und der Sowjetorgane der betreffenden Völker einzusetzen, welche (die Kongresse) die geographischen Grenzen dieser Autonomien umreißen sollen. Diese Kongresse müssen einberufen werden. Diese notwendige Vorbereitungsarbeit muss schon jetzt geleistet werden, damit der zukünftige Allrussische Sowjetkongress die Verfassung der Russischen Sowjetföderation ausarbeiten kann.

Die Sowjets und die bei ihnen bestehenden mohammedanischen Kommissariate des tatarisch-baschkirischen Territoriums sind schon ans Werk gegangen. Zwischen dem zehnten und fünfzehnten April wird in Moskau eine Beratung von Vertretern der Sowjets und der mohammedanischen Kommissariate von Kasan, Ufa, Orenburg, Jekaterinburg zusammentreten, um eine Kommission zur Einberufung eines konstituierenden Sowjetkongresses Tatarien-Baschkiriens zu bilden.

In Kirgisien und Turkestan wird die diesbezügliche Arbeit erst begonnen. Die Sowjets dieser Randgebiete müssen unverzüglich ans Werk gehen und dabei alle sowjetischen und revolutionären Elemente der entsprechenden Völker zur Arbeit heranziehen. Es darf keinerlei Teilung in nationale Kurien mit Vertretung der nationalen „Minderheiten“ und „Mehrheiten“, wie das einige bürgerlich-nationalistische Gruppen vorschlagen, zugelassen werden. Eine solche Teilung verschärft nur den nationalen Hader, stärkt die Scheidewand zwischen den werktätigen Massen der Nationalitäten und verschließt den rückständigen Völkern den Weg zum Licht, zur Kultur. Nicht die Aufspaltung der werktätigen und demokratischen Massen der Nationalitäten in einzelne nationale Einheiten, sondern ihr Zusammenschluss um die entsprechenden sowjetischen Vereinigungen muss als Grundlage für die Wahlen zu den konstituierenden Kongressen und als Fundament für die Autonomie dienen.

Also, Sammlung von Materialien zur Frage der Autonomie der Randgebiete, Bildung von nationalen sozialistischen Kommissariaten bei den Sowjets, Organisierung von Kommissionen zur Einberufung der konstituierenden Sowjetkongresse der autonomen Gebiete, Einberufung dieser Kongresse, Annäherung der werktätigen Schichten der vom Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machenden Völker an die Organe der Sowjetmacht in den Gebieten - das ist die Aufgabe der Sowjets.

Das Volkskommissariat für die Angelegenheiten der Nationalitäten wird alle Maßnahmen treffen, um diese schwierige und verantwortungsvolle Arbeit der Sowjets in den Gebieten zu erleichtern.

Volkskommissar J. Stalin

„Prawda“ Nr. 67,
9. April 1918.

DIE ALLGEMEINEN GRUNDSÄTZE DER VERFASSUNG DER RUSSISCHEN SOZIALISTISCHEN FÖDERATIVEN SOWJETREPUBLIK

Entwurf, angenommen von der Kommission des Allrussischen Zentralexekutivkomitees
zur Ausarbeitung der Verfassung der Sowjetrepublik^[14]

Die Hauptaufgabe der für den gegenwärtigen Übergangsmoment bestimmten Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik besteht in der Errichtung der Diktatur des städtischen und ländlichen Proletariats und der armen Bauernschaft in Gestalt einer starken Allrussischen Sowjetmacht, um die Bourgeoisie völlig niederzuringen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen und den Sozialismus zu errichten, unter dem es weder eine Teilung in Klassen noch eine Staatsmacht geben wird.

1. Die Russische Republik ist die freie sozialistische Gesellschaft aller Werktätigen Rußlands, die in den städtischen und ländlichen Deputiertensowjets vereinigt sind.
2. Die Deputiertensowjets derjenigen Gebiete, die sich durch eine besondere Lebensweise und nationale Zusammensetzung unterscheiden, werden zu autonomen Gebietsverbänden vereinigt, an deren Spitze die Gebietskongresse der Deputiertensowjets und deren Exekutivorgane stehen.
3. Die sowjetischen Gebietsverbände werden auf der Grundlage der Föderation zur Russischen Sozialistischen Republik vereinigt, an deren Spitze der Allrussische Kongress der Deputiertensowjets und in der Periode zwischen den Kongressen das Allrussische Zentralexekutivkomitee stehen.

*„Iswestija“ Nr. 82,
25. April 1918.*

TELEGRAMM AN DEN V. SOWJETKONGRESS DES TURKESTANISCHEN GEBIETS^[15]

Sie können versichert sein, Genossen, dass der Rat der Volkskommissare die Autonomie Ihres Landes auf sowjetischer Grundlage unterstützen wird. Wir begrüßen Ihr Beginnen und sind zutiefst davon überzeugt, dass Sie das ganze Land mit einem Netz von Sowjets überziehen und mit den schon bestehenden Sowjets in engem Kontakt arbeiten werden. Wir bitten Sie, die Kommission zur Einberufung eines konstituierenden Sowjetkongresses, deren Organisation Sie übernommen haben, zu uns nach Moskau zu schicken, um gemeinsam über die Festlegung der Beziehungen des vollberechtigten Organs Ihres Landes zum Rat der Volkskommissare zu beraten.

Wir begrüßen Ihren Kongress und hoffen, dass er die ihm von der Geschichte auferlegten Aufgaben würdig erfüllen wird.

22. April 1918.

Lenin
Stalin

*„Iswestija“ Nr. 83,
26. April 1918.*

DIE FRIEDENSVERHANDLUNGEN MIT DER UKRAINE

Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Iswestija“

In einer Unterredung mit unserem Mitarbeiter machte der Vorsitzende der sowjetischen Friedensdelegation, Genosse Stalin, der, vom Rat der Volkskommissare zur Berichterstattung geladen, aus Kursk nach Moskau gekommen ist, folgende Ausführungen:

Der Abschluss des Waffenstillstands

In erster Linie stand die sowjetische Friedensdelegation vor der Aufgabe, einen Waffenstillstand an der Front, an der ukrainischen Grenze herbeizuführen. Unsere Friedensdelegation hat die dahingehenden Verhandlungen mit dem deutsch-ukrainischen Kommando auch aufgenommen. Es ist uns gelungen, die Einstellung der Kriegshandlungen an den Frontabschnitten Kursk, Brjansk und Woronesh durchzusetzen. Jetzt ist die Einstellung der Kriegshandlungen auch an der Südfront an der Reihe. Also wird das erste Stadium der Friedensverhandlungen unserer Meinung nach durch den Abschluss des Waffenstillstands und durch die Festlegung einer Demarkationslinie gekennzeichnet.

Die weiteren Verhandlungen

Unsere weitere Aufgabe - die Eröffnung unmittelbarer Friedensverhandlungen - wurde dadurch erschwert, dass die von der Zentralrada entsandte Delegation lange auf sich warten ließ. Und als die Delegation schließlich in Woroshba eingetroffen war, kam die Nachricht vom Staatsumsturz in der Ukraine und von der Beseitigung der kleinen und der großen Rada, was den Abschluss des Waffenstillstands und die vorläufigen Vereinbarungen über die Festlegung von Zeit und Ort der Eröffnung der Verhandlungen natürlich erschwerte.

Zur Erfüllung der letztgenannten Aufgabe haben wir einen speziellen Parlamentär nach Konotop geschickt, einem vom ukrainisch-deutschen Kommando vorgeschlagenen Ort, wo sich der zentrale Stab dieses Kommandos befindet. Unserem Delegierten wurden die weitesten Vollmachten bezüglich einer Verständigung über den Ort der Eröffnung der Verhandlungen erteilt.

Der Einfluss des Umsturzes in der Ukraine

Es ist schwer, etwas Bestimmtes über den Einfluss zu sagen, den der Staatsumsturz in der Ukraine auf die Friedensverhandlungen ausüben wird, da die Stellung der neuen ukrainischen Regierung zu den Friedensverhandlungen unbekannt ist. In dem Aufruf des Hetmans Skoropadski wird nichts darüber gesagt. Vor dem Umsturz hatten wir ein bestimmtes Friedensprogramm der Ukrainischen Rada vor uns. Das territoriale Programm der neuen ukrainischen Regierung hingegen ist uns unbekannt.

Im Allgemeinen jedoch hat sich der Umsturz in der Ukraine bis jetzt nicht negativ auf die Friedensverhandlungen ausgewirkt. Im Gegenteil, man kann annehmen, dass der Umsturz in der Ukraine die Möglichkeit des Friedensschlusses zwischen der Sowjetmacht und der ukrainischen Regierung nicht ausschließt. Es muss festgestellt werden, dass die Ukrainer nach dem Umsturz aufgehört haben, zu schwanken und die Vorbereitung der Friedensverhandlungen hinauszuziehen.

Die Ursachen des Umsturzes

Am Schluss der Unterredung kam Genosse Stalin auf die Ursachen zu sprechen, die den Umsturz in der Ukraine hervorgerufen haben.

Meiner Meinung nach war dieser Umsturz unvermeidlich. Seine Ursache wurzelte in der widerspruchsvollen Haltung der Zentralrada, die einerseits Sozialismus mimte, andererseits ausländische Truppen zum Kampf gegen die Arbeiter und Bauern der Ukraine herbeirief. Die Zentralrada hat sich in finanzielle und militärische Abhängigkeit von Deutschland begeben und gleichzeitig den ukrainischen Arbeitern und Untern, gegen die sie bald einen hartnäckigen Krieg begann, einen Haufen Versprechungen gemacht. Durch diesen ihren letzteren Schritt schuf sich die Ukrainische Rada solche Bedingungen, dass sie in der kritischen Minute, als die bürgerlich-gutsherrlichen Kreise sie heftig angriffen, niemanden hatte, auf den sie sich hätte stützen können.

Und auch dem Wesen nach konnte die Zentralrada kraft des Gesetzes des Klassenkampfes nicht lange an der Macht bleiben, da sich im Prozess der revolutionären Bewegung nur diejenigen Elemente an der Macht behaupten können, die von einer bestimmten Klasse unterstützt werden. Deswegen waren in der Ukraine nur zwei Auswege denkbar: entweder Diktatur der Arbeiter und Bauern, wozu die Zentralrada auf Grund ihrer kleinbürgerlichen Natur nicht beitragen konnte, oder Diktatur der bürgerlich-gutsherrlichen Kreise, womit sich die Rada ebenfalls nicht einverstanden erklären konnte. Sie zog es vor, sich zwischen zwei Stühle zu setzen, und hat sich dadurch selbst zum Tode verurteilt.

*„Iswestija“ Nr. 90,
9.Mai 1918.*

REDEN AUF DER BERATUNG ÜBER DIE EINBERUFUNG DES KONSTITUIERENDEN KONGRESSES DER TATARISCH-BASCHKIRISCHEN SOWJETREPUBLIK

10.-16. Mai 1918^[19]

1. REDE BEI ERÖFFNUNG DER BERATUNG

10. Mai

Genossen! Die Beratung ist auf Initiative des Kommissariats für die Angelegenheiten der Nationalitäten im Einvernehmen mit dem Rat der Volkskommissare, in der Person seines Vorsitzenden, einberufen worden.

Aufgabe der Beratung ist es, eine Kommission zur Einberufung eines konstituierenden Sowjetkongresses des genannten Gebiets zu bilden. Aufgabe des zukünftigen Kongresses ist es, die Grenzen und den Charakter der tatarisch-baschkirischen Autonomie zu bestimmen. Die Idee der Autonomie entspringt dem tiefsten Wesen der Oktoberrevolution, die den Nationalitäten die Freiheit gegeben hat. Die vom Rat der Volkskommissare in den Oktobertagen erlassene Deklaration der Rechte der Völker Rußlands und der bekannte Beschluss des III. Sowjetkongresses, der Rußland zu einer Föderation autonomer, sich durch eine besondere Lebensweise und durch die Zusammensetzung der Bevölkerung voneinander unterscheidender Gebiete ausgerufen hat, sind nur ein formaler Ausdruck des Wesens der Oktoberrevolution.

Der III. Sowjetkongress hat die allgemeinen Grundsätze für die Verfassung der Sowjetrepublik gegeben und die werktätigen Elemente der Völker Rußlands aufgefordert, sich über die konkreten politischen Formen zu äußern, in denen sie sich in ihren Gebieten zu konstituieren wünschen, und darüber, in welcherlei Beziehungen sie zum Zentrum treten möchten. Von allen Gebieten haben sich, scheint es, nur Finnland und die Ukraine eindeutig ausgesprochen ... und zwar für die Unabhängigkeit. Und als der Rat der Volkskommissare sich davon überzeugt hatte, dass nicht nur die Bourgeoisie dieser Länder, sondern auch die proletarischen Elemente nach Unabhängigkeit streben, wurde ihnen, diesen Ländern, das Verlangte ungehindert gewährt.

Was die anderen Gebiete anbelangt, so haben ihre werktätigen Elemente in den Fragen der nationalen Bewegung eine gewisse Passivität an den Tag gelegt. Aber je passiver sie waren, umso rühriger war die Bourgeoisie. Fast überall, in allen Gebieten, bildeten sich bürgerliche autonome Gruppen, die „nationale Räte“ organisierten, ihre Gebiete in einzelne nationale Kurien mit nationalen Regimentern, einem nationalen Budget und dergleichen einteilten und ihr Land somit zu einer Arena des nationalen Kampfes und des Chauvinismus machten. Diese autonomen Gruppen (ich meine die tatarischen, baschkirischen, kirgisischen, georgischen, armenischen und anderen „nationalen Räte“), alle diese „nationalen Räte“ trachteten nur nach einem: eine Autonomie zu bekommen, bei der sie sich jeglicher Einmischung der Zentralregierung in ihre Angelegenheiten und jeder Kontrolle durch sie entziehen könnten. „Gebt uns die Autonomie, dann erkennen wir die zentrale Sowjetregierung an, die örtlichen Sowjets aber können wir nicht anerkennen; sie dürfen sich nicht in unsere Angelegenheiten einmischen. Wir organisieren uns so, wie wir es wollen, wie wir es verstehen. Mit unseren nationalen Arbeitern und Bauern werden wir verfahren, wie uns beliebt.“ Das ist die - ihrem Wesen nach bürgerliche - Autonomie, nach der die Bourgeois trachten, die im Rahmen einer Autonomie die gesamte Fülle der Macht über „ihre“ Werktätigen verlangen.

Selbstverständlich kann die Sowjetmacht eine solche Autonomie nicht sanktionieren. Eine Autonomie gewähren, in deren Rahmen die ganze Macht der von den Sowjets Nichteinmischung fordernden nationaler; Bourgeoisie gehören würde, und die tatarischen, baschkirischen, georgischen, kirgisischen, armenischen und anderen Arbeiter den tatarischen, georgischen, armenischen und sonstigen Bourgeois auf Gnade oder Ungnade ausliefern - nein, darauf kann die Sowjetmacht nicht eingehen.

Die Autonomie ist eine Form. Das ganze Problem besteht darin, mit welchem Klasseninhalt diese Form gefüllt wird. Die Sowjetmacht ist keineswegs gegen Autonomie - sie ist für Autonomie, aber für eine Autonomie, bei der sich die ganze Macht in den Händen der Arbeiter und Bauern befindet, bei der die Bourgeois aller Nationalitäten nicht nur von der Macht, sondern auch von der Teilnahme an den Wahlen zu den Regierungsorganen ausgeschaltet sind.

Eine solche Autonomie wird eben die auf sowjetischen Grundsätzen aufgebaute Autonomie sein.

Es gibt zwei Typen von Autonomie. Der erste Typus ist der rein nationalistische. Diese Autonomie ist in ihrem Aufbau exterritorial, sie beruht auf den Grundsätzen des Nationalismus. „Nationale Räte“, umgeben von nationalen Regimentern, Scheidung der Bevölkerung nach nationalen Kurien und der hierbei unvermeidliche nationale Hader - das sind die Ergebnisse dieses Typus von Autonomie. Dieser Typus von Autonomie führt unvermeidlich zum Untergang der Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten. Einen solchen Typus von Autonomie strebte die bürgerliche Rada an. Es ist natürlich, dass die Rada, wenn sie erstarken und sich entwickeln wollte, gegen die Sowjets der Arbeiter und Bauern Krieg führen musste. Zu demselben Ergebnis hat das Bestehen armenischer, georgischer, tatarischer nationaler Räte in Transkaukasien geführt. Gegetschkori hatte recht, als er den transkaukasischen Deputiertensowjets und dem Kommissariat erklärte: „Ist Ihnen bekannt, dass sich das Kommissariat und die Deputiertensowjets in eine Fiktion verwandelt haben, da die ganze Macht faktisch in die Hände der nationalen Räte übergegangen ist, die über ihre eigenen nationalen Regimenter verfügen?“

Diesen Typus von Autonomie lehnen wir grundsätzlich ab.

Wir schlagen einen anderen Typus der Autonomie vor, den Typus der Autonomie von Gebieten, wo eine Nationalität oder einige Nationalitäten die Mehrheit bilden. Keinerlei nationale Kurien, keinerlei nationale Scheidewände! Es muss eine sowjetische Autonomie sein, gestützt auf die Deputiertensowjets. Das heißt, die Scheidung der Menschen des gegebenen Gebiets hat nicht nach nationalen Merkmalen, sondern nach Klassenmerkmalen zu erfolgen. Klassensowjets der Deputierten als Grundlage der Autonomie, Autonomie als Form der Willenskundgebung dieser Deputiertensowjets - das ist der Charakter der von uns vorgeschlagenen Sowjetautonomie.

Die bürgerliche Welt hat für die Beziehungen der Gebietsautonomien zum Zentrum eine ganz bestimmte Form herausgearbeitet. Ich meine hier Nordamerika, Kanada, die Schweiz. Dort, in diesen Ländern, besteht die Zentralmacht aus einem von der ganzen Bevölkerung der Staaten (oder Kantone) gewählten gesamtstaatlichen Parlament und aus drin parallel von den Regierungen der Staaten (oder Kantone) gewähltem Bundesrat. So ergibt sich ein Zweikammersystem mit seiner legislativen Amtsschimmelei und mit der Abwürgung jeder revolutionären Tat.

Wir sind dagegen, dass die Macht im Lande nach einem solchen System aufgebaut wird. Wir sind nicht nur deshalb dagegen, weil der Sozialismus ein solches Zweikammersystem grundsätzlich ablehnt, sondern auch aus praktischen Erwägungen des gegenwärtigen Moments heraus. Es handelt sich darum, dass im gegenwärtigen Übergangsstadium, da die Bourgeoisie geschlagen, aber noch nicht niedergezwungen ist, da die durch die Ränke der Bourgeois verschlimmerte Zerrüttung der Wirtschaft und des Ernährungswesens noch nicht beseitigt ist, da die alte, kapitalistische Welt zerstört, der Aufbau der neuen, sozialistischen

Welt jedoch noch nicht vollendet ist - dass in einem solchen Moment das Land einer starken gesamtrossischen Macht bedarf, die in der Lage ist, die Feinde des Sozialismus endgültig niederzuzwingen und eine neue, kommunistische Wirtschaft zu organisieren. Kurzum, wir brauchen das, was man als Diktatur des städtischen und ländlichen Proletariats zu bezeichnen pflegt. Wollte man in einem solchen Moment parallel zur Zentralmacht souveräne Machtorgane in den einzelnen Orten und Gebieten schaffen, so würde das in der Praxis den Zusammenbruch jeglicher Macht und die Rückkehr zum Kapitalismus bedeuten. Gerade darum ist es notwendig, alle für das Land in seiner Gesamtheit wichtigen Funktionen der Zentralmacht zu belassen und den Gebietsorganen hauptsächlich verwaltungspolitische und kulturelle Funktionen rein regionalen Charakters einzuräumen. Zu ihnen gehören: die Schule, das Gericht, die Verwaltung, die erforderlichen politischen Maßnahmen, die Formen und Methoden, in denen die allgemeinen Dekrete, angepasst an die Verhältnisse der nationalen Lebensweise, durchzuführen sind - all dies in der für die Bevölkerung verständlichen Muttersprache. Eben aus diesem Grund ist der allgemein anerkannte Typus der Gebietsvereinigungen mit einem regionalen ZEK an der Spitze die zweckmäßigste Form einer solchen Autonomie.

Das ist der Typus der Autonomie, dessen Notwendigkeit im gegenwärtigen Übergangsstadium sowohl von den Interessen der Festigung der Diktatur des Proletariats als auch von denen des gemeinsamen Kampfes der Proletarier aller Nationen Rußlands gegen den bürgerlichen Nationalismus, dieses letzte Bollwerk des Imperialismus, diktiert wird.

All dies bestimmt mit hinreichender Klarheit die Aufgaben unserer Beratung. Die Beratung wird Referate aus den einzelnen Orten entgegennehmen, um sich ein allgemeines Bild davon machen zu können, was die werktätigen Massen der Nationalitäten des gegebenen Gebiets fordern. Hierauf wird sie ein provisorisches allgemeines Schema für das Territorium entwerfen, dessen werktätige Bevölkerung an den Wahlen zum konstituierenden Sowjetkongress des betreffenden Gebiets teilnehmen wird, wobei das Wahlrecht nicht nur den in den Sowjets organisierten werktätigen Massen des gegebenen autonomen Territoriums, sondern auch denen der angrenzenden Bezirke gewährt wird. Schließlich wählt die Beratung eine Kommission, die beauftragt wird, den konstituierenden Sowjetkongress des Gebiets einzuberufen. Die Entscheidung über die Frage der Autonomie, die Festlegung des Kompetenzbereichs der Autonomie und die endgültige Festlegung der Gebietsgrenzen werden Sache des konstituierenden Kongresses sein.

Das sind die Aufgaben der gegenwärtigen Beratung.

Ich eröffne die Beratung und gestatte mir, der Überzeugung Ausdruck geben, dass die Beratung die ihr übertragene Aufgabe in würdiger Weise lösen wird.

2. REDE BEI SCHLUSS DER BERATUNG

16. Mai

Gestatten Sie mir, im Namen der zentralen Sowjetmacht zu erklären, dass der Rat der Volkskommissare es immer für seine heilige Pflicht gehalten hat und auch weiterhin halten wird, der Befreiungsbewegung der unterdrückten und ausgebeuteten Massen der Völker des Ostens und vor allem des meist entrechteten mohammedanischen Ostens entgegenzukommen. Der ganze Charakter unserer Revolution, die innerste Natur der Sowjetmacht, die ganze internationale Situation und schließlich selbst die geographische Lage Rußlands zwischen dem imperialistischen Europa und dem unterdrückten Asien - all dies diktiert der Sowjetmacht zweifellos eine Politik brüderlicher Unterstützung der unterdrückten Völker des Ostens in ihrem Befreiungskampf.

Von allen heute bestehenden Formen der Unterdrückung ist die nationale Unterdrückung die raffinierteste und gefährlichste. Sie ist raffiniert, denn sie stellt eine bequeme Maskierung für

die Räuberfratze der Bourgeoisie dar. Sie ist gefährlich, denn sie leitet geschickt durch Hervorrufung nationaler Zusammenstöße die Schläge von der Bourgeoisie ab. Wenn es den europäischen Räufern gelungen ist, die Arbeiter gegeneinander aufzuhetzen und sie auf das Schlachtfeld des Weltgemetzels zu werfen, wenn es ihnen bis jetzt noch gelingt, dieses Schlachten fort dauern zu lassen - so unter anderem deswegen, weil die Kraft des bürgerlichen Nationalismus, der den Arbeitern Europas den Kopf benebelt hat, noch nicht versiegt ist. Der Nationalismus ist die letzte Stellung, aus der man die Bourgeoisie vertreiben muss, um sie endgültig zu besiegen. Aber an der nationalen Frage vorübergehen, sie ignorieren und ihr Vorhandensein abstreiten, wie das einige unserer Genossen tun, heißt noch nicht den Nationalismus zerschlagen. Bei weitem nicht!

Nationaler Nihilismus schadet nur der Sache des Sozialismus, denn er arbeitet den bürgerlichen Nationalisten in die Hände. Um den Nationalismus zu zerschlagen, muss man vor allem die nationale Frage anpacken und lösen. Um aber die nationale Frage offen und sozialistisch lösen zu können, muss man sie auf das sowjetische Geleis stellen, muss man sie in vollem Umfang und endgültig den Interessen der in den Sowjets organisierten werktätigen Massen unterordnen. So und nur so kann man der Bourgeoisie ihre letzte geistige Waffe aus der Hand schlagen. Die Autonome Republik der Tataren und Baschkiren, die jetzt gebildet wird, ist eine praktische Lösung dieser generellen und für unsere ganze Revolution wichtigen Frage. Möge also diese Autonome Republik den Völkern des mohammedanischen Ostens als lebendes Fanal dienen, das den Weg zur Befreiung von der Unterdrückung weist.

Gestatten Sie mir, die Beratung zur Einberufung des konstituierenden Sowjetkongresses der Tatarisch-Baschkirischen Republik als geschlossen zu erklären und Ihnen bei der Organisation Ihrer autonomen Republik Erfolg zu wünschen.

*„Prawda“ Nr. 96 und 101,
18. und 24. Mai 1918.*

DIE FÄLLIGE LÜGE

Nummer 97 des „Nasche Wremja“^[11] (Abendausgabe) bringt auf Grund der Meldung eines eigenen Berichterstatters den Wortlaut eines deutschen Funkspruchs aus Konstantinopel, wonach „die Bolschewiki nach Eintreffen großer Verstärkungen aus Turkestan und Astrachan zur Offensive übergegangen sind und trotz heldenhaften Widerstands der Mohammedaner Baku genommen haben“.

Ich erkläre in aller Öffentlichkeit, dass dieser provokatorische Funkspruch mit der Wirklichkeit nichts gemein hat.

Baku hat gleich von Beginn der Revolution an die Sowjetmacht anerkannt und erkennt sie bis heute an. Eine Offensive der Bolschewiki auf Baku hat es nicht gegeben und konnte es auch nicht geben. Was es gab, war lediglich der abenteuerliche Angriff eines Häufleins tatarischer und russischer Gutsbesitzer und Generale, der ein völliges Fiasko erlitten hat, da die mohammedanischen und russischen Arbeiter und Bauern dieses Häuflein entschieden ablehnten. Es hat keinerlei Kampf der Bolschewiki gegen die Mohammedaner gegeben und auch nicht geben können. Die Macht des Bakuer Sowjets stellte und stellt die Macht der Arbeiter und Bauern aller Nationalitäten von Baku und Umgebung und vor allem die Macht des mohammedanischen Volkes dar.

Volkskommissar J. Stalin

„Prawda“ Nr. 97,
19 Mai 1918.

DIE LAGE IM KAVKASUS

I TRANSKAVKASIEN

Die Lage Transkaukasiens wird immer bedrohlicher. Die Ausrufung der Unabhängigkeit Transkaukasiens durch den Sejm (am 22. April), die der Tifliser „Regierung“ die Hände frei machen sollte, hat diese in Wirklichkeit in die Falle der internationalen Räuber getrieben. Womit die so genannten „Friedensverhandlungen“ in Batum^[18] enden werden, wird die nächste Zukunft zeigen. Eins steht außer Zweifel: Die Unabhängigkeit der Tifliser Menschewiki und ihrer Regierung von der russischen Revolution wird sich unvermeidlich in ihre sklavische Abhängigkeit von den türkisch-deutschen „zivilisierten“ Räubern verwandeln. Das wird ein Bündnis der am Ruder stehenden Tifliser Menschewiki mit den türkisch-deutschen Imperialisten gegen die russische Revolution sein. Der Menschewik Tschchenkeli in der Rolle des künftigen kaukasischen Golubowitsch... nicht wahr, meine Herren Martow und Dan, ein lehrreiches Bild...

Das Sejmmitglied Kartschikian teilt aus Tiflis mit:

„In Tiflis herrscht Erregung, die Armenier sind aus dem Kabinett ausgetreten, die Arbeiter und Bauern organisieren wegen der Ausrufung der Unabhängigkeit Transkaukasiens Straßendemonstrationen gegen die Regierung. In Kutais, Choni, Letschchum, Gori, Duscheta finden Demonstrationen statt, die ein Referendum über die Frage der Unabhängigkeit fordern.“

Ganz Armenien protestiert gegen das Usurpatorentum der Tifliser „Regierung“ von eigenen Gnaden und fordert den Rücktritt der Sejmdeputierten. Das Zentrum der Mohammedaner aber, Baku, die Zitadelle der Sowjetmacht in Transkaukasien, das den ganzen Osten Transkaukasiens von Lenkoran und Kuba bis nach Jelisawetpol um sich geschart hat, tritt mit der Waffe in der Hand für die Rechte der Völker Transkaukasiens ein, die mit allen Kräften danach streben, die Verbindung mit Sowjetrußland aufrechtzuerhalten. Wir sprechen schon gar nicht von dem heldenhaften Abchasien^[19] an der Küste des Schwarzen Meeres, das sich einmütig gegen die schwarzen Banden der Tifliser „Regierung“ erhoben hat und mit der Waffe in der Hand Suchum gegen sie verteidigt. „Ganz Abchasien, jung und alt, hat sich gegen die zweitausend Mann starke vom Süden kommende Bande der Eroberer erhoben und verteidigt nun schon acht Tage lang 20 Werst südlich von Suchum die Zugänge zu Suchum“, schreibt uns der Vorsitzende des revolutionären Militärkomitees Eschba. Nach einigen Angaben wird der Angriff der transkaukasischen Abteilungen von See her durch eine Flottille bewaffneter Transporter und eine Gruppe Zerstörer unterstützt. Wir hingegen dürfen, wie sich herausstellt, laut dem Brester Frieden und seiner deutschen Auslegung nicht nur keine Seeoffensive zum Schutze Suchums unternehmen, sondern haben nicht einmal das Recht, uns zu verteidigen. Das ist eine reale Unterstützung, die die deutschen „Friedensstifter“ den transkaukasischen Eroberern erweisen. Angesichts einer solchen Sachlage wird nun unschwer begreifen, dass das Schicksal Suchums schon fast besiegelt ist. Die transkaukasische Bevölkerung ist gegen die Tifliser „Regierung“. Die transkaukasische Bevölkerung ist gegen die Lostrennung von Rußland. Die transkaukasischen Arbeiter und Bauern sind gegen den Willen des Häufleins von Sejmännern für ein Referendum, denn niemand, absolut niemand hat den Sejm bevollmächtigt, Transkaukasien von Rußland loszutrennen.

So ist die Lage.

Nicht umsonst wuschen die Menschewiki, die noch etwas Gewissen haben, nämlich Jordania, Zereteli und sogar (sogar!) Gegetschkori, ihre Hände in Unschuld und überließen diese schmutzige Arbeit den Skrupellosesten unter den Menschewiki.

Aus Tiflis wird uns mitgeteilt, dass der Korpskommandeur der Türken vor Kars bei der Auslieferung von Kars durch die Armenier erklärt habe, er halte die Entsendung türkischer

Truppen zur Besetzung Bakus und zur Rettung der Mohammedaner im Bakuer Bezirk für unerlässlich, falls es der transkaukasischen Regierung nicht gelingen sollte, dies in nächster Zeit selber zu tun, wobei gleichzeitig „in einem Brief Wehib-Paschas an den Vorsitzenden der transkaukasischen Regierung zu verstehen gegeben wurde, dass dies unvermeidlich sei“.

Wir haben keine Möglichkeit, diese Mitteilungen dokumentarisch nachzuprüfen. Eins steht jedoch außer Zweifel: Sollten die türkischen „Retter“ wirklich gegen Baku losmarschieren, so werden sie auf den machtvollen Widerstand breiter Bevölkerungsschichten und vor allem der mohammedanischen Arbeiter und Bauern stoßen.

Es braucht gar nicht erwähnt zu werden, dass die Sowjetmacht in diesem Fall die unveräußerlichen Rechte der werktätigen Massen Transkaukasiens mit aller Kraft gegen die annexionistischen Anschläge verteidigen wird.

II DER NORDKAUKASUS

Schon 1917 hatte sich ein Häuflein nordkaukasischer Generale im Ruhestand, vom Schlage der Filimonow, Karaulow, Tschermojew und Bammadow, als einen Bund der Bergvölker ausgerufen, sich den Titel einer Regierung des Nordkaukasus vom Schwarzen bis zum Kaspischen Meer zugelegt und in aller Stille Vorbereitungen zu einer gemeinsamen Aktion mit Kaledin getroffen. Im November 1917, nach dem Sieg der Sowjetmacht im Zentrum Rußlands, kokettierte diese, mit Verlaub zu sagen, „Regierung“ mit der englischen und der französischen Militärmission und versuchte, den Waffenstillstand an der russisch-deutschen Front zu untergraben. Anfang 1918, nach dem Scheitern des Kaledinabenteuers, verschwand diese mysteriöse „Regierung“ von der politischen Bildfläche und beschränkte sich auf die Organisation von Raubüberfällen auf Züge und von heimtückischen Angriffen auf friedliche Einwohner der Städte und Dörfer. Zum Frühling dieses Jahres war sie von allen vergessen, denn im Nordkaukasus, im Kuban- und Terekgebiet hatten sich die wirklich vom Volk getragenen Deputiertensowjets gefestigt, die die breiten Schichten aller Stämme und Völker des Nordkaukasus ohne Ausnahme um sich scharten. Kabardiner und Kosaken, Osseten und Georgier, Russen und Ukrainer scharten sich in einem breiten Ring um den Deputiertensowjet des Terekgebiets. Tschetschenen und Inguschen, Kosaken und Ukrainer, Arbeiter und Bauern besetzten die zahlreichen Deputiertensowjets des Kubangebiets durch ihre Vertreter. Die breiten werktätigen Schichten aller dieser Stämme und Völker proklamierten auf ihren Kongressen laut und vernehmlich ihre unlösbare Verbundenheit mit Sowjetrußland. All das zwang natürlich die selbsternannte „Regierung“ der Tschermojew und Bammadow, sich vom politischen Schauplatz zu verziehen. Alle waren der Meinung, dass diese merkwürdige „Regierung“ für alle Ewigkeiten begraben sei. Zwar hatte ein intimer Freund der Bammadow, der so genannte Imam von Daghestan, noch im März ein Lebenszeichen von sich gegeben, indem er bei Petrowsk und Derbent Raubüberfälle auf die Eisenbahn organisierte. Aber schon Mitte April hatten sowjetische Abteilungen der Bakuer Arbeiter sowie die Daghestaner selbst dem Abenteuer des Imam ein Ende gemacht und ihn mitsamt seinem Gefolge von russischen Offizieren in die daghestanischen Berge vertrieben.

Aber der Imperialismus wäre kein Imperialismus, wenn er es nicht verstünde, im Namen seiner irdischen Ziele die Schatten der Toten „aus dem Jenseits“ zu beschwören. Es ist gerade eine Woche her, dass uns eine offizielle Erklärung, unterzeichnet von den auferstandenen Tschermojew und Bammadow, überreicht wurde, worin von der Bildung eines unabhängigen (kein Scherz!) Nordkaukasischen Staates vom Schwarzen bis zum Kaspischen Meer (nicht mehr und nicht weniger!) die Rede ist.

Der Bund der Bergvölker des Kaukasus“, heißt es in der Proklamation dieser selbsternannten Regierung, „beschließt, sich von Rußland loszutrennen und einen unabhängigen Staat zu bilden.“

„Die Grenzen des neuen Staatsgebiets werden im Norden die bisherigen geographischen Grenzen der Gebiete und Provinzen Daghestans, des Tereks, Stawropols, des Kubans und des Schwarzen Meeres im ehemaligen Russischen Reich sein, im Westen das Schwarze Meer, im Osten das Kaspische Meer, im Süden eine Grenze, deren Einzelheiten auf Grund eines Abkommens mit der transkaukasischen Regierung festzulegen sind.“

Also tritt die transkaukasische „Regierung“ in „Beziehungen“ zu den türkisch-deutschen „Befreiern“ und die nordkaukasische „Regierung“ in „Beziehungen“ zu der transkaukasischen. Die Sache ist klar. Die Abenteurer des Nordkaukasus sind von den Engländern und Franzosen enttäuscht und rechnen jetzt auf deren Feinde. Und da der Eroberungsdrang der Türken und Deutschen keine Grenzen kennt, darf man die Möglichkeit nicht für ausgeschlossen halten, dass die nordkaukasischen Abenteurer ein „Abkommen“ mit den türkisch-deutschen „Befreiern“ schließen.

Wir bezweifeln nicht, dass die letzteren ihre Treue gegenüber dem deutschen Vertrag, ihre Bereitwilligkeit, freundschaftliche Beziehungen aufrechtzuerhalten, und anderes mehr beteuern werden. Da man aber heutzutage Taten und nicht Worten zu glauben pflegt, die Taten dieser Herren aber mehr als eindeutig sind - wird die Sowjetmacht alle Kräfte zum Schutz der Völker des Nordkaukasus gegen eventuelle annexionistische Anschläge aufbieten müssen.

Volkskommissar J. Stalin

„Prawda“ Nr. 100,
23. Mai 1918.

ZUR LAGE IM KAUKASUS

Vom Volkskommissariat für die Angelegenheiten der Nationalitäten

Die Sonntagszeitungen brachten eine Meldung, wonach Baku und die Apscheronhalbinsel durch die Engländer besetzt seien. Sie lautet:

„Einer Meldung Odessaer Zeitungen zufolge berichten aus Baku eingetroffene Reisende, dass englische Truppen, die aus Mesopotamien über Persien nach dem Kaukasus vorgestoßen sind, vor drei Wochen auf Lastkraftwagen in die Stadt eingerückt seien. Es handle sich um eine zahlenmäßig starke Abteilung, die offensichtlich die Vorhut bildet. Nach einer Version sollen die Engländer Verbindung zu den Kornilowabteilungen aufnehmen. Eine andere Zeitung teilt mit, die Engländer hätten die Apscheronhalbinsel und Baku besetzt, von wo aus sie in Richtung Tiflis, Alexandropol, Sarikamysch, Kars, Erserum vorrückten. 24. Mai.“

Das Volkskommissariat für die Angelegenheiten der Nationalitäten sieht sich in diesem Zusammenhang zu der Erklärung veranlasst, dass diese provokatorische Meldung, die noch dazu aus äußerst rätselhaften Quellen herrührt, mit der Wirklichkeit nichts gemein hat. In Baku sind keine englischen Truppenteile aufgetaucht, noch konnten sie dort auftauchen, und zwar schon deswegen nicht, weil das ganze Gouvernement Baku, ja, der ganze Osten Transkaukasiens von Sowjettruppen geschützt wird, die auf den ersten Ruf bereit sind, sich mit einer äußeren Macht zu schlagen, ganz gleich in welcher Uniform diese auch auftreten möge. Nach Mitteilung des außerordentlichen Kommissars Schaumian vom 25. Mai „droht Stadt und Gebiet Baku vorläufig von keiner Seite Gefahr, wenn man von den tatarischen Gutsbesitzern absieht, die dieser Tage einen Überfall auf Adshikabul ausführten und von den Sowjettruppen weit nach Westen zurückgeworfen wurden“.

Was die Lage im südlichen Transkaukasien betrifft, so besteht dort wirklich eine Gefahr, aber nicht von Seiten der Engländer, sondern von Seiten der Türken, die an der Eisenbahnlinie Alexandropol-Dshulfa in Richtung auf Täbris vorstoßen, „um den Engländern in Nordpersien Widerstand zu leisten“.

Aus diesem Anlass teilt das Mitglied des Transkaukasischen Sejms Kartschikian am 20. Mai folgendes mit:

„Am 13. Mai erhob die Türkei in Batum die Forderung, türkische Truppen auf der Eisenbahnlinie Alexandropol-Dshulfa nach Persien passieren zu lassen, und motivierte dies damit, dass die Engländer von Mossul her andrängten und dass die Türken unbedingt in kürzester Frist Nordpersien besetzen müssten. Die Türkei verließ ihrer Forderung mit Gewalt Nachdruck und begann am Morgen des 15. mit dem Bombardement Alexandropols. Unsere Truppen wurden überrumpelt, konnten den Angriff nicht zum Stehen bringen und räumten am 16. Alexandropol. Am 17. verlangten die Türken, dass ihren Truppen der freie Durchmarsch nach Dshulfa garantiert werde, und versprachen, die Bevölkerung unbehelligt zu lassen. Andernfalls drohten sie, sich mit Gewalt den Weg zu bahnen. In Anbetracht dessen, dass der Rückzug bei Alexandropol die Truppen vollständig zerrüttet hatte und dass im Falle eines Widerstands die ganze Bevölkerung des Surmaliner und Etschmiadsiner Kreises schrecklichen Leiden ausgesetzt gewesen wäre, sahen wir uns gezwungen, in die Forderung der Türken einzuwilligen. Die ganze Bevölkerung des Alexandropol-Kreises verließ ihre Heimatorte und drängte sich im Gebiet von Bambak-Lori zusammen. Ebenso die Bevölkerung des Surmaliner Kreises. Heute habe ich erfahren, dass sich die Bevölkerung des Achalkalaker Kreises auf den Weg gemacht hat und nach Zalka zieht. Die Delegation in Batum hat wegen des Ultimatums Protest erhoben, aber hieraus keinen Casus belli gemacht und beschlossen, die Verhandlungen fortzusetzen.“

Das Volkskommissariat für die Angelegenheiten der Nationalitäten kann all das nicht wiedergeben, ohne dazu festzustellen, dass mit den Lügenmeldungen aus Odessa

offensichtlich der Zweck verfolgt wird, die völlig widerrechtliche türkische Invasion, vermittels der man sich der persischen Eisenbahnlinie bemächtigen will, zu bemänteln.

*„Prawda“ Nr. 104,
28. Mai 1918.*

ÜBER DAS DONGEBIET UND DEN NORDKAUKASUS

(Tatsachen und Machenschaften)

Die ukrainische Delegation in Kiew hat auf der ersten Sitzung der Friedenskonferenz^[20] erklärt, im Besitz von Erklärungen der „Regierungen“ des Dongebiets, des Nordkaukasus und anderer Gebiete zu sein, die ihre Lostrennung von Rußland proklamiert und freundschaftliche Beziehungen zur ukrainisch-deutschen Regierung aufgenommen hätten. „Wir sind nicht gegen Verhandlungen mit den Vertretern der Sowjetmacht“, erklärte der Vorsitzende der ukrainischen Delegation, Herr Scheluchin, „aber wir möchten gern wissen, auf welche Gebiete sich die Macht der Russischen Föderation eigentlich erstreckt, denn mir liegen Erklärungen einer ganzen Reihe von Regierungen vor (des Dongebiets, des Nordkaukasus usw.), die nicht länger zu Rußland zu gehören wünschen.“

Die Türken und die Deutschen erheben gegen dieses Auftreten der Ukrainer nicht nur keine Einwände, sondern, im Gegenteil, in einer ganzen Reihe von offiziellen Erklärungen steifen sie den erwähnten halblegalen „Regierungen“ bei deren Ansprüchen noch den Rücken und klammern sich an sie als an eine formale Handhabe zur „Selbstbestimmung“ (d. h. zum Raub) neuer Gebiete ..

Was sind das nun für mysteriöse „Regierungen“, woher kommen sie?

Vor allem ist es seltsam, dass als Gönner dieser „Regierungen“ und als offizieller Einpeitscher dieser ganzen Kampagne die ukrainische Hetmanregierung auftritt, die selber erst gestern durch die Gnade ... nun, jedenfalls nicht durch die Gnade des Volkes, das Licht der Welt erblickt hat. Mit welchem Recht erlaubt sich eigentlich die ukrainische Delegation einen solchen Ton gegenüber der von den Dutzenden Millionen Einwohnern der Russischen Föderation frei gewählten Sowjetmacht, um die sich, nebenbei gesagt, die breite Schichten erfassenden Gebiets Sowjets des Don-, Kuban-, Schwarzmeer- und Terekgebiets zusammengeschlossen haben, die von den Millionen Einwohnermassen dieser Gebiete gewählt worden sind? Wie kann im Hinblick auf dies alles die jetzige ukrainische Regierung auch nur irgendwie ins Gewicht fallen, ist sie doch nicht nur nicht vom Volk gewählt, sondern hat sie doch nicht einmal einen durch den Zensus zurechtgestutzten Sejm - und sei es auch nur so etwas wie ein Landtag der oberen Schichten - hinter sich? Außerdem kann man es als erwiesen betrachten, dass, wenn die Friedenskonferenz nicht in Kiew, sondern irgendwo auf neutralem Boden stattfände, die vor kurzem gestürzte Ukrainische Rada es sich nicht nehmen ließe, mit einer Erklärung auf den Plan zu treten, dass ein Vertrag mit der Hetmanregierung für das ukrainische Volk, das dieser Regierung die Anerkennung versagt, nicht bindend sein könne. Dabei würden zwei Fragen auftauchen: 1. Wessen Vollmachten könnte man in diesem Fall als rechtsgültiger anerkennen, die der Hetmanregierung oder die der Ukrainischen Rada? 2. Was könnte dann die jetzige ukrainische Delegation, die alle möglichen „Erklärungen“ so sehr schätzt, zu ihrer Rechtfertigung vorbringen?...

Zweitens ist es nicht weniger seltsam, dass Deutschland, das die Erklärung der ukrainischen Delegation unterstützt und im Interesse der „Selbstbestimmung“ eifrig mit den Abenteuer-„regierungen“ des Dons und des Nordkaukasus kokettiert, nicht ein einziges Wort über die Selbstbestimmung des polnischen Posens, des dänischen Schleswig-Holsteins, des französischen Elsass-Lothringens verlauten lässt. Muss erst noch bewiesen werden, dass im Vergleich zu den Massenprotesten der Dänen, Polen und Franzosen besagter Gebiete die abenteuerlichen Erklärungen der in aller Hast zusammengezimmerten und von niemandem anerkannten „Regierungen“ des Südens Rußlands jede Bedeutung, jeden Wert, jeden Schein von Anstand verlieren?...

Aber all das sind „Kleinigkeiten“. Gehen wir zur Hauptsache über.

Also wie sind die mysteriösen „Regierungen“ im Süden Rußlands entstanden?

„Am 21. Oktober 1917“, heißt es in einer „Note“ der Don-„regierung“, „wurde in Wladikawkas ein Vertrag über die Bildung eines neuen föderativen Staates, des Südostbundes, unterzeichnet, dem die Bevölkerung in den Gebieten der Kosakenheere des Dons, des Kubans und Astrachans, die Bergvölker des Nordkaukasus und der Schwarzmeerküste sowie die freien Völker des Südostens Rußlands beigetreten sind.“

Fast dasselbe besagt auch ein Funkspruch der Vertreter der nordkaukasischen „Regierung“ Tschermojew und Bammadow, der uns am 16. Mai zugestellt wurde.

„Die Völker des Kaukasus haben eine rechtmäßige Nationalversammlung gewählt, die im Mai und September 1917 zusammentrat und die Bildung eines Bundes der Bergvölker des Kaukasus proklamierte“, worauf „der Bund der Bergvölker des Kaukasus beschließt, sich von Rußland loszutrennen und einen unabhängigen Staat zu bilden; die Grenzen des neuen Staatsgebiets werden im Norden die bisherigen geographischen Grenzen der Gebiete und Provinzen Daghestans, des Tereks, Stawropols, des Kubans und des Schwarzen Meeres im ehemaligen Russischen Reich sein, im Westen - das Schwarze Meer, im Osten - das Kaspische.“

Es stellt sich also heraus, dass sich am Vorabend des Sieges der Oktoberrevolution, durch die die Kerenskieregierung gestürzt wurde, einige mit dieser Regierung verbundene Häuflein von Abenteurern in Wladikawkas versammelten, sich zu „bevollmächtigten“ Regierungen erklärten und die Lostrennung des Südens von Rußland verkündeten, wobei sie sich nicht einmal die Mühe machten, die Bevölkerung um ihre Zustimmung zu befragen. Natürlich ist es in einem freien Land wie Rußland niemandem verwehrt, sich separatistischen Träumereien hinzugeben, wobei leicht zu begreifen ist, dass die Sowjetmacht sich auf die abenteuerlichen Erklärungen von Träumern, mit denen die Völker des Südens Rußlands auch nicht das geringste zu tun haben, nicht einlassen konnte und durfte. An einem zweifeln wir nicht: Wenn Deutschland seinen Bürgern dieselbe Freiheit gewährte, die man heutzutage in Rußland genießt, dann würden sich Posen, Elsass-Lothringen, Polen, Kurland, Estland und andere mit einem Netz nationaler Regierungen bedecken, die weit mehr Grund hätten, sich als Regierungen zu bezeichnen, als die von ihren eigenen Völkern vertriebenen und jetzt in der Emigration befindlichen Bogajewski und Krasnow, Bammadow und Tschermojew...

So sind die mysteriösen „Regierungen“ im Süden Rußlands entstanden.

In der „Note“ der Don-„regierung“ und dem Funkspruch Tschermojews ist die Rede von der Vergangenheit, vom September und Oktober des Jahres 1917 und von Wladikawkas als Zufluchtsort der abgedankten Generale. Aber seitdem ist ungefähr ein Jahr vergangen. In dieser Zeit haben sich die regionalen Volkssowjets des Don-, des Kuban- Schwarzmeer- und des Terekgebiets gebildet, die Millionen Einwohner, Kosaken und Zugewanderte, Abchasen und Russen, Tschetschenen und Inguschen, Osseten und Kabardiner, Georgier und Armenier um sich vereinigen. Die Bevölkerung dieser Gebiete hat schon seit langem die Sowjetmacht anerkannt und so von dem ihr gewährten Selbstbestimmungsrecht weitgehend Gebrauch gemacht. Und Wladikawkas, die ehemalige Residenz der Karaulow und Bogajewski, der Tschermojew und Bammadow, hat sich schon längst zum Sitz des Tereker Volkssowjets erklärt. Es fragt sich, welche Bedeutung die aus der Mottenkiste hervorgeholten Generale und ihre abenteuerlichen Erklärungen vom Sommer 1917 angesichts dieser allbekannten Tatsachen haben können? Im September und Oktober existierte in Rußland noch die Regierung Kerenskis, die damals gegen die in die Illegalität getriebene bolschewistische Partei, die heute an der Macht ist, Blitz und Donner schleuderte. Wenn die Monate September und Oktober 1917 für die ukrainische Delegation und die deutsche Regierung solch eine sakramentale Bedeutung haben, warum sollten sie dann nicht auch die Überreste der Kerenskieregierung, die zu jener Zeit noch wohltauf war, zur Friedenskonferenz laden, wie sie das mit den Überresten der „Regierung“ der Tschermojew und Karaulow tun, die ebenfalls im September und Oktober 1917 noch wohltauf waren?

Oder weiter: Warum ist eigentlich der September 1917 dem April 1918 vorzuziehen, als die Ukrainische Rada, eben dabei, eine Delegation zu Verhandlungen mit der Sowjetmacht zu entsenden, „auf Grund“ der deutschen „Auslegung“ des Prinzips der Selbstbestimmung der Völker mit einem Stoß in das politische Nichts geschleudert wurde?...

Oder schließlich: Warum wertet man die Erklärung des von den Kosaken vertriebenen Kosakengenerals Krasnow, der Ende 1917 bei Gatschina in die Gefangenschaft der Sowjettruppen geriet und dann von der Sowjetmacht auf Ehrenwort freigelassen wurde - warum wertet man diese Erklärung als „politischen Akt von großer Bedeutung“, während man der Erklärung, sagen wir einmal, des Rates der Volkskommissare der Krim, der Hunderttausende russischer und tatarischer Einwohner um sich vereinigt und dreimal auf dem Funkwege die unlösbare Verbundenheit der Krim mit der Russischen Föderation erhärtet hat, keine politische Bedeutung zugesteht?

Warum genießt der von den Kosaken vertriebene General Krasnow den besonderen Schutz der ukrainisch-deutschen Machthaber, während der von der Bevölkerung frei gewählte Rat der Volkskommissare der Krim auf Banditenart erschossen wurde?...

Offensichtlich handelt es sich hier nicht um die Echtheit der „Erklärungen“ und nicht um die Massen, die diese „Erklärungen“ unterstützen. Noch viel weniger handelt es sich um den Begriff „Selbstbestimmung“, der von den offiziellen Räubern barbarisch durch alle Gossen geschleift und verdreht worden ist. Es handelt sich einfach darum, dass die „Erklärungen“ für die ukrainisch-deutschen Liebhaber imperialistischer Machenschaften sehr vorteilhaft sind, denn sie verschleiern nach Wunsch Ihr Streben nach Eroberung und Unterjochung neuer Territorien.

Charakteristisch ist, dass von einer ganzen Reihe Delegationen der so genannten Donregierung, die ebenso „gesetzlich“ wie die Delegation des Generals Krasnow sind, die Wahl der Ukrainer und Deutschen gerade auf die letzte Delegation gefallen ist, da alle übrigen Delegationen nicht die deutsche „Orientierung“ vertraten. Dass die „Regierung“ Krasnow-Bogajewski eigens ausgetüftelt und künstlich auf die Beine gebracht worden ist, ist dabei so offenkundig, dass eine ganze Reihe der von Krasnow ernannten Minister (Paramonow, Minister für Volksbildung, und Semjonow, Minister für Landwirtschaft) diese Ernennungen offiziell abgelehnt haben und ihren Verzicht damit begründeten, dass „sie in ihrer Abwesenheit von General Krasnow zu Ministern ernannt wurden“. Aber die in Selbstbestimmung machenden Ukrainer und Deutschen stört das offenbar nicht im Geringsten, denn Krasnow kommt ihnen als Deckmantel gerade recht.

Nicht weniger charakteristisch ist, dass der, schon im Januar selig entschlafene, so genannte Südostbund im Mai irgendwo in der Ukraine oder sogar in Konstantinopel plötzlich auferstanden ist, wobei nicht einmal alle Völker des Nordkavkasus wissen, dass die von ihnen längst begrabenen „Regierungen“ illegal weiter „existieren“, man weiß nicht genau, ob in Konstantinopel oder in Kiew, von wo aus sie sich anschicken, für diese Völker Gesetze zu schreiben. Aber die in Selbstbestimmung machenden Ukrainer und Deutschen stört offenbar auch diese plumpe Machenschaft nicht, denn sie gibt ihnen die Möglichkeit, ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen.

So ist es um die „Taten“ der machtgierigen Abenteurer im Süden Rußlands einerseits und der Urheber der politischen Machenschaften andererseits bestellt.

Welche Stellung beziehen nun die Völker des Südens Rußlands selber zur Frage der Unabhängigkeit, auf die (die Völker) sich die Herren Selbstbestimmer berufen?

Beginnen wir mit dem Don. Schon seit Februar besteht die autonome Sowjetrepublik des Dons, die die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung des Gebiets um sich vereinigt. Es ist für niemanden ein Geheimnis, dass auf dem Gebietskongress im April, auf dem über 700 Delegierte versammelt waren, laut und vernehmlich die unlösbare Verbundenheit mit Rußland, von dem die Donrepublik einen autonomen Teil bildet, bekräftigt wurde.

Folgendes sagt das Zentralexekutivkomitee der Donrepublik in seiner Resolution vom 28. Mai zu den Ansprüchen der neugebackenen „Regierung“ Krasnow-Bogajewski:

„Das Zentralexekutivkomitee der Sowjetrepublik des Dons setzt den Rat der Volkskommissare und die Friedenskonferenz in Kiew davon in Kenntnis, das es am Don außer dem Zentralexekutivkomitee und seinem Präsidium keine Macht gibt. Jede andere Regierung, die sich als solche erklärt hat oder erklären wird, ist eine Regierung von Staatsverbrechern, die man wegen Hochverrats vors Volksgericht stellen wird. Uns wurde neuerdings mitgeteilt, dass auf der Friedenskonferenz eine Delegation von der Donregierung antritt. Wir als Staatsmacht erklären dem Rat der Volkskommissare und der Friedenskonferenz in Kiew, dass ohne Dokumente der Sowjetmacht der Donrepublik keine Delegierten zur Führung von Friedensverhandlungen zugelassen werden dürfen, und falls es solche gibt, erklären wir, dass es Hochstapler und Usurpatoren sind, die man als Staatsverbrecher vor Gericht stellen wird. Das Zentralexekutivkomitee fordert von der Friedenskonferenz die Entfernung der selbsternannten Delegation der ‚Donregierung‘, denn sie entbehrt jeder gesetzlichen Grundlage und kann nicht zur Führung von Friedensverhandlungen zugelassen werden.

Vorsitzender des Zentralexekutivkomitees

W. Kowaljow

Sekretär W. Pushilew

(Angenommen am 28. Mai) Zarizyn.“

Wenden wir uns dem Kuban zu. Alle kennen die Autonome Sowjetrepublik des Kuban-Schwarzmeergebiets, um die 90 Prozent der Bevölkerung ausnahmslos aller Kreise und Bezirke des Gebiets geeint sind.

Allen ist der mit zahlreichen Delegierten besetzte Kongress des Kuban-Schwarzmeergebiets unter Teilnahme der Tschetschenen und Inguschen bekannt, der im April dieses Jahres unter Vorsitz des Kosaken J. Polujan feierlich die unlösbare Verbundenheit des Gebiets mit Rußland bestätigt und ebenso feierlich die Liebhaber von Abenteuern, vom Schlage der Filimonow und Krasnow, für geächtet erklärt hat. Übrigens zeugen zehntausende unter den Waffen stehende Kubanbewohner, die von Suchum bis Bataisk unter Einsatz ihres Lebens Sowjetrußland verteidigen, beredt genug von den Gefühlen und Sympathien des Kuban und Schwarzmeergebiets. Wir reden schon gar nicht von der Flotte, deren Untergang die Gönner der Krasnow und Filimonow gar nicht erwarten können...

Und schließlich das Terekgebiet. Es ist für niemanden ein Geheimnis, dass am Terek der Tereker regionale Volkssowjet existiert, der alle oder fast alle (95 Prozent) Aule und Stanizas, Dörfer und Ortschaften, von den Städten schon ganz zu schweigen, um sich vereinigt. Schon auf dem ersten Gebietskongress im Januar dieses Jahres sprachen sich ausnahmslos alle Delegierten für die Sowjetmacht und für die unlösbare Verbundenheit mit Rußland aus. Der zweite Kongress im April, der auf breiterer Grundlage organisiert war und mehr Delegierte zählte als der erste, hat die Verbundenheit mit Rußland feierlich bekräftigt und das Gebiet zu einer autonomen Sowjetrepublik der Russischen Föderation erklärt. Der jetzt stattfindende dritte Gebietskongress macht einen Schritt vorwärts, indem er vom Wort zur Tat übergeht und die Bürger zu den Waffen ruft, um den Terek, und nicht nur den Terek, gegen die Anschläge ungebeter Gäste zu verteidigen. Die so genannte Note der so genannten Donregierung redet sehr viel von den „freien Völkern des Südostens“, die angeblich nach Lostrennung von Rußland streben. Da wir der Ansicht sind, dass Tatsachen die beste Widerlegung von „Erklärungen“ sind, wollen wir die Tatsachen sprechen lassen. Hören wir vor allem die Resolution des Tereker Volkssowjets:

„Dem Tereker Volkssowjet ist aus Telegrammen bekannt geworden, dass Delegierte des Nordkaukasus, die sich in Konstantinopel befinden, die Unabhängigkeit des Nordkaukasus verkündet und entsprechende Noten an die kaiserlich-türkische Regierung und an andere Mächte geschickt haben.

Der Tereker Volkssowjet, bestehend aus den Fraktionen der Tschetschenen, Kabardiner, Osseten, Inguschen, Kosalten und der Zugewanderten, dokumentiert, dass die Völker des Terekgebiets niemals irgend jemand zu dem oben angegebenen Zweck irgendwohin delegiert haben und dass, wenn sich Privatpersonen, die sich jetzt in Konstantinopel aufhalten, als Delegierte der Völker des Terekgebiets ausgeben und im Namen dieser Völker auftreten, dies ihrerseits nichts anderes als Usurpatoren- und Abenteuerertum ist.

Der Tereker Volkssowjet bringt seine Verwunderung über die politische Kurzsichtigkeit und Naivität der türkischen Regierung zum Ausdruck, die sich von Gaunern hat irreführen lassen. Der aus den aufgezählten Fraktionen bestehende Tereker Volkssowjet erklärt, dass die Völker des Terekgebiets einen unabtrennbaren Bestandteil der Russischen Föderativen Republik bilden.

Der Tereker Volkssowjet protestiert dagegen, dass der Nordkaukasus von der transkaukasischen Regierung in die Unabhängigkeitserklärung Transkaukasiens einbezogen wird“ (siehe „Narodnaja Wlastj“, Organ des Tereker Volkssowjets).

(Die Resolution wurde einstimmig angenommen. 9. Mai.)

Mögen jetzt die von den Usurpatoren und deren Schirmherren verleumdete Tschetschenen und Inguschen zu Worte kommen. Hier ist die Resolution ihrer Fraktion, um die sich alle oder fast alle Inguschen und Tschetschenen zusammenschließen.

„Die außerordentliche Sitzung der tschetschenisch-inguschischen Fraktion des Tereker Volkssowjets hat nach Erörterung der Mitteilung über die Unabhängigkeitserklärung des Nordkaukasus einstimmig folgende Resolution angenommen: Die Erklärung der Unabhängigkeit des Nordkaukasus ist ein ankerordentlich wichtiger Akt, der mit Wissen und Einverständnis der gesamten daran interessierten Bevölkerung vor sich gehen muss.

Die tschetschenisch-inguschische Fraktion stellt fest, dass das Volk der Tschetschenen und Inguschen keine Delegierten zu irgendwelchen Verhandlungen mit der ottomanischen Delegation in Trapezunt oder mit der ottomanischen Regierung in Konstantinopel entsandt hat und dass die Frage der Unabhängigkeit niemals in irgendwelchen Körperschaften und Versammlungen, die den Willen des tschetschenisch-inguschischen Volkes zum Ausdruck bringen, erörtert worden ist.

Deshalb sieht die tschetschenisch-inguschische Fraktion in Personen, die es wagen, im Namen des Volkes zu sprechen, das sie nicht gewählt hat, Usurpatoren und Volksfeinde.

Die tschetschenisch-inguschische Fraktion erklärt, dass die einzige Rettung aller Bergvölker des Nordkaukasus und der durch die Revolution errungenen Freiheiten in einer engen Vereinigung mit der russischen revolutionären Demokratie liegt.

Dies wird ihnen nicht nur von der angeborenen Freiheitsliebe diktiert, sondern auch von den Wirtschaftsbeziehungen, die den Nordkaukasus und Zentralrußland in den letzten Jahrzehnten zu einem unzerreißbaren Ganzen fest zusammengeschweißt haben.“

(Angenommen am 9. Mai. Siehe „Narodnaja Wlastj“, Organ des Tereker Volkssowjets.)

Und hier ein Auszug aus der flammenden Rede des Sprechers der Inguschen und Tschetschenen, des Genossen Scheripow, in der Sitzung des Tereker Volkssowjets, die eindeutig genug ist, um allen Vorwürfen gegen die Daghestaner ein Ende zu machen:

„Dank der großen russischen Revolution haben wir diese herrliche Freiheit erhalten, für die sich unsere Ahnen jahrhundertlang geschlagen und sich, auch wenn besiegt, noch gegen die

Bajonette geworfen haben. Jetzt, da wir die Garantie des Rechts auf Selbstbestimmung bekommen haben, wird das Volk dieses Recht niemals und niemandem abtreten. Heute reden von der Unabhängigkeit des Nordkaukasus Gutsbesitzer, Fürsten, Provokateure und Spione und alle diejenigen, gegen die Schamil 50 Jahre lang einen Kampf auf Leben und Tod geführt hat. Es gibt einzelne Versuche dieser Volksfeinde, die Unabhängigkeit des Kaukasus zu proklamieren und das Imamatum auszurufen. Ich behaupte aber, dass Schamil den Vorfahren dieser Fürsten die Köpfe abgehauen hat und dass er jetzt das gleiche tun würde. Unsere Fraktion, die das Volk der Inguschen und Tschetschenen vertritt, hat in einer außerordentlichen Sitzung ihre Meinung zur Frage der Unabhängigkeitserklärung des Nordkaukasus in der bekannten Resolution zum Ausdruck gebracht.“ (Siehe oben. Entnommen der „Narodnaja Wlastj“.)

Das sind die Tatsachen.

Ist das alles den deutsch-ukrainisch-türkischen Selbstbestimmern bekannt? Natürlich! Denn die Gebietssowjets Südrußlands wirken ganz offen, vor aller Augen, und die Agenten jener Herren lesen unsere Zeitungen aufmerksam genug, um allbekannte Tatsachen nicht zu übersehen.

Worauf läuft dann also die oben erwähnte Erklärung der ukrainischen Delegation über die mysteriösen „Regierungen“ hinaus, eine Erklärung, die von den Deutschen und Türken mit Rat und Tat unterstützt wird?

Nur auf eins: die Schein„regierungen“ als Deckmantel für Eroberungen und für die Unterjochung neuer Länder auszunutzen. Die Ukrainische Rada als Deckung benutzend, sind die Deutschen „auf Grund des Brester Friedens“ (oh, natürlich!) vorgerückt und haben die Ukraine besetzt. Jetzt aber hat die Ukraine offensichtlich als Kulisse, als Deckmantel ihren Wert verloren, während die Deutschen einen neuen Vormarsch brauchen. Daher die Nachfrage nach einer neuen Kulisse, nach einem neuen Deckmantel. Und da Nachfrage ein Angebot nach sich zieht, haben die Krasnow und Bogajewski, die Tschermojew und Bammadow nicht lange auf sich warten lassen, um ihre Dienste anzubieten. Und es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, dass in nächster Zeit die Krasnow und Bogajewski, von den Deutschen angeleitet und ausgerüstet, zur „Befreiung“ des Dons gegen Rußland marschieren werden, wobei die Deutschen es sich angelegen sein lassen werden, ein übriges Mal dem Brester Vertrag Treue zu schwören. Dasselbe wäre auch vom Kuban, vom Terek usw. zu sagen.

Das ist der springende Punkt!

Die Sowjetmacht würde sich lebendigen Leibes begraben, wenn sie nicht ausnahmslos alle Kräfte zur Abwehr der Eroberer und Unterjocher mobilisierte.

Und das wird sie tun.

Volkskommissar J. Stalin

„Prawda“ Nr. 108
1. Juni 1918.

TELEGRAMM AN W.I. LENIN

Bin am sechsten in Zarizyn^[21] eingetroffen. Ungeachtet des Durcheinanders in allen Sphären des Wirtschaftslebens ist es trotzdem möglich, Ordnung zu schaffen.

In Zarizyn, Astrachan, Saratow, wo die Sowjets das Getreidemonopol und die festen Preise abgeschafft haben, herrschen wüste Zustände und Schleichhandel. Habe in Zarizyn die Einführung des Kartensystems und fester Preise erreicht. Dasselbe muss in Astrachan und Saratow erreicht werden, sonst wird das ganze Getreide durch diese Ventile der Spekulation verschwinden. Das ZEK und der Rat der Volkskommissare müssen ihrerseits von diesen Sowjets verlangen, dass mit dem Schleichhandel aufgeräumt wird.

Durch all den Eifer der Unzahl von Kollegien und Revolutionskomitees ist der Eisenbahnverkehr völlig zerrüttet. Bin gezwungen, Sonderkommissare einzusetzen, die trotz der Proteste der Kollegien schon dabei sind, Ordnung zu schaffen. Die Kommissare entdecken an verschiedenen Orten einen Haufen Lokomotiven, von deren Existenz die Kollegien keine Ahnung haben. Die Untersuchung hat gezeigt, dass man auf der Strecke Zarizyn-Poworino-Balaschow-Koslow-Rjasan-Moskau täglich acht und mehr Durchgangszüge abfertigen kann. Bin jetzt damit beschäftigt, in Zarizyn Züge zusammenzuziehen. In acht Tagen proklamieren wir eine „Getreidewoche“ und schicken mit einemmal ungefähr eine Million Pud nach Moskau, mit Eisenbahnern als speziellen Begleitern, worüber ich vorher noch Nachricht geben werde.

In der Schifffahrt ist eine Stockung eingetreten, weil Nishni Nowgorod die Dampfer zurückhält, wahrscheinlich im Zusammenhang mit den Tschechoslowaken. Geben Sie Anweisung, dass die Dampfer unverzüglich nach Zarizyn durchgelassen werden.

Im Kubangebiet, in Stawropol gibt es nach vorliegenden Meldungen durchaus zuverlässige Getreideaufkäufer, die darangegangen sind, im Süden Getreide herauszupumpen. Die Strecke von Kisljar zum Meer ist schon im Bau, die Strecke Chassaw-Jurt-Petrowsk ist noch nicht wieder Instand gesetzt. Schicken Sie uns Schljapnikow, Bauingenieure, tüchtige Arbeiter sowie Lokomotivbrigaden.

Habe einen Kurier nach Baku geschickt, dieser Tage fahre ich nach dem Süden. Der Bevollmächtigte für Warenaustausch Saizew wird heute wegen Hamsterei und Spekulation mit staatlichen Waren verhaftet. Übermitteln Sie Schmidt, er solle keine Gauner mehr schicken. Kobosew soll das Fünferkollegium in Woronesh^[22] beauftragen, in seinem eigenen Interesse meinen Bevollmächtigten keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Nach eingelaufenen Meldungen ist Bataisk an den Deutschen genommen.

Volkskommissar Stalin

Zarizyn,
7. Juni 1918.

*Zuerst veröffentlicht 1936 in der
Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“
(Die proletarisch Revolution.) Nr. 7.*

BRIEF AN W.I. LENIN

An Genossen Lenin

Eile an die Front. Schreibe nur zur Sache.

1. Die Linie südlich Zarizyn ist noch nicht wiederhergestellt. Ich treibe alle an und schimpfe mit allen, die es verdienen; ich hoffe, dass wir die Wiederherstellung bald erreicht haben. Sie können überzeugt sein, dass wir niemanden schonen werden, weder uns noch andere, aber Getreide werden wir trotz allem liefern. Wenn unsere militärischen „Spezialisten“ (Schuster!) nicht geschlafen und gefaulenzt hätten, wäre die Linie nicht unterbrochen worden, und wenn die Linie wiederhergestellt wird, dann nicht dank den Militärs, sondern trotz ihnen.

2. Südlich von Zarizyn hat sich viel rollendes Material mit Getreide angehäuft. Sobald der Weg frei wird, schicken wir Ihnen das Getreide mit Durchgangszügen.

3. Habe Ihre Mitteilung erhalten^[23]. Es wird alles getan werden, um eventuellen Überraschungen vorzubeugen. Seien Sie gewiss, dass unsere Hand nicht zittern wird...

4. Habe einen Kurier mit einem Brief^[24] nach Baku geschickt.

5. Mit Turkestan steht es schlecht, England manipuliert über Afghanistan. Geben Sie irgendjemandem (oder mir) Sondervollmachten (militärischen Charakters) im Gebiet Südrußlands, damit dringende Maßnahmen ergriffen werden, solange es noch nicht zu spät ist. Im Hinblick auf die schlechte Verbindung zwischen den Randgebieten und dem Zentrum ist es notwendig, einen Mann mit weit reichenden Vollmachten an Ort und Stelle zu haben, um rechtzeitig dringende Maßnahmen ergreifen zu können. Wenn Sie zu diesem Zweck irgendjemand (wer es auch sei) ernennen, so lassen sie mich das über direkte Leitung wissen und übermitteln Sie das Mandat ebenfalls über direkte Leitung, sonst laufen Sie Gefahr, ein neues Murmansk^[25] zu erleben.

Ich schicke den Streifen betreffs Turkestans.

Vorläufig alles.

Ihr Stalin

Zarizyn,

7. Juli 1918.

*Teilweise veröffentlicht in der
„Prawda“ Nr. 301,
21. Dezember 1929.*

BRIEF AN W.I. LENIN

An Genossen Lenin

Einige Worte:

1. Wenn Trotzki, ohne zu überlegen, nach allen Seiten hin Mandate an Trifonow (Dongebiet), an Awtonomow (Kubangebiet), Koppe (Stawropol), an die Mitglieder der französischen Mission (die verhaftet zu werden verdienten) usw. austeilt, dann kann man mit Sicherheit sagen, dass bei uns in einem Monat im Nordkaukasus alles zusammenbricht und dass wir dieses Gebiet endgültig verlieren werden. Mit Trotzki geht dasselbe vor sich wie seinerzeit mit Antonow. Hämmern Sie ihm ein, dass ohne Wissen der örtlichen Funktionäre keine Ernennungen vorgenommen werden dürfen und dass es sonst zu einem Skandal für die Sowjetmacht kommt.

2. Wenn Sie uns keine Flugzeuge mit Fliegern, keine Panzerwagen und Sechszollgeschütze geben, so wird die Zarizyner Front nicht standhalten können, und wir werden die Eisenbahn für lange Zeit verlieren.

3. Getreide gibt es im Süden viel, um es aber erfassen zu können, braucht man einen eingearbeiteten Apparat, dem von den durchfahrenden Truppen, Armeebefehlshabern und anderen keine Hindernisse bereitet werden. Mehr noch, es ist notwendig, dass die Militärs den Funktionären des Ernährungswesens helfen. Die Lebensmittelfrage ist natürlich mit der militärischen Frage verflochten. Um die Sache fördern zu können, brauche ich militärische Vollmachten. Ich habe schon darüber geschrieben, aber keine Antwort erhalten. Nun gut. Dann werde ich eben selbst, ohne Förmlichkeiten, diejenigen Armeebefehlshaber und Kommissare absetzen, die die Sache zugrunde richten. Das gebietet mir die Sache, und das Fehlen eines Papierchens von Trotzki wird mich natürlich nicht davon abhalten.

J. Stalin

Zarizyn,
10. Juli 1918.

Zum ersten Mal veröffentlicht.

BRIEF AN W.I. LENIN

Die Lage im Süden ist keine leichte. Der Kriegsrat hat eine völlig zerrüttete Hinterlassenschaft erhalten, zerrüttet zum Teil durch die Trägheit des ehemaligen Chefs des Militärbezirks, zum Teil durch die Verschwörung der vom Chef des Militärbezirks zu den verschiedenen Ressorts des Militärbezirks hinzugezogenen Personen. Alles musste von vorn begonnen werden, wir haben die Versorgung in Gang gebracht, eine operative Abteilung aufgebaut, mit allen Frontabschnitten Verbindung hergestellt, die alten, ich möchte sagen, verbrecherischen Befehle aufgehoben, und erst danach leiteten wir die Offensive auf Kalatsch und auf den Süden in Richtung Tichorezkaja ein. Diese Offensive unternahmen wir in der Hoffnung, dass die nördlichen Abschnitte Mironows und Kikwidses, darunter auch der Abschnitt Poworino, vor der Zerschlagung gesichert seien. Indessen hat sich gezeigt, dass gerade diese Abschnitte die schwächsten und am wenigsten gesichert sind. Es ist Ihnen bekannt, dass Mironow und die anderen sich nach Nordosten zurückgezogen haben, dass die gesamte Eisenbahnlinie von Lipki bis Alexikow von Kosaken besetzt ist, dass einzelne kosakische Partisanentruppen an die Wolga geschickt wurden und versuchen, den Verkehr auf der Wolga zwischen Kamyschin und Zarizyn zu unterbrechen.

Andererseits haben die Rostower Front und überhaupt die Gruppen Kamins wegen Mangels an Artillerie- und Infanteriemunition ihre Standhaftigkeit verloren; sie haben Tichorezkaja und Torgowaja aufgegeben und befinden sich offenbar im Prozess der endgültigen Auflösung (ich sage, „offenbar“, weil wir bis jetzt keine genauen Angaben über die Gruppe Kalnins bekommen können).

Ich spreche schon gar nicht von der kritischen Lage, in die Kisljar, Brjanskoje, Baku geraten sind. Die anglophile Orientierung wurde endgültig zu Fall gebracht, aber dort an der Front stehen die Dinge mehr als ungünstig. Kisljar, Prochladnaja, Nowo-Georgiewskoje, Stawropol sind in den Händen aufständischer Kosaken. Nur Brjanskoje, Petrowsk, Mineralnyje Wody, Wladikawkas, Pjatigorsk und, wie es scheint, Jekaterinodar halten sich vorläufig noch.

Auf diese Weise ist eine Lage entstanden, bei der die Verbindungen mit dem Süden, mit seinen Lebensmittelgebieten unterbrochen sind und das Gebiet von Zarizyn selbst, das das Zentrum mit dem Nordkaukasus verbindet, seinerseits vom Zentrum losgerissen oder doch fast losgerissen ist.

Deshalb haben wir auch beschlossen, die Angriffsoperationen in Richtung Tichorezkaja einzustellen, zur Verteidigung überzugehen, von den Abschnitten der Zarizyner Front Kampfformationen abzuziehen, aus ihnen eine nördliche Stoßgruppe mit etwa sechstausend Soldaten zu bilden und sie am linken Donufer bis zum Flusse Chopjor vorzuschicken. Das Ziel dieses Unternehmens ist, die Linie Zarizyn-Poworino zu säubern, in das Hinterland des Feindes einzudringen, ihn zu desorganisieren und zurückzuwerfen. Wir haben allen Grund zu der Annahme, dass dieser Plan in der allernächsten Zeit verwirklicht sein wird.

Die oben umrissene ungünstige Lage ist dadurch zu erklären, dass

1. der Frontsoldat, der „tüchtige Mushik“, der im Oktober für die Sowjetmacht kämpfte - sich gegen die Sowjetmacht gewandt hat (er hasst aus tiefstem Herzen das Getreidemonopol, die festen Preise, die Requisitionen, die Bekämpfung der Hamsterei);
2. die Truppen Mironows aus Kosaken bestehen (die Kosakenverbände, die sich sowjetisch nennen, können und wollen keinen entschlossenen Kampf gegen die kosakische Konterrevolution führen; ganze Kosakenregimenter sind zu Mironow übergegangen, um Waffen zu bekommen, sich an Ort und Stelle mit der Aufstellung unserer Truppen bekannt zumachen und dann abzurücken und ganze Regimenter mit sich auf die Seite Krasnows zu ziehen. Mironow wurde dreimal von Kosaken eingeschlossen, denn sie kannten den Abschnitt Mironows in- und auswendig und haben ihn natürlich völlig zerschlagen);
3. die Truppen Kikwidses in getrennte Abteilungen gegliedert sind, wodurch Verbindung und Zusammenwirken unmöglich gemacht werden;

4. die Sieversschen Truppen infolge all dieser Umstände isoliert sind, da ihr linker Flügel ungeschützt blieb.

Als positive Seite der Front von Zarizyn-Gaschun muss die völlige Liquidierung der Abteilungsmiswirtschaft und die rechtzeitige Entfernung der so genannten Spezialisten (großer Anhänger teils der Kosaken, teils der Engländer und Franzosen) betrachtet werden, wodurch es ermöglicht wurde, die Truppenteile für uns zu gewinnen und dort eine eiserne Disziplin herzustellen.

Die Ernährungslage ist nach Unterbrechung der Verbindungen mit dem Nordkaukasus hoffnungslos geworden. Im Nordkaukasus stehen über siebenhundert Waggons bereit, über anderthalb Millionen Pud sind aufgebracht, aber es bietet sich keinerlei Möglichkeit, diese ganze Fracht von dort wegzubringen, da die Verbindungen sowohl über die Eisenbahn als auch über das Meer (Kisljar und Brjanskoje sind nicht in unserer Hand) unterbrochen sind. In den Gebieten von Zarizyn, Kotelnikowo, Gaschun gibt es nicht wenig Getreide, es muss aber eingebracht werden, indessen ist der Tschokprod^[26] darauf nicht eingestellt und kann sich bis heute noch nicht darauf einstellen. Die Ernte muss eingebracht, das Heu gepresst und an eine Stelle gefahren werden, aber der Tschokprod hat, wie sich herausstellt, keine Pressen. Die Einbringung des Getreides muss in großem Maßstab organisiert werden, aber die Organisatoren des Tschokprod haben sich als untauglich erwiesen. Infolgedessen hinkt die Beschaffung auf beiden Füßen.

Die Einnahme von Kalatsch hat uns einige zehntausend Pud Getreide eingebracht. Ich habe 12 Lastkraftwagen nach Kalatsch geschickt und werde das Getreide nach Moskau senden, sobald es gelingt, es an die Eisenbahn zu schaffen. Die Einbringung des Getreides nimmt, wenn auch schlecht und recht, so doch ihren Lauf. Ich hoffe, in den nächsten Tagen einige zehntausend Pud Getreide aufbringen und Ihnen ebenfalls schicken zu können. Vieh gibt es hier mehr als genug, aber das Heu ist äußerst knapp, und da Vieh ohne Heu nicht transportiert werden kann, wird der Abtransport von Vieh in großem Maßstab unmöglich. Es wäre gut, wenigstens eine Konservenfabrik einzurichten, einen Schlachthof anzulegen und anderes mehr. Aber leider kann ich vorläufig keine Leute finden, die sich darin auskennen und Initiative entwickeln. Ich habe dem Bevollmächtigten von Kotelnikowo Anweisung gegeben, das Einpökeln von Fleisch in großem Umfang zu organisieren, es ist schon damit begonnen worden, Ergebnisse sind vorhanden, und, wenn sich die Sache entwickelt, werden wir im Winter genügend Fleisch haben (allein bei Kotelnikowo gibt es jetzt 40000 Rinder). In Astrachan gibt es nicht weniger Vieh als in Kotelnikowo, aber das örtliche Ernährungskommissariat tut nichts. Die Vertreter der Aufbringungsabteilung schlafen einen tiefen Schlaf, und man kann mit Gewissheit sagen, dass sie kein Fleisch beschaffen werden. Ich habe den Bevollmächtigten Salmajew zur Beschaffung von Fleisch und Fisch dorthin geschickt, vorläufig jedoch noch keine Nachrichten von ihm bekommen.

Bedeutend mehr Lebensmittel sind aus den Gouvernements Saratow und Samara zu erhoffen, wo es viel Getreide gibt und von wo die Expedition Jakubows, wie ich annehme, eine halbe Million oder noch mehr Pud Getreide wird herauspumpen können.

Im Allgemeinen muss man sagen, dass vor Wiederherstellung der Verbindung mit dem Nordkaukasus auf den Zarizyner Abschnitt (in bezug auf Lebensmittel) nicht besonders gerechnet werden darf.

Ihr J. Stalin

Zarizyn,
4. August 1918.

*Zuerst veröffentlicht 1931 im
Leninski Sbornik (Lenin-Sammelband) XVIII.*

BRIEF AN W.I. LENIN^[27]

Teurer Genosse Lenin!

Der Kampf geht um den Süden und das Kaspische Gebiet. Damit uns dieses ganze Gebiet erhalten bleibt (und es kann uns erhalten bleiben!), bedarf es einiger Torpedoboote leichten Typs und etwa zweier Unterseeboote (um Einzelheiten fragen Sie Artjom). Ich bitte Sie dringend, alle Hindernisse zu brechen und dadurch die unverzügliche Zustellung des Erforderlichen zu erleichtern und zu beschleunigen. Baku, Turkestan, der Nordkaukasus werden (unbedingt!) unser sein, wenn die Forderungen unverzüglich erfüllt werden.

An der Front geht unsere Sache gut voran. Ich zweifle nicht daran, dass sie noch besser vorangehen wird (die Kosakensschaft zersetzt sich endgültig).

Ich drücke meinem teuren und lieben Iljitsch die Hand.

Ihr Stalin

31. August 1918.

*Zuerst veröffentlicht 1938
in der Zeitschrift „Bolschewik“ Nr. 2.*

TELEGRAMM AN DEN VORSITZENDEN DES
ALLRUSSISCHEN ZENTRALEXEKUTIVKOMITEES,
SWERDLOW

Der Kriegsrat des Nordkaukasischen Militärbezirks hat von dem verbrecherischen Anschlag bourgeoisier Mietlinge auf das Leben des größten Revolutionärs der Welt, des erprobten Führers und Lehrers des Proletariats, des Genossen Lenin, Kenntnis erhalten und beantwortet dieses gemeine, hinterhältige Attentat mit der Organisation des offenen, systematischen Massenterrors gegen die Bourgeoisie und ihre Agenten.

Stalin
Woroschilow

Zarizyn,
31. August 1918.

*„Soldat Rewoluzii“ (Der Soldat der Revolution)
(Zarizyn) Nr. 21,
1. September 1918.*

TELEGRAMM AN DEN RAT DER VOLKSKOMMISSARE

Die Offensive der Sowjettruppen im Gebiet Zarizyn ist von Erfolg gekrönt: im Norden ist die Station Ilowlja genommen; im Westen - Kalatsch, Ljapitschew, die Donbrücke; im Süden - Laschki, Nemkowski, Demkin. Der Gegner ist aufs Haupt geschlagen und über den Don zurückgeworfen. Die Lage Zarizyns ist stabil. Die Offensive geht weiter.

Volkskommissar Stalin

Zarizyn,
6. September 1918.

*Veröffentlicht 1939 in der
Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“
(Die proletarische Revolution) Nr. 1.*

TELEGRAMM NACH ZARIZYN AN DEN FRONTBEFEHLSHABER WOROSCHILOW

Übermitteln Sie dem heldenhaften Kommando und allen revolutionären Truppen der Zarizyner Front, die aufopferungsvoll für die Festigung der Macht der Arbeiter und Bauern kämpfen, unseren brüderlichen Gruß. Übermitteln Sie ihnen, dass Sowjetrußland mit Begeisterung die Heldentaten der kommunistischen und revolutionären Regimenter Chartschenkos, Kolpakows, der Kavallerie Bulatkins, der Panzerzüge Aljabjews, der Wolgakriegsflottille würdigt.

Haltet die roten Banner hoch, tragt sie furchtlos voran, rottet die Konterrevolution der Gutsbesitzer, Generale und Kulaken unbarmherzig aus und zeigt der ganzen Welt, dass das Sozialistische Rußland unbesiegbar ist.

Vorsitzender des Rates der Volkskommissare
W. Uljanow-Lenin

Volkskommissar und Vorsitzender des
Revolutionären Kriegsrats der Südfront
J. Stalin

Moskau,
19. September 1918.

*„Iswestija“ Nr. 205,
21. September 1918.*

AN DER SÜDFRONT

Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Iswestija“

Vor seiner Rückkehr an die Südfront schilderte der Volkskommissar für die Angelegenheiten der Nationalitäten, Genosse Stalin, unserem Mitarbeiter seine Eindrücke über die Lage an der Zarizyner Front.

Vor allem, sagte Genosse Stalin, müssen zwei erfreuliche Erscheinungen festgestellt werden: Erstens sind im rückwärtigen Frontgebiet aus den Reihen der Arbeiter Verwaltungsfunktionäre hervorgegangen, die es nicht nur verstehen, für die Sowjetmacht zu agitieren, sondern auch den Staat auf neuen, kommunistischen Grundlagen aufzubauen, und zweitens ist ein neuer Stamm von Offizieren entstanden, die aus den Reihen der Soldaten hervorgegangen sind, im imperialistischen Krieg praktische Erfahrungen erworben haben und das volle Vertrauen der Soldaten der Roten Armee genießen.

Dank dem Stimmungsumschwung unter der Bevölkerung, die die Notwendigkeit begriffen hat, gegen die konterrevolutionären Banden zu den Waffen zu greifen, nimmt die Mobilmachung einen glänzenden Verlauf.

Bei allen unseren Truppen herrscht feste Disziplin. Die Beziehungen, zwischen Rotarmisten und Kommandeuren lassen nichts zu wünschen übrig

Wie ist es in der Armee um die Verpflegungsfrage bestellt?

Im Grunde genommen gibt es bei uns in der Armee keine solche Frage. Dank dem wohlgeordneten System der Versorgungspunkte, die von den Kampfabschnitten selbst angelegt worden sind, leidet die Front keinen Mangel an Proviant. Gegenwärtig besteht die Tagesration eines Rotarmisten aus zwei Pfund Brot, Fleisch, Kartoffeln und Kohl.

Für den gesamten Proviantnachschub an der Front ist die militärische I Proviantkommission beim Obersten Revolutionären Kriegsrat der Republik zuständig, und diese hat auch die normale Versorgung der Fronttruppen organisiert.

Die Agitation an der Front erfolgt, wie Genosse Stalin sagt, durch Verbreitung der Zeitungen „Soldat Rewoluzii“^[28] und „Borba“^[29] sowie von Broschüren, Flugblättern usw. Die Truppen sind guter und zuversichtlicher Stimmung.

Ein großer Mangel in der Bekleidung unserer Armee ist das Fehlen einer bestimmten Soldatenuniform. Es wäre wünschenswert, möglichst bald eine neue Soldatenuniform auszuarbeiten und sie unverzüglich an der Front einzuführen.

Das letzte Dekret des Zentralexekutivkomitees über die Belobigung einzelner Rotarmisten und ganzer Truppenteile für Heldentaten durch Verleihung von Ehrenzeichen an die ersteren und von Fahnen an die letzteren ist, wie Genosse Stalin sagt, von gewaltiger Bedeutung.

Schon früher, vor Erlass dieses Dekrets, haben die Truppenteile, die revolutionäre Fahnen erhalten hatten, danach wie die Löwen gekämpft.

Was die Verfassung der uns gegenüberstehenden gegnerischen Truppenteile betrifft, so bestehen 90 Prozent von ihnen aus so genannten Zugewanderten, größtenteils Ukrainern und Offizierfreiwilligen. Die Kosaken hingegen machen nicht mehr als 10 Prozent aus. Ein Vorzug des Gegners ist, dass er über eine mobile Kavallerie verfügt, zu deren Aufstellung bei uns vorläufig erst Ansätze bestehen.

Zum Schluss muss ich sagen, dass, während bei uns ein Zusammenschluss und eine Konsolidierung der Kampfverbände zu verzeichnen sind, beim Gegner eine völlige Zersetzung vor sich geht.

„Iswestija“ Nr. 205,
21. September 1918.

DIE LOGIK DER DINGE

(Anlässlich der „Thesen“ des ZK der Menschewiki)

Uns wurde ein Dokument zugestellt, betitelt: „Thesen und Resolution des Zentralkomitees“ der Partei der Menschewiki (17.-21. Oktober 1918). Dieses Dokument zieht die Bilanz aus der Tätigkeit Sowjetmacht seit Oktober 1917 und entwirft eine gewisse Perspektiv die anscheinend für die Entwicklung der Partei der Menschewiki von ernster Bedeutung ist. Das Wertvollste an dem Dokument sind aber die Schlussfolgerungen, denn diese werfen die gesamte Praxis des Menschewismus während des einen Jahres der Revolution über den Haufen. Wir verschieben die Analyse der „Thesen und Resolution auf ein anderes Mal, halten es aber für geboten, dem Leser sch jetzt einige unserer Eindrücke mitzuteilen.

I

ÜBER DEN OKTOBERUMSTURZ

Es war genau vor einem Jahr. Das Land litt schwer unter der Lage des imperialistischen Krieges und der wirtschaftlichen Zerrüttung. Die ermattete, schmerzgepeinigte Front hatte nicht mehr die Kraft, den Krieg fortzusetzen. Indessen umgarnten die englischen Imperialisten (Buchanan!) das Land immer mehr und versuchten, es auf jede Weise im Rahmen des imperialistischen Krieges zu halten. Riga^[30] wurde preisgegeben, Petersburg sollte ausgeliefert werden, nur um die Notwendigkeit des Krieges und der Militärdiktatur zu beweisen. Die Bourgeoisie verstand das alles und steuerte offen auf die Militärdiktatur, auf die Zertrümmerung der Revolution los.

Was taten damals die Bolschewiki?

Wie Bolschewiki bereiteten sich auf den Umsturz vor. Sie waren der Hoffnung, dass die Machtergreifung durch das Proletariat der einzige Weg aus der Sackgasse des Krieges und der wirtschaftlichen Zerrüttung ist. Sie waren der Meinung, dass der Bruch mit dem Imperialismus und die Befreiung Rußlands aus seinen Klauen ohne einen solchen Umsturz unmöglich sind. Sie beriefen den Sowjetkongress ein, der als einziger berufen war, die Macht im Lande zu übernehmen.

Zuerst Revolution, dann Frieden!

Was taten damals die Menschewiki?

Sie erklärten das „Unterfangen“ der Bolschewiki für „konterrevolutionäres Abenteuerertum“. Den Sowjetkongress hielten sie für überflüssig und hemmten ihn, die Sowjets selbst aber erklärten sie für „veraltete Baracken“, die abgebrochen werden müssten. An Stelle der Sowjets, der Baracken“, empfahlen sie ein „festes Gebäude“ nach „europäischem“ Muster - das Vorparlament^[31], wo sie gemeinsam mit Miljukow Pläne für „radikale Agrar- und Wirtschaftsreformen“ ausarbeiteten. Statt eines Bruchs mit dem Imperialismus schlugen sie eine Konferenz der Alliierten mit Paris als möglichen Ausweg aus dem Kriege vor. Was nun die „konsequente Friedenspolitik“ angeht, so erblickten sie diese in der Teilnahme des Menschewiks Skobelew an dieser Konferenz und in den zweifelhaften Machenschaften des Menschewiks Axelrod, die auf Einberufung eines Kongresses der Scheidemann, Renaudel und Hyndman abzielten.

Seitdem ist ein Jahr vergangen. Der „bolschewistische Umsturz“ brachte es fertig, die schlaue erdachte Maschinerie der inneren und der ausländischen Imperialisten hinwegzufegen. Der alte imperialistische Krieg ist für Rußland in das Reich der Erinnerungen eingegangen. Rußland hat sich vom Joch des Imperialismus befreit. Es führt eine eigene unabhängige Außenpolitik durch und hofft, dies auch weiterhin zu tun. Jetzt leuchtet es allen ein, dass Rußland ohne den Oktoberumsturz nicht aus der Sackgasse des imperialistischen Krieges

herausgekommen wäre, die Bauern kein Land erhalten hätten, die Werke und Fabriken nicht von den Arbeitern verwaltet werden würden.

Was aber sagen uns die Menschewiki, was sagt uns ihr Zentralkomitee jetzt? Man höre:

„Der im Oktober 1917 vollzogene bolschewistische Umsturz war historisch notwendig, insofern er die Bindungen zwischen den werktätigen Massen und den kapitalistischen Klassen zerriss und so das Streben der werktätigen Massen zum Ausdruck brachte, die Revolution richtungsmäßig voll und ganz ihren Interessen unterzuordnen; es wäre sonst unmöglich gewesen, Rußland aus den Fängen des Entente-Imperialismus zu befreien, eine konsequente Friedenspolitik zu betreiben, die Agrarreform radikal durchzuführen und das gesamte Wirtschaftsleben im Interesse der Volksmassen durch den Staat zu regulieren, da die russische Revolution auf dieser Etappe die Tendenz hatte, auch den Grad ihrer Auswirkung auf den Verlauf des Weltgeschehens zu steigern“ (siehe „Thesen und Resolution“).

So spricht das menschewistische Zentralkomitee heute.

Unglaublich, aber wahr. Der „bolschewistische Umsturz“ ist auf einmal „historisch notwendig“, „es wäre sonst unmöglich gewesen, Rußland aus den Fängen des Entente-Imperialismus zu befreien“, „eine konsequente Friedenspolitik zu betreiben“, „die Agrarreform radikal durchzuführen“ und „das gesamte Wirtschaftsleben im Interesse der Volksmassen durch den Staat zu regulieren“.

Aber das ist doch dasselbe, was die Bolschewiki schon vor einem Jahr immer wieder behauptet haben und wogegen das menschewistische Zentralkomitee so erbittert gekämpft hat! Ja, das ist dasselbe.

Nicht wahr: Das Leben belehrt und bessert selbst die Unverbesserlichen. Allmächtig wie es ist, setzt es sich immer durch, trotz alledem...

II

ÜBER DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS

Es war vor ungefähr zehn Monaten. Die Konstituierende Versammlung trat zusammen. Die aufs Haupt geschlagenen bürgerlichen Konterrevolutionäre hatten sich wieder aufgerafft und schwelgten händereibend im Vorgenuss des „Untergangs“ der Sowjetmacht. Die ausländische imperialistische (alliierte) Presse begrüßte die Konstituierende Versammlung. Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre veranstalteten „private“ Beratungen und arbeiteten einen Plan aus für die Übergabe der Macht aus den Händen der Sowjets in die Hände der Konstituierenden Versammlung, des „Herrn des russischen Landes“. Das Gespenst einer Auferstehung der „ehrlichen Koalition“ und der Liquidierung der bolschewistischen „Fehler“ ging um.

Was taten damals die Bolschewiki?

Sie setzten das bereits begonnene Werk, die Festigung der Macht des Proletariats, fort. Sie waren der Meinung, dass die „ehrliche Koalition“ und ihr Organ, die bürgerlich-demokratische Konstituierende Versammlung, von der Geschichte zum Untergang verurteilt sind, denn sie wussten, dass eine neue Macht, die Macht des Proletariats, und eine neue Regierungsform, die Sowjetrepublik, zur Welt gekommen waren. Anfang 1917 war die Losung der Konstituierenden Versammlung fortschrittlich, und die Bolschewiki waren für sie. Ende 1917, nach dem Oktoberumsturz, wurde die Losung der Konstituierenden Versammlung reaktionär, denn sie hatte aufgehört, dem neuen Verhältnis zwischen den im Lande kämpfenden politischen Kräften zu entsprechen. Die Bolschewiki waren der Meinung, dass unter den Verhältnissen des imperialistischen Krieges in Europa und der siegreichen proletarischen Revolution in Rußland nur zwei Arten der Macht denkbar sind: die Diktatur des Proletariats, die die Form der Sowjetrepublik angenommen hat, oder die Diktatur der Bourgeoisie in Form der Militärdiktatur - jeder Versuch, ein Mittelglied zu finden und die Konstituierende Versammlung zu neuem Leben zu erwecken, musste unweigerlich zurück

zum Alten, zur Reaktion, zur Liquidierung der Errungenschaften des Oktober führen. Die Bolschewiki zweifelten nicht daran, dass der bürgerliche Parlamentarismus und die bürgerlich-demokratische Republik eine bereits zurückgelegte Etappe der Revolution darstellen...

Seitdem sind zehn Monate vergangen. Die Konstituierende Versammlung, die versucht hatte, die Sowjetmacht zu liquidieren, wurde aufgelöst. Die Bauern im Lande spürten die Auflösung nicht einmal, die Arbeiter begrüßten die Auflösung mit Jubel. Ein Teil der Anhänger der „Konstituante“ fuhr nach der Ukraine und rief die deutschen Imperialisten zu Hilfe, um die Sowjets zu bekämpfen. Ein anderer Teil der Anhänger der „Konstituante“ fuhr nach dem Kaukasus und beruhigte sich in den Armen der türkisch-deutschen Imperialisten. Wieder ein anderer Teil der Anhänger der „Konstituante“ fuhr nach Samara und begann gemeinsam mit den englisch-französischen Imperialisten den Krieg gegen die Arbeiter und Bauern Rußlands. Die Losung der Konstituierenden Versammlung wurde somit zu einem Mittel des politischen Gimpelfangs und zu einer Fahne, hinter der sich die inneren und die äußeren Konterrevolutionäre in ihrem Kampf gegen die Sowjets versteckten.

Wie verhielten sich die Menschewiki in dieser Periode?

Sie kämpften gegen die Sowjetmacht und unterstützten die ganze Zeit hindurch die konterrevolutionär gewordene Losung der Konstituierenden Versammlung.

Und was sagen uns die Menschewiki, was sagt uns ihr Zentralkomitee jetzt? Man höre:

Es „lehnt jede politische Zusammenarbeit mit den Klassen ab, die der Demokratie feindlich gegenüberstehen, und verwirft die Teilnahme an allen Regierungskombinationen - mögen sie auch mit einer demokratischen Flagge verdeckt werden -, die auf ‚gesamtnationalen‘ Koalitionen der Demokratie mit der kapitalistischen Bourgeoisie oder auf der Abhängigkeit vom ausländischen Imperialismus und Militarismus beruhen“ (siehe „Thesen“).

Und weiter:

„Alle Versuche der auf die städtischen nichtproletarischen Massen und auf die werktätigen Massen des Dorfes gestützten revolutionären Demokratie, die demokratische Republik im bewaffneten Kampf gegen die Sowjetregierung und gegen die hinter ihr stehenden Massen wiederherzustellen, wurden und werden dank dem Charakter der internationalen Situation und der politischen Unreife des russischen demokratischen Kleinbürgertums von einer Umgruppierung der gesellschaftlichen Kräfte begleitet, die die eigentliche revolutionäre Bedeutung des Kampfes für die Wiederaufrichtung der demokratischen Ordnung untergräbt und zur unmittelbaren Gefährdung der wichtigsten sozialistischen Errungenschaften der Revolution führt. Das Streben, um jeden Preis um Verständigung mit den kapitalistischen Klassen zu erzielen und ausländische Waffen zum Kampf um die Macht auszunutzen, nimmt der Politik der revolutionären Demokratie jede Selbständigkeit und macht sie zu einer Waffe dieser Klassen und der imperialistischen Koalitionen“ (siehe „Thesen und Resolution“).

Kurzum: Die Koalition wird entschieden und ohne Vorbehalte „abgelehnt“, der Kampf für die demokratische Republik und für die Konstituierende Versammlung wird als konterrevolutionär bezeichnet, denn er „führt zur unmittelbaren Gefährdung der wichtigsten sozialistischen Errungenschaften der Revolution“.

Es gibt nur eine Schlussfolgerung: Die Sowjetmacht, die Diktatur des Proletariats ist die einzig denkbare revolutionäre Macht in Rußland.

Aber das ist doch dasselbe, was die Bolschewiki schon so lange sagen und wogegen die Menschewiki noch gestern gekämpft haben! Ja, das ist dasselbe.

Nicht wahr: Die Logik der Dinge ist stärker als jede andere Logik, die menschewistische nicht ausgenommen...

III KLEINBÜRGERLICHER WIRRWARR

Also:

Es ist Tatsache, dass das menschewistische ZK nach einem Jahr des Kampfes gegen das „Abenteurertum“ der Bolschewiki gezwungen ist, die „historische Notwendigkeit“ des „bolschewistischen Umsturzes“ vom Oktober 1917 zuzugeben.

Es ist Tatsache, dass das menschewistische ZK nach langem Kampf für die Konstituierende Versammlung und für eine „ehrliche Koalition“, wenn auch ungerne und widerstrebend, die Untauglichkeit einer „gesamtnationalen“ Koalition und das konterrevolutionäre Wesen des Kampfes für eine „Wiederaufrichtung der demokratischen Ordnung“ und der Konstituierenden Versammlung zugeben muss.

Zwar ist dieses Geständnis mit einer Verspätung von einem Jahr gekommen, nachdem die Wahrheit über den konterrevolutionären Charakter der Losung der Konstituierenden Versammlung und über die historische Notwendigkeit des Oktoberumsturzes zu einer Binsenwahrheit geworden ist, mit einer Verspätung, die sich absolut nicht schickt für ein menschewistisches ZK, das auf die führende Rolle in der Revolution Anspruch erhebt. Aber dies ist nun einmal das Schicksal der Menschewiki: sie bleiben nicht das erste Mal hinter dem Gang der Ereignisse zurück, und wir nehmen an, dass es nicht ihr letzter Versuch ist, in abgetragenen bolschewistischen Hosen umherzustolzieren...

Man sollte meinen, dass nach einem solchen Geständnis des ZK der Menschewiki für Meinungsverschiedenheiten ernsten Charakters kein Raum mehr vorhanden wäre. Das wäre auch der Fall, hätten wir es nicht mit einem menschewistischen ZK, sondern mit konsequenten Revolutionären zu tun, die es verstehen, bis zu Ende zu denken, und die fähig sind, die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Aber das ist ja gerade das Unglück, dass wir es in diesem Fall mit einer Partei kleinbürgerlicher Intellektueller zu tun haben, die ewig zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, zwischen Revolution und Konterrevolution hin und her pendeln. Hieraus die unvermeidlichen Widersprüche zwischen Wort und Tat, die ewige Ratlosigkeit und die Unschlüssigkeit des Denkens.

Man genieße folgende Sätze. Das menschewistische ZK - man sehe -

„hält nach wie vor die Volksherrschaft, die unumschränkte Demokratie für diejenige politische Form, in deren Rahmen allein die soziale Befreiung des Proletariats sowohl vorbereitet als auch verwirklicht werden kann. In der demokratischen Republik, die von einer frei gewählten, mit Machtvollkommenheit ausgestatteten Konstituierenden Versammlung organisiert wird, in dem all-gemeinen und gleichen Wahlrecht usw. erblickt es nicht nur durch nichts zu ersetzende Mittel zur politischen Erziehung dieser Massen und zum klassenmäßigen Zusammenschluss des Proletariats unter dem Banner seiner eigenen Interessen, sondern auch den Boden, auf dem allein das sozialistische Proletariat seine soziale Schöpfertätigkeit entwickeln kann“ (siehe „Thesen und Resolution“).

Unglaublich, aber wahr. Einerseits also „führt“ „der Kampf für die Wiederaufrichtung der demokratischen Ordnung“ „zur unmittelbaren Gefährdung der wichtigsten sozialistischen Errungenschaften der Revolution“ und wird deshalb auch für konterrevolutionär erklärt, andererseits aber spricht sich das ZK der Menschewiki „nach wie vor“ für die bereits begrabene „mit Machtvollkommenheit ausgestattete Konstituierende Versammlung“ aus! Oder glaubt vielleicht das menschewistische ZK, die „Konstituante“ ohne „bewaffneten Kampf“ erringen zu können? Wie verhält es sich in diesem Fall mit der „historischen Notwendigkeit des bolschewistischen Umsturzes“, der die „mit Machtvollkommenheit ausgestattete Konstituierende Versammlung“ hinweggefegt hat?

Oder an anderer Stelle. Das ZK der Menschewiki verlangt nicht mehr und nicht weniger als:

„Aufhebung der außerordentlichen Organe für Polizeirepressalien und der außerordentlichen Tribunale“ sowie „Einstellung des politischen und wirtschaftlichen Terrors“ (siehe „Thesen und Resolution“).

Einerseits wird die „historische Notwendigkeit“ der Diktatur des Proletariats bejaht, die berufen ist, den Widerstand der Bourgeoisie zu unterdrücken, andererseits wird die Abschaffung einiger höchst wichtiger Machtinstrumente verlangt, ohne die diese Unterdrückung undenkbar ist! Was soll dann mit den Errungenschaften der Oktoberrevolution geschehen, die von der Bourgeoisie mit allen Kräften, bis zur Organisierung von Terrorakten und räuberischen Verschwörungen bekämpft werden? Wie kann man die „historische Notwendigkeit“ des Oktoberumsturzes bejahen, ohne die ihm entspringenden unvermeidlichen Ergebnisse und Folgen anzuerkennen?!

Wird das menschewistische ZK sich jemals aus diesem Labyrinth des kleinbürgerlichen Wirrwarrs herausfinden?

IV UND WAS WEITER?

Übrigens versucht es bereits, sich aus diesem Labyrinth herauszufinden. Man höre:

Die menschewistische Partei „tritt für die Aufgabe ein, die Einheit und Unabhängigkeit Rußlands auf der Grundlage der Errungenschaften der Revolution mit den eigenen Kräften der Demokratie wiederherzustellen, und lehnt somit jede Einmischung der ausländischen Kapitalisten in die inneren Angelegenheiten Rußlands ab; sie ist mit der Sowjetregierung politisch solidarisch, insofern diese für die Befreiung des Territoriums Rußlands, insbesondere von der ausländischen Okkupation, eintritt und diesen auf Erweiterung oder Aufrechterhaltung der genannten Okkupation gerichteten Versuchen der nichtproletarischen Demokratie entgegentritt. Doch könnte diese politische Solidarität hinsichtlich der imperialistischen Einmischung nur in dem Fall zur direkten Unterstützung der auf die Befreiung der okkupierten Gebiete Rußlands gerichteten militärischen Operationen der Sowjetregierung führen, wenn diese Regierung in der Praxis ihre Bereitschaft an den Tag legt, ihre Beziehungen zur nichtbolschewistischen Demokratie in den Randgebieten auf der Grundlage der gegenseitigen Verständigung, nicht aber der Unterdrückung und des Terrors aufzubauen“ (siehe „Thesen und Resolution“).

Also vom Kampf gegen die Sowjetmacht zur „Verständigung“ mit ihr.

„Politische Solidarität mit der Sowjetregierung“ ... Wir wissen nicht, wie weit diese Solidarität geht, aber muss man noch sagen, dass die Bolschewiki keine Einwände gegen die Solidarität des menschewistischen ZK mit der Sowjetmacht haben werden? Wir verstehen durchaus den Unterschied zwischen einer Solidarität mit der Sowjetregierung und einer Solidarität, sagen wir, mit den Mitgliedern der „Konstituante“ in Samara.

„Direkte Unterstützung der militärischen Operationen der Sowjetregierung“ ... Wir wissen nicht, wieviel Truppen das menschewistische ZK der Sowjetmacht zur Verfügung stellen könnte, um welche militärische Kräfte es die Sowjetarmee bereichern könnte. Aber muss denn erst bewiesen werden, dass die Bolschewiki eine militärische Unterstützung der Sowjetmacht nur begrüßen könnten? Wir verstehen durchaus die ganze Größe des Unterschieds zwischen der militärischen Unterstützung der Sowjetregierung und der Teilnahme der Menschewiki, sagen wir, an der „Verteidigungsberatung“^[32] während des imperialistischen Krieges unter Kerenski.

All das stimmt. Doch hat uns die Erfahrung gelehrt, den Menschen nicht aufs Wort zu glauben, wir pflegen Parteien und Gruppen nicht nur nach ihren Resolutionen, sondern vor allem nach ihren Taten zu beurteilen.

Welches sind nun die Taten der Menschewiki?

Die Menschewiki in der Ukraine haben bis heute nicht mit der konterrevolutionären Skoropadskiregierung gebrochen, sie kämpfen mit allen Mitteln gegen die sowjetischen Elemente in der Ukraine und unterstützen dadurch die Herrschaft der inneren und der ausländischen Imperialisten im Süden.

Die Menschewiki im Kaukasus sind längst ein Bündnis mit den Gutsbesitzern und Kapitalisten eingegangen, haben den Anhängern des Oktoberumsturzes den heiligen Krieg erklärt und die deutschen Imperialisten zu Hilfe gerufen.

Die Menschewiki im Ural und in Sibirien haben sich mit den englisch-französischen Imperialisten solidarisiert und bei der Liquidierung der Errungenschaften der Oktoberrevolution praktisch Beistand geleistet, was sie auch weiterhin tun.

Die Menschewiki in Krasnowodsk haben den englischen Imperialisten die Tore des Transkaspischen Gebiets geöffnet und ihnen die Zerschlagung der Sowjetmacht in Turkestan erleichtert.

Schließlich proklamiert ein Teil der Menschewiki im europäischen Rußland die Notwendigkeit eines „aktiven“ „Kampfes“ gegen die Sowjetmacht, organisiert konterrevolutionäre Streiks im Rücken unserer Armee, die im Krieg für die Befreiung Rußlands ihr Blut vergießt, und macht dadurch die von dem menschewistischen ZK gepredigte „Unterstützung der militärischen Operationen der Sowjetregierung“ undurchführbar.

Alle diese antisozialistischen und konterrevolutionären Elemente des Menschewismus im Zentrum und in den Randgebieten Rußlands betrachten sich weiterhin als Mitglieder der Partei der Menschewiki, deren ZK heute feierlich seine „politische Solidarität“ mit der Sowjetmacht erklärt.

Wir fragen:

1. Welche Stellung nimmt das ZK der Partei der Menschewiki zu den oben erwähnten konterrevolutionären Elementen des Menschewismus ein?
2. Gedenkt das ZK mit ihnen entschlossen und unwiderruflich zu brechen?
3. Hat es in dieser Richtung auch nur den ersten Schritt getan?

All das sind Fragen, deren Beantwortung wir weder in der „Resolution“ des ZK der Menschewiki noch in deren Praxis finden.

Indessen steht außer Zweifel, dass nur ein entschiedener Bruch mit den konterrevolutionären Elementen des Menschewismus imstande wäre, die gegenwärtig vom menschewistischen ZK proklamierte „gegenseitige Verständigung“ wirklich vorwärts zubringen.

*„Prawda Nr.234,
29. Oktober 1918.
Unterschrift: J. Stalin.*

REDE IN DER PLENARSITZUNG DES MOSKAUER SOWJETS DER ARBEITER-, SOLDATEN- UND BAUERNDIENSTGEHÖRIGEN ÜBER DIE LAGE AN DER SÜDFRONT

29. Oktober 1918
(Zeitungsbericht)

Es braucht nicht erst bewiesen zu werden, sagt Genosse Stalin, dass die Kräfte Sowjetrußlands wachsen, davon zeugen hinlänglich seine Erfolge. Aber noch nie haben die Feinde Sowjetrußlands so hartnäckig versucht, uns zu bezwingen, wie jetzt. Der Plan der Feinde Sowjetrußlands besteht darin, ihm die reichsten Getreidegebiete zu entreißen und es zur kampflosen Kapitulation zu zwingen. Vor etwa 5 bis 6 Monaten wurden Samara und Sibirien zur Verwirklichung dieses Planes ausersehen. Die letzten zwei Monate haben unseren Feinden bewiesen, dass dieser ihr Plan nicht zu verwirklichen ist. Jetzt bemühen sie sich, dieses Abenteuer im Süden zu erneuern. Der Süden hat eine große Anziehungskraft. Dort liegen nicht weniger als 150 Millionen Pud greifbares Getreide. Dort gibt es hunderttausende Pud Kohle. Noch größere Bedeutung hat der Süden Rußlands in strategischer Hinsicht. Er stellt ein Gebiet dar, wo sich ein neuer internationaler Knoten schürzt. Das ist daraus zu ersehen, was dort getrieben wird. In Jekaterinodar hat sich eine neue Regierung unter Krasnow gebildet. Dort haben sich drei Armeen vereinigt. Bestrebt, sich des Südens zu bemächtigen, richten die Konterrevolutionäre ihren Hauptschlag gegen Zarizyn. Im August gab Krasnow den Befehl, Zarizyn zu nehmen. Der Befehl wurde nicht ausgeführt, und die Armee Krasnows musste ihr Heil in der Flucht suchen. Im Oktober gab Krasnow einen neuen Befehl: Zarizyn um jeden Preis bis zum 15. Oktober zu nehmen und sich mit den Tschechoslowaken zu vereinigen. Nicht weniger als 40 Regimenter der vereinigten Armeen einer ganzen Reihe von Generalen wurden in den Kampf geworfen. Trotzdem mussten die Generale ihr Heil in der Flucht suchen, so dass einer von ihnen sogar einen Stiefel verlor. (Heiterkeit.)

Erst da begriffen die Generale, dass unsere Armee eine wirkliche ständig wachsende Macht darstellt, mit der fertig zu werden sie nicht imstande sind.

Worin liegt denn die Kraft unserer Armee? Warum trifft sie die Feinde mit solcher Sicherheit? Die Kraft unserer Armee liegt in ihrer Bewusstheit und Disziplin. Bewusstheit und proletarische Disziplin - das ist eine der Ursachen unseres Erfolges an der Südfront.

Die zweite Ursache ist das Entstehen eines neuen, roten Offizierkorps. Es handelt sich größtenteils um ehemalige Soldaten, die in einer ganzen Reihe von Schlachten ihre Feuertaufe erhalten haben und das Kriegshandwerk gut kennen. Sie führen unsere Truppen zum Sieg.

Das sind die Hauptfaktoren, die den Erfolg unserer Armee bestimmen. Und deswegen, denke ich, wird es den schwarzen Banden niemals gelingen, unsere Armee im Süden zu besiegen.

*„Iswestija“ Nr. 237,
30. Oktober 1918.*

ÜBER DEN SÜDEN RUSSLANDS

Unterredung mit einem Korrespondenten der „Prawda“

Der unlängst von einer Dienstreise zurückgekehrte Volkskommissar Stalin teilte unserem Korrespondenten seine Eindrücke vom Zustand der Südfront mit.

Die Wichtigkeit der Südfront

Allein schon die strategische Lage zwischen der Konterrevolution am Don und den Astrachaner, Uraler sowie tschechoslowakischen Banden zeugt von der Wichtigkeit der Südfront. Die Nähe der englischen Einflussphäre (Enseli, Krasnowodsk) verstärkt ihre Bedeutung noch mehr. Die Reichtümer des Südens Rußlands (Getreide, Erdöl, Kohle, Vieh, lisch) reizen an und für sich schon die Raffgier der imperialistischen Räuber, die Rußland diesen wichtigen Zipfel entreißen wollen. Außerdem wird sich mit Anbruch des Herbstes und der Liquidierung des Abenteuers von Samara der Schwerpunkt der Kampfhandlungen zweifellos nach dem Süden verlagern. Daraus erklärt sich eigentlich auch jene „fieberhafte“ Tätigkeit der Konterrevolutionäre des Südens, die heute in aller Eile eine neue (eine ganz neue!) „allrussische Regierung“ mit den Zarenlakaien Schipow, Sasonow, Lukomski zusammenstoppeln, die Banden Krasnows, Denikins und Skoropadskis zu einer Armee vereinigen, England um Hilfe anrufen usw.

Zarizyn als Schwerpunkt

Der Punkt, auf den der Gegner sein Feuer vor allem konzentriert, ist Zarizyn. Das ist auch begreiflich, denn die Einnahme Zarizyns und die Abschneidung der Verbindung mit dem Süden würden den Gegnern die Verwirklichung aller Aufgaben gewährleisten: sie würden die Konterrevolutionäre des Dongebiets mit den Kosakenoberschichten des Astrachaner und des Uraler Heeres vereinigen und somit eine Einheitsfront der Konterrevolution vom Don bis zu den Tschechoslowaken schaffen; sie würden den inneren und äußeren Konterrevolutionären den Besitz des Südens und des Kaspischen Gebiets sichern; sie würden die Sowjettruppen des Nordkavkasus in eine hilflose Lage versetzen...

Damit ist vor allem auch die Hartnäckigkeit zu erklären, mit der die Weißgardisten im Süden Zarizyn einzunehmen bemüht sind.

Schon im August gab Krasnow den Befehl: „Zarizyn ist einzunehmen.“ Die Banden Krasnows stürzten sich mit rasender Wut auf unsere Front und gaben sich alle Mühe, sie zu durchbrechen. Sie wurden jedoch von unserer Roten Armee geschlagen und hinter den Don zurückgeworfen.

Anfang Oktober wurde die Einnahme Zarizyns abermals befohlen, dieses Mal von dem konterrevolutionären Heeresrat der Kosaken in Rostow. Der Gegner zog mindestens vierzig Regimenter zusammen, die am Don, in Kiew (die Offiziersregimenter Skoropadskis!), am Kuban (die „Freiwilligen“ Alexejews!) aufgeboden worden waren. Aber die stählerne Faust unserer Roten Armee hat die Krasnowbanden auch dieses Mal zurückgeworfen, wobei eine ganze Reihe von Regimentern des Gegners von unseren Truppen eingeschlossen und aufgegeben wurde und ihre Geschütze, Maschinengewehre und Gewehre in unsere Hand fielen. Die Generale Mamontow, Antonow, Popow, Tolkuschkin und eine ganze Meute von Obersten waren gezwungen, ihr Heil in der Flucht zu suchen.

Worin besteht die Kraft unserer Armee?

Die Erfolge unserer Armee sind vor allem aus ihrer Bewusstheit und Disziplin zu erklären. Die Soldaten Krasnows zeichnen sich durch erstaunliche Stumpfsinnigkeit und Unwissenheit, durch das Fehlen jeglichen Kontakts mit der Umwelt aus. Sie wissen nicht, wofür sie kämpfen.

„Man hat uns den Befehl gegeben, und wir müssen uns schlagen“, sagen sie beim Verhör, wenn sie in Gefangenschaft geraten.

Anders unser Rotarmist. Er nennt sich stolz Soldat der Revolution, er weiß, dass er nicht für die Profite der Kapitalisten, sondern für die Befreiung Rußlands kämpft, er weiß das und geht offenen Auges kühn in den Kampf. Der Drang nach Ordnung und Disziplin geht unter den Rotarmisten so weit, dass sie nicht selten „ungehorsame“ und wenig disziplinierte Kameraden selbst bestrafen.

Eine nicht geringere Bedeutung hat die Bildung eines ganzen Stamms roter Offiziere, ehemaliger Soldaten, die in einer Reihe von Schlachten ihre Feuertaufe erhalten haben. Diese roten Offiziere bilden das Hauptbindemittel unserer Armee, das sie zu einem homogenen disziplinierten Organismus zusammenschweißt.

Aber die Kraft unserer Armee erschöpft sich nicht in ihren eigenen Qualitäten. Eine Armee kann nicht lange ohne festes Hinterland existieren. Für eine stabile Front ist es notwendig, dass die Armee regelmäßig Ersatz, Munition und Proviant aus dem Hinterland erhält. Eine große Rolle spielte in dieser Hinsicht die im Hinterland erfolgte Heranbildung tüchtiger und kundiger Verwaltungsfunktionäre, hauptsächlich aus fortgeschrittenen Arbeitern, die gewissenhaft und unermüdlich auf dem Gebiet der Mobilmachung und Versorgung arbeiten. Man kann mit Gewissheit sagen, dass Zarizyn ohne diese Verwaltungsfunktionäre nicht zu testen gewesen wäre.

All dies verwandelt unsere Armee in eine achtungsgebietende Macht, die jeden Widerstand des Gegners zu brechen imstande ist.

Alles lässt darauf schließen, dass sich im Süden ein neuer internationaler Knoten schürzt. Das Auftauchen einer „neuen“, aus Kreaturen Englands bestehenden „allrussischen Regierung“ in Jekaterinodar, die Vereinigung der drei konterrevolutionären Armeen (Alexejews, Skoropadskis, Krasnows), die schon einmal von unseren Truppen bei Zarizyn geschlagen worden sind, die Gerüchte von einem zu erwartenden Eingreifen Englands, die englischen Lieferungen aus Enseli und Krasnowodsk an die Tereker Konterrevolutionäre - all das ist kein Zufall. Man will das in Samara misslungene Abenteuer jetzt im Süden wiederholen. Aber was für einen Sieg unerlässlich ist, das werden sie nicht haben, werden sie auf keinen Fall haben, nämlich eine Armee, die an das finstere Werk der Konterrevolution glaubt und fähig ist, sich bis zum letzten zu schlagen. Es genügt ein mächtiger Anstoß - und das Kartenhaus der konterrevolutionären Abenteurer fällt zusammen. Ein Unterpfand hierfür sind der Heroismus unserer Armee, die Zersetzung in den Reihen der „Truppen“ Krasnows und Alexejews, die sich verstärkende Gärung in der Ukraine, die wachsende Macht Sowjetrußlands und schließlich die immer mehr erstarkende revolutionäre Bewegung im Westen. Das Abenteuer im Süden wird ebenso enden, wie das Abenteuer in Samara geendet hat.

„Prawda“ Nr. 235,
30. Oktober 1918.

DER OKTOBERUMSTURZ

(Der 24. und 25. Oktober 1917 in Petrograd)

Die wichtigsten Ereignisse, die den Oktoberaufstand beschleunigt haben, waren: die Absicht der Provisorischen Regierung, (nach der Aufgabe Rigas) Petrograd preiszugeben, die Vorbereitungen der Kerenskiregierung zur Verlegung ihres Sitzes nach Moskau, der Beschluss des Kommandos der alten Armee, die gesamte Petrograder Garnison an die Front zu werfen und die Hauptstadt somit wehrlos zu machen, und schließlich die fieberhafte Tätigkeit des von Rodsjanko dirigierten schwarzen Kongresses^[33] in Moskau - eine Tätigkeit, die der Organisierung der Konterrevolution galt. All das im Verein mit der zunehmenden wirtschaftlichen Zerrüttung und der Kriegsmüdigkeit der Front machte einen schnellen und straff organisierten Aufstand als einzigen Ausweg aus der entstandenen Lage zu einer unabwiesbaren Notwendigkeit.

Bereits Ende September hatte das ZK der Partei der Bolschewiki den Beschluss gefasst, alle Kräfte der Partei für die Organisierung eines erfolgreichen Aufstands zu mobilisieren. Zu diesem Zweck hatte das ZK beschlossen, das Revolutionäre Militärkomitee in Petrograd zu organisieren, die Belassung der Petrograder Garnison in der Hauptstadt durchzusetzen und einen Allrussischen Sowjetkongress einzuberufen. Nur ein solcher Kongress konnte die Macht übernehmen. Im allgemeinen Plan zur Organisierung des Aufstands war vorgesehen, dass unbedingt zuvor die Deputiertensowjets von Moskau und Petrograd, die im Hinterland und an der Front den größten Einfluss hatten, zu erobern sind.

Das Zentralorgan der Partei, „Rabotschi Putj“^[34], begann entsprechend den Weisungen des ZK offen zum Aufstand aufzurufen und bereitete die Arbeiter und Bauern auf den Entscheidungskampf vor.

Zum ersten offenen Zusammenstoß mit der Provisorischen Regierung kam es infolge des Verbots der bolschewistischen Zeitung „Rabotschi Putj“. Auf Anordnung der Provisorischen Regierung war die Zeitung verboten worden. Auf eine Anordnung des Revolutionären Militärkomitees wurde sie auf revolutionärem Wege wieder herausgegeben. Die Siegel wurden abgerissen, die Kommissare der Provisorischen Regierung von den Posten entfernt. Das war am 24. Oktober.

Am 24. Oktober vertrieben die Kommissare des Revolutionären Militärkomitees die Vertreter der Provisorischen Regierung gewaltsam aus einer ganzen Reihe wichtigster Staatsinstitutionen, so dass sich diese Institutionen nunmehr in den Händen des Revolutionären Militärkomitees befanden und der gesamte Apparat der Provisorischen Regierung desorganisiert war. Im Laufe dieses Tages (des 24. Oktober) gingen alle Regimenter in Petrograd, die gesamte Garnison, entschlossen auf die Seite des Revolutionären Militärkomitees über - mit Ausnahme lediglich einiger Offizierschulen und einer Panzerautoabteilung. Das Verhalten der Provisorischen Regierung verriet Unentschlossenheit. Erst am Abend ließ sie durch Stoßbataillone die Brücken besetzen, nachdem es ihr gelungen war, einige von ihnen aufzuziehen. Als Antwort hierauf brachte das Revolutionäre Militärkomitee Matrosen und Wiborger Rotgardisten zum Einsatz, die die Stoßbataillone abdrängten, sie auseinanderjagten und die Brücken selber besetzten. Damit hatte der offene Aufstand begonnen. Eine ganze Reihe unserer Regimenter wurde ausgeschickt mit dem Auftrag, das ganze Stadtviertel, in dem sich der Stab und der Winterpalast befanden, einzukreisen. Im Winterpalast tagte die Provisorische Regierung. Der Übergang der Panzerautoabteilung auf die Seite des Revolutionären Militärkomitees (am 24. Oktober in später Nachtstunde) beschleunigte den günstigen Ausgang des Aufstands.

Am 25. Oktober wurde der Sowjetkongress eröffnet, dem das Revolutionäre Militärkomitee denn auch die eroberte Macht übergab.

Am 26. Oktober frühmorgens, nach der Beschießung des Winterpalastes und des Stabes durch die „Aurora“ und nach einem Feuergefecht zwischen Sowjettruppen und Offizierschülern vor dem Winterpalast, ergab sich die Provisorische Regierung.

Der Inspirator des Umsturzes war von Anfang bis zu Ende das ZK der Partei mit dem Genossen Lenin an der Spitze. Wladimir Iljitsch lebte damals in Petrograd, im Stadtteil Wiborgskaja Storona, in einer konspirativen Wohnung. Am Abend des 24. Oktober wurde er in den Smolny gerufen, um die Führung der Bewegung zu übernehmen.

Eine hervorragende Rolle spielten im Oktoberaufstand die Matrosen der Baltischen Flotte und die Rotgardisten des Stadtteils Wiborgskaja Storona. Angesichts der ungewöhnlichen Kühnheit dieser Männer beschränkte sich die Rolle der Petrograder Garnison hauptsächlich auf die moralische und zuweilen militärische Unterstützung der kämpfenden Vorhut.

*„Prawda“ Nr. 241,
6. November 1918.
Unterschrift: J. Stalin.*

DER OKTOBERUMSTURZ UND DIE NATIONALE FRAGE

Die nationale Frage darf nicht als Selbstzweck, als etwas ein für allemal Gegebenes betrachtet werden. Als bloßer Teil des Gesamtproblems der Umgestaltung der bestehenden Ordnung wird die nationale Frage in vollem Umfang durch die Gegebenheiten der sozialen Verhältnisse, durch den Charakter der Macht im Lande und überhaupt durch den ganzen Gang der gesellschaftlichen Entwicklung bestimmt. Dies offenbart sich besonders krass in der Periode der Revolution in Rußland, in der die nationale Frage und die nationale Bewegung in den Randgebieten Rußlands je nach dem Gang und dem Ausgang der Revolution rasch und vor aller Augen ihren Inhalt ändern.

I DIE FEBRUARREVOLUTION UND DIE NATIONALE FRAGE

In der Epoche der bürgerlichen Revolution in Rußland (im Februar 1917) trug die nationale Bewegung in den Randgebieten den Charakter einer bürgerlichen Befreiungsbewegung. Die jahrhundertlang vom „alten Regime“ unterdrückten und ausgebeuteten Nationalitäten Rußlands spürten zum ersten Mal ihre Kraft und stürzten sich in den Kampf gegen die Unterdrücker. „Beseitigung der nationalen Unterdrückung!“ - das war die Losung der Bewegung. Im Nu bedeckten sich die Randgebiete Rußlands mit „gesamtnationalen“ Institutionen. An der Spitze der Bewegung marschierte die nationale, bürgerlich-demokratische Intelligenz. Die „nationalen Räte“ in Lettland, Estland, Litauen, Georgien, Armenien, Aserbaidshan, im Nordkaukasus, in Kirgisien und an der Mittleren Wolga, die „Rada“ in der Ukraine und in Bjelorußland, der „Sfatul-Tsärii“ in Bessarabien, der „Kurultai“ auf der Krim und in Baschkirien, die „autonome Regierung“ in Turkestan - das waren die „gesamtnationalen“ Institutionen, um die die nationale Bourgeoisie ihre Kräfte scharte. Es ging um die Befreiung vom Zarismus als der „Hauptursache“ der nationalen Unterdrückung und um die Bildung bürgerlicher Nationalstaaten. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen wurde ausgelegt als Recht der nationalen Bourgeoisie der Randgebiete, die Macht in ihre Hände zu nehmen und die Februarrevolution zu benutzen, um einen „eigenen“ Nationalstaat zu bilden. Eine weitere Entwicklung der Revolution entsprach nicht den Absichten der oben erwähnten bürgerlichen Institutionen und konnte ihnen auch nicht entsprechen. Dabei wurde außer acht gelassen, dass an Stelle des Zarismus der unverhüllte, nicht mehr maskierte Imperialismus tritt, dass er, dieser Imperialismus, ein noch stärkerer und gefährlicherer Feind der Nationalitäten ist und die Grundlage einer neuen nationalen Unterdrückung bildet.

Die Vernichtung des Zarismus und der Machtantritt der Bourgeoisie führten jedoch nicht zur Beseitigung der nationalen Unterdrückung. Die alte grobe Form der nationalen Unterdrückung wurde durch eine neue, verfeinerte, dafür aber gefährlichere Form der Unterdrückung abgelöst. Nicht nur, dass die Regierung Lwow-Miljukow-Kerenski nicht mit der Politik der nationalen Unterdrückung brach, sie organisierte sogar einen neuen Feldzug gegen Finnland (Auseinanderjagung des Landtags im Sommer 1917) und gegen die Ukraine (Zertrümmerung der Kultureinrichtungen der Ukraine). Noch mehr: Diese ihrer Natur nach imperialistische Regierung rief die Bevölkerung zur Fortführung des Krieges um die Unterwerfung neuer Gebiete, neuer Kolonien und Nationalitäten auf. Sie wurde dazu nicht nur durch die innere Natur des Imperialismus angetrieben, sondern auch durch das Vorhandensein alter imperialistischer Staaten im Westen, die mit aller Macht nach der Unterwerfung neuer Gebiete und Nationalitäten strebten und die Einflussphäre dieser

imperialistischen Regierung einzuengen drohten. Kampf der imperialistischen Staaten um die Unterwerfung der kleinen Nationalitäten als Existenzbedingung dieser Staaten - das ist das Bild, das sich im Verlauf des imperialistischen Krieges enthüllt hatte. Die Vernichtung des Zarismus und das Auftauchen der Regierung Miljukow-Kerenski machten dieses unerfreuliche Bild nicht um einen Deut anziehender. Es ist nur natürlich, dass die „gesamtnationalen“ Institutionen in den Randgebieten, insofern sie eine Tendenz zur staatlichen Selbständigkeit an den Tag legten, bei der imperialistischen Regierung Rußlands auf unüberwindlichen Widerstand stießen. Da sie aber bei der Errichtung der Macht der nationalen Bourgeoisie taube Ohren hatten für die grundlegenden Interessen „ihrer“ Arbeiter und Bauern, riefen sie bei diesen Murren und Unzufriedenheit hervor. Die so genannten „nationalen Regimenter“ gossen nur noch Öl ins Feuer: gegen die Gefahr von oben waren sie ohnmächtig, die Gefahr von unten aber wurde durch sie nur verstärkt und vertieft. Die „gesamtnationalen“ Institutionen blieben gegen Schläge von außen ebenso wenig gefeit wie gegen eine Explosion von innen. Die im Entstehen begriffenen bürgerlich-nationalen Staaten begannen zu welken, noch ehe sie erblüht waren.

So verwandelte sich die alte bürgerlich-demokratische Auslegung des Selbstbestimmungsprinzips in eine Fiktion, sie verlor ihren revolutionären Sinn. Es war klar, dass unter solchen Bedingungen von einer Beseitigung der nationalen Unterdrückung und von einer Errichtung selbständiger kleiner Nationalstaaten gar keine Rede sein konnte. Es wurde offensichtlich, dass die Befreiung der werktätigen Massen der unterdrückten Nationalitäten und die Beseitigung der nationalen Unterdrückung undenkbar sind ohne den Bruch mit dem Imperialismus, ohne den Sturz der „eigenen“ nationalen Bourgeoisie und ohne die Machtergreifung durch die werktätigen Massen selbst.

Besonders klar trat dies nach dem Oktoberumsturz zutage.

II DIE OKTOBERREVOLUTION UND DIE NATIONALE FRAGE

Die Februarrevolution barg unversöhnliche innere Widersprüche in sich Vollbracht worden war die Revolution durch die Bemühungen der Arbeiter und Bauern (der Soldaten), das Ergebnis der Revolution aber war, dass die Macht nicht an die Arbeiter und Bauern, sondern an die Bourgeoisie überging. Die Arbeiter und Bauern hatten die Revolution durchgeführt, um mit dem Krieg Schluss zu machen und Frieden zu erlangen, während die ans Ruder gekommene Bourgeoisie danach strebte, den revolutionären Elan der Massen für die Fortsetzung des Krieges, gegen den Frieden auszunutzen. Die wirtschaftliche Zerrüttung des Landes und die Ernährungskrise erforderten die Expropriation der Kapitalien und der Industriebetriebe zugunsten der Arbeiter, die Konfiskation der Gutsländereien zugunsten der Bauern, während die bürgerliche Regierung Miljukow-Kerenski die Interessen der Gutsbesitzer und Kapitalisten hütete und sie entschieden vor Zugriffen der Arbeiter und Bauern schützte. Es war eine bürgerliche Revolution, vollbracht mit den Händen der Arbeiter und Bauern zugunsten der Ausbeuter.

Inzwischen schmachtete das Land weiter unter der Last des imperialistischen Krieges, des wirtschaftlichen Verfalls und der Zerrüttung des Ernährungswesens. Die Front zerbröckelte und löste sich auf. Fabriken und Werke wurden stillgelegt. Im Lande wuchs die Hungersnot. Die Februarrevolution mit ihren inneren Widersprüchen erwies sich offenkundig als unzulänglich für die „Rettung des Landes“. Die Regierung Miljukow-Kerenski erwies sich offenkundig als unfähig, die Kernprobleme der Revolution zu lösen.

Es war eine neue, eine sozialistische Revolution notwendig, um das Land aus der Sackgasse des imperialistischen Krieges und des wirtschaftlichen Verfalls herauszuführen.

Diese Revolution kam als Resultat des Oktoberumsturzes.

Der Oktoberumsturz löste mit einem Schlag die Widersprüche der Februarrevolution, indem er die Macht der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie stürzte und die Regierung der Arbeiter und Bauern an ihre Stelle setzte. Die Aufhebung der Allmacht der Gutsbesitzer und Kulaken und die Übergabe des Grund und Bodens zur Nutznießung an die werktätigen Massen des Dorfes; die Expropriation der Fabriken und Werke und ihre Übergabe zur Leitung an die Arbeiter; der Bruch mit dem Imperialismus und die Beendigung des Raubkrieges; die Veröffentlichung der Geheimverträge und die Entlarvung der Politik der Annexion fremder Gebiete; schließlich die Proklamierung des Selbstbestimmungsrechts der werktätigen Massen der unterdrückten Völker und die Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands - das sind die Hauptmaßnahmen, die von der Sowjetmacht zu Beginn der sowjetischen Revolution getroffen wurden.

Das war eine wirklich sozialistische Revolution.

Die Revolution, die im Zentrum begonnen hatte, konnte nicht lange auf den Rahmen dieses engen Gebiets beschränkt bleiben. Nachdem sie im Zentrum gesiegt hatte, musste sie sich unvermeidlich auf die Randgebiete ausdehnen. Und in der Tat überflutete die revolutionäre Welle, vom Norden her kommend, gleich in den ersten Tagen des Umsturzes ganz Rußland und erfasste ein Randgebiet nach dem anderen. Doch stieß sie hier auf einen Damm in Gestalt der schon vor dem Oktober entstandenen „nationalen Räte“ und regionalen „Regierungen“ (Don, Kuban, Sibirien). Diese „nationalen Regierungen“ wollten nämlich von einer sozialistischen Revolution nichts hören. Ihrer Natur nach bürgerlich, waren sie durchaus nicht gewillt, die alte, bürgerliche Ordnung zu zerstören; sie hielten es im Gegenteil für ihre Pflicht, sie mit aller Macht aufrechtzuerhalten und zu festigen. Ihrem Wesen nach imperialistisch, waren sie durchaus nicht gewillt, mit dem Imperialismus zu brechen; sie waren im Gegenteil niemals abgeneigt, Stücke und Stückchen der Gebiete „fremder“ Nationalitäten an sich zu reißen und zu unterwerfen, wenn sich dazu eine Möglichkeit bot. Kein Wunder, dass die „nationalen Regierungen“ der Randgebiete der sozialistischen Regierung im Zentrum den Krieg erklärten. Sobald sie aber den Krieg erklärt hatten, wurden sie natürlicherweise zu Brutstätten der Reaktion, die alle konterrevolutionären Elemente Rußlands um sich sammelten. Es ist für niemand ein Geheimnis, dass alle aus Rußland hinausgejagten Konterrevolutionäre sich dorthin, nach diesen Brutstätten, begaben, dass sie sich dort, im Bereich dieser Brutstätten, zu weißgardistischen „nationalen“ Regimentern formierten.

Doch gibt es in den Randgebieten außer den „nationalen Regierungen“ auch noch nationale Arbeiter und Bauern. Sie waren schon vor dem Oktoberumsturz nach dem Vorbild der Deputiertensowjets im Zentrum Rußlands in ihren revolutionären Deputiertensowjets organisiert und haben nie die Verbindung mit ihren Brüdern im Norden abgebrochen. Auch sie strebten danach, den Sieg über die Bourgeoisie zu erringen, auch sie kämpften für den Triumph des Sozialismus. Kein Wunder, dass sich ihr Konflikt mit den „eigenen“ nationalen Regierungen von Tag zu Tag zuspitzte. Der Oktoberumsturz festigte nur noch das Bündnis der Arbeiter und Bauern der Randgebiete mit den Arbeitern und Bauern Rußlands und beseelte sie mit dem Glauben an den Triumph des Sozialismus. Der Krieg der „nationalen Regierungen“ gegen die Sowjetmacht steigerte nun den Konflikt der nationalen Massen mit diesen „Regierungen“ bis zum vollständigen Bruch mit ihnen, bis zum offenen Aufstand gegen sie.

So bildete sich das sozialistische Bündnis der Arbeiter und Bauern ganz Rußlands gegen das konterrevolutionäre Bündnis der bürgerlichen nationalen „Regierungen“ der Randgebiete Rußlands.

Manche Leute stellen den Kampf der „Regierungen“ der Randgebiete als einen Kampf für die nationale Befreiung gegen den „starren Zentralsinus“ der Sowjetmacht hin. Doch das trifft absolut nicht zu. Keine Staatsmacht der Welt hat eine so weitgehende Dezentralisation zugelassen, keine Regierung der Welt hat den Völkern eine solche Fülle nationaler Freiheit eingeräumt, wie die Sowjetmacht es in Rußland getan hat. Der Kampf der „Regierungen“ der

Randgebiete war und bleibt ein Kampf der bürgerlichen Konterrevolution gegen den Sozialismus. Die nationale Flagge wird da nur zum Betrug der Massen geschwungen, da sie populär und gut geeignet ist, die konterrevolutionären Absichten der nationalen Bourgeoisie zu verdecken.

Doch erwies sich der Kampf der „nationalen“ und regionalen „Regierungen“ als ein ungleicher Kampf. Von zwei Seiten attackiert: von außen durch die Sowjetmacht Rußlands und von innen durch „ihre eigenen“ Arbeiter und Bauern, sahen sich die „nationalen Regierungen“ sofort nach den ersten Kämpfen zum Rückzug gezwungen. Der Aufstand der finnischen Arbeiter und Torppari^[35] und die Flucht des bürgerlichen „Senats“; der Aufstand der ukrainischen Arbeiter und Bauern und die Flucht der bürgerlichen „Rada“; der Aufstand der Arbeiter und Bauern am Don, am Kuban und in Sibirien sowie der Zusammenbruch Kaledins, Kornilows und der sibirischen „Regierung“; der Aufstand der armen Bauern in Turkestan und die Flucht der „autonomen Regierung“; die Agrarrevolution im Kaukasus und die totale Hilflosigkeit der „nationalen Räte“ Georgiens, Armeniens und Aserbaidshans - das sind die allbekannten Tatsachen, die die völlige Entfremdung der „Regierungen“ der Randgebiete von „ihren“ werktätigen Massen vor Augen führten. Aufs Haupt geschlagen, waren die „nationalen Regierungen“ „gezwungen“, gegen ihre „eigenen“ Arbeiter und Bauern Hilfe bei den Imperialisten des Westens zu suchen, die seit Jahrhunderten die Nationalitäten der ganzen Welt unterdrückt und ausgebeutet hatten.

So begann die Periode der ausländischen Einmischung und der Okkupation der Randgebiete - eine Periode, die ein übriges Mal den konkre revolutionären Charakter der „nationalen“ und regionalen „Regierungen“ entlarvte.

Jetzt erst wurde es für alle klar, dass die nationale Bourgeoisie nicht die Befreiung des „eigenen Volkes“ von der nationalen Unterdrückung anstrebt, sondern die Freiheit, Profite aus ihm herauszupressen, die Freiheit, ihre Privilegien und Kapitalien zu behalten.

Jetzt erst wurde es klar, dass die Befreiung der unterdrückten Nationalitäten ohne den Bruch mit dem Imperialismus, ohne den Sturz der Bourgeoisie der unterdrückten Nationalitäten, ohne den Übergang der Macht in die Hände der schaffenden Massen dieser Nationalitäten undenkbar ist.

So wurde die alte bürgerliche Auffassung des Selbstbestimmungsprinzips mit der Losung „Alle Macht der nationalen Bourgeoisie“ durch den Verlauf der Revolution selbst entlarvt und hinweggefegt. Die sozialistische Auffassung des Selbstbestimmungsprinzips mit der Losung „Alle Macht den schaffenden Massen der unterdrückten Nationalitäten“ gewann alle Rechte und Anwendungsmöglichkeiten.

Auf diese Weise hat der Oktoberumsturz, der mit der alten, bürgerlichen nationalen Befreiungsbewegung Schluss gemacht hat, die Ära einer neuen, der sozialistischen Bewegung der Arbeiter und Bauern der unterdrückten Nationalitäten eröffnet, einer Bewegung, die sich gegen jedwede - folglich auch gegen die nationale - Unterdrückung, gegen die Macht der Bourgeoisie, der „eigenen“ wie der fremden, gegen den Imperialismus überhaupt richtet.

III

WELTBEDEUTUNG DES OKTOBERUMSTURZES

Nachdem die Oktoberrevolution im Zentrum Rußlands gesiegt und sich einer Reihe von Randgebieten bemächtigt hatte, konnte sie sich nicht auf den territorialen Rahmen Rußlands beschränken. In der Atmosphäre des imperialistischen Weltkriegs und der allgemeinen Unzufriedenheit, in den unteren Volksschichten herrschte, musste sie notwendigerweise auf die Nachbarländer übergreifen. Der Bruch mit dem Imperialismus und die Erlösung Rußlands von dem Raubkrieg; die Veröffentlichung der Geheimverträge und die feierliche Verwerfung der Politik Annexion fremden Bodens; die Proklamierung der nationalen Freiheit und die Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands; die Ausrufung Rußlands zu einer „Föderation

nationaler Sowjetrepubliken“ und der zier Sowjetmacht in die Welt hinaus gesandte Streitruß zum entschiedenen Kampf gegen den Imperialismus - all das konnte nicht ohne bedeutsamen Einfluss auf den versklavten Osten und den verblutenden Westen bleiben.

Und in der Tat, die Oktoberrevolution ist die erste Revolution Welt, die die arbeitenden Massen der unterjochten Völker des Ostens aus ihrem jahrhundertelangen Schlummer geweckt und sie in den Kampf gegen den Weltimperialismus einbezogen hat. Die Bildung von Arbeit und Bauernräten in Persien, China und Indien nach dem Vorbild der Sowjets in Rußland ist ein hinreichend überzeugender Beweis dafür.

Die Oktoberrevolution ist die erste Revolution der Welt, die den Arbeitern und Soldaten des Westens ein lebendiges, rettendes Vorbild ward und sie veranlasst hat, den Weg der wirklichen Befreiung vom Joch des Krieges und des Imperialismus einzuschlagen. Der Aufstand der Arbeiter und Soldaten in Österreich-Ungarn und in Deutschland, die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten, der revolutionäre Kampf der nichtvollberechtigten Völker Österreich-Ungarns gegen die nationale Unterdrückung sind ein hinreichend beredter Beweis dafür.

Es handelt sich ja gar nicht darum, dass der Kampf im Osten selbst im Westen sich noch nicht von den bürgerlich-nationalistischen Schlacken befreien konnte - es handelt sich darum, dass der Kampf gegen den Imperialismus seinen Anfang genommen hat, dass er fortgeführt wird und unvermeidlich zu seinem logischen Abschluss gelangen muss.

Die Einmischung des Auslands und die Okkupationspolitik der „äußeren“ Imperialisten verschärfen nur die revolutionäre Krise, ziehen neue Völker in den Kampf hinein und erweitern den Schauplatz der revolutionären Zusammenstöße mit dem Imperialismus.

So stellt der Oktoberumsturz die Verbindung her zwischen den Völkern des rückständigen Ostens und des fortgeschrittenen Westens schließt sie zu einem gemeinsamen Lager des Kampfes gegen Imperialismus zusammen.

So wird die nationale Frage aus einer Teilfrage, der Frage Kampfes gegen das nationale Joch, zu der allgemeinen Frage der Befreiung der Nationen, der Kolonien und der Halbkolonien vom Imperialismus.

Die Todsünde der II. Internationale und ihres Oberhauptes Kautsky besteht unter anderem gerade darin, dass sie ständig zur bürgerlichen Auffassung der nationalen Selbstbestimmung abglitten und den revolutionären Sinn der nationalen Selbstbestimmung nicht begriffen, dass ihnen entweder die Fähigkeit oder der Wille abging, die nationale Frage auf den revolutionären Boden des offenen Kampfes gegen den Imperialismus zu stellen, dass ihnen entweder die Fähigkeit oder der Wille abging, die nationale Frage mit der Frage der Befreiung der Kolonien zu verbinden.

Die Engstirnigkeit der Sozialdemokraten Österreichs vom Schlage eines Bauer oder Renner besteht eigentlich gerade darin, dass sie den untrennbaren Zusammenhang der nationalen Frage mit der Machtfrage nicht begriffen und versuchten, die nationale Frage von der Politik zu trennen und in den Rahmen der Kultur- und Bildungsfragen zu zwängen, wobei sie die Existenz solcher „Kleinigkeiten“ wie des Imperialismus und der von ihm versklavten Kolonien übersahen.

Man sagt, dass in der Situation der aufsteigenden sozialistischen Revolution die Prinzipien der Selbstbestimmung und der „Vaterlands-Verteidigung“ durch den Gang der Ereignisse selbst aufgehoben worden seien. In Wirklichkeit aber sind nicht die Prinzipien der Selbstbestimmung und der „Vaterlandsverteidigung“ aufgehoben worden, sondern ihre bürgerliche Auslegung. Es genügt, einen Blick auf die okkupierten Gebiete zu werfen, die unter dem Joch des Imperialismus ächzen und stürmisch nach Befreiung streben; es genügt, einen Blick auf Rußland zu werfen, das einen revolutionären Krieg zur Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes gegen die imperialistischen Räuber führt; es genügt, über die Ereignisse nachzudenken, die sich jetzt in Österreich-Ungarn abspielen; es genügt, einen Blick auf die versklavten Kolonien und Halbkolonien zu werfen, die in ihren Ländern bereits

Räte organisiert haben (Indien, Persien, China) - es genügt, einen Blick auf all das zu werfen, um die ganze revolutionäre Bedeutung des Selbstbestimmungsprinzips in seiner sozialistischen Auslegung zu begreifen.

Die gewaltige Weltbedeutung des Oktoberumsturzes besteht ja hauptsächlich gerade darin, dass er

1. den Rahmen der nationalen Frage erweitert und sie aus einer Teilfrage, der Frage des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung in Europa, in die allgemeine Frage der Befreiung der unterjochten Völker, Kolonien und Halbkolonien vom Imperialismus verwandelt hat;

2. weitgehende Möglichkeiten und wirkliche Wege für diese Befreiung eröffnet hat, so dass er den unterdrückten Völkern des Westens, und Ostens ihre Befreiung bedeutend erleichtert hat, indem er sie in den allgemeinen Strom des siegreichen Kampfes gegen den Imperialismus einbezog;

3. hierdurch eine Brücke zwischen dem sozialistischen Westen und, dem versklavten Osten geschlagen und eine neue Front der Revolutionen aufgebaut hat, eine Front von den Proletariern des Westens über die Revolution in Rußland bis zu den unterjochten Völkern des Ostens, eine Front gegen den Weltimperialismus.

Dadurch erklärt sich eigentlich auch jener nicht wiederzugebende Enthusiasmus, den die werktätigen und ausgebeuteten Massen des Ostens und des Westens gegenwärtig dem Proletariat Rußlands entgegenbringen.

Dadurch hauptsächlich erklärt sich auch die blinde Wut, mit der die imperialistischen Räuber der ganzen Welt jetzt über Sowjetrußland hergefallen sind.

*„Prawda“ Nr. 241 und 250,
6. und 19. November 1918.
Unterschrift: J. Stalin.*

DIE SCHEIDEWAND

Zwischen dem sozialistischen Rußland und dem revolutionären Westen hat sich eine Scheidewand in Form der okkupierten Gebiete gebildet.

Während in Rußland schon über ein Jahr die rote Fahne weht und im Westen, in Deutschland und Österreich-Ungarn, die proletarischen Aufstände sich mit jedem Tag und jeder Stunde in immer heftigeren Explosionen entladen, fristen in den okkupierten Gebieten, in Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Bjelorußland, Polen, Bessarabien, in der Ukraine, auf der Krim die bürgerlich-nationalistischen „Regierungen“ von Gnaden der dem Untergang geweihten westlichen Imperialisten weiter ihr klägliches Dasein.

Während im Osten und im Westen bereits „große“ Könige und „großmächtige“ Imperialisten in den Orkus geschleudert sind, machen sich in den okkupierten Gebieten weiterhin jämmerliche Zwergkönige und Liliputräuber breit, die eine wüste Gewaltherrschaft gegen die Arbeiter und Bauern ausüben, mit Verhaftungen und Füsilierungen gegen sie vorgehen.

Mehr noch, sie, diese überlebten „Regierungen“, organisieren fieberhaft ihre „nationalen“ weißgardistischen „Regimenter“, bereiten sich zum „Losschlagen“ vor, tuscheln mit den vorläufig noch nicht liquidierten imperialistischen Regierungen und schmieden Pläne zur „Erweiterung“ „ihres“ Territoriums.

Sie, diese bei lebendigem Leib verfaulenden schattenhaften Kreaturen bereits gestürzter „großer“ Könige, diese zwerghaften „nationalen“ „Regierungen“, die durch den Willen des Schicksals zwischen die zwei grandiosen Feuer der Revolution des Ostens und des Westens geraten sind, träumen jetzt davon, den allgemeinen revolutionären Brand in Europa zu löschen, ihr kurioses Dasein weiter zu fristen und das Rad der Geschichte zurückzudrehen!...

Das, was den „großmächtigen“ Königen des „großen“ Deutschland“ und Österreich-Ungarns nicht gelungen ist, träumen diese kleinen „Zwergkönige“, mit „einem Schlag“, mit Hilfe von ein paar desorganisierten weißgardistischen „Regimentern“ tun zu können.

Wir zweifeln nicht daran, dass die mächtigen Wogen der Revolution in Rußland und im Westen die konterrevolutionären Phantasten in den okkupierten Gebieten unbarmherzig hinwegschwemmen werden. Wir zweifeln nicht daran, dass die Stunde nahe ist, da die „Zwergkönige“ dieser Gebiete den gleichen Weg gehen werden wie ihre ehemalige „großmächtigen“ Beschützer in Rußland und Deutschland.

Wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln, dass die konterrevolutionäre Scheidewand zwischen dem revolutionären Westen und dem sozialistischen Rußland schließlich hinweggefegt werden wird.

In den okkupierten Gebieten machen sich schon die ersten Anzeichen einer Revolution bemerkbar. Die Streiks in Estland, die Demonstrationen in Lettland, der Generalstreik in der Ukraine, die allgemeine revolutionäre Gärung in Finnland, Polen und Lettland - all dies sind Vorbote dafür. Man braucht nicht erst zu sagen, dass Revolution und Sowjetregierungen in diesen Gebieten eine Sache der nächsten Zukunft sind.

Achtunggebietend und wuchtig schreitet die proletarische Revolution über den Erdball. Mit Zittern und Zagen beugen die ehemaligen „Herrscher“ der Welt in Ost und West ihr Haupt vor ihr und lassen die alten Kronen fallen. Die okkupierten Gebiete und ihre jämmerlichen „Zwergkönige“ können keine Ausnahme sein.

*„Shisn Nazionalnostej“
(Das Leben der Nationalitäten) Nr. 2,
17. November 1918.
Leitartikel.
Unterschrift: J. Stalin.*

VERGESST DEN OSTEN NICHT!

In einem Moment, da die revolutionäre Bewegung in Europa ansteigt, da die alten Throne und Kronen zerfallen und den revolutionären Arbeiter- und Soldatenräten das Feld räumen und die okkupierten Gebiete die Kreaturen des Imperialismus aus ihrem Territorium hinauswerfen, richten sich aller Blicke natürlich auf den Westen. Dort im Westen müssen früher als anderwärts die Ketten des Imperialismus zerbrechen, die in Europa geschmiedet wurden und die ganze Welt würgen. Dort im Westen muss früher als anderwärts ein neues, sozialistisches Leben hervorquellen. In einem solchen Moment verschwindet der entlegene Osten mit seiner Hunderte von Millionen zählenden, durch den Imperialismus unterdrückten Bevölkerung wie „von selbst“ aus dein Blickfeld und gerät in Vergessenheit.

Indessen darf man den Osten auch nicht für einen Augenblick versessen, allein schon deswegen nicht, weil er dem Weltimperialismus als „unerschöpfliche“ Reserve und als „zuverlässigstes“ Hinterland dient.

Die Imperialisten haben den Osten immer als die Grundlage ihres Wohlergehens betrachtet. Die unermesslichen Naturreichtümer der Länder des Ostens (Baumwolle, Erdöl, Gold, Kohle, Erz) - waren sie etwa nicht ein „Zankapfel“ für die Imperialisten aller Länder? Daraus ist eigentlich auch zu erklären, dass die Imperialisten, während sie in Europa Krieg führen und vom Westen reden, niemals aufgehört haben, an China, Indien, Persien, Ägypten, Marokko zu denken, denn das, worum ging, war eigentlich immer der Osten. Daraus ist hauptsächlich auch der Eifer zu erklären, mit dem sie in den Ländern des Ostens „Ordnung und Gesetzlichkeit“ aufrechterhalten: sonst wäre das tiefe Hinterland des Imperialismus nicht gesichert.

Aber die Imperialisten brauchen nicht nur die Reichtümer des Ostens. Sie brauchen das „gefügige“ „Menschenmaterial“, das in den Kolonien und Halbkolonien des Ostens so reichlich vorhanden ist. Sie brauchen die „willigen“ und billigen „Arbeits Hände“ der Völker des Ostens. Sie brauchen außerdem die „gefügigen“ „jungen Burschen“ aus den Ländern des Ostens, die sie für die so genannten „farbigen“ Truppen anwerben und die sie ohne Zögern gegen „ihre eigenen“ revolutionären Arbeiter einsetzen werden. Das ist der Grund, weswegen sie die Länder des Ostens ihre „unerschöpfliche“ Reserve nennen.

Aufgabe des Kommunismus ist es, die unterdrückten Völker des Ostens aus dem jahrhundertelangen Schlaf aufzurütteln, den Arbeitern und Bauern dieser Länder den Befreiungsgeist der Revolution einzuhauchen, sie zum Kampf gegen den Imperialismus zu mobilisieren und dem Weltimperialismus so sein „zuverlässigstes“ Hinterland, seine „unerschöpfliche“ Reserve zu nehmen.

Ohne das ist an den endgültigen Triumph des Sozialismus, an den vollständigen Sieg über den Imperialismus nicht zu denken.

Die Revolution in Rußland hat als erste die unterdrückten Völker des Ostens zum Kampf gegen den Imperialismus aufgerüttelt. Die Deputiertenräte in Persien, Indien und China sind ein direktes Anzeichen dafür, dass der jahrhundertelange Schlaf der Arbeiter und Bauern des Ostens der Vergangenheit anheim fällt.

Die Revolution im Westen wird zweifellos der revolutionären Bewegung im Osten einen neuen Anstoß geben, wird sie mit dem Geist der Zuversicht und dem Glauben an den Sieg beseelen.

Die Imperialisten selbst werden mit ihren neuen Annexionen, die neue Länder in den Kampf gegen den Imperialismus hineinziehen und die Basis der Weltrevolution erweitern, die Revolutionierung des Ostens nicht wenig fördern.

Aufgabe der Kommunisten ist es, in die anwachsende spontane Bewegung im Osten einzugreifen und sie bis zum bewussten Kampf gegen den Imperialismus weiterzuentwickeln. In diesem Sinne hat die von der unlängst abgehaltenen Konferenz mohammedanischer Kommunisten^[36] beschlossene Resolution über die Verstärkung der Propaganda in den

Ländern des Ostens, in Persien, Indien und China, zweifellos eine tiefe revolutionäre Bedeutung.

Hoffen wir, dass unsere mohammedanischen Genossen ihren höchst wichtigen Beschluss ausführen werden.

Denn ein für allemal muss man sich den Leitsatz zu eigen machen, wer den Triumph des Sozialismus will, darf den Osten nicht vergessen.

*„Shisn Nazionalnostej“
(Das Leben der Nationalitäten) Nr. 3,
24.2lovember 1918.
Leitartikel.*

DIE UKRAINE BEFREIT SICH^[37]

Die Ukraine mit ihren Reichtümern ist schon lange ein Objekt der imperialistischen Ausbeutung.

Vor der Revolution wurde die Ukraine von den Imperialisten des Westens sozusagen in aller Stille, ohne „militärische Operationen“ ausgebeutet. Die Imperialisten Frankreichs, Belgiens und Englands bauten in der Ukraine gewaltige Unternehmungen (Kohle, Metall usw.) auf steckten die Mehrheit der Aktien ein und saugten das ukrainische Volk auf legalem, „gesetzlichem“ Wege, ohne viel Aufhebens aus.

Nach der Oktoberrevolution änderte sich das Bild. Die Oktoberrevolution, die die Fäden des Imperialismus zerriss und den Boden und die Betriebe zum Eigentum des ukrainischen Volkes erklärte, nahm den Imperialisten die Möglichkeit zur „gewohnten“ Ausbeutung „ohne viel Aufhebens“. Damit war der Imperialismus aus der Ukraine vertrieben.

Aber der Imperialismus wollte nicht weichen, wollte sich um keinen Preis mit der neuen Lage abfinden. Daher die „Notwendigkeit“, die Ukraine gewaltsam zu versklaven, die „Notwendigkeit“, sie zu okkupieren.

Die österreichisch-deutschen Imperialisten waren die ersten, die zur Okkupation der Ukraine schritten. Die „Rada“ und die „Hetmanregierung“ mit ihrer „Selbständigkeit“ waren nur ein Spielzeug, ein Deckmantel, der diese Okkupation bequem verhüllt und die Ausbeutung der Ukraine durch die österreichisch-deutschen Imperialisten nach außen hin „sanktioniert“.

Die unzähligen Erniedrigungen und Prüfungen, die die Ukraine während der österreichisch-deutschen Okkupation erdulden musste, die Zerschlagung der Arbeiter- und Bauernorganisationen, die vollständige Zerrüttung der Industrie und des Eisenbahnwesens, die Galgen und Erschießungen - wer hätte diese gewohnten Bilder der „Selbständigkeit“ der Ukraine unter der Ägide der Imperialisten Österreichs und Deutschland nicht gesehen?

Aber die Zerschlagung des österreichisch-deutschen Imperialismus und der Sieg der deutschen Revolution haben die Lage der Ukraine von Grund aus geändert. Nun hat sich vor der werktätigen Ukraine der Weg zur Befreiung vom Joch des Imperialismus aufgetan. Die Verheerung und Unterjochung der Ukraine nehmen ein Ende. Der in der Ukraine auflodernde revolutionäre Brand wird die letzten Reste des Imperialismus mit ihren „nationalen“ Anhängseln hinwegfegen. Die im Feuer der Revolution entstandene „Provisorische Arbeiter- und Bauernregierung der Ukraine“^[38] wird ein neues Leben auf der Grundlage der Herrschaft der ukrainischen Arbeiter und Bauern in Gang bringen. Das „Manifest“ der Ukrainischen Sowjetregierung, das den Bauern die Gutsländereien, den Arbeitern die Fabriken und Werke, allen Werktätigen und Ausgebeuteten die volle Freiheit zurückgibt, dieses historische „Manifest“ wird, den Feinden der Ukraine zum Schrecken, den unterdrückten Söhnen der Ukraine zur Freude und Erquickung - Donner und frohes Glockengeläut zugleich - über die Ukraine hallen.

Aber der Kampf ist noch nicht beendet, der Sieg noch nicht gesichert. Der wirkliche Kampf in der Ukraine hat eben erst begonnen.

Während der deutsche Imperialismus in den letzten Zügen liegt und die „Hetmanregierung“ sich in den letzten Krämpfen windet, zieht der englische und französische Imperialismus Truppen zusammen und bereitet zur Okkupation der Ukraine eine Landung auf der Krim vor. Sie, die englischen und französischen Imperialisten, wollen jetzt in der Ukraine den nun frei gewordenen Platz der deutschen Okkupanten einnehmen. Gleichzeitig taucht das „Ukrainische Direktorium“^[39] unter dem Abenteurer Petljura an der Oberfläche auf, ausstaffiert mit dem Schlagwort von der alten „Selbständigkeit“ in „neuer“ Tonart - ein neuer, bequemerer Deckmantel für die neue englisch-französische Okkupation der Ukraine, als es die „Hetmanregierung“ war.

Der eigentliche Kampf in der Ukraine steht noch bevor.

Wir zweifeln nicht daran, dass die Ukrainische Sowjetregierung imstande sein wird, den neuen ungebetenen Gästen, den Unterdrückern aus England und Frankreich, die gebührende Abfuhr zu erteilen.

Wir zweifeln nicht daran, dass die Ukrainische Sowjetregierung imstande sein wird, die reaktionäre Rolle der Abenteurer aus dem Lager Winnitschenkos-Petljuras bloßzulegen, die gewollt oder ungewollt den Einfall der englischen und französischen Unterdrücker vorbereiten.

Wir zweifeln nicht daran, dass die Ukrainische Sowjetregierung imstande sein wird, die Arbeiter und Bauern der Ukraine um sich scharen und dass sie sie mit Ehren in den Kampf und zum Siege führen wird.

Wir rufen alle treuen Söhne der Sowjetukraine auf, der jungen Sowjetregierung der Ukraine zu Hilfe zu kommen und ihr den ruhmreichen Kampf gegen die Würger der Ukraine zu erleichtern. Die Ukraine befreit sich - eilt ihr zu Hilfe!

*„Shisn Nazionalnostej“
(Das Leben der Nationalitäten) Nr. 4,
1. Dezember 1918.
Leitartikel.
Unterschrift: Stalin.*

AUS DEM OSTEN KOMMT DAS LICHT^[40]

Langsam, aber unaufhaltsam rollt die Welle der Befreiungsbewegung vom Osten nach dem Westen in die okkupierten Gebiete. Langsam, aber ebenso unaufhaltsam versinken die „neuen“ bürgerlich-republikanischen „Regierungen“ Estlands, Lettlands, Litauens und Bjelorußlands ins Nichts und räumen der Macht der Arbeiter und Bauern das Feld. Die Scheidewand zwischen Rußland und Deutschland fällt, sie schwindet. Die Losung des bürgerlichen Nationalismus „Alle Macht der nationalen Bourgeoisie“ wird durch die Losung des proletarischen Sozialismus „Alle Macht den werktätigen Massen der unterdrückten Nationalitäten“ abgelöst.

Vor einem Jahr, nach dem Oktoberumsturz, ging die Befreiungsbewegung in derselben Richtung, unter derselben Losung. In dem Wunsch, die aus Rußland kommende Welle der sozialistischen Bewegung aufzuhalten, erklärten die bürgerlich-nationalen „Regierungen“, die sich damals in den Randgebieten konstituiert hatten, der Sowjetmacht den Krieg. Sie wollten in den Randgebieten bürgerliche Separatstaaten gründen, um der nationalen Bourgeoisie die Macht und die Privilegien zu erhalten. Die Leser erinnern sich, dass dieser konterrevolutionäre Plan scheiterte: im Innern von „ihren eigenen“ Arbeitern und Bauern attackiert, mussten diese „Regierungen“ abtreten. Dann begann die Okkupation durch den deutschen Imperialismus und unterbrach den Prozess der Befreiung der Randgebiete, indem sie den bürgerlich-nationalen „Regierungen“ das Übergewicht verschaffte. Jetzt, nach der Zerschlagung des deutschen Imperialismus und der Verdrängung der Okkupationstruppen aus den Randgebieten, hat der Prozess des Befreiungskampfes mit neuer Kraft, in neuen, noch markanteren Formen wieder begonnen.

Die Arbeiter Estlands haben als erste das Banner des Aufstands erhoben. Die Estnische Arbeitskommune^[41] marschiert siegreich vorwärts, zerstört die Basis der estnischen bürgerlich-republikanischen „Regierung“ und mobilisiert die werktätigen Massen der Städte und Dörfer Estlands zum Kampf. Als Antwort auf eine Anfrage der Sowjetregierung Estlands hat die Sowjetregierung Rußlands feierlich die Unabhängigkeit der Sozialistischen Republik Estland anerkannt. Muss noch bewiesen werden, dass dieser Akt die Pflicht und Schuldigkeit der Sowjetregierung Rußlands ist? Sowjetrußland hat die Westgebiete niemals als seine Besitzungen betrachtet. Es war immer der Ansicht, dass diese Gebiete den unveräußerlichen Besitz der werktätigen Massen der sie bewohnenden Nationalitäten bilden, dass diese werktätigen Massen das volle Recht haben, frei über ihr politisches Schicksal zu bestimmen. Das schließt selbstverständlich nicht aus, sondern setzt voraus, dass Sowjetrußland unseren estnischen Genossen in ihrem Kampf für die Befreiung des werktätigen Estlands vom Joch der Bourgeoisie mit allen Mitteln helfen wird.

Die Arbeiter Lettlands sind ebenfalls an die Befreiung ihres gepeinigten Vaterlands gegangen. Die Wiederherstellung der Deputiertensowjets in Werro, Walk, Riga, Libau und anderen Orten Lettlands, die Versuche der Rigaer Arbeiter, die notwendigen politischen Freiheiten auf revolutionärem Wege zu erringen, der schnelle Vormarsch der lettischen Schützen auf Riga - all das spricht davon, dass die bürgerlich-republikanische „Regierung“ in Lettland dasselbe Schicksal erwartet wie in Estland. Wie wir erfahren haben, steht dieser Tage die offizielle Proklamierung der Provisorischen Sowjetregierung Lettlands^[42] bevor. Es braucht nicht betont zu werden, dass dieser Akt, wenn er wirklich stattfindet, die Befreiung Lettlands vom Imperialismus beschleunigen und besiegeln wird.

Den lettischen Arbeitern folgen die Arbeiter und Bauern Litauens. Die Bildung von, allerdings vorerst halblegalen, Deputiertensowjets in Wilna, Schaulen, Kowno und anderen Orten Litauens; die beispiellose revolutionäre Aktivität, die die litauischen Landarbeiter gezeigt haben, als es galt, die großen Güter gegen die Ausplünderung durch die Gutsbesitzer zu schützen; der schnelle Vormarsch der litauischen Schützen ins Innere Litauens und schließlich die nach den uns vorliegenden Meldungen geplante Proklamierung einer

Provisorischen Sowjetregierung Litauens - all das spricht dafür, dass die berüchtigte Litauische Tariba^[43] dem Schicksal ihrer Ebenbilder in Lettland und Estland nicht entgehen wird.

Die Kurzlebigkeit der nationalen „Regierungen“ der okkupierten Gebiete erklärt sich nicht nur aus ihrem bürgerlichen Charakter, der den Interessen der Arbeiter und Bauern fremd ist, sondern vor allem aus dem Umstand, dass sie einfache Anhängsel der Okkupationsmächte sind, was ihnen in den Augen der breiten Bevölkerungsschichten jede moralische Geltung nehmen musste. In diesem Sinne hat die Okkupationsperiode in der Entwicklung der Randgebiete zweifellos ihre positive Rolle gespielt, da sie die Fäulnis und den Verrat der nationalen Bourgeoisie restlos aufgedeckt hat.

Offensichtlich wird es dazu kommen, dass sich die Westgebiete, ihre werktätigen Massen - bisher Objekt gaunerischer Machenschaften der Imperialisten -, wenn nicht heute, dann morgen die Freiheit erkämpfen und endlich auf ihre eigenen Füße stellen werden...

Im Norden, in Finnland, ist es vorläufig noch „still“. Aber diese Stille umhüllt zweifellos das tief verborgene Wirken der Arbeiter und Torppari einerseits, die nach Befreiung drängen, und der Regierung Svinhufvuds andererseits, die verdächtig oft ihre Minister wechselt und endlos mit den Agenten des englischen Imperialismus tuschelt. Der Abzug der Okkupationstruppen aus Finnland wird zweifellos die Liquidierung der Räuberbanden Svinhufvuds beschleunigen, die völlig zu Recht die tiefste Verachtung der breiten Bevölkerungsschichten Finnlands verdient hat.

Im Süden, in der Ukraine, ist es nicht so still wie in Finnland - bei weitem nicht! Die aufständischen Truppen erstarken, organisieren sich und rücken nach dem Süden vor. Charkow ist nach einem dreitägigen, mustergültig organisierten Streik^[44] in die Hände des Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten übergegangen. Die Petljurabanden, die deutschen Okkupanten und die Agenten Skoropadskis sind gezwungen, mit dem Willen der Arbeiter zu rechnen. In Jekaterinoslaw übt der Sowjet der Arbeiter- und Bauerndeputierten offen seine Tätigkeit aus. Das berühmte Manifest der Provisorischen Arbeiter- und Bauernregierung der Ukraine ist legal gedruckt und in den Straßen Jekaterinoslaws plakatiert worden. Die „Behörden“ zeigten sich ohnmächtig, eine solche „Dreistigkeit“ zu verhindern. Wir sprechen schon gar nicht von der machtvollen Aufstandsbewegung der ukrainischen Bauern, die das Manifest der Ukrainischen Sowjetregierung wie ein Evangelium aufnehmen. Und drunten im Süden, im Nordkaukasus, gehen sogar die Inguschen und Tschetschenen, die Osseten und Kabardiner in ganzen Gruppen auf die Seite der Sowjetmacht über und säubern mit der Waffe in der Hand ihre Heimat von den Söldnerbanden des englischen Imperialismus. Muss noch gesagt werden, dass dies alles an den unterdrückten Völkern des Westens und vor allem an den Völkern Österreich-Ungarns, die vorläufig noch die Periode der bürgerlich-nationalen Befreiungsbewegung durchmachen, aber durch den Zwang der Umstände schon in die Periode des Kampfes gegen den Imperialismus eingetreten sind, nicht spurlos vorübergehen wird?

Im Mittelpunkt all dieser großartigen Ereignisse steht der Bannerträger der Weltrevolution - Sowjetrußland, das die Arbeiter und Bauern der unterdrückten Völker mit dem Siegesglauben beseelt und ihren Befreiungskampf im Interesse des Weltsozialismus unterstützt.

Natürlich schläft auch das andere Lager nicht, das Lager der Imperialisten. Seine Agenten jagen durch alle Länder von Finnland bis zum Kaukasus, von Sibirien bis nach Turkestan, versorgen die Konterrevolutionäre, zetteln räuberische Verschwörungen an, organisieren einen Feldzug gegen Sowjetrußland und schmieden Ketten für die Völker des Westens. Aber ist es nicht klar, dass die Imperialistenmeute, die ihre räuberische Existenz durch Bestechung und Söldnerbanden, durch die Sklaverei und Unwissenheit der so genannten „Farbigen“ in Afrika aufrechterhält, in den Augen der unterdrückten Völker schon jede moralische Geltung verloren hat, dass ihr ein für allemal der frühere Nimbus des Bannerträgers der „Zivilisation“ und der „Humanität“ genommen worden ist?...

Aus dem Osten kommt das Licht!

Der Westen mit seinen imperialistischen Kannibalen hat sich in einen Herd der Finsternis und der Sklaverei verwandelt. Die Aufgabe besteht darin, diesen Herd zum Glück und zur Freude der Werktätigen aller Länder zu zerschlagen.

*„Shisn Nazionalnostej“
(Das Leben der Nationalitäten) Nr. 6,
15. Dezember 1918.
Leitartikel.
Unterschrift: J. Stalin.*

DIE DINGE NEHMEN IHREN LAUF

Der Prozess der Befreiung der Westgebiete nimmt seinen Lauf. Die Welle der Revolution schwillt weiter an und zerschlägt alle Hindernisse auf ihrem Wege. Die Agenten der alten Welt und die Dunkelmänner Estlands, Lettlands und Litauens laufen davon wie der Teufel vor dem Weihwasser.

Estnische Schützen schließen schon den wichtigen Knotenpunkt Taps ein. Gemäß dem Befehl des Rates der Volkskommissare schützt unsere Flotte Sowjetestland vor möglichen Überraschungen von der Seeseite her. Das rote Banner des Sozialismus weht über Estland. Die werktätigen Massen Estlands frohlocken. Die Befreiung Revals ist nicht mehr fern. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, dass die englischen Truppen, sollten sie Estland okkupieren wollen, auf den geschlossenen Widerstand des gesamten estnischen Volkes stoßen werden.

In Litauen lodert der revolutionäre Brand mit wachsender Stärke auf. Wilna ist schon in den Händen des Sowjets der Arbeiter- und landlosen Bauerndeputierten. Die grandiosen Demonstrationen, die dieser Tage in Wilna^[45] stattfanden, haben die kaiserliche Tariba vollends desorganisiert. Der flammende Gruß des Wilnaer Sowjets an den Rat der Volkskommissare und an die Rote Armee^[46] zeugt klar genug vom Charakter der Befreiungsbewegung in Litauen. Die Sowjets in Kowno, Schaulen und anderen Städten, die Sowjets, die in den Amtsbezirken und Dörfern direkt unter den Augen des Henkergenerals Hoffmann tätig sind - all dies zeugt von der Stärke des Ansturms der sowjetischen Revolution. Die in Wileika gebildete Arbeiterregierung Litauens^[47], ihr flammendes Manifest, wird zweifellos einen zuverlässigen Mittelpunkt für den Zusammenschluss der revolutionären Kräfte Litauens schaffen. Die roten Schützen Litauens werden ihrer Heimat die Befreiung bringen. Die Anerkennung der Arbeiterregierung Litauens durch die Sowjetregierung Rußlands^[48] wird ihren Glauben an den endgültigen Sieg festigen.

Stürmisch und unaufhaltsam wächst die Revolution in Lettland. Die ruhmreichen roten Schützen Lettlands, die schon Walk genommen haben, schließen siegreich Riga ein. Die dieser Tage gebildete Regierung der Sowjets Lettlands führt die lettischen Arbeiter und landlosen Bauern mit sicherer Hand zum Sieg. Sie deckt die zweideutige Politik der Berliner Regierung und der deutschen Okkupationsmacht auf, indem sie in ihrem Manifest ohne Umschweife erklärt:

„Wir weisen entschieden jede Einmischung zugunsten unserer feudalen und bürgerlichen Gegner zurück, selbst wenn uns eine Regierung, die sich sozialistisch nennt, mit dieser Einmischung drohen sollte.“

Die Sowjetregierung Lettlands rechnet allein auf die Hilfe des revolutionären Proletariats aller Länder und vor allem Rußlands. Sie sagt:

„Wir rufen um Hilfe und erwarten sie von dem wahrhaft revolutionären Proletariat der ganzen Welt, insbesondere aber von der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik.“

Muss noch bewiesen werden, dass die Sowjetregierung Rußlands dem sich befreienden Lettland und seinen heldenhaften Schützen alle nur mögliche Unterstützung erweisen wird?

Im Norden, in Finnland, ist es immer noch „still“. Aber unter dieser äußeren Stille und Ruhe schlummert die Konterrevolution nicht, sondern rüstet zu neuen Kämpfen. Der Rücktritt Svinhufvuds und die Ernennung Mannerheims bedeuten den Verzicht auf innerpolitische „Reformen“, bedeuten den von England geplanten Feldzug gegen Petrograd über Finnland. Nun muss das aber die in Finnland heranreifende revolutionäre Krise unweigerlich noch verschärfen.

In der Ukraine enthüllen die Flucht Skoropadskis, die sich wie nach Noten abspielte, und die Anerkennung des Direktoriums Winnitschenko durch die Entente ein neues Bild neuer „Leistungen“ der Ententediplomatie. Offensichtlich zieht es Herrn Petljura, der gestern noch mit dem Säbel der „Selbständigkeit“ gerasselt hat, heute auf die Seite der ihm zu Hilfe

„kommenden“ Truppen der Entente, das heißt Krasnows und Denikins. Die aufständischen Truppen und die Sowjets sind zum Hauptfeind der Ukraine erklärt worden und zum Hauptfreund - der „willkommene Gast“, die Entente und ihre Freunde, die Weißgardisten Krasnows und Denikins, die schon das Donezbecken okkupiert haben. Herr Petljura, der die Ukraine schon einmal an die Deutschen verschachert hat, verschachert sie jetzt aufs neue an die englischen Imperialisten. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, dass die Arbeiter und Bauern der Ukraine sich diesen neuen Verrat Winnitschenkos-Petljuras merken werden. Die stündlich an Umfang zunehmende revolutionäre Bewegung in der Ukraine und der schon zu bemerkende Zersetzungsprozess in den Reihen der Petljuraarmee sind ein hinlänglich überzeugender Beweis dafür.

Die Dinge nehmen ihren Lauf...

*„Shisn Nazionalnostej“
(Das Leben der Nationalitäten) Nr. 7,
22. Dezember 1918.
Leitartikel.*

1919

BRIEF VON DER OSTFRONT AN W.I. LENIN^[49]

An den Vorsitzenden des Verteidigungsrats,
Genossen Lenin

Die Untersuchung hat begonnen. Über ihren Fortgang werden wir laufend berichten. Vorläufig halten wir es für nötig, Ihnen eine für die III. Armee höchst dringliche Angelegenheit vorzutragen. Es handelt sich darum, dass von der III. Armee (über 30000 Mann) nur ungefähr 11000 erschöpfte, schwer mitgenommene Soldaten übrig geblieben sind, die dem Druck des Gegners kaum standhalten. Die vom Oberbefehlshaber geschickten Truppen sind unzuverlässig, zum Teil sogar uns feindlich eingestellt und bedürfen einer ernstlichen Durchsichtung. Um die Reste der III. Armee zu retten und ein schnelles Vorrücken des Gegners nach Wjatka zu verhindern (nach allen vom Frontkommando und von der III. Armee eingegangenen Angaben ist diese Gefahr völlig real), ist es absolut notwendig, unverzüglich wenigstens drei völlig zuverlässige Regimenter aus Rußland herüberzuwerfen und dem Armeebefehlshaber zur Verfügung zu stellen. Wir bitten nachdrücklich, auf die entsprechenden militärischen Stellen in dieser Richtung einen Druck auszuüben. Wir wiederholen: Ohne eine solche Maßnahme droht Wjatka das Schicksal von Perm, das ist die allgemeine Meinung der zuständigen Genossen, der wir uns auf Grund aller uns vorliegenden Angaben anschließen.

5. Januar 1919, Wjatka
8 Uhr abends.

Stalin
F. Dzierzynski

*Zuerst veröffentlicht in der
„Prawda“ Nr. 309,
21. Dezember 1929.*

FAKSIMILE DES BRIEFES J.W. STALINS UND
F.E. DZIERZYŃKIES AN W.I. LENIN VOM
5. JANUAR 1919

Президенти Савда Оборони
М-иу Ленину.

Разсматривая дело. Офицеры разсматривают будущее
Совсемать понуждаю. Пока судимы вынужены задвигать
Нам об одной, не держимся отпора, мучимся
III-ей армии. Было в том, что от III-ей армии (было
30 тысяч) осталось лишь около 11 тысяч усталых, испре-
паченных солдат, все сформированных частей противника.
Принимаются малочисленные неадекватные, поэтому едва ли
справедливо к ним и к их командирам в серьезной борьбе
ураган. Для спасения остатков III-ей армии и предотвращения
их отпора продвижения противника от Вязьмы
(по всем сведениям, полученным от командного со-
става фронта III-ей армии, для спасения совер-
шенно решаемо) абсолютно необходимо срочно пере-
кинуть из России в настоящее время командарма
по крайней мере 3 совершенно надежных пол-
ка. Направление и место срывается в этом направ-
лении нашими на соответствующий военный
дел. Подтвердим: без такой меры Вязьма пере-
тает в руки немцев, такое общее мнение команд-
ира и всему руководству, к которому мы имеем
полное и неослабное верие и доверие и наши
уверения.

Сталин

5/1 1919. Вязьма
8 часов вечера.

Ф. Дзержинский

BERICHT AN W.I. LENIN

An Genossen Lenin

Ihre chiffrierte Depesche haben wir erhalten. Über die Ursachen der Katastrophe haben wir Ihnen an Hand der Untersuchungsergebnisse schon berichtet^[50]: Eine Armee, deren Truppen erschöpft sind, die keine Reserven und keine feste Leitung hat, die noch dazu eine Flankenstellung einnimmt und Gefahr läuft, vom Norden umgangen zu werden - eine solche Armee musste bei einem ernsten Druck überlegener frischer Kräfte des Gegners auseinander fallen. Unserer Meinung nach liegt das nicht nur an der Schwäche der Organe der III. Armee und des rückwärtigen Frontgebiets, sondern auch

1. am Obersten Stab und an den Militärkommissariaten der Gebiete, die offenkundig unzuverlässige Truppen aufstellen und an die Front schicken,
2. am Allrussischen Büro der Kommissare, das den im Hinterland aufgestellten Truppenteilen grüne Jungen zuteilt, aber keine Kommissare,
3. am Revolutionären Kriegsrat der Republik, der mit seinen so genannten Direktiven und Befehlen die Führung der Front und der Artseen desorganisiert. Ohne entsprechende Änderungen im militärischen Zentrum bestehen keine Garantien für den Erfolg an den Fronten.

Unsere Antwort auf die Fragen der Militärs.

1. Über die zwei Regimenter. Zwei Regimenter haben sich gefangen gegeben: das 1. sowjetische und ein Matrosenregiment aus Petrograd. Feindseligkeiten haben sie gegen uns nicht eröffnet. Feindseligkeiten eröffnete gegen uns das im Dorf Iljinskoje stehende 10. Kavallerieregiment der 10. Division, das vom Militärkommissariat des Uralgebiets aufgestellt worden war. Außerdem wurde einer Meuterei des 10. Pionierregiments vorgebeugt, das im Otschersker Werk stand und ebenfalls vom Militärkommissariat des Gebiets aufgestellt worden war. Die Ursache des Überlaufens zum Gegner sowie der Feindseligkeiten liegt im konterrevolutionären Geist der Regimenter, der daraus zu erklären ist, dass die alten Methoden der Aushebung und Formierung beibehalten wurden, ohne dass vorher eine Durchsiebung der zum Militärdienst Einberufenen stattfand, wobei in den Regimentern nicht die mindeste politische Arbeit geleistet wurde.

2. Motowilicha. Die Maschinen des Werkes und Teile aus der Elektroabteilung wurden unter Inventarisierung aller Teile rechtzeitig abmontiert und in Waggons verladen, aber nicht abtransportiert und auch nicht vernichtet. Die Verantwortung fällt auf das Zentralkollegium^[51], auf den Chef des Heerestransportwesens und auf den Revolutionären Kriegsrat der Armee, der eine unerhörte Fahrlässigkeit an den Tag gelegt hat. Fünf Sechstel der Arbeiter des Motowilicha-Werkes sind in Perm geblieben, ferner das gesamte technische Personal des Werkes und alle Rohstoffe. Allen vorliegenden Informationen zufolge kann das Werk in etwa anderthalb Monaten in Betrieb genommen werden. Die Gerüchte, wonach die Arbeiter des Motowilicha-Werkes am Vorabend des Falls von Perm in den Aufstand getreten wären, bestätigen sich nicht, es kam nur zu einer starken Gärung auf Grund von Verpflegungsmisständen.

3. Tiber die Sprengung der Brücke und der wertvollen Anlagen. Infolge der Fahrlässigkeit des Revolutionären Kriegsrats der Armee und der fehlenden Verbindung zwischen den zurückgehenden Truppen und dem Armeestab wurden die Brücke und anderes mehr nicht gesprengt. Einer Version zufolge konnte der Genosse, dem die Sprengung der Brücke oblag, seinen Auftrag nicht ausführen, weil er einige Minuten vor der Sprengung von Weißgardisten getötet wurde. Diese Version konnte vorläufig noch nicht überprüft werden, da die Brückenwache geflohen ist und eine ganze Reihe von „sowjetischen“ Funktionären sich „in unbekannter Richtung“ davongemacht hat.

4. Über die Reserven bei Perm. Die Reserve bestand aus einem nicht gefestigten und unzuverlässigen „sowjetischen Regiment“, das gleich, nachdem es an der Front eingetroffen war, zum Gegner überlief. Andere Reserven waren nicht vorhanden.

5. Die Verluste an Material und Menschen. Ein vollständiges Bild der Verluste lässt sich vorläufig nicht gewinnen, da eine Reihe von Dokumenten abhanden gekommen und eine ganze Reihe darin verwickelter „sowjetischer“ Spezialisten zum Gegner übergelaufen sind. Nach den vorliegenden spärlichen Angaben belaufen sich unsere Verluste auf: 297 Lokomotiven (darunter 86 schadhafte), ungefähr 3000 Waggons (sicherlich mehr), 900000 Pud Erdöl und Petroleum, einige hunderttausend Pud kaustische Soda, 2 Millionen Pud Salz, für 5 Millionen Rubel Medikamente, die Materiallager des Motowilicha-Werkes und der Permer Eisenbahnwerkstätten mit gewaltigen Werten, die Einrichtungen und Maschinen des Motowilicha-Werkes, die Schiffsmaschinen der Kamaflottille, 65 Waggons Leder, 150 Waggons Lebensmittel der Versorgungsabteilung der Armee, ein riesiges Lager der Bezirksverwaltung für Binnenschifffahrt mit Watte, Textilwaren, naphthenischem Rohöl und anderem mehr, 10 Waggons mit verwundeten Kämpfern, den Achsenpark der Eisenbahn mit großen Vorräten amerikanischer Achsen, 29 Geschütze, 10000 Granaten, 2000 Gewehre, acht Millionen Schuss Infanteriernmunition, über 8000 Tote, Verwundete und Vermisste in der Periode vom 22. bis zum 29. Dezember. Alle Eisenbahn- und fast alle Versorgungsspezialisten sind in Perm zurückgeblieben. Die Zählung der Verluste wird fortgesetzt.

6. Die jetzige Gefechtsstärke der Armee. Die dritte Armee besteht gegenwärtig aus zwei Divisionen (der 29. und 30.) mit 14000 Bajonetten, 3000 Säbeln, 323 Maschinengewehren, 78 Geschützen. Die Reserven bestehen aus einer aus Rußland hergesandten Brigade der 7. Division, die wegen ihrer Unzuverlässigkeit und der Notwendigkeit, sie ernsthaft durchzusieben, noch nicht eingesetzt wurde. Die von Wazetis versprochenen drei Regimenter sind noch nicht eingetroffen (und werden auch nicht eintreffen, da sie, wie sich herausstellt, gestern eine neue Marschorder nach Narwa erhalten haben)^[52]. Die Kampftruppen sind zerrüttet, erschöpft und halten sich nur mit Mühe an der Front.

7. Das System der Führung der 111. Armee. Nach außen hin scheint das System der Führung das übliche, „vorschriftsmäßige“ zu sein, in Wirklichkeit fehlt jede Ordnung, herrscht absolute Misswirtschaft, ist die Führung von ihrem Kampfabschnitt isoliert und sind die Divisionen faktisch autonom.

8. Genügen die getroffenen Maßnahmen, um den Rückzug zum Stehen zu bringen? Von den getroffenen Maßnahmen können als ernsthaft anerkannt werden: 1. dass die II. Armee in Richtung Kungur vorrückt, was zweifellos für die III. Armee eine große Unterstützung ist, und 2. dass dank den Anstrengungen Stalins und Dzierzynskis 900 völlig zuverlässige frische Kämpfer an die Front geschickt wurden, die in der Depressionsstimmung der III. Armee einen Umschwung herbeiführen sollen. In zwei Tagen schicken wir zwei Kavallerieschwadronen und das 62. Regiment der 3. Brigade (das schon durchgesehen ist) an die Front. In 10 Tagen wird noch ein Regiment folgen. Die Front der III. Armee weiß dies, sieht die Fürsorge des Hinterlands, und ihre Stimmung festigt sich. Kein Zweifel, dass die Lage jetzt besser ist als vor zwei Wochen. Stellenweise geht die Armee sogar zum Angriff über und nicht ohne Erfolg. Wenn der Gegner uns noch zwei Wochen Atempause lässt, das heißt, wenn er keine neuen frischen Kräfte an die Front wirft, kann man hoffen, dass sich die Lage im Abschnitt der III. Armee stabilisieren wird.

Jetzt sind wir mit der Liquidierung des nördlichen Umgehungsmanövers beschäftigt, das einige Abteilungen des Gegners entlang der Straße über Kaigorod nach Wjatka durchführen. Nach Wjatka sind wir unter anderem deshalb gekommen, um eine Abteilung Schiläufer nach Kaigorod zu schicken, was wir auch tun werden. Was die anderen Maßnahmen (Festigung des rückwärtigen Gebiets) anbelangt, so mobilisieren wir die Funktionäre, sowohl die unteren als auch die verantwortlicheren, schicken sie in die im rückwärtigen Gebiet stehenden

Truppenteile der Armee und säubern die Deputiertensowjets von Glasow und Wjatka. Aber die Ergebnisse dieser Arbeit werden sich natürlich nicht so bald auswirken.

Damit erschöpfen sich die getroffenen Maßnahmen. Sie dürfen auf keinen Fall als ausreichend angesehen werden, denn die ermüdeten Truppen der III. Armee können sich nicht lange halten, wenn sie nicht wenigstens teilweise abgelöst werden. Deswegen ist es notwendig, wenigstens zwei Regimenter hierher zuschicken. Nur in diesem Fall kann die Stabilität der Front als garantiert betrachtet werden. Außerdem ist es notwendig:

1. den Armeebefehlshaber zu wechseln,
2. drei tüchtige politische Funktionäre herzuschicken,
3. das Gebietskomitee, den Gebietsowjet und anderes mehr schnellstens aufzulösen, um die Mobilmachung der evakuierten Arbeiter zu beschleunigen.

J. Stalin

T. Dzierzynski

19. Januar 1919, Wjatka.

PS. In einigen Tagen fahren wir nach Glasow zurück, um die Untersuchung zu beenden.

*Zuerst veröffentlicht 1942 im
Leninski Sbornik (Lenin-Sammelband) XXXIV.*

REDE IN DER GEMEINSAMEN SITZUNG DER PARTEI- UND SOWJETORGANISATIONEN IN WJATKA

19. Januar 1919
(Protokollarische Niederschrift)

Was die allgemeine Lage betrifft, so muss man sagen, dass für die nächste Zeit eine gewisse Stabilität der Front gesichert ist und dass es gerade jetzt notwendig ist, ein Revolutionäres Militärkomitee im Gouvernement Wjatka zu schaffen. Wenn der Gegner vorrückt, werden ihm die konterrevolutionären Aufstände im Innern zu Hilfe kommen, gegen die nur eine aus wenigen Mitgliedern bestehende, bewegliche Organisation, wie sie das Revolutionäre Militärkomitee gerade sein soll, erfolgreich kämpfen kann.

Es ist notwendig, unverzüglich ein neues Zentrum zu organisieren, dem Vertreter folgender Stellen angehören sollen:

1. des Gouvernementsexekutivkomitees,
2. des Gebiets Sowjets,
3. des Gouvernementskomitees der Partei,
4. der Außerordentlichen Kommission,
5. des Militärkommissariats des Gebiets.

In den Händen des Revolutionären Militärkomitees von Wjatka sind alle Kräfte, alle Mittel zu konzentrieren; aber die laufende Arbeit der Sowjetorgane darf nicht eingestellt, sondern muss verstärkt werden.

Nach dem Vorbild des Gouvernementszentrums sind ebensolche Organe in den Landkreisen zu bilden.

Mit Hilfe eines solchen Netzes von revolutionären Komitees wird die Verbindung mit den einzelnen Orten hergestellt.

Und nur so werden wir zu einem neuen Angriff gerüstet sein. Genosse Stalin formuliert seinen Vorschlag:

Zur Festigung und Sicherung des Hinterlands und zur Zusammenfassung der Tätigkeit aller Sowjet- und Parteiorganisationen des Gouvernements Wjatka wird das Revolutionäre Militärkomitee von Wjatka geschaffen, dessen Beschlüssen, als Beschlüssen des höchsten Organs der Sowjetmacht im Gouvernement, sich die erwähnten Institutionen und Organisationen unterzuordnen haben.

*Zuerst veröffentlicht in der
„Gorkowskaja Kommuna“
(Gorki-Kommune) Nr. 290,
13. Dezember 1934.*

**BERICHT DER VOM ZK
DER PARTEI UND VOM VERTEIDIGUNGSRAT
EINGESETZTEN KOMMISSION AN GENOSSEN
LENIN ÜBER DIE URSACHEN DES FALLS
VON PERM IM DEZEMBER 1918**

DAS GESAMTBILD DER KATASTROPHE

Die Unvermeidlichkeit der Katastrophe trat schon Ende November zutage, als der Gegner eine rasende Offensive auf Kuschwa unternahm, nachdem er die dritte Armee von Nadeshdinski über Werchoturje, Barantschinski, Kyn, Irginski und Roshdestwenski bis ans linke Ufer der Kama halbkreisförmig umfasst und an seinem rechten Flügel eine verstärkte Tätigkeit vorgetäuscht hatte.

Die dritte Armee bestand zu diesem Zeitpunkt aus der 30. Division, der 5. Division, einer Sonderbrigade, einer Sonderabteilung und der 29. Division, insgesamt etwa 35000 Mann Infanterie und Kavallerie, 571 Maschinengewehre und 115 Geschütze (siehe „Stärkemeldung und Quartierliste“).

Die Moral und der Kampfgeist der Armee waren infolge der Erschöpfung der Truppen, die ohne Ablösung sechs Monate im Kampf gestanden hatten, in einer jämmerlichen Verfassung. Reserven waren überhaupt nicht vorhanden. Das rückwärtige Gebiet war völlig ungesichert (eine Reihe von Bahndammsprengungen im Rücken der Armee). Die Proviantzufuhr der Armee war dem Zufall überlassen und nicht sichergestellt (gerade in der schwierigsten Zeit des heftigen Ansturms gegen die 29. Division hatten sich die Truppen dieser Division fünf Tage und Nächte lang buchstäblich ohne Brot und andere Lebensmittel geschlagen).

Obwohl die dritte Armee eine Flankenstellung einnahm, war sie gegen eine Umgehung vom Norden nicht gesichert. (Man hatte nicht dafür gesorgt, dass am äußersten linken Flügel der Armee eine Sondergruppe zur Verhinderung einer Umgehung bereitgestellt wurde.) Was den äußersten rechten Flügel anbelangt, so war die benachbarte zweite Armee durch die verschwommene Direktive des Oberbefehlshabers (nach Einnahme von Ishewsk und Wotkinsk sei die zweite Armee nicht in den Kampf zu ziehen, da sie eine neue Verwendung erhalten werde) gefesselt und gezwungen, zehn Tage lang an einer Stelle zu verharren, so dass sie der dritten Armee im kritischsten Moment vor der Übergabe Kuschwas (Ende November) nicht durch einen Vorstoß ihrerseits zu Hilfe kommen konnte.

Also, sich selbst überlassen (im Süden) und gegen Umgehungsoperationen des Gegners nicht gesichert (im Norden), erschöpft und zerrüttet, ohne Reserven und ohne ein einigermaßen gesichertes rückwärtiges Gebiet, schlecht gepflegt (29. Division) und mit miserablen Schuhwerk (30. Division), bei 35 Grad Frost, auseinander gezogen über den gewaltigen Raum von Nadeshdinski bis zum linken Ufer der Kama südlich von Ossa (über 400 Werst), mit einem schwachen und wenig erfahrenen Armeestab, konnte die dritte Armee dem Ansturm der überlegenen frischen Kräfte des Gegners (fünf Divisionen), der noch dazu über ein erfahrenes Kommandeurkorps verfügt, natürlich nicht standhalten.

Am 30. November besetzt der Gegner die Station Wyja und vernichtet, nachdem er unseren linken Flügel vom Zentrum abgeschnitten hat, die 3. Brigade der 29. Division fast bis auf den letzten Mann (nur der Brigadekommandeur, der Stabschef und der Kommissar haben sich gerettet; der Panzerzug Nr. 9 ist in die Hände des Gegners gefallen). Am 1. Dezember besetzt der Gegner die Station Krutoi Log an der Strecke nach Lyswa und erbeutet unseren Panzerzug Nr. 2. Am 3. Dezember besetzt der Gegner das Kuschwa-Werk (Werchoturje und das ganze nördliche Gebiet, das vom Zentrum abgeschnitten ist, werden von unseren Truppen geräumt). Am 7. Dezember besetzt der Gegner Bisser. Am 9. Dezember Lyswa. Vom 12. bis zum 15.

Dezember die Stationen Tschussowskaja, Kalino, Seljanka, wobei das 1. sowjetische Marschbataillon zum Gegner übergeht. Am 20. Dezember besetzt der Gegner die Station Waleshnaja. Am 21. Dezember Gori, Mostowaja, wobei das 1. sowjetische Schützenregiment zum Gegner überläuft. Angesichts des allgemeinen Rückzugs unserer Truppen gelangt der Gegner bis vor Motowilicha. In der Nacht vom 24. zum 25. besetzt der Gegner kampflos Penn. Die so genannte artilleristische Verteidigung der Stadt erwies sich als ein sinnloses Unternehmen, das dem Gegner 29 Geschütze einbrachte.

So hat die Armee innerhalb von 20 Tagen bei ihrem ungeordneten Rückzug von Werchoturje bis Perm über 300 Werst zurückgelegt und in diesen Tagen 18000 Kämpfer, Dutzende von Geschützen, Hunderte von Maschinengewehren verloren. (Nach dem Fall von Perm bestand die dritte Armee nur noch aus zwei Divisionen mit 17000 Infanteristen und Kavalleristen - anstatt 35000, mit 323 Maschinengewehren - anstatt 571 und mit 78 Geschützen - anstatt 115. Siehe „Stärkemeldung und Quartierliste“.)

Strenggenommen war das kein Rückzug, noch weniger kann es als eine planmäßige Zurücknahme der Truppen auf neue Stellungen bezeichnet werden - es war eine regelrechte chaotische Flucht einer aufs Haupt geschlagenen und völlig demoralisierten Armee mit einem Stab, der unfähig war, die Lage zu übersehen und sich wenigstens irgendwie auf die unausbleibliche Katastrophe einzustellen, der unfähig war, rechtzeitig Maßnahmen zu treffen, um die Armee durch Zurücknahme auf beizeiten vorbereitete Stellungen zu retten, sei es auch um den Preis von Geländeverlust. Das Gejammer des Revolutionären Kriegsrats und des Stabs der dritten Armee, die Katastrophe sei „überraschend“ hereingebrochen, beweist nur, dass diese Stellen keine Fühlung mit der Armee hatten, dass ihnen jedes Verständnis für die verhängnisvollen Ereignisse bei Kuschwa und Lyswa abging und dass sie unfähig waren, die Armee zu führen.

Aus allen diesen Umständen erwuchs die beispiellose Kopflosigkeit und Misswirtschaft, die für die völlig ungeordnete Evakuierung einer Reihe von Städten und Ortschaften im Gebiet der dritten Armee, für das schimpfliche Versagen bei der Brückensprengung und der Vernichtung des zurückgelassenen Gutes sowie schließlich für den Schutz der Stadt und ihre so genannte artilleristische Verteidigung charakteristisch waren.

Trotz des Geredes über die Evakuierung, das schon im August begonnen hatte, wurde für die praktische Organisation der Evakuierung nichts oder fast nichts getan. Niemand, nicht eine einzige Organisation versuchte, das Zentralkollegium, das den Behörden hinderlich war und endlos über den Evakuierungsplan diskutierte, aber nichts, rein gar nichts für die Evakuierung tat (und nicht einmal Inventarlisten „seiner eigenen Frachten“ vorbereitete), zur Ordnung zu rufen.

Niemand, nicht eine einzige Stelle hatte versucht, eine wirkliche Kontrolle über die Uraler Eisenbahnverwaltung zu organisieren, die sich in der Bekämpfung der geschickt organisierten Sabotage der Eisenbahnangestellten als verdächtig unbeholfen erwies.

Die am 12. Dezember erfolgte Ernennung des Chefs des Heerestransportwesens Stogow zum Evakuierungschef brachte die Evakuierung um keinen Schritt vorwärts, denn trotz der feierlichen Versicherung Stogows, Perm schnellstens evakuieren zu wollen („ich hafte mit meinem Kopf - ich evakuere alles“), hatte er, wie sich herausstellte, weder einen Evakuierungsplan noch den Apparat zur Evakuierung, noch die militärischen Kräfte, um einzelne Institutionen und desorganisierte Truppenteile an dem Versuch einer ungeordneten, eigenmächtigen „Evakuierung“ (Wegnahme von Lokomotiven, Waggons und anderem mehr) zu hindern. Und hier die Ergebnisse: Es wurde aller möglicher Plunder, zerbrochene Stühle und anderes Gerümpel, evakuiert, während die fertigen Züge mit den Einrichtungen und Maschinen des Motowilicha-Werkes und der Kamaflotte, die Züge mit verwundeten Soldaten und die Vorräte an raren amerikanischen Achsen sowie hunderte unbeschädigte Lokomotiven und andere Werte nicht evakuiert wurden.

Das Gebietskomitee und der Gebietssowjet, der Revolutionäre Kriegsrat und der Armeestab mussten das alles wissen, aber offenbar haben sie sich in diese Dinge „nicht eingemischt“, denn die Untersuchung zeigt, dass diese Stellen die Tätigkeit der Evakuierungsorgane nicht systematisch überwachten.

Das Gerede des Armeestabs über die artilleristische Verteidigung von Perm, das schon im Oktober begonnen hatte, blieb eben Gerede, denn 26 Geschütze (plus drei nicht ganz intakte) wurden mit allen Gespannen ohne einen einzigen Schuss dem Gegner überlassen. Die Untersuchung zeigt folgendes: Wenn sich der Stab die Mühe gemacht hätte zu überprüfen, was der für die Aufstellung der Geschütze verantwortliche Brigadechef unternahm, dann hätte er gesehen, dass es sich bei dem ungeordneten Rückzug der Truppenteile und der allgemeinen Auflösung vor dem Fall von Perm (23. Dezember), als der Brigadechef entgegen dem Befehl die Aufstellung der Geschütze auf den 24. Dezember verschob (dieser Brigadechef lief am 24. Dezember zum Gegner über) - dass in dieser Lage nur von der Rettung der Geschütze selbst die Rede sein konnte, entweder durch ihre Fortschaffung oder wenigstens Unbrauchbarmachung, keinesfalls aber von einer artilleristischen Verteidigung. Nur aus der Fahrlässigkeit und Misswirtschaft des Stabs lässt sich erklären, dass weder das eine noch das andere getan wurde.

Dieselbe Misswirtschaft und mangelnde Umsicht zeigen sich in der Frage der Sprengung der Kamabrücke und der Vernichtung des in Perm zurückgelassenen Gutes. Die Brücke war einige Monate vor dem Fall von Perm unterminiert worden, aber die Unterminierung wurde von niemandem geprüft (niemand wagt zu behaupten, dass die Unterminierung am Tag vor der beabsichtigten Sprengung in voller Ordnung war). Die Sprengung selbst wurde einem „völlig zuverlässigen“ Genossen (Medwedew) übertragen, aber niemand wagt zu behaupten, dass die Brückenwache völlig zuverlässig war, dass sie (die Wachmannschaft) bis zur letzten Minute vor der beabsichtigten Sprengung bei Medwedew blieb, dass das Leben Medwedews gegen einen Anschlag weißgardistischer Agenten durch die Wache voll und ganz gesichert war. Deswegen kann nicht festgestellt werden:

1. ob Medwedew wirklich unmittelbar vor der Sprengung von weißgardistischen Agenten getötet wurde, als die Brückenwache „nach allen Seiten“ auseinander lief (so wird es von einigen angenommen),
2. ob Medwedew selbst geflohen ist, weil er die Brücke nicht sprengen wollte, oder
3. ob vielleicht Medwedew alles tat, was er konnte, um die Brücke zu sprengen, die Sprengung der Brücke jedoch wegen Beschädigung der Drähte und Unwirksamkeit der Minenfüllungen nicht gelang, möglicherweise, weil der Gegner die Brücke mit Artilleriefeuer belegte, möglicherweise aber auch schon vor dem Beschuss, wobei Medwedew von dem dann herangerückten Gegner getötet worden sein kann.

Weiter, der Revolutionäre Kriegsrat und der Armeestab hatten sich nicht die Mühe gemacht, irgendein Organ oder eine bestimmte Person eindeutig und ausdrücklich dafür verantwortlich zu machen, dass das nicht evakuierte Gut unbrauchbar gemacht wird. Nicht genug damit, die genannten Stellen hatten, wie sich zeigte, nicht einmal einen formellen (schriftlichen) Befehl, die zurückgelassenen Anlagen und Güter unbedingt zu sprengen oder unbrauchbar zu machen. Daraus erklärt sich auch, dass zum größten Teil weniger wertvolles Gut (zum Beispiel Waggons) durch Privatinitiative unbrauchbar gemacht (in Brand gesteckt) wurde, während äußerst wichtiges Gut (Textilwaren, Bekleidung und anderes mehr) unversehrt blieb, wobei einige verantwortliche Leute, „um eine Panik zu verhindern“, verboten hatten, das nicht evakuierte Gut in Brand zu stecken und zu sprengen (diese Leute sind nicht ausfindig gemacht worden).

Zu dem Bild des allgemeinen Zerfalls und der Zerrüttung der Armee und des rückwärtigen Gebiets, der Misswirtschaft und Verantwortungslosigkeit der Armee-, Partei- und Sowjetinstitutionen kommt noch das unerhörte, fast überall beobachtete Überlaufen einer ganzen Reihe verantwortlicher Funktionäre auf die Seite des Gegners. Der Leiter der

Verteidigungsanlagen Ingenieur Banin und alle seine Mitarbeiter, der Eisenbahningenieur Adrianowski und der gesamte Spezialistenstab der Eisenbahnverwaltung, der Leiter der Abteilung Heerestransportwesen Suchorski und seine Mitarbeiter, der Leiter der Abteilung für Mobilmachung beim Gebiets-Militärkommissariat Bukin und seine Mitarbeiter, der Kommandeur des Wachbataillons Ufimzew und der Chef der Artilleriebrigade Waljushenitsch, der Chef der Abteilung für Sonderformationen Eskin und der Kommandeur des Pionierbataillons mit seinem Gehilfen, die Kommandanten der Bahnhöfe Perm I und Perm II, die ganze Registraturabteilung der Versorgungsverwaltung der Armee und die Hälfte der Mitglieder des Zentralkollegiums - sie alle und viele andere sind in Perm zurückgeblieben und zum Gegner übergelaufen.

Das alles musste zwangsläufig die allgemeine Panik verstärken, die nicht nur die zurückgehenden Truppen erfasste, sondern auch das am Tage vor dem Fall von Perm gebildete Revolutionäre Komitee, das außerstande war, in der Stadt die revolutionäre Ordnung aufrechtzuerhalten, ferner das Militärkommissariat des Gouvernements, das die Verbindung mit den Stadtteilen verloren hatte. Infolgedessen sind zwei Kompanien des Wachbataillons in Penn geblieben, wo sie dann von den Weißen niedergemetzelt wurden, außerdem verloren wir ein Bataillon Schiläufer, das ebenfalls von den Weißen niedergemetzelt wurde. Die von Agenten der Weißen in verschiedenen Stadtteilen geschickt organisierte provokatorische Schießerei (am 23. und 24. Dezember) hat die allgemeine Panik noch verstärkt und verschlimmert.

*

DIE DRITTE ARMEE UND DIE RESERVEN

Die unmittelbare Ursache der Niederlage war die Erschöpfung der dritten Armee (ununterbrochene sechsmonatige Kämpfe ohne Ablösung) und das Fehlen auch nur einigermaßen zuverlässiger Reserven. Die dritte Armee, die wie ein dünnes Fädchen auf eine Strecke von 400 Werst auseinander gezogen und der Gefahr der Umgehung vom Norden ausgesetzt war, was sie noch mehr zwang, sich weiter nach Norden auszudehnen, bot dem Gegner das günstigste Objekt für einen Durchbruch an beliebiger Stelle. Das alles sowie das Fehlen von Reserven war dem Revolutionären Kriegsrat der Ostfront und dem der Republik schon im September bekannt (siehe in der „Anlage“ die Telegramme der verantwortlichen Funktionäre der dritten Armee mit der Forderung nach „Ablösung“, nach „Reserven“, mit der Erklärung, dass die Truppen der dritten Armee erschöpft sind, und anderem mehr), aber das Militärische Zentrum schickte entweder keine Reserven oder nur unverwendbare Grüppchen. Anfang Dezember, nach dem Verlust von Kuschwa, werden die Forderungen nach Ablösung und die Hinweise auf die Erschöpfung der Armee besonders häufig. Am 6. Dezember verlangt Laschewitsch (der Armeebefehlshaber) von der Ostfront Reserven, wobei er auf die Hoffnungslosigkeit der Lage verweist, aber Smilga (Ostfront) antwortet, dass „leider keine Verstärkungen kommen werden“. Am 11. Dezember erklärt Trifonow, Mitglied des Revolutionären Kriegsrats der dritten Armee, Smilga (Ostfront) in einem Gespräch über die direkte Leitung: „Höchst-wahrscheinlich werden wir in den nächsten Tagen gezwungen sein, Perm zu räumen. Zwei oder drei starke Regimenter werden genügen. Versuchen Sie, diese aus Wjatka oder aus dem nächstliegenden Punkt herauszuziehen.“ Die Antwort Smilgas (Ostfront) war: „Verstärkungen werden nicht kommen. Der Oberbefehlshaber hat jede Hilfe verweigert.“ (Siehe „Anlage“.) In der Zeit von August bis Dezember sind auf Befehl des Zentrums als Ersatz für die dritte Armee insgesamt 13153 Mann eingetroffen mit 3388 Gewehren, 134 Maschinengewehren, 22 Geschützen und 977 Pferden. Von diesem Ersatz hat sich das 1. Kronstädter Marineregiment (1248 Mann) gefangengegeben, das 11. Sonderbataillon der Marineinfanterie (834 Mann) ist auseinandergelaufen, die 5. Feldbatterie

der Festung Kronstadt ist wegen bestialischer Ermordung des Kommandeurs verhaftet worden, die Finnen und Esten (1214 Mann) sind nach dem Westen zurückbeordert worden. Was die vom Zentrum versprochenen 22 Kompanien Ersatz betrifft, so hat es dies Versprechen einfach nicht erfüllt, und die von ihm gleichfalls versprochene 3. Brigade der 7. Division (drei Regimenter) ist erst in den ersten Januartagen in Glasow eingetroffen, als Perm bereits gefallen war. Dabei brauchte man sich mit der Brigade nur bekannt zu machen, um zu sehen, dass sie mit der Roten Armee nichts gemein hatte (ausgesprochen konterrevolutionäre Stimmung, Erbitterung gegen die Sowjetmacht, Vorhandensein einer geschlossenen Gruppe von Kulakenelementen innerhalb der Brigade, Drohungen, „Wjatka auszuliefern“, und anderes mehr). Außerdem war die Brigade nicht kampfbereit (im Schießen nicht ausgebildet, der Tross war für den Sommer ausgestattet), die Kommandeure kannten ihre Regimenter nicht, die politische Arbeit war miserabel. Erst nachdem man die Brigade drei bis vier Wochen lang gesäubert und sorgfältig durchgesehen, sie durch verstärkte Eingliederung von Kommunisten als einfache Rotarmisten gefestigt und aufs intensivste politisch bearbeitet hatte, gelang es, sie Ende Januar zu einer kampffähigen Einheit zu machen (von den drei Regimentern, die die Brigade bilden, wurde das eine am 20. Januar an die Front geschickt, das andere kann nicht vor dem 30. Januar und das dritte nicht vor dem 10. Februar in Marsch gesetzt werden). Von denselben Mängeln im System unseres Ersatzwesens zeugt die Geschichte mit dem 10. Kavallerieregiment und dem 10. Pionierregiment, die im Otschersker Werk lagen (beide Regimenter wurden vom Militärkommissariat des Uralgebiets aufgestellt); das erste von ihnen fiel unseren Truppen in den Rücken, das zweite machte den gleichen Versuch, allerdings ohne Erfolg, da Vorbeugungsmaßnahmen getroffen worden waren.

Die Mängel im System des Ersatzwesens sind durch folgenden Umstand zu erklären. Bis Ende Mai galt für das Ersatzwesen der Roten Armee (wofür das Allrussische Kollegium für das Ersatzwesen zuständig war) der Grundsatz der Freiwilligkeit, wobei die Armee mit Arbeitern aufgefüllt wurde, ferner mit Bauern, die keine fremde Arbeitskraft ausbeuten (siehe „Ausweis“ und „Personalkarte“, ausgearbeitet vom All-russischen Kollegium für das Ersatzwesen). Nebenbei bemerkt ist die Standhaftigkeit der Formationen aus der Freiwilligenzeit möglicherweise gerade hiermit zu erklären. Nachdem Ende Mai das Allrussische Kollegium aufgelöst und das Ersatzwesen zur Obliegenheit des Allrussischen Obersten Stabs gemacht worden war, verschlechterte sich das Bild. Der Allrussische Oberste Stab übernahm gänzlich das System des Ersatzwesens der Zarenzeit, das heißt, er ließ alle Eingezogenen ohne Berücksichtigung der Vermögensunterschiede in der Roten Armee dienen; hierbei hat sich herausgestellt, dass die in der „Personalkarte“ des Allrussischen Kollegiums für das Ersatzwesen enthaltenen Rubriken betreffs der Vermögenslage der Mobilisierten aus der vom Allrussischen Obersten Stab ausgearbeiteten „Personal- und Registrierungskarte“ verschwunden sind (siehe die „Personal- und Registrierungskarte“ des Allrussischen Obersten Stabs). Zwar erließ der Rat der Volkskommissare am 12. Juni 1918 das erste Dekret über die Mobilmachung von Arbeitern und von Bauern, die keine fremde Arbeitskraft ausbeuten, doch wurde ihm offensichtlich weder in der Praxis des Allrussischen Obersten Stabs noch in dessen Anordnungen, noch in der „Personal- und Registrierungskarte“ Rechnung getragen. Hauptsächlich daraus erklärt sich auch, dass im Ergebnis der Arbeit unserer Institutionen für das Ersatzwesen nicht so sehr eine Rote Armee als vielmehr eine „Volksarmee“ entstand. Erst Mitte Januar, als die Kommission des Verteidigungsrats das Militärkommissariat des Uralgebiets unter Druck setzte und sich von ihm alle Materialien und Anordnungen des Obersten Stabs über das Formierungsverfahren vorlegen ließ - erst dann bequeme sich der Allrussische Oberste Stab, ernsthaft über das System des Ersatzwesens nachzudenken, worauf er allen Gebiets-Militärkommissariaten telegrafisch folgende Anordnung übermittelte: „Die 14., 15. und 16. Rubrik der Personal- und Registrierungskarte sind mit Angaben über die Parteizugehörigkeit auszufüllen, ferner damit, ob er (der zum Dienst Einberufene) fremde Arbeitskraft ausbeutet und ob er einen

allgemeinen Ausbildungslehrgang mitgemacht hat.“ (Diese telegrafische Anordnung des Obersten Stabs wurde am 18. Januar 1919 gegeben. Siehe „Anlage“.) Das geschah aber erst, nachdem 11 Divisionen bereits am 1. Dezember als aufgestellt galten und ein Teil von ihnen, der schon an die Front geschickt worden war, alle Anzeichen einer weißgardistischen Formation gezeigt hatte.

Die Fehler im System des Ersatzwesens wurden noch dadurch vertieft, dass das Gebiets-Militärkommissariat eine erstaunliche Nachlässigkeit bei der Versorgung der aufgestellten Truppen zeigte (miserable Verpflegung, miserable Bekleidung, Fehlen von Badegelegenheiten und anderes mehr. Siehe „Aussagen vor der Parteiuntersuchungskommission des Wjatkaer Komitees“) und dass Offiziere ohne jede Überprüfung massenhaft zu Kommandeuren ernannt wurden, die dann nicht selten Truppenteile auf die Seite des Gegners hinüberlockten.

Schließlich hatte der Oberste Stab keine Maßnahmen getroffen, damit die an einem Ort Eingezogenen zur Formierung an einen anderen Ort (in ein anderes Gebiet) geschickt wurden, wodurch die Massenfälle von Fahnenflucht bedeutend eingedämmt worden wären. Wir sprechen schon gar nicht von dem Fehlen einer auch nur einigermaßen befriedigend organisierten politischen Arbeit in der Truppe (Schwäche, Unfähigkeit des Allrussischen Büros der Kommissare).

Es ist vollkommen klar, dass derartige halbweißgardistische Reserven, soweit sie vom Zentrum geschickt wurden (unterwegs lief gewöhnlich schon die Hälfte von ihnen auseinander), für die dritte Armee keine wesentliche Hilfe sein konnten. Und dabei gingen die Erschöpfung und Zerrüttung der Truppen der dritten Armee beim Rückzug so weit, dass die Soldaten sich in ganzen Gruppen in den Schnee warfen und die Kommissare baten, ihnen den Gnadenschuss zu geben: „Wir können uns nicht mehr auf den Beinen halten, geschweige denn gehen, wir sind kaputt, macht Schluss mit uns, Genossen.“ (Siehe „Aussagen des Divisionskommissars Mratschkowski“.)

Schlussfolgerungen

Dem Krieg ohne Reserven muss ein Ende gemacht werden; es gilt, das System der ständigen Reserven in die Praxis einzuführen, denn ohne ständige Reserven ist nicht daran zu denken, die vorhandenen Stellungen zu halten oder Erfolge auszubauen. Ohne ständige Reserven ist eine Katastrophe unvermeidlich.

Aber Reserven können nur dann von Nutzen sein, wenn das alte System der Mobilmachung und des Ersatzwesens, das sich der Oberste Stab zu eigen gemacht hat, von Grund aus geändert und der Oberste Stab selbst in seiner Zusammensetzung erneuert wird.

Vor allem ist es notwendig, unter den Mobilisierten die Bemittelten (Unzuverlässigen) streng von den Minderbemittelten (den für den Rotarmistendienst einzig Tauglichen) zu scheiden.

Zweitens ist es notwendig, dass die an einem Ort Eingezogenen zur Formierung an einen anderen Ort geschickt werden, wobei der Abtransport an die Front nach der Regel vor sich gehen muss: „Je weiter vom heimatlichen Gouvernement, um so besser“ (Verzicht auf das Territorialprinzip).

Drittens ist es notwendig, auf die Aufstellung großer, ungefügter Verbände (Divisionen), die für die Verhältnisse des Bürgerkriegs untauglich sind, zu verzichten und die Brigade zur größten Kampfeinheit zu erklären.

Viertens ist es notwendig, die Gebiets-Militärkommissariate unter strenge und ständige Kontrolle zu nehmen (wobei sie zuvor erneuert werden müssen), denn diese Kommissariate rufen durch ihre verbrecherische Nachlässigkeit bei der Unterbringung, Verpflegung und Bekleidung der aufzustellenden Truppen unter den Rotarmisten Empörung (bestenfalls Massenfälle von Fahnenflucht) hervor.

Schließlich ist eine Erneuerung des Allrussischen Büros der Kommissare notwendig, das den Truppenteilen als „Kommissare“ grüne Jungen zuteilt, die absolut unfähig sind, eine auch nur einigermaßen befriedigende politische Arbeit zu organisieren.

Die Nichtbeachtung dieser Bedingungen führt dazu, dass unsere Institutionen für das Ersatzwesen nicht so sehr eine Rote Armee als vielmehr eine „Volksarmee“ an die Front schicken, wobei sich das Wort „Kommissar“ in ein Schimpfwort verwandelt hat.

Insbesondere ist es zur Erhaltung der Kampffähigkeit der dritten Armee absolut notwendig, sie unverzüglich mit Reserven von mindestens drei zuverlässigen Regimentern aufzufüllen.

*

DAS SYSTEM DER ARMEEFÜHRUNG UND DIE DIREKTIVEN DES ZENTRUMS

Der Revolutionäre Kriegsrat der dritten Armee besteht aus zwei Mitgliedern, von denen der eine (Laschewitsch) das Kommando führt; was den anderen (Trifonow) anbetrifft, so ist es einfach nicht gelungen, seine Funktionen oder seine Rolle zu klären: er überwacht nicht die Versorgung, überwacht nicht die Organe für die politische Erziehung der Armee und tut anscheinend überhaupt nichts. Faktisch gibt es gar keinen Revolutionären Kriegsrat.

Der Armeestab ist von seinem Kampfabschnitt isoliert, er hat keine speziellen Vertreter in den Divisionen und Brigaden, die ihn informieren und die genaue Ausführung der Befehle des Armeebefehlshabers durch die Divisions- und Brigadechefs überwachen, der Armeestab gibt sich mit den offiziellen (oft ungenauen) Berichten der Divisions- und Brigadechefs zufrieden, diese haben den Armeestab völlig in der Hand (die Divisions- und Brigadechefs fühlen sich als Feudalfürsten). Daraus erklärt sich, dass der Armeestab von seinem Kampfabschnitt isoliert ist (der Armeestab weiß nichts von der wirklichen Lage im Kampfabschnitt) und dass innerhalb der Armee keine Zentralisierung vorhanden ist (das ewige Gejammer des Armeestabs über die Schwäche an den Nahtstellen zwischen den Kampfeinheiten der Armee). Eine Zentralisierung gibt es weder innerhalb der Armee noch zwischen den Armeen an der Front (der Ostfront). Tatsache ist, dass in der Zeit vom 10. bis Ende November, als die dritte Armee im ungleichen Kampf mit dem Gegner ihr Blut vergoss, die zweite Armee, die an die dritte angrenzt, volle zwei Wochen lang auf der Stelle trat. Indessen ist es klar: Wenn die zweite Armee, die schon am 10. November von der Operation bei Ishewsk-Wotkinsk frei geworden war, vorgerückt wäre (und sie hätte ungehindert vorrücken können, denn damals stand ihr kein oder fast kein Gegner gegenüber), hätte der Gegner eine ernsthafte Operation gegen Perm nicht einmal beginnen können (da das rückwärtige Gebiet des Gegners von der zweiten Armee bedroht war), und die dritte Armee hätte damit Entsatz erhalten.

Die Untersuchung hat gezeigt, dass das Fehlen einer Koordinierung zwischen der zweiten und der dritten Armee dadurch hervorgerufen wurde, dass der Revolutionäre Kriegsrat der Republik von der Front isoliert ist und die Direktiven des Oberbefehlshabers nicht durchdacht sind.

Der von uns befragte Frontbefehlshaber Kamenew teilte aus diesem Anlass mit:

„Schon vor der Einnahme von Ishewsk und Wotkinsk, es war Anfang November, spätestens am 10., erhielten wir die Direktive, dass die zweite Armee nach Einnahme dieser Punkte an eine andere Front geworfen werden sollte, ohne dass angegeben wurde, wohin eigentlich. Nach einer solchen Direktive konnte die Armee nicht in genügendem Maße ausgenutzt, durfte sie nicht mehr in Feindberührung gebracht werden; es wäre sonst unmöglich gewesen, sie dann aus dem Gefecht herauszuziehen; die Lage war jedoch schwer, und die Armee beschränkte sich auf die Säuberung des Geländes von weißgardistischen Banden. Es bedurfte der Bemühungen Sternbergs und Sokolnikows und ihrer Fahrt nach Serpuchow, um diese Direktive rückgängig zu machen. Hierüber vergingen aber etwa zehn Tage. Somit verlor die

Armee zehn Tage und war gezwungen, auf der Stelle zu treten. Die dann erfolgte plötzliche Beorderung des Befehlshabers der II. Armee, Schorins, nach Serpuchow lähmte die zweite Armee, die sich mit der Persönlichkeit Schorins verbunden fühlt, und zwang sie, noch ungefähr fünf Tage auf der Stelle zu treten. Schorin wurde in Serpuchow von Kostjajew empfangen und gefragt, ob er dem Generalstab angehört habe, und als Kostjajew erfuhr, dass das nicht der Fall war, entließ er ihn, indem er erklärte, man hätte ihn zum Gehilfen des Befehlshabers der Südfront ernennen wollen, habe es sich ,aber anders überlegt“ (siehe „Mitteilungen des Befehlshabers der Ostfront“).

Überhaupt muss festgestellt werden, dass der Oberbefehlshaber bei der Erteilung von Direktiven unzulässig leichtsinnig ist. Nach einer Mitteilung Gusjews, des Mitglieds des Revolutionären Kriegsrats der Ostfront (26. Dezember), „hat die Ostfront vor kurzem innerhalb von fünf Tagen drei Telegramme erhalten: 1. Schwerpunkt Orenburg, 2. Schwerpunkt Jekaterinburg, 3. Helft der dritten Armee“ (siehe Gusjews Schreiben an das ZK der KPR). Wenn man berücksichtigt, dass die Ausführung einer jeden neuen Direktive eine bestimmte Zeitspanne erfordert, ist es nicht schwer zu verstehen, wie wenig ernst der Revolutionäre Kriegsrat der Republik und der Oberbefehlshaber ihre eigenen Direktiven nahmen.

Es muss bemerkt werden, dass das dritte Mitglied des Revolutionären Kriegsrats der Ostfront, Smilga, sich voll und ganz den Erklärungen der beiden übrigen Mitglieder desselben Revolutionären Kriegsrats, Kamenews und Gusjews, angeschlossen hat. (Siehe „Aussagen Smilgas“ vom 5. Januar.)

Schlussfolgerungen

Die Armee kann ohne einen starken Revolutionären Kriegsrat nicht auskommen. Der Revolutionäre Kriegsrat der Armee muss aus mindestens drei Mitgliedern bestehen, von denen der eine die Versorgungsorgane der Armee, der andere die Organe der politischen Erziehung der Armee überwacht und der dritte das Kommando führt. Nur so kann ein richtiges Funktionieren der Armee gesichert werden.

Der Armeestab darf sich nicht auf die offiziellen (nicht selten unrichtigen) Berichte der Divisions- und Brigadechefs beschränken, sondern muss seine eigenen Vertreter - Vertrauensleute - haben, die den Armeestab regelmäßig informieren und die exakte Ausführung der Befehle des Armeebefehlshabers genau überwachen. Nur so lässt sich die Verbindung des Stabs mit der Armee sichern, die faktische Autonomie der Divisionen und Brigaden liquidieren und eine wirkliche Zentralisierung der Armee zustande bringen.

Die Armee kann nicht als eine auf sich selbst gestellte, völlig autonome Einheit operieren, sie ist in ihren Operationen ganz und gar von den Nachbararmeen und vor allem von den Direktiven des Revolutionären Kriegsrats der Republik abhängig: die kampffähigste Armee kann unter sonst gleichen Bedingungen zusammenbrechen, wenn die Direktiven des Zentrums nicht richtig sind und kein wirklicher Kontakt mit den Nachbararmeen vorhanden ist. An den Fronten und vor allem an der Ostfront muss ein System hergestellt werden, das eine strenge Zentralisierung der Operationen der einzelnen Armeen gewährleistet, damit eine bestimmte, ernstlich durchdachte strategische Direktive verwirklicht wird. Die Willkür oder die Unüberlegtheit bei der Festlegung der Direktiven ohne ernstliche Berücksichtigung aller Momente und der hieraus entspringende schnelle Wechsel der Direktiven sowie die Unbestimmtheit der Direktiven selbst, wie es der Revolutionäre Kriegsrat der Republik zulässt, machen eine Führung der Armeen unmöglich, haben eine Vergeudung von Kräften und Zeit zur Folge und desorganisieren die Front. Der Revolutionäre Kriegsrat der Republik muss in eine nur aus wenigen Mitgliedern bestehende, mit den Fronten fest verbundene Gruppe, sagen wir, von fünf Personen, umgewandelt werden (zwei von ihnen sollten Spezialisten sein, der dritte die Zentralverwaltung für Versorgung überwachen, der vierte den

Obersten Stab, der fünfte das Allrussische Büro der Kommissare), die genügend Erfahrung besitzen, um bei der Führung der Armeen keine Willkür und keinen Leichtsinn zu dulden.

*

DIE UNGESICHERTE LAGE DES RÜCKWÄRTIGEN GEBIETS UND DIE TÄTIGKEIT DER PARTEI- UND SOWJETINSTITUTIONEN

Als Ergebnis der Untersuchung muss festgestellt werden, dass das rückwärtige Gebiet der dritten Armee vollständig zusammengebrochen ist. Die Armee musste an zwei Fronten kämpfen: mit dem Gegner, den sie immerhin sah und kannte, und mit der nicht zu fassenden Bevölkerung im rückwärtigen Gebiet, die unter der Führung weißgardistischer Agenten Sprenganschläge auf die Eisenbahn verübte und alle möglichen Hindernisse bereitete, so dass die Eisenbahn von einem speziellen Panzerzug im rückwärtigen Gebiet der Armee gesichert werden musste. Alle Partei- und Sowjetinstitutionen versichern einhellig, dass die Bevölkerung der Gouvernements Perm und Wjatka „durchweg konterrevolutionär“ sei. Das Gebietskomitee und der Gebietssowjet, ebenso auch das Gouvernementsexekutivkomitee und das Gouvernementskomitee von Perm beteuern, dass die Dörfer in dieser Gegend „durchweg Kulakendörfer“ seien. Auf unsere Bemerkung, dass es keine durchgängigen Kulakendörfer gibt, dass die Existenz von Kulaken ohne Ausgebeutete undenkbar ist, denn schließlich müssen die Kulaken doch irgendjemand ausbeuten, zuckte man in den erwähnten Institutionen die Achseln und weigerte sich, irgendeine andere Erklärung zu geben. Die weitere, gründlichere Untersuchung hat gezeigt, dass in den Deputiertensowjets unzuverlässige Leute sitzen, dass die Komitees der Dorfarmut sich in den Händen von Kulaken befinden, dass die Parteiorganisationen schwach, unzuverlässig und vom Zentrum isoliert sind, dass die Parteiarbeit vernachlässigt wird; dabei sind die örtlichen Funktionäre bemüht, die allgemeine Schwäche der Partei- und Sowjetinstitutionen durch eine verstärkte Arbeit der Außerordentlichen Kommissionen auszugleichen, die angesichts des allgemeinen Zerfalls der Partei- und Sowjetarbeit zu den einzigen Vertretern der Sowjetmacht in der Provinz geworden sind. Nur durch die jämmerliche Arbeit der Sowjet- und Parteiorganisationen, die nicht die geringste Anleitung vom ZEK (oder vom Volkskommissariat für innere Angelegenheiten) und vom ZK der Partei erhalten, kann die erstaunliche Tatsache erklärt werden, dass das revolutionäre Dekret über die außerordentliche Steuer^[53], das ins Dorf einen Keil treiben und die Dorfarmut für die Sowjetmacht aktivieren sollte - dass sich dieses Dekret in den Händen der Kulaken in eine sehr gefährliche Waffe für den Zusammenschluss des Dorfes gegen die Sowjetmacht verwandelt hat (auf Initiative der Kulaken, die in den Komitees der Dorfarmut sitzen, erfolgte die Steuerveranlagung gewöhnlich pro Kopf der Bevölkerung und nicht nach den Vermögensverhältnissen, was die Dorfarmut erbitterte und die Agitation der Kulaken gegen die Steuern und die Sowjetmacht erleichterte). Indessen bestätigen alle Funktionäre ohne Ausnahme, dass die „Missverständnisse“ mit der außerordentlichen Steuer eine der Hauptursachen, wenn nicht die einzige Hauptursache für die Konterrevolutionierung des Dorfes gewesen sind. Nichts lässt darauf schließen, dass das Volkskommissariat für innere Angelegenheiten oder das ZEK die laufende Arbeit der Sowjetorganisationen irgendwie leiten (charakteristisch ist, dass die Neuwahlen der Komitees der Dorfarmut in den Gouvernements Perm und Wjatka bis zum 26. Januar noch nicht begonnen hatten). Nichts lässt darauf schließen, dass das ZK die laufende Arbeit der Parteiorganisation irgendwie leitet. Während unseres ganzen Frontaufenthalts konnten wir nur ein einziges Dokument des ZK der Partei ausfindig machen, unterzeichnet von einer „Sekretärin“ namens Nowgorodzewa, und zwar über die Versetzung des Genossen

Korobowkin von Perm nach Pensa. (Diese Anordnung wurde wegen ihrer augenfälligen Einzweckmäßigkeit nicht ausgeführt.)

Alle diese Umstände haben dazu geführt, dass die Partei- und Sowjetinstitutionen ihrer Stütze im Dorf verlustig gingen, dass sie die Verbindung mit der Dorfarmut verloren und das Schwergewicht auf die Außerordentliche Kommission und auf Repressalien verlegten, unter denen das Dorf stöhnt. Die Außerordentlichen Kommissionen selbst jedoch sind, da ihre Tätigkeit nicht durch eine parallellaufende positive Agitations- und Aufbauarbeit der Partei- und Sowjetinstitutionen ergänzt wurde, zum Schaden des Prestiges der Sowjetmacht in eine ganz außergewöhnliche, isolierte Lage geraten. Eine sachkundig geleitete Partei- und Sowjetpresse hätte die Gebrechen unserer Institutionen rechtzeitig aufdecken können, aber die Permer und Wjatkaer Partei- und Sowjetpresse zeichnet sich weder durch sachkundige Gestaltung der Arbeit noch durch Verständnis für die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht aus (man findet darin nichts als hohle Phrasen über die „soziale Welt“revolution; die konkreten Aufgaben der Sowjetmacht im Dorf, die Neuwahlen der Deputiertensowjets der Amtsbezirke, die außerordentliche Steuer, die Ziele des Krieges gegen Koltshak und die übrigen Weißgardisten - an all diesen „prosaischen“ Themen geht die Presse stolz vorüber). Genügt nicht schon die Tatsache, dass von den 4766 Funktionären und Mitarbeitern der sowjetischen Institutionen der Stadt Wjatka 4467 die gleichen Posten unter dem Zarismus in der Semstwoverwaltung des Gouvernements innehatten, dass also die alten, zaristischen Semstwoinstitutionen kurzerhand in Sowjetinstitutionen umbenannt wurden (vergessen Sie nicht, dass diese „sowjetischen Funktionäre“ unser gesamtes Ledergebiet im Gouvernement Wjatka in der Hand haben). Diese erstaunliche Erscheinung wurde durch unsere Umfrage Mitte Januar aufgedeckt. Haben das Gebietskomitee und der Gebietsowjet, die Lokalzeitungen und die örtlichen Parteifunktionäre von dieser Erscheinung gewusst? Natürlich nicht. Haben das ZK der Partei, das ZEK oder das Volkskommissariat für innere Angelegenheiten davon gewusst? Natürlich nicht. Wie aber kann man vom Zentrum aus leiten, ohne jede Vorstellung von den schlimmsten Gebrechen nicht nur der Provinz überhaupt, sondern namentlich auch unserer Sowjetinstitutionen in der Provinz zu haben?

Schlussfolgerungen

Der wunde Punkt für unsere Armeen ist die ungefestigte Lage des rückwärtigen Gebiets, die hauptsächlich daraus zu erklären ist, dass die Parteiarbeit daniederliegt, dass die Deputiertensowjets es nicht verstehen, die Direktiven des Zentrums zu verwirklichen, dass die örtlichen Außer-ordentlichen Kommissionen sich in einer außergewöhnlichen Lage befinden (fast isoliert sind).

Zur Festigung des rückwärtigen Gebiets ist es notwendig:

1. den örtlichen Parteiorganisationen eine strenge regelmäßige Rechenschaftslegung vor dem ZK zur Pflicht zu machen; den örtlichen Parteiorganisationen regelmäßig Rundschreiben des ZK zugehen zu lassen; beim Zentralorgan eine Presseabteilung zur Anleitung der Parteipresse der Provinz zu organisieren; eine Schule für Parteifunktionäre (hauptsächlich aus den Reihen der Arbeiter) zu schaffen und für richtige Verteilung der Funktionäre zu sorgen. Mit alledem ist ein aus Mitgliedern des ZK zu bildendes Sekretariat des ZK der Partei zu beauftragen;
2. den Zuständigkeitsbereich zwischen dem ZEK und dem Volkskommissariat für innere Angelegenheiten in bezug auf die Leitung der laufenden Arbeit der Deputiertensowjets streng abzugrenzen, die Allrussische Außerordentliche Kommission mit dem Volkskommissariat für innere Angelegenheiten zu verschmelzen (In der Frage der Verschmelzung der Allrussischen Außerordentlichen Kommission mit dem Volkskommissariat für innere Angelegenheiten ist Genosse Dzierzynski abweichender Meinung.), dem Volkskommissariat für innere Angelegenheiten die Verpflichtung aufzuerlegen, die richtige und rechtzeitige Durchführung der Dekrete und Anordnungen der Zentralmacht durch die Deputiertensowjets zu überwachen; die

Deputiertensowjets der Gouvernements zu verpflichten, regelmäßig Rechenschaft vor dem Volkskommissariat für innere Angelegenheiten abzulegen; das Volkskommissariat für innere Angelegenheiten zu verpflichten, die Deputiertensowjets regelmäßig mit den notwendigen Anweisungen zu versehen; bei den „Iswestija WZIK“^[54] eine Presseabteilung zur Anleitung der Sowjetpresse in der Provinz zu organisieren;

3. beim Verteidigungsrat eine Kontroll- und Revisionskommission einzusetzen, die die „Mängel im Mechanismus“ der Volkskommissariate und der entsprechenden Abteilungen sowohl im Hinterland als auch an der Front zu untersuchen hat.

*

DIE VERSORGUNGS- UND EVAKUIERUNGSORGANE

Die Hauptkrankheit in der Versorgung ist der unglaubliche Wirrwarr der Versorgungsorgane und das Fehlen einer Koordinierung zwischen ihnen.

Die Armee und die Permer Bevölkerung wurden durch die folgenden Stellen mit Lebensmitteln versorgt: „Uralversorgung“, „Gouvernementsversorgung“, „Stadtversorgung“, „Kreisversorgung“ und „Versorgungsverwaltung der dritten Armee“. Dabei hinkte die Versorgung auf beiden Füßen, denn die Armee (die 29. Division) hungerte, die Bevölkerung von Perm und die Motowilichaer Arbeiter darbteten, da die Brotausgabe systematisch verringert wurde, bis es schließlich eine Hungerration war (1/4 Pfund).

Die Verworrenheit in der Versorgung der Armee, die damit zu erklären ist, dass die genannten Versorgungsstellen ihre Arbeit nicht koordinieren, wird dadurch vergrößert, dass das Volkskommissariat für Ernährungswesen den Verlust des Gouvernements Perm nicht berücksichtigt und seine Anweisungen für die dritte Armee auch heute noch auf das Gouvernement Perm und andere entfernte Gouvernements und nicht auf das Gouvernement Wjatka ausstellt. Auch muss bemerkt werden, dass das Volkskommissariat für Ernährungswesen den Getreidetransport an die Anlegestellen noch nicht in Angriff genommen und die Hauptverwaltung für Binnenschifffahrt noch nicht mit der Überholung der Dampfer begonnen hat, was für die Zukunft zweifellos zu erheblichen Versorgungskomplikationen zu führen droht.

Die Versorgung der Armee mit Waffen und Munition leidet noch mehr unter dem Wirrwarr der zuständigen Stellen und unter dem Amtsschimmel. Die „Zentralverwaltung für Versorgung“, die „Hauptverwaltung für Artillerie“, die „Außerordentliche Versorgungskommission“, die „Artillerieverversorgung der dritten Armee“ überschneiden einander immer wieder, wodurch sie eine so lebenswichtige Sache wie die Versorgung hemmen und zugrunde richten. Zur Charakterisierung scheint es uns nicht überflüssig, Auszüge aus einem Telegramm des Befehlshabers der III. Armee an den Frontbefehlshaber (Abschrift an Trotzki), aufgegeben am 17. Dezember 1918, vor dein Fall von Perm, anzuführen:

„Im Telegramm Nr. 3249 teilte der Chef der Heeresversorgung der Ostfront mit, dass das Gebiet Jaroslawl Auftrag zur Auslieferung von sechstausend japanischen Gewehren erhalten habe, wobei, wie es im Telegramm Nr.493 des Stabschefs des Kriegsrats der Republik, Kostjajew, heißt, der Oberbefehlshaber diesen Auftrag bestätigt habe. Vor einem Monat wurde vom Stab der III. Armee ein Abnehmer für die erwähnten Gewehre abkommandiert. Nach seiner Ankunft bei der Gebietsverwaltung für Artillerie in Jaroslawl telegrafierte der Abnehmer, dass man dort von einer Anweisung nichts wisse, da keine Verfügung der Hauptverwaltung für Artillerie vorliege. Der Abnehmer begab sich darauf nach Moskau zur Hauptverwaltung für Artillerie und telegrafierte von dort aus, ohne Genehmigung des Oberbefehlshabers würden keine Gewehre ausgegeben. Gestern erhielten wir ein Telegramm des Abnehmers, dass die Hauptverwaltung für Artillerie die Ausgabe der Gewehre

kategorisch verweigert habe, worauf er zurückkam. Im Telegramm Nr.208 teilte der Chef der Heeresversorgung des Revolutionären Kriegsrats mit, dass die Anweisung gegeben worden sei, der Armee sechstausend Gewehre aus den Beständen der II. Armee zu überlassen, und der Befehlshaber der II. Armee forderte im Telegramm Nr. 1560, dass dringend ein Abnehmer für die Gewehre nach Ishewsk geschickt werde. Der Abnehmer wurde geschickt, aber in Ishewsk wurden ihm keine Gewehre ausgehändigt, wobei man sich darauf berief, keine Anweisung erhalten zu haben. Im Telegramm Nr. 6542 bat der Befehlshaber der II. Armee und im Telegramm Nr. 6541 der Chef der Heeresversorgung der Ostfront, dem Ishewsker Werk einen Lieferungsantrag für die erwähnten Gewehre zugehen zu lassen. Bis zum 16. hat das Werk keinen Lieferungsantrag für die Gewehre erhalten, und nach Informationen des Abnehmers sollen am Montag alle Gewehre aus Ishewsk ins Zentrum abgehen. Auf diese Weise ist die Armee um zehntausend Gewehre gekommen, die sie laut den beiden Anweisungen erhalten sollte. Die Lage der Armee ist bekannt, Ersatz kann ohne die Gewehre nicht an die Front geschickt werden, ohne Ersatz aber schmilzt die Front dahin und zeitigt das Ihnen bekannte Resultat. Der Lieferungsantrag für Gewehre wurde der Jaroslawler Kreisverwaltung für Artillerie mit Zustimmung des Oberbefehlshabers gegeben, weswegen das Oberkommando der dritten Armee die Hauptverwaltung für Artillerie offiziell der Sabotage anklagt und auf Untersuchung dieser Angelegenheit besteht.“

Der im Telegramm dargestellte Sachverhalt wird vom Frontbefehlshaber Kamenew vollinhaltlich bestätigt. (Siehe „Mitteilungen des Frontbefehlshabers“.)

Dasselbe Durcheinander und derselbe Wirrwarr der Organe herrschten auf dem Gebiet der Evakuierung. Der Chef der Eisenbahnverwaltung zeigte sich völlig unfähig, die geschickt organisierte Sabotage der Eisenbahner einzudämmen. Die häufigen Eisenbahnunfälle und Stockungen sowie das rätselhafte Verschwinden für die Armee notwendiger Frachten kamen in den schwierigsten Minuten der Evakuierung für die Eisenbahnverwaltung wie Blitze aus heiterem Himmel, wobei sie keine ernstesten Maßnahmen zur Verhinderung des Übels unternahm oder zu unternehmen verstand. Das Zentralkollegium „arbeitete“, das heißt diskutierte, unternahm aber keine, absolut keine Maßnahmen zur planmäßigen Evakuierung der Frachten. Der Chef des Heerestransportwesens der dritten Armee, der gleichzeitig der Evakuierungschef ist, traf absolut keine Maßnahmen, um die wertvollsten Frachten (die Einrichtungen und Maschinen des Motowilicha-Werkes und anderes mehr) fortzuschaffen. Man hat allerlei Gerümpel abtransportiert, und ausnahmslos alle Organisationen haben sich in die Evakuierung eingemischt, wodurch sich der Prozess der Evakuierung selbst in ein Chaos, in ein Durcheinander verwandelt hat.

Schlussfolgerungen

Zur Verbesserung der Versorgung der Armee ist es notwendig:

1. den Wirrwarr der zentralen Versorgungsstellen der Armee (Zentralverwaltung für Versorgung, Außerordentliche Versorgungskommission, Hauptverwaltung für Artillerie, von denen jede nach ihrem Gutdünken Anordnungen gibt) zu beseitigen und sie in einer Stelle zusammenzufassen, die für die rechtzeitige Erledigung der Anweisungen strengstens verantwortlich ist;
2. die Versorgungsabteilung der Armee zu verpflichten, bei den Divisionen eiserne Proviantbestände für zwei Wochen zu halten;
3. das Volkskommissariat für Ernährungswesen zu verpflichten, die Anweisungen für die Armeen auf die den Armeen am nächsten liegenden Gouvernements und insbesondere die Anweisungen für die dritte Armee (dringend) auf das Gouvernement Wjatka auszustellen;
4. das Volkskommissariat für Ernährungswesen zu verpflichten, unverzüglich den Getreidetransport an die Anlegestellen in Angriff zu nehmen, und die Hauptverwaltung für Binnenschiffahrt, mit der Überholung der Dampfer zu beginnen.

Zur Regelung der Evakuierung ist es notwendig:

1. die örtlichen Zentralkollegien abzuschaffen;
2. beim Obersten Volkswirtschaftsrat ein einheitliches Evakuierungsorgan zu schaffen, das das Verfügungsrecht über das evakuierte Gut erhalten muss;
3. dieses Organ zu verpflichten, zur Evakuierung nötigenfalls besondere Beauftragte in das eine oder andere Gebiet zu schicken, wobei unbedingt Vertreter der Militärbehörde und der Eisenbahnverwaltung des betreffenden Gebiets heranzuziehen sind;
4. für die entsprechenden Eisenbahnverwaltungen und vor allem für die Eisenbahnverwaltung Ural (im Hinblick auf ihre unbefriedigende Zusammensetzung) verantwortliche Beauftragte des Volkskommissariats für Verkehrswesen zu ernennen, die fähig sind, die Eisenbahnspezialisten zu disziplinieren und die Sabotage der Eisenbahngestellten zu brechen;
5. das Volkskommissariat für Verkehrswesen zu verpflichten, unverzüglich daranzugehen, Lokomotiven und Waggons aus Gebieten, wo sie reichlich vorhanden sind, in die Getreidegebiete zu schicken und die schadhaften Lokomotiven zu reparieren.

*

DIE GESAMTVERLUSTE AN MATERIAL UND MENSCHEN

Es erscheint unmöglich, ein erschöpfendes Bild der Verluste zu rekonstruieren, da eine Reihe von Dokumenten „abhanden gekommen“ und eine ganze Reihe in die Angelegenheit verwickelter sowjetischer Funktionäre und Spezialisten zum Gegner übergelaufen ist. Nach vorliegenden Angaben haben wir verloren: 419000 Klafter Brennholz und 2383000 Pud Kohle, Anthrazit, Torf; an Erz und sonstigen Rohstoffen 66800000 Pud; an wichtigen Materialien und Erzeugnissen (Eisenbarren, Aluminium, Zinn, Zink und anderem mehr) 5 Millionen Pud; an Barren, Blöcken und Brammen aus Martin- und Bessemeröfen 6 Millionen Pud; an Eisen und Stahl (Profileisen, Dachblech, Draht, Schienen und anderem mehr) 8 Millionen Pud; an Kochsalz 4 Millionen Pud; an kaustischer und kalzinierter Soda 255000 Pud; an Erdöl und Petroleum 900000 Pud; an Medikamenten für 5 Millionen Rubel; die Materiallager des Motowilicha-Werkes und der Permer Eisenbahnwerkstätten; den Achsenpark der Eisenbahn mit großen Vorräten an amerikanischen Achsen; die Lager der Bezirksverwaltung für Binnenschifffahrt mit Watte, Textilwaren, naphthenischem Rohöl, Nägeln, Wagen und anderem mehr; 65 Waggons Leder; 150 Waggons Lebensmittel der Versorgungsabteilung der Armee; 297 Lokomotiven (davon 86 schadhafte); über 3000 Waggons; ungefähr 20000 Tote, Gefangene und Vermisste, 10 Waggons mit Verwundeten; 37 Geschütze, 250 Maschinengewehre, über 20000 Gewehre, über 10 Millionen Patronen, über 10000 Granaten.

Nicht eingerechnet haben wir das gesamte verlorene Eisenbahnnetz, die wertvollen Anlagen und anderes mehr.

*

MASSNAHMEN, DIE ZUR FESTIGUNG DER FRONT GETROFFEN WURDEN

Bis zum 15. Januar wurden 1200 zuverlässige Infanteristen und Kavalleristen an die Front geschickt, einen Tag später zwei Reiterschwadronen; am 20. wurde das 62. Regiment der 3. Brigade (nach vorheriger sorgfältiger Siebung) abgeschickt. Dank diesen Truppen konnte die Offensive des Gegners zum Stehen gebracht, in der III. Armee ein Stimmungsumschwung

erzielt und unsere bisher erfolgreiche Offensive auf Perm eingeleitet werden. Am 30. Januar wird das 63. Regiment derselben Brigade (nach einmonatiger Säuberung) an die Front gehen. Das 61. Regiment kann nicht vor dem 10. Februar geschickt werden (es bedarf einer besonders sorgfältigen Säuberung). Im Hinblick auf die Schwäche des äußersten linken Hügels, der gegen eine gegnerische Umgehung nicht gesichert ist, wurde das Schiläuferbataillon in Wjatka mit Freiwilligen (insgesamt 1000 Kämpfern) aufgefüllt, mit Schnellfeuerkanonen ausgerüstet und am 28. Januar aus Wjatka in Richtung Tscherdynj in Marsch gesetzt, damit es sich dem äußersten linken Flügel der dritten Armee anschließt. Zur Unterstützung der dritten Armee müssen noch drei zuverlässige Regimenter aus Rußland geschickt werden, um zu erreichen, dass die Lage der Armee wirklich stabilisiert und ihr die Entwicklung ihres Erfolges ermöglicht wird.

Im rückwärtigen Frontgebiet der Armee wird eine durchgreifende Säuberung der Sowjet- und Parteiinstitutionen durchgeführt. In Wjatka und in den Kreisstädten sind revolutionäre Komitees organisiert worden. Die Bildung starker revolutionärer Organisationen im Dorf hat begonnen und wird fortgesetzt. Die gesamte Partei- und Sowjetarbeit wird neu gestaltet. Die militärische Kontrollkörperschaft wurde gesäubert und umgebildet. Die Außerordentliche Kommission des Gouvernements wurde gesäubert und mit neuen Parteifunktionären aufgefüllt. Die Entlastung des Knotenpunkts Wjatka ist in die Wege geleitet. Es ist notwendig, erfahrene Parteifunktionäre herzuschicken und eine langwierige sozialistische Arbeit durchzuführen, damit das Hinterland der dritten Armee gründlich gefestigt wird.

Zum Schluss ihres Berichts hält die Kommission es für nötig, noch einmal zu unterstreichen, dass es unbedingt notwendig ist, beim Verteidigungsrat eine Kontroll- und Revisionskommission zur Untersuchung der so genannten „Mängel im Mechanismus“ der Volkskommissariate und ihrer Abteilungen im Hinterland und an der Front zu organisieren.

Um die Mängel in der Arbeit im Zentrum und draußen im Lande zu korrigieren, wendet die Sowjetmacht gewöhnlich die Methode an, die Funktionäre, die sich etwas haben zuschulden kommen lassen, zurechtzuweisen und sie zur Verantwortung zu ziehen. Die Kommission erkennt diese Methode als absolut notwendig und völlig zweckmäßig an, hält sie jedoch für ungenügend. Die Mängel in der Arbeit sind nicht nur aus dem Schlendrian, der Nachlässigkeit und dem Fehlen von Verantwortungsgefühl bei einem Teil der Funktionäre, sondern auch aus der Unerfahrenheit des anderen Teils der Funktionäre zu erklären. Die Kommission hat an Ort und Stelle eine ganze Reihe absolut ehrlicher, unermüdlicher, ergebener Funktionäre angetroffen, die jedoch infolge ihrer ungenügenden Erfahrungen eine Reihe von Fehlgriffen in ihrer Arbeit gemacht haben. Besäße die Sowjetmacht einen speziellen Apparat, der die beim Aufbau des sozialistischen Staates gewonnenen Erfahrungen sammelte und sie (die Erfahrungen) den schon vorhandenen jungen Funktionären übermittelte, die vor Eifer brennen, dem Proletariat zu helfen - so würde der Aufbau des sozialistischen Rußlands viel schneller und schmerzloser vor sich gehen. Solch ein Apparat muss die oben erwähnte Kontroll- und Revisionskommission beim Verteidigungsrat sein. Die Tätigkeit dieser Kommission könnte die der Disziplinierung der Funktionäre geltende Arbeit des Zentrums ergänzen.

Die Kommission:

J. Stalin
F. Dzierzynski

31. Januar 1919, Moskau.

*Zuerst veröffentlicht in der
„Prawda“ Nr. 16,
16. Januar 1935.*

DIE POLITIK DER REGIERUNG IN DER NATIONALEN FRAGE

Vor einem Jahr, noch vor der Oktoberrevolution, bot Rußland als Staat ein Bild des Zerfalls. Das alte „ausgedehnte Russische Reich“ und neben ihm eine ganze Reihe neuer kleiner „Staaten“, die nach verschiedenen Seiten strebten - das war das Bild.

Die Oktoberrevolution und der Brester Frieden haben den Zerfallsprozess nur vertieft und weiterentwickelt. Man redete nicht mehr von Rußland, sondern von Großrußland, wobei die in den Randgebieten aufgekommenen bürgerlichen Regierungen, von Feindschaft gegen die sozialistische Sowjetregierung im Zentrum erfüllt, dieser den Krieg erklärten.

Zweifellos bestanden daneben in den Randgebieten starke Bestrebungen der Arbeiter- und Bauernsowjets nach Einheit mit dem Zentrum. Aber diese Bestrebungen wurden von den entgegenwirkenden Tendenzen der ausländischen Imperialisten, die sich in die inneren Angelegenheiten einmischten, überwuchert und dann auch unterdrückt.

Die österreichischen und deutschen Imperialisten, die damals die Hauptrolle übernommen hatten, schlugen geschickt aus dem Zerfall des alten Rußlands Kapital; sie versorgten die Regierungen der Randgebiete reichlich mit allem, was diese für den Kampf gegen das Zentrum brauchten, okkupierten stellenweise die Randgebiete und trugen überhaupt zum endgültigen Zerfall Rußlands bei. Die Entente-Imperialisten, die hinter den Österreichern und Deutschen nicht zurückstehen wollten, beschritten denselben Weg.

Die Gegner der Partei der Bolschewiki wälzten die Schuld an dem Zerfall natürlich (natürlich!) auf die Sowjetmacht ab. Es lässt sich jedoch unschwer begreifen, dass die Sowjetmacht dem unvermeidlichen Prozess des zeitweiligen Zerfalls nicht entgegenwirken konnte und auch nicht wollte. Die Sowjetmacht war sich darüber im Klaren, dass die gewaltsame, von den imperialistischen Bajonetten aufrechterhaltene Einheit Rußlands mit dem Sturz des russischen Imperialismus unvermeidlich zerfallen musste: die Sowjetmacht konnte die Einheit nicht mit den Methoden des russischen Imperialismus aufrechterhalten, ohne Verrat an ihrer innersten Natur zu begehen. Die Sowjetmacht war sich bewusst, dass der Sozialismus nicht jede beliebige Einheit, sondern eine brüderliche Einheit braucht, dass eine solche Einheit nur als freiwilliges Bündnis der werktätigen Klassen der Nationalitäten Rußlands zustande kommen kann oder überhaupt nicht zustande kommt...

Die Zerschlagung des österreichisch-deutschen Imperialismus ließ ein neues Bild erstehen. Einerseits entstand in den Randgebieten, die alle Schrecken der Okkupation durchgemacht hatten, ein sehr starker Drang zum russischen Proletariat und zu seinen Formen des Staatsaufbaus, ein Drang, vor dem die separatistischen Anstrengungen der Regierungen in den Randgebieten versagen. Andererseits war es mit der äußeren bewaffneten Macht (dem österreichisch-deutschen Imperialismus), die die werktätigen Massen der okkupierten Gebiete daran gehindert hatte, ihr eigenes politisches Gesicht zu zeigen, nun vorbei. Der darauf beginnende mächtige revolutionäre Aufschwung in den okkupierten Gebieten und die Bildung einer Reihe nationaler Arbeiter- und Bauernrepubliken ließen keinen Zweifel über die politischen Bestrebungen der okkupierten Gebiete übrig. Auf das Ansuchen der nationalen Sowjetregierungen um ihre Anerkennung antwortete die Sowjetmacht Rußlands mit der bedingungslosen Anerkennung der völligen Unabhängigkeit der gebildeten Sowjetrepubliken. Damit folgte die Sowjetmacht ihrer alten, erprobten Politik, die jede Gewalt gegenüber den Nationalitäten ablehnt und die volle Freiheit für die Entwicklung der werktätigen Massen der Nationalitäten fordert. Die Sowjetmacht war sich darüber klar, dass es nur auf der Grundlage des gegenseitigen Vertrauens zu einem gegenseitigen Verstehen kommen kann, dass nur auf der Grundlage des gegenseitigen Verstehens ein festes, unzerstörbares Bündnis der Völker aufgebaut werden kann.

Die Gegner der Sowjetmacht verabsäumten es nicht, ihr noch einmal die Beschuldigung ins Gesicht zu schleudern, sie hätte einen „neuen Versuch“ unternommen, Rußland zu

zerstückeln. Als sie gemerkt hatten, dass sich die Randgebiete zum Zentrum hingezogen fühlen, proklamierten die reaktionärsten unter ihnen die „neue“ Losung der Wiederherstellung „Großrußlands“, natürlich mit Feuer und Schwert, durch den Sturz der Sowjetmacht. Die Krasnow und Denikin, die Koltshak und Tschaikowski, die gestern noch versucht hatten, Rußland in eine Reihe selbständiger Herde der Konterrevolution zu zerschlagen, huldigen heute plötzlich der „Idee“ eines „allrussischen Staates“. Die Agenten des englisch-französischen Kapitals, denen man politische Witterung nicht absprechen kann und die gestern noch auf den Zerfall Rußlands setzten, haben heute dem Spiel eine so jähe Wendung gegeben, dass sie gleich volle zwei „allrussische“ Regierungen (in Sibirien und im Süden) gebildet haben. All dies zeugt zweifellos davon, dass es die Randgebiete unüberwindlich zum Zentrum zieht, was heute die in- und ausländischen Konterrevolutionäre auszunutzen bemüht sind.

Es braucht auch nicht gesagt zu werden, dass die konterrevolutionären Gelüste der Wiederhersteller des „alten Rußlands“ (natürlich mit dem alten Regime) nach dem anderthalbjährigen revolutionären Wirken der werktätigen Massen der Nationalitäten Rußlands zum Scheitern verurteilt sind. Aber je utopischer die Pläne unserer Konterrevolutionäre sind, als desto realer erweist sich die Politik der Sowjetmacht, die sich voll und ganz auf das gegenseitige brüderliche Vertrauen der Völker Rußlands stützt. Mehr noch, diese Politik ist in der jetzigen internationalen Situation die einzig reale, die einzig revolutionäre Politik.

Ein beredtes Zeugnis hierfür ist zum Beispiel die letzte Deklaration des Sowjetkongresses der Bjelorussischen Republik^[55] über die Herstellung einer föderativen Verbindung mit der Russischen Sowjetrepublik. Es handelt sich darum, dass die Bjelorussische Sowjetrepublik, die vor kurzem als unabhängig anerkannt wurde, heute auf dem Kongress ihrer Sowjets freiwillig das Bündnis mit der Russischen Republik proklamiert. Der Sowjetkongress Bjelorußlands erklärt in seiner Deklaration vom 3. Februar, „dass nur ein freies, freiwilliges Bündnis der Werktätigen aller heute unabhängigen Sowjetrepubliken den Triumph der Arbeiter und Bauern in ihrem Kampf gegen die ganze übrige kapitalistische Welt sichern wird“.

„Freiwilliges Bündnis der Werktätigen aller unabhängigen Sowjetrepubliken“ ... Das ist gerade der Weg der Vereinigung der Völker, von dem die Sowjetmacht immer wieder gesprochen hat und der jetzt seine vortrefflichen Ergebnisse zeitigt.

Der Sowjetkongress Bjelorußlands hat außerdem beschlossen, sich mit der Litauischen Republik zu vereinigen, und hat eine föderative Verbindung beider Republiken mit der Russischen Sowjetrepublik für notwendig befunden. Der Telegraf brachte die Nachricht, dass die Sowjetregierung Litauens auf demselben Standpunkt steht, wobei, wie es sich zeigt, die Parteikonferenz der litauischen Kommunisten, der einflussreichsten aller Parteien Litauens, der Haltung der Sowjetregierung Litauens beipflichtet. Es besteht aller Grund zu der Hoffnung, dass der jetzt anberaumte Sowjetkongress Litauens^[56] denselben Weg beschreiten wird.

Das ist noch eine Bestätigung für die Richtigkeit der Politik der Sowjetmacht in der nationalen Frage.

So gelangen die Völker Rußlands vom Zerfall der alten imperialistischen Einheit über die unabhängigen Sowjetrepubliken zu einer neuen freiwilligen brüderlichen Einheit.

Dieser Weg ist zweifellos nicht gerade der leichteste, aber er ist der einzige Weg, der zu einem festen, unzerstörbaren sozialistischen Bündnis der werktätigen Massen der Nationalitäten Rußlands führt.

„Iswestija“ Nr. 30,
9. Februar 1919.
Unterschrift: J. Stalin.

AN DIE DEPUTIERTENSOWJETS UND DIE PARTEIORGANISATIONEN TURKESTANS

Mit der Befreiung der östlichen Randgebiete werden die Partei- und Sowjetfunktionäre vor die Aufgabe gestellt, die werktätigen Massen der Nationalitäten dieser Randgebiete in die allgemeine Arbeit am Aufbau des sozialistischen Staates einzubeziehen. Es gilt, das kulturelle Niveau der werktätigen Schichten zu heben, sie sozialistisch aufzuklären, eine Literatur in den Muttersprachen zu entwickeln, die dem Proletariat am nächsten stehenden einheimischen Kräfte in die Sowjetorganisationen einzubeziehen und sie für die Verwaltung des Landes zu gewinnen.

Nur dadurch kann die Sowjetmacht zu einer den Werktätigen Turkestans nahen und vertrauten Macht entwickelt werden.

Man muss in Betracht ziehen, dass Turkestan auf Grund seiner geographischen Lage eine Brücke bildet, die das sozialistische Rußland mit den unterdrückten Ländern des Orients verbindet, dass deshalb die Festigung der Sowjetmacht in Turkestan die größte revolutionierende Bedeutung für den gesamten Osten haben kann. Gerade deswegen gewinnt die oben erwähnte Aufgabe für Turkestan eine außerordentlich große Bedeutung.

Das Volkskommissariat für die Angelegenheiten der Nationalitäten erinnert an eine Reihe von Beschlüssen des Zentralkomitees der Partei, des Allrussischen ZEK der Sowjets und des Rates der Volkskommissare, die im Geiste des vorliegenden Rundschreibens gehalten sind, und bringt seine volle Überzeugung zum Ausdruck, dass die Partei- und Sowjetfunktionäre Turkestans und vor allem die nationalen Abteilungen der Deputiertensowjets es verstehen werden, die ihnen übertragene Aufgabe in Ehren zu erfüllen.

Mitglied des Büros des ZK der Partei,
Volkskommissar J. Stalin

Moskau,
12. Februar 1919.

*„Shisn Nazionalnostej“
(Das Leben der Nationalitäten) Nr. 7,
2. März 1919.*

ZWEI LAGER

Die Welt hat sich entschieden und unwiderruflich in zwei Lager gespalten: in das Lager des Imperialismus und in das Lager des Sozialismus.

Dort, in ihrem Lager, stehen Amerika und England, Frankreich und Japan mit ihren Kapitalien, Kriegsmaterialien, erprobten Agenten und erfahrenen Verwaltungsbeamten.

Hier, in unserem Lager, steht Sowjetrußland mit den jungen Sowjetrepubliken, unterstützt von der anschwellenden proletarischen Revolution in den Ländern Europas, aber ohne Kapitalien, ohne erprobte Agenten, ohne erfahrene Verwaltungsfunktionäre, dafür aber mit erfahrenen Agitatoren, die es verstehen, in den Herzen der Werktätigen das Feuer des Freiheitskampfes zu entzünden.

Um den Kampf dieser beiden Lager dreht sich das gesamte gegenwärtige Leben; er bildet den ganzen Inhalt der jetzigen Innen- und Außenpolitik aller maßgebenden Männer der alten und der neuen Welt.

Estland und Litauen, die Ukraine und die Krim, Turkestan und Sibirien, Polen und der Kaukasus, schließlich Rußland selbst sind nicht Selbstzweck, sondern nur der Schauplatz eines Kampfes auf Leben und Tod, des Kampfes zweier Mächte: des Imperialismus, der bestrebt ist, das Joch der Sklaverei zu festigen, und des Sozialismus, der für die Befreiung von der Sklaverei kämpft.

Die Stärke des Imperialismus besteht darin, dass er die Volksmassen, die ihre Herren bereichern und sich selbst die Ketten der Unterdrückung schmieden, in Finsternis hält. Aber die Finsternis der Massen ist nichts Bleibendes, sie hat die Tendenz, im Laufe der Zeit, mit dem Anwachsen der Unzufriedenheit der Massen, mit der Ausdehnung der revolutionären Bewegung unvermeidlich zu verschwinden. Die Kapitalien der Imperialisten ..., aber wem wäre nicht bekannt, dass die Kapitalien gegenüber dem Unvermeidlichen ohnmächtig sind? Gerade deswegen ist die Herrschaft des Imperialismus nicht von Dauer, nicht stabil.

Die Schwäche des Imperialismus besteht in seinem Unvermögen, mit dem Krieg ohne Katastrophe, ohne Verstärkung der Massenarbeitslosigkeit, ohne neue Ausplünderung seiner eigenen Arbeiter und Bauern, ohne neue Annexionen fremden Bodens Schluss zu machen. Es handelt sich nicht um die Beendigung des Krieges und nicht einmal um den Sieg über Deutschland, sondern darum, wem die Milliarden zählenden Kriegskosten aufgebürdet werden sollen. Rußland ist aus dem imperialistischen Krieg erneuert hervorgegangen, weil es mit dem Krieg auf Kosten der Imperialisten, der inneren wie der äußeren, Schluss gemacht, weil es die Kriegskosten den direkten Kriegsschuldigen auferlegt hat, und zwar durch Enteignung dieser letzteren. Die Imperialisten können nicht so verfahren, sie können sich nicht selbst enteignen, sonst wären sie keine Imperialisten. Um mit dem Krieg auf imperialistische Weise Schluss machen zu können, sind sie „gezwungen“, die Arbeiter zum Hunger zu verdammen (Massenarbeitslosigkeit infolge der Schließung „unrentabler“ Unternehmen, neue indirekte Steuern und rasendes Ansteigen der Lebensmittelpreise), sind sie „gezwungen“, Deutschland, Österreich-Ungarn, Rumänien, Bulgarien, die Ukraine, den Kaukasus, Turkestan, Sibirien auszuplündern.

Muss noch gesagt werden, dass dies alles die Basis der Revolution erweitert, die Grundpfeiler des Imperialismus erschüttert und die unvermeidliche Katastrophe beschleunigt?

Vor drei Monaten rasselte der Imperialismus siegestrunken mit dem Säbel und drohte, Rußland mit seinen Heerhaufen zu überschwemmen. Wie kann das „armselige“, „wilde“ Sowjetrußland der „disziplinierten“ Armee der Engländer und Franzosen, die „sogar“ die Deutschen mit ihrer viel gerühmten Technik geschlagen haben, standhalten? So dachten sie. Aber sie ließen eine „Kleinigkeit“ außer acht, sie berücksichtigten nicht, dass der Frieden, auch wenn er „schändlich“ ist, unvermeidlich die „Disziplin“ des Heeres untergräbt und ihm Abscheu gegen einen neuen Krieg einflößt, die Arbeitslosigkeit und die Verteuerung

der Lebenshaltung aber unvermeidlich die revolutionäre Bewegung der Arbeiter gegen ihre Imperialisten verstärken.

Und was geschah? Die „disziplinierte“ Armee erwies sich für die Intervention als untauglich: sie wurde von einer unvermeidlichen Krankheit, der Zersetzung, befallen. Der hochgepriesene „Burgfrieden“ und die „Ordnung“ haben sich in ihr Gegenteil, in den Bürgerkrieg, verwandelt. Die in aller Hast zusammengestellten bürgerlichen „Regierungen“ in den Randgebieten Rußlands haben sich als Seifenblasen erwiesen, ungeeignet, eine Hülle für die Intervention abzugeben, mit der man natürlich (natürlich!) Ziele der „Humanität“ und der „Zivilisation“ verfolgt. Was aber Sowjetrußland betrifft, so hat man, weit davon entfernt, es mit dem kleinen Finger erledigen zu können, sogar einen kleinen Rückzieher für nötig befunden und es zu einer „Beratung“ auf die Prinzeninseln^[57] eingeladen, mussten doch die Erfolge der Roten Armee, das Aufkommen neuer, die Nachbarländer mit dem Geist der Revolution ansteckender nationaler Sowjetrepubliken, das Anwachsen der Revolution im Westen und die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten in den Ententeländern mehr als überzeugend wirken. Und mehr noch. Es ist sogar so weit gekommen, dass der „unversöhnliche“ Clemenceau, der gestern noch die Pässe zur Berner Konferenz^[58] verweigerte und sich anschickte, das „anarchische“ Rußland zu verschlingen, jetzt, von der Revolution etwas mitgenommen, es nicht verschmäht, die Dienste des ehrlichen „marxistischen“ Maklers, des alten Kautsky, in Anspruch zu nehmen und ihn zu Verhandlungen ... will sagen zu einer „Untersuchung“ nach Rußland zu schicken.

Nicht wahr:

„Wo blieb denn dein so trutzig Wort,
Deine stolze Kraft und dein Herrschermut?...“^[59]

Dieser ganze Wechsel vollzog sich in der kurzen Zeit von rund drei Monaten.

Wir haben allen Grund zu behaupten, dass die weitere Entwicklung in derselben Richtung verlaufen wird, denn man muss zugeben, dass im gegenwärtigen Augenblick „der Stürme und des Ungemachs“ Rußland das einzige Land ist, in dem das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben „normal“, ohne Streiks und ohne regierungsfeindliche Demonstrationen verläuft, und dass die Sowjetregierung die stabilste aller jetzt in Europa existierenden Regierungen ist, wobei die Kraft und das Gewicht Sowjetrußlands sowohl im Innern als auch außerhalb des Landes von Tag zu Tag im direkten Verhältnis zum Sinken der Kraft und des Gewichts der imperialistischen Regierungen wachsen.

Die Welt hat sich in zwei unversöhnliche Lager gespalten: in das Lager des Imperialismus und in das Lager des Sozialismus. Der verendende Imperialismus klammert sich an das letzte Mittel, an den „Völkerbund“, und bemüht sich, die Lage dadurch zu retten, dass er die Räuber aller Länder zu einem einheitlichen Bund vereinigt. Aber seine Anstrengungen sind vergeblich, denn die Verhältnisse und die Zeit arbeiten gegen ihn, sie arbeiten für den Sozialismus. Die Wogen der sozialistischen Revolution wachsen unaufhaltsam und branden an die Festungen des Imperialismus. Ihr Tosen hallt in den Ländern des unterdrückten Ostens wider. Dem Imperialismus beginnt der Boden unter den Füßen zu brennen. Der Imperialismus ist zum unvermeidlichen Untergang verurteilt.

*„Iswestija“ Nr. 41,
22. Februar 1919.
Unterschrift: J. Stalin.*

UNSERE AUFGABEN IM OSTEN

Mit dem Vorrücken der Roten Armee nach Osten erhebt sich vor uns, nachdem der Weg nach Turkestan frei ist, eine Reihe neuer Aufgaben.

Der Osten Rußlands besitzt weder die Gleichartigkeit der Bevölkerung, die in den zentralen Gouvernements das Werk des sozialistischen Aufbaus erleichtert hat, noch die kulturelle Reife der westlichen und der südlichen Randgebiete, die es ermöglicht hat, die Sowjetmacht schnell und schmerzlos in die entsprechenden nationalen Formen zu kleiden. Im Gegensatz zu diesen Randgebieten und den Zentralgebieten Rußlands stellen die östlichen Randgebiete - Tataren und Baschkiren, Kirgisen und Usbeken, Turkmenen und Tadshiken und schließlich eine ganze Reihe anderer ethnographischer Gebilde (rund 30 Millionen Einwohner) - eine überaus große Vielfalt von kulturell rückständigen Völkern dar, die entweder noch nicht über das Mittelalter hinausgekommen oder erst vor kurzem in die Sphäre der kapitalistischen Entwicklung eingetreten sind.

Dieser Umstand macht zweifellos die Aufgaben der Sowjetmacht im Osten komplizierter und etwas schwieriger.

Zu den Komplikationen rein innerer, aus der Lebensweise herrührender Art treten noch Komplikationen „historischer“ Art hinzu, die sozusagen von außen hineingetragen sind. Wir meinen die imperialistische Politik der zaristischen Regierung, die auf die Erdrosselung der Völker des Ostens gerichtet war, die Gier und Unersättlichkeit des russischen Kaufmanns, der sich als Herr der östlichen Randgebiete fühlte, und schließlich die jesuitische Politik des russischen Popen, der mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln bemüht war, die mohammedanischen Völkerschaften in den Schoß der rechtgläubigen Kirche zu ziehen - alles Umstände, die bei den östlichen Völkerschaften Misstrauen und Erbitterung gegenüber allem Russischen hervorgerufen haben.

Zwar haben der Triumph der proletarischen Revolution in Rußland und die Befreiungspolitik der Sowjetmacht gegenüber den unterdrückten Völkern ohne Zweifel die Atmosphäre der nationalen Feindschaft gereinigt und dem russischen Proletariat das Vertrauen und die Achtung der Völker des Ostens errungen. Mehr noch, mit vollem Grund kann behauptet werden, dass die Völker des Ostens, ihre bewussten Vertreter, in Rußland den Hort und das Banner ihrer Befreiung von den Ketten des Imperialismus zu sehen beginnen. Aber die kulturelle Beschränktheit und die Rückständigkeit in der Lebensweise, die nicht mit einem Schlag beseitigt werden können, machen sich beim Aufbau der Sowjetmacht im Osten dennoch bemerkbar (und werden sich noch bemerkbar machen).

Gerade diese Schwierigkeiten hat auch die Kommission zur Abfassung des Entwurfs eines Programms der KPR^[60] im Auge, wenn sie in dem Entwurf erklärt, dass in der Frage der nationalen Freiheit „die KPR den historisch-klassenmäßig bedingten Standpunkt einnimmt und berücksichtigt, auf welcher geschichtlichen Entwicklungsstufe die betreffende Nation steht: auf dem Wege vom Mittelalter zur bürgerlichen Demokratie oder von der bürgerlichen Demokratie zur Sowjetdemokratie“, und dass „das Proletariat derjenigen Nationen, die Unterdrückernationen waren, besondere Vorsicht und besondere Aufmerksamkeit gegenüber den Reminiszenzen nationaler Gefühle bei den werktätigen Massen der unterdrückten oder nichtvollberechtigten Nationen walten lassen muss“.

Unsere Aufgabe besteht darin:

1. mit allen Kräften das kulturelle Niveau der rückständigen Völker zu heben, ein umfassendes Netz von Schulen und Bildungsstätten zu organisieren und die Sowjetagitation in Wort und Schrift in der Sprache zu entwickeln, die der dort lebenden werktätigen Bevölkerung verständlich und vertraut ist;
2. die Massen der Werktätigen des Ostens in den Aufbau des Sowjetstaates einzubeziehen, ihnen auf jede mögliche Weise zu helfen, ihre eigenen Deputiertensowjets der Amtsbezirke,

Kreise usw. aus Leuten aufzubauen, die sich auf die Seite der Sowjetmacht gestellt haben und der einheimischen Bevölkerung nahe stehen;

3. alle und jegliche Beschränkungen, sowohl formale als auch faktische, zu beseitigen, die vom alten Regime ererbt oder in der Atmosphäre des Bürgerkriegs hinzugekommen sind und die Entwicklung einer maximalen Selbsttätigkeit der Völker des Ostens auf dem Wege zur Befreiung von den Überresten des Mittelalters und von dem schon zerschlagenen nationalen Joch hemmen.

Nur dadurch kann die Sowjetmacht zu einer den versklavten Völkern des unermesslichen Ostens nahen und vertrauten Macht entwickelt werden.

Nur dadurch kann eine Brücke zwischen der proletarischen Revolution des Westens und der antiimperialistischen Bewegung des Ostens geschlagen und so ein allumfassender Ring um den verendenden Imperialismus gelegt werden.

Eine Zitadelle der Sowjetmacht im Osten zu bauen, einen sozialistischen Leuchtturm in Kasan und Ufa, in Samarkand und Taschkent zu errichten, der den Weg zur Befreiung der gepeinigten Völker des Ostens erhellt - das ist die Aufgabe.

Wir zweifeln nicht daran, dass unsere aufopferungsvollen Partei- und Sowjetfunktionäre, die die ganze Last der proletarischen Revolution und des Krieges gegen den Imperialismus auf ihren Schultern getragen haben, es verstehen werden, auch diese ihnen von der Geschichte übertragene Aufgabe in Ehren zu erfüllen.

*„Prawda“ Nr. 748,
2. März 1919.
Unterschrift: J. Stalin.*

DAS ERGEBNIS VON ZWEI JAHREN

Februar-März 1917

Bürgerliche Revolution in Rußland. Eine Regierung Miljukow-Kerenski. Als herrschende Parteien in den Sowjets die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre. Von 400 bis 500 Mitgliedern des Petrograder Sowjets kaum 40 oder 50 Bolschewiki. Auf der ersten Konferenz der Deputiertensowjets Rußlands^[61] erhalten die Bolschewiki mit Mühe und Not 15 bis 20 Prozent der Stimmen. Die Partei der Bolschewiki ist in dieser Periode die schwächste aller sozialistischen Parteien Rußlands. Ihr Organ, die „Prawda“^[62], wird überall als „anarchistisch“ verleumdet. Ihre Redner, die zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg aufrufen, werden von Soldaten und Arbeitern von der Tribüne heruntergeholt. Die berühmten Thesen des Genossen Lenin über die Macht der Sowjets^[63] werden von den Deputiertensowjets abgelehnt. Die für die „Vaterlandsverteidigung“ eintretenden Parteien sozialpatriotischer Richtung, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, durchleben eine Periode des vollen Triumphes.

Indessen wirkt sich der nicht enden wollende imperialistische Krieg weiterhin todbringend aus, zersetzt die Industrie, zerstört die Landwirtschaft, zerrüttet das Ernährungswesen und den Verkehr und verschlingt Zehntausende und Hunderttausende neuer Opfer.

*

Februar-März 1913

Proletarische Revolution in Rußland. Die bürgerliche Regierung Kerenski-Konowalow ist gestürzt. Macht der Sowjets im Zentrum und draußen im Lande. Liquidierung des imperialistischen Krieges. Übereignung des Grund und Bodens an das Volk. Organisierung der Arbeiterkontrolle. Organisierung der Roten Garde. Missglückter Versuch der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, der Konstituierenden Versammlung in Petrograd die „ganze Macht“ zu übergeben. Auflösung der Konstituierenden Versammlung und Scheitern der bürgerlichen Restauration. Erfolge der Roten Garde im Süden, im Ural, in Sibirien. Die aufs Haupt geschlagenen Menschewiki und Sozialrevolutionäre verziehen sich in die Randgebiete, vereinigen sich dort mit den Konterrevolutionären, schließen ein Bündnis mit dem Imperialismus und erklären Sowjetrußland den Krieg.

In dieser Periode ist die Partei der Bolschewiki die stärkste und geschlossenste aller Parteien in Rußland. Schon auf dem II. Allrussischen Sowjetkongress im Oktober 1917 hat die Partei der Bolschewiki die absolute Stimmenmehrheit (65 bis 70 Prozent). In der Folgezeit verläuft die Entwicklung der Sowjets unentwegt zugunsten der Bolschewiki. Wir meinen nicht nur die Arbeitersowjets, in denen die Bolschewiki insgesamt 90 Prozent ausmachen, und nicht nur die Soldatensowjets, wo 60 bis 70 Prozent der Vertreter Bolschewiki sind, sondern auch die Bauernsowjets, in denen die Bolschewiki die Mehrheit erobert haben.

Aber die Partei der Bolschewiki ist in dieser Periode nicht nur die stärkste, sie ist auch die einzig sozialistische Partei in Rußland, denn die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die sich damals mit den Tschechoslowaken und Dutow, mit Krasnow und Alexejew, mit den österreichischen und deutschen, den englischen und französischen Imperialisten in trauer Gemeinschaft zusammenfanden, haben vollends jegliches moralische Gewicht unter den proletarischen Schichten Rußlands verloren.

Diese außerordentlich günstige Lage im Innern des Landes wird jedoch durch den Umstand geschwächt und paralysiert, dass Rußland noch keine äußeren Verbündeten hat, dass das sozialistische Rußland eine Insel darstellt, die vom Meer des kriegslüsteren Imperialismus umschlossen ist. Die erschöpften und wundenbedeckten Arbeiter Europas..., aber sie sind vom

Krieg in Anspruch genommen und haben keine Zeit, über die Frage der sozialistischen Ordnung in Rußland, über die Wege zur Rettung vor dem Krieg und dergleichen nachzudenken. Und was die „sozialistischen“ Parteien Europas betrifft, konnten denn sie, die ihren Degen an die Imperialisten verkauft haben, etwas anderes tun, als die Bolschewiki zu verlästern, diese „Unruhestifter“, die die Arbeiter mit ihren „teuer zu stehen kommenden“, „gefährlichen Experimenten“ „verhetzen“?

Es ist darum kein Wunder, dass sich in dieser Periode in der Partei der Bolschewiki die Tendenz besonders verstärkt, die Basis der proletarischen Revolution zu erweitern, die Arbeiter des Westens (und auch des Ostens) in die revolutionäre Bewegung gegen den Imperialismus hineinzuziehen und dauernde Verbindungen mit den revolutionären Arbeitern aller Länder anzubahnen.

*

Februar-März 1919

Weitere Festigung der Sowjetmacht in Rußland. Erweiterung ihrer Territorien. Organisierung der Roten Armee. Erfolge der Roten Armee im Süden, Norden, Westen, Osten. Entstehung von Sowjetrepubliken in Estland, Lettland, Litauen, Bjelorußland, in der Ukraine. Zerschlagung des österreichischen und des deutschen Imperialismus und proletarische Revolution in Deutschland, in Österreich, in Ungarn. Regierung Scheidemann-Ebert und deutsche Nationalversammlung. Räterepublik in Bayern. Politische Streiks in ganz Deutschland unter der Losung „Alle Macht den Räten“, „Nieder mit Ebert und Scheidemann!“ Streiks und Arbeiterräte in England, Frankreich, Italien. Zersetzung der alten Armee in den Ententeländern und Entstehung von Soldaten- und Matrosenräten. Das Sowjetsystem wird zur Universalform der proletarischen Diktatur. Verstärkung der linken, kommunistischen Elemente in den Ländern Europas und Entstehung kommunistischer Parteien in Deutschland, Österreich, Ungarn, der Schweiz. Verbindung zwischen ihnen und Koordinierung der Aktionen. Zerfall der 11. Internationale. Internationale Konferenz revolutionärer sozialistischer Parteien in Moskau^[64] und Gründung eines gemeinsamen Kampforgans der kämpfenden Arbeiter aller Länder, der III., der Kommunistischen Internationale. Ende der Isoliertheit der proletarischen Revolution in Rußland: Rußland hat jetzt Verbündete. Der imperialistische „Völkerbund“ in Paris und die ihm helfende sozialpatriotische Konferenz in Bern, die bemüht sind, die europäischen Arbeiter vor der „bolschewistischen Seuche“ zu bewahren, erreichen ihr Ziel nicht: Sowjetrußland musste unvermeidlich zum Bannerträger der proletarischen Weltrevolution, zum Mittelpunkt für die Konzentration der fortgeschrittenen revolutionären Kräfte des Westens und des Ostens werden und wurde es auch wirklich. Der Bolschewismus verwandelt sich aus einem „rein russischen Erzeugnis“ in eine achtunggebietende internationale Macht, die die Grundfesten des Weltimperialismus erschüttert.

Das geben jetzt sogar die Menschewiki zu, die, nachdem sie die Konstituante „aufgegeben“ und ihre „Armee“ verloren haben, nach und nach ins Lager der Sowjetrepublik herüberwechseln.

Das leugnen jetzt nicht einmal die rechten Sozialrevolutionäre, die, nachdem sie die Konstituante an die Koltschak und Dutow verspielt haben, gezwungen sind, sich in das Land der Sowjets zu retten.

*

Zusammenfassung

Die Erfahrung des zweijährigen Kampfes des Proletariats hat voll und ganz bestätigt, was die Bolschewiki vorausgesehen haben: den Zusammenbruch des Imperialismus und die Unvermeidlichkeit der proletarischen Weltrevolution, die Fäulnis der rechts „sozialistischen“ Parteien und die Zersetzung der II. Internationale, die internationale Bedeutung des Sowjetsystems und das konterrevolutionäre Wesen der Losung von der Konstituierenden Versammlung, die Weltbedeutung des Bolschewismus und die Unvermeidlichkeit der Schaffung einer III., kämpferischen Internationale.

*„Shisn Nazionalnostej“
(Das Leben der Nationalitäten) Nr. 8,
9. März 1919.
Unterschrift: J. Stalin.*

DIE RESERVEN DES IMPERIALISMUS

Der Krieg zwischen Imperialismus und Sozialismus geht weiter. Der nationale „Liberalismus“ und die „Inschutznahme“ der „kleinen“ Völker, die „Friedensliebe“ der Entente und der „Verzicht“ auf die Intervention, die Forderung nach „Abrüstung“ und die „Bereitschaft“ zu Verhandlungen, die „Sorgen“ um das „russische Volk“ und der „Wunsch“, ihm mit allen „zu Gebote stehenden Mitteln“ „zu helfen“ - all das und viel Ähnliches dient nur als Deckmantel, der den verstärkten Nachschub von Tanks und Munition für die Feinde des Sozialismus verbirgt, ist nur der übliche diplomatische Kunstgriff, dazu bestimmt, die „Suche“ nach neuen, für die „öffentliche Meinung“ „annehmbaren“ Formen der Erdrosselung des Sozialismus, der Erdrosselung der „kleinen“ Völker, der Kolonien und Halbkolonien vor der Welt zu verhehlen.

Vor vier Monaten setzte der alliierte Imperialismus nach dem Sieg über seine österreichischen und deutschen Rivalen mit aller Schärfe und Bestimmtheit die bewaffnete Einmischung (Intervention!) in die „russischen Angelegenheiten“ auf die Tagesordnung. Keine Verhandlungen mit dem „anarchischen“ Rußland! Einen Teil der „frei gewordenen“ Truppen auf das Territorium Rußlands zu werfen, sie in die weißgardistischen Truppen der Skoropadski und Krasnow, der Denikin und Bitscherachow, der Koltschak und Tschaikowski einzureihen und den Herd der Revolution, Sowjetrußland, in einem „eisernen Ring“ zu erdrücken - das war der Plan der Imperialisten. Aber dieser Plan zerschellte an den Wogen der Revolution. Von der revolutionären Bewegung erfaßt, eröffneten die Arbeiter Europas eine erbitterte Kampagne gegen die bewaffnete Einmischung. Wie sich zeigte, waren die „frei gewordenen Truppen“ für einen bewaffneten Kampf gegen die Revolution offensichtlich nicht zu gebrauchen. Mehr noch, durch die Berührung mit den aufständischen Arbeitern wurden sie selbst vorn Bolschewismus „angesteckt“. Die Einnahme Chersons und Nikolajews durch die Sowjettruppen - dort weigerten sich die Ententetruppen, gegen die Arbeiter Krieg zu führen - ist ein besonders beredtes Zeugnis hierfür. Was den geplanten „eisernen Ring“ anbelangt, so war er keineswegs „tödlich“, sondern erhielt vielmehr eine Anzahl Risse. Der Plan der direkten, unverhüllten Intervention erwies sich also offensichtlich als „unzweckmäßig“. Damit erklären sich eigentlich auch die letzten Äußerungen Lloyd Georges und Wilsons über die „Zulässigkeit“ von Verhandlungen mit den Bolschewiki und die „Nichteinmischung“ in die inneren Angelegenheiten Rußlands, die Entsendung der Berner Kommission^[65] nach Rußland und schließlich die geplante (wiederholte!) Einladung aller „faktischen“ Regierungen in Rußland zu einer „Friedens“konferenz^[66].

Aber der Verzicht auf die unverhüllte Intervention wurde nicht nur von diesem Umstand diktiert. Er erklärt sich ferner daraus, dass im Verlauf des Kampfes eine neue Kombination, eine neue, verhüllte Form der bewaffneten Einmischung angebahnt wurde, die zwar komplizierter als die offene Einmischung, dafür aber für die „zivilisierte“ und „humane“ Entente „bequemer“ ist. Wir meinen das vom Imperialismus in aller Hast zusammengezimmerte Bündnis der bürgerlichen Regierungen Rumäniens, Galiziens, Polens, Deutschlands, Finnlands gegen Sowjetrußland. Zwar lagen sich diese Regierungen gestern noch wegen der „nationalen“ Interessen und der nationalen „Freiheit“ in den Haaren. Zwar schrie man gestern noch an allen Straßenecken von einem „vaterländischen Krieg“ Rumäniens gegen Galizien, Galiziens gegen Polen, Polens gegen Deutschland. Aber was bedeutet schon das „Vaterland“ gegen den Geldsack der Entente, die den Befehl gegeben hat, den „Bruderzwist“ einzustellen. Die Entente hat befohlen, eine Einheitsfront gegen Sowjetrußland zu bilden - mussten sie, die Söldlinge des Imperialismus, da nicht „strammstehen“. Sogar die von der Entente bespiene und in den Schmutz getretene deutsche Regierung, sogar sie hat das elementare Gefühl der eigenen Würde verloren und sich das Recht erbettelt, an dem Kreuzzug gegen den Sozialismus im Interesse ... derselben Entente teilnehmen zu dürfen! Ist es denn nicht klar, dass die Entente allen Grund hat, sich die Hände

zu reiben, während sie über die „Nichteinmischung“ in die russischen Angelegenheiten und über die „friedlichen“ Verhandlungen mit den Bolschewiki große Worte macht? Wozu die für den Imperialismus „gefährliche“ offene Intervention, die dazu noch große Opfer erfordert, wenn die Möglichkeit besteht, eine mit der nationalen Flagge verhüllte und „völlig ungefährliche“ Intervention auf fremde Kosten, auf Kosten der „kleinen“ Völker zu organisieren? Krieg Rumäniens und Galiziens, Polens und Deutschlands gegen Rußland? Aber das ist doch ein Krieg um die „nationale Existenz“, um den „Schutz der Ostgrenze“ gegen den bolschewistischen „Imperialismus“, ein Krieg, der von den Rumänen und Galiziern, den Polen und Deutschen „selbst“ geführt wird - was hat denn die Entente hiermit zu tun? Sie werden allerdings von ihr mit Geld und Waffen versorgt, aber das ist doch ein einfaches Finanzgeschäft, wie es durch das Völkerrecht der „zivilisierten“ Welt geheiligt wird. Ist es denn nicht klar, dass die Entente rein wie eine Taube dasteht, dass sie „gegen“ die Intervention ist?...

So ist der Imperialismus gezwungen, von der Politik des Säbelrasselns, der Politik der offenen Intervention überzugehen zur Politik der verhüllten Intervention, zur Politik der Einbeziehung der kleinen und großen abhängigen Nationen in den Kampf gegen den Sozialismus.

Die Politik der offenen Intervention hat durch das Anwachsen der revolutionären Bewegung in Europa, durch die Sympathie der Arbeiter aller Länder für Sowjetrußland eine Niederlage erlitten. Sie, diese Politik, wurde vom revolutionären Sozialismus voll und ganz zur Entlarvung des Imperialismus ausgenutzt.

Zweifellos wird die Politik des Appellierens an die letzten Reserven, an die so genannten „kleinen“ Völker, die Politik der Einbeziehung dieser letzteren in den Krieg gegen den Sozialismus, schließlich mit der gleichen Niederlage enden. Nicht nur, weil die anwachsende Revolution im Westen trotz allem die Grundfesten des Imperialismus unterhöhlt, und nicht nur, weil im Schoße der „kleinen“ Völker selbst die revolutionäre Bewegung unentwegt wächst, sondern auch weil die „Streitkräfte“ dieser Völker durch die Berührung mit den revolutionären Arbeitern Rußlands unvermeidlich mit dem Bazillus des Bolschewismus „infiziert“ werden. Der Sozialismus nutzt alle Möglichkeiten aus, um den Arbeitern und Bauern dieser Völker die Augen über den räuberischen Charakter der „väterlichen Sorgen“ des Imperialismus zu öffnen.

Die Einbeziehung der „kleinen“ Völker in die Sphäre der Revolution, die Erweiterung der Basis des Sozialismus - das ist das unvermeidliche Ergebnis der imperialistischen Politik der verhüllten Intervention.

*„Iswestija“ Nr. 58,
16. März 1919.
Unterschrift: J. Stalin.*

AUS DER REDE ZUR MILITÄRISCHEN FRAGE AUF DEM VIII. PARTEITAG DER KPR(B)^[67]

21. März 1919

Alle Fragen, die hier berührt wurden, laufen auf die eine hinaus, ob es in Rußland eine streng disziplinierte reguläre Armee geben soll oder nicht.

Vor einem halben Jahr hatten wir nach dem Zerfall der alten, zaristischen Armee eine neue, eine Freiwilligenarmee, die schlecht organisiert war, kollektiv geleitet wurde und den Befehlen nicht immer Folge leistete. Das war die Periode, in der die Entente ihre Offensive einleitete. Die Armee setzte sich hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich, aus Arbeitern zusammen. Weil es in dieser Freiwilligenarmee an Disziplin mangelte, weil die Befehle nicht immer ausgeführt wurden und weil innerhalb der Leitung der Armee Desorganisation herrschte, erlitten wir Niederlagen und überließen dem Gegner Kasan, während Krasnow erfolgreich vom Süden her vorrückte... Die Tatsachen zeugen davon, dass eine Freiwilligenarmee keiner Kritik standhält, dass wir außerstande sein werden, unsere Republik zu verteidigen, wenn wir nicht eine andere Armee schaffen, eine reguläre Armee, die vom Geiste der Disziplin durchdrungen ist, eine gut organisierte politische Abteilung besitzt, eine Armee, die fähig und in der Lage ist, sich auf den ersten Befehl hin gegen den Feind in Marsch zu setzen.

Ich muss sagen, dass die Elemente, die die Mehrheit unserer Armee bilden und keine Arbeiterelemente, sondern Bauern sind, nicht freiwillig für den Sozialismus kämpfen werden. Eine ganze Reihe von Tatsachen weist darauf hin. Mehrere Meutereien im Hinterland und an den Frontenzeigen ebenso wie eine Reihe von Ausschreitungen an den Fronten, dass die nichtproletarischen Elemente, die in unserer Armee die Mehrheit bilden, nicht freiwillig für den Kommunismus kämpfen wollen. Daher unsere Aufgabe - diese Elemente im Geiste einer eisernen Disziplin zu erziehen, zu erreichen, dass sie sich nicht nur im Hinterland, sondern auch an den Fronten der Führung des Proletariats anvertrauen, sie zu zwingen, für unsere gemeinsame sozialistische Sache zu kämpfen, und im Laufe des Krieges den Aufbau einer wirklichen regulären Armee zu vollenden, die allein imstande ist, das Land zu verteidigen.

So ist die Frage gestellt.

... Entweder bringen wir es fertig, eine streng disziplinierte, reguläre, wirkliche Arbeiter- und Bauernarmee zu schaffen, und behaupten die Republik, oder wir bringen das nicht fertig, und dann ist unsere Sache zugrunde gerichtet.

... Der von Smirnow vorgelegte Entwurf ist unannehmbar, da er die Disziplin in der Armee nur untergraben kann und die Schaffung einer regulären Armee unmöglich macht.

*Zuerst veröffentlicht in dem Buch:
J. Stalin, Über die Opposition.
Artikel und Reden aus den Jahren 1921-1927.
Moskau/Leningrad 1928.*

ÜBER DIE REORGANISIERUNG DER STAATLICHEN KONTROLLE

Referat in der Sitzung des Allrussischen Zentralexekutivkomitees
9. April 1919
(Zeitungsbericht)

Genosse Stalin weist darauf hin, dass die Staatliche Kontrolle die einzige Behörde ist, die bis jetzt noch nicht so gesäubert und umgestaltet worden ist, wie es bei allen anderen Institutionen der Fall war. Um eine wirkliche, tatsächliche und nicht auf dem Papier stehende Kontrolle zu erzielen, muss nach Meinung des Referenten der bestehende Apparat der Staatlichen Kontrolle durch neue, frische Kräfte ergänzt und auf diese Weise reorganisiert werden. Die bestehenden Organe der Arbeiterkontrolle müssen zu einem Ganzen vereinigt und alle Kräfte, die sich mit der Kontrolle befassen, in die allgemeine Staatliche Kontrolle eingliedert werden. Die grundlegende Idee für die Reorganisation der Staatlichen Kontrolle ist also ihre Demokratisierung und Annäherung an die Arbeiter- und Bauernmassen. Der vom Referenten vorgeschlagene Entwurf des Dekrets^[68] wird einstimmig angenommen.

*„Iswestija“ Nr. 77,
10. April 1919.*

ZUR ERSCHIESSUNG DER 26 BAKUER GENOSSEN DURCH AGENTEN DES ENGLISCHEN IMPERIALISMUS

Wir unterbreiten der Aufmerksamkeit der Leser zwei Dokumente^[69], Zeugnisse des bestialischen Gewaltakts, den die englischen Imperialisten im Herbst vergangenen Jahres an verantwortlichen Bakuer Funktionären der Sowjetmacht verübt haben. Die Quelle dieser Dokumente sind die Bakuer Zeitung der Sozialrevolutionäre „Snamja Truda“^[70] und die Bakuer Zeitung „Jedinaja Rossija“^[71], das heißt dieselben Kreise, die gestern noch die Engländer zu Hilfe gerufen und die Bolschewiki verraten haben, heute aber durch den Lauf der Ereignisse gezwungen sind, ihre gestrigen Verbündeten zu entlarven.

Das erste Dokument berichtet, wie der englische Hauptmann Tighe-Jones 26 sowjetische Funktionäre aus Baku (Schaumian, Dshaparidse, Fioletow, Malygin und andere), die auf seine Weisung als Kriegsgefangene von Krasnowodsk nach Aschhabad transportiert wurden, auf dem Wege dorthin in den Nachtstunden des 20. September 1918 ohne Untersuchung und Gerichtsurteil barbarisch erschießen ließ. Tighe-Jones und seine sozialrevolutionär-menschewistischen Kumpane hatten schon gehofft, die Angelegenheit vertuschen zu können; denn sie beabsichtigten, falsche Totenscheine auszustellen, laut denen die Bakuer Bolschewiki im Gefängnis oder im Krankenhaus eines „natürlichen“ Todes gestorben seien, aber dieser Plan ist offenbar fehlgeschlagen, denn wie sich herausstellt, sind Zeugen da, die nicht schweigen wollen und bereit sind, die englischen Barbaren restlos zu entlarven. Dieses Dokument ist von dem Sozialrevolutionär Tschaikin unterzeichnet.

Das zweite Dokument schildert eine Unterredung, die der englische General Thomson Ende März 1919 mit dem Verfasser des ersten Dokuments, Tschaikin, hatte. General Thomson fordert Tschaikin auf, Augenzeugen des bestialischen Gewaltakts des englischen Hauptmanns Tighe-Jones an den 26 Bakuer Bolschewiki namhaft zu machen. Tschaikin ist bereit, Dokumente vorzulegen und Zeugen zu nennen unter der Bedingung, dass eine Untersuchungskommission aus Vertretern des englischen Kommandos, der Bakuer Bevölkerung und der turkestanischen Bolschewiki gebildet wird, wobei Tschaikin die Garantie verlangt, dass die turkestanischen Zeugen nicht von Agenten der Engländer ermordet werden. Da Thomson die vorgeschlagene Untersuchungskommission ablehnt und keine Garantie für die persönliche Sicherheit der Zeugen gibt, wird das Gespräch abgebrochen und Tschaikin entfernt sich. Das Dokument ist insofern interessant, als es die Barbarei der englischen Imperialisten indirekt bestätigt und zugleich ein beredtes, ja geradezu himmelschreiendes Zeugnis dafür ablegt, dass die englischen Agenten straflos ausgegangen sind, die in ihrem wilden Wüten gegen die Bakuer und transkaspischen „Eingeborenen“ wie gegen Schwarze in Zentralafrika vorgehen.

Die Geschichte der 26 Bakuer Bolschewiki hat sich folgendermaßen abgespielt. Im August 1918, als die türkischen Truppen bis dicht vor Baku gerückt waren, die sozialrevolutionär-menschewistischen Mitglieder des Bakuer Sowjets aber, entgegen den Stimmen der Bolschewiki, die Mehrheit der Sowjets mit sich gerissen und die englischen Imperialisten zu Hilfe gerufen hatten, legten die in der Minderheit gebliebenen Bakuer Bolschewiki, mit Schaumian und Dshaparidse an der Spitze, ihre Vollmachten nieder und räumten den politischen Gegnern das Feld. Im Einverständnis mit der damals in Baku neugebildeten Regierungsgewalt der Engländer, Sozialrevolutionäre und Menschewiki beschlossen die Bolschewiki, sich nach Petrowsk, dem nächsten Punkt im Bereich der Sowjetmacht, zu begeben. Aber auf dem Wege nach Petrowsk wurde der Dampfer mit den Bakuer Bolschewiki und ihren Familien von englischen Schiffen, die ihm nachgefahren waren, beschossen und nach Krasnowodsk gebracht. Das war im August.

Die sowjetrussische Regierung wandte sich danach mehrmals an das englische Kommando und forderte die Freilassung der Bakuer Genossen und ihrer Familien im Austausch gegen gefangene Engländer, aber das englische Kommando hüllte sich jedesmal in Schweigen. Schon seit Oktober begannen Nachrichten von Privatpersonen und von Organisationen einzulaufen, wonach die Bakuer Genossen erschossen worden seien. Am 5. März 1919 erhielt Astrachan einen Funkspruch aus Tiflis, dass „Dshaparidse und Schaumian nicht in der Verfügungsgewalt des englischen Kommandos sind, dass sie lokalen Mitteilungen zufolge im September in der Nähe von Kisyl-Arwat durch eine Gruppe von Arbeitern eigenmächtig ermordet worden sind“. Offensichtlich war das der erste offizielle Versuch der englischen Mörder, die Schuld an ihren Bestialitäten auf die Arbeiter abzuwälzen, die Schaumian ebenso wie Dshaparidse grenzenlos liebten. Jetzt, nach der Veröffentlichung der oben erwähnten Dokumente, muss es als erwiesen angesehen werden, dass unsere Bakuer Genossen, die freiwillig von der politischen Arena abgetreten waren, bei der Evakuierung nach Petrowsk tatsächlich von den Kannibalen des „zivilisierten“ und „humanen“ Englands ohne Gerichtsverfahren und ohne Untersuchung erschossen worden sind.

In den „zivilisierten“ Ländern ist es üblich, von Terror und Greuelthaten der Bolschewiki zu reden. Dabei werden die englischen und französischen Imperialisten gewöhnlich als Feinde von Terror und Erschießungen hingestellt. Aber ist es denn nicht klar, dass die Sowjetmacht niemals mit ihren Gegnern so niederträchtig und gemein verfuhr, wie es die „zivilisierten“ und „humanen“ Engländer tun? Ist es denn nicht klar, dass nur imperialistische Kannibalen, die durch und durch verfault sind und jede Spur von Moral verloren haben, nächtliche Mordtaten und Raubüberfälle auf wehrlose politische Funktionäre des gegnerischen Lagers nötig haben? Wenn es noch Leute gibt, die dies bezweifeln, so mögen sie die unten angeführten Dokumente durchlesen und die Dinge bei ihren richtigen Namen nennen.

Als die Bakuer Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Engländer nach Baku riefen und die Bolschewiki verrieten, glaubten sie, die englischen „Gäste“ als Macht „ausnutzen“ zu können, wobei vorausgesetzt wurde, dass die Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Herren im Lande bleiben, die „Gäste“ aber nach Hause fahren würden. In Wirklichkeit geschah das Gegenteil: Die „Gäste“ wurden die unumschränkten Herren, die Sozialrevolutionäre und Menschewiki verwandelten sich zwangsläufig in Komplizen bei der hinterhältigen und niederträchtigen Ermordung der 26 bolschewistischen Kommissare, wobei die Sozialrevolutionäre schließlich gezwungen waren, in die Opposition zu gehen und die neuen Herren vorsichtig zu entlarven, die Menschewiki aber sich gezwungen sehen, in ihrer Bakuer Zeitung „Iskra“^[72] einen Block mit den Bolschewiki gegen die gestern noch „willkommenen Gäste“ zu predigen.

Ist es nicht klar, dass das Bündnis der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki mit Agenten des Imperialismus ein „Bündnis“ von Sklaven und Lakaien mit ihren Herren ist? Wenn es noch Leute gibt, die das bezweifeln, so sollen sie die unten angeführte „Unterredung“ des Generals Thomson mit Herrn Tschaiкин durchlesen und auf Ehre und Gewissen sagen, ob Herr Tschaiкин einem Herrn gleicht und General Thomson einem „willkommenen Gast“.

„Iswestija“ Nr. 85,
23. April 1919.

Unterschrift: J. Stalin

TELEGRAMM NACH SCHTSCHIGRY AN DEN AUSSERORDENTLICHEN REVISOR DER STAATLICHEN KONTROLLE

Bei Untersuchung der Ursachen für den Ausbruch der Agrarunruhen bitte ich Sie, abgesehen von der Untersuchung der allgemeinen politischen Stimmung der Bauernmassen im Kreis, zu beachten:

1. die Politik der Landabteilung und der Verwaltung der Sowjetwirtschaften bei der Organisierung von Sowjetwirtschaften: Ob es nicht Fälle gab, wo zur Organisierung von Sowjetwirtschaften Grund und Boden unrechtmäßig der Nutznießung der Bauern entzogen wurde; ob ihre Organisierung nicht von anderen Zwangsmaßnahmen begleitet war, die sich auf den Zustand des bäuerlichen Wirtschaftsbetriebs materiell auswirken;

2. die Politik der Landabteilung bei der Organisierung des kollektiv betriebenen Ackerbaus: Ob sich nicht bei der Organisierung der landwirtschaftlichen Kommunen, Artels, gemeinschaftlichen Äcker usw. Elemente des Zwangs zeigten; ob nicht die Organisierung des kollektiven Ackerbaus von einer Verletzung wesentlicher Interessen der örtlichen Bauernschaft begleitet war;

3. die Politik der Hauptverwaltung Zucker bei der Nationalisierung des Bodens für Zuckerrübenplantagen: Ob die Nationalisierung nicht unter Verletzung grundlegender Interessen der Bauernschaft durchgeführt wird; ob die nationalisierten Bodenstücke der bäuerlichen Bodennutzung keine Schwierigkeiten bereiten; ob keine anderen Handlungen vorliegen, die unter der Bauernschaft Empörung hervorrufen können (zum Beispiel, dass die Zuckerfabriken Bodenflächen einbehalten, die ihre tatsächlichen Bedürfnisse offenbar übersteigen; dass Bodenstücke nationalisiert werden, auf denen früher keine Zuckerrüben angebaut wurden, usw.);

4. folgende weitere Fragen: Ob die Agrarunruhen nicht eine Folge des Bodenmangels in dem betreffenden Bezirk sind; ob und unter welchen Bedingungen der Boden nichtwerktätiger Elemente in die bäuerliche Nutznießung gekommen ist; ob nicht überhaupt in der Tätigkeit der Landabteilung des Kreises oder einzelner ihrer Vertreter oder in der Tätigkeit der Landabteilungen der Amtsbezirke Handlungen vorliegen, die unter der Bauernschaft Empörung hervorrufen können, weil sie den Anordnungen des Zentrums und den Zweckmäßigkeitsgründen nicht entsprechen, und ferner, ob keine Untätigkeit der Behörde und keine Amtsmissbräuche vorliegen.

Teilen Sie den Empfang des Telegramms und die getroffenen Maßnahmen telegrafisch der Staatlichen Kontrolle mit.

Volkskommissar für Staatliche Kontrolle
J. Stalin

7. Mai 1919.

Zum erstenmal veröffentlicht.

FERNSPRUCH ÜBER DIE DIREKTE LEITUNG AN W.I. LENIN AUS PETROGRAD^[73]

Zweifelsohne ist es um die Truppenverschiebung jetzt besser bestellt als vor ungefähr drei Monaten; für mich ist aber auch klar, dass weder der Oberbefehlshaber noch sein Stabschef die Truppen kennen, die nach Petrograd geschickt werden. Daher solche Überraschungen wie zum Beispiel, dass - angeblich als Regimenter der 2. Brigade oder einer Kavalleriebrigade - aus Kasan Einheiten geschickt werden, die fast keine Leute haben. Bis jetzt hat Petrograd jedenfalls nur insgesamt sechshundert wirklich kampffähige Kursanten erhalten.

Aber es handelt sich natürlich nicht um die Quantität, sondern um die Qualität der Truppen. Wir brauchen alles in allem nur drei Infanterieregimenter, natürlich kampffähige, und wenigstens ein Kavallerieregiment, um die ganze Meute bis hinter Narwa zu jagen. Hätten Sie diese kleine Bitte rechtzeitig erfüllen können, so wären die Esten schon gestern verjagt worden.

Übrigens besteht kein Grund zur Beunruhigung, denn die Lage an der Front hat sich stabilisiert, die Frontlinie hat sich gefestigt, und unsere Truppen rücken stellenweise schon vor.

Heute habe ich unsere karelischen Befestigungen besichtigt und festgestellt, dass die Lage im allgemeinen erträglich ist. Die Finnen schweigen hartnäckig und haben eigentümlicherweise die Gelegenheit nicht genutzt, aber diese Eigentümlichkeit findet ihre Erklärung darin, dass bei den Finnen die Lage im Innern immer unsicherer wird, wie uns sachkundige finnische Genossen versichern.

Heute hat man mir den Vorschlag des Oberbefehlshabers gezeigt, die Flotte wegen der Brennstoffkrise zu reduzieren. Aus diesem Anlass habe ich mit alten unseren Marinefunktionären eine Beratung gehabt und bin zu der Überzeugung gekommen, dass der Vorschlag des Oberbefehlshabers völlig falsch ist. Die Motive: Erstens können die großen Einheiten, falls sie in schwimmende Flöße verwandelt werden, ihre Geschütze nicht einsetzen, das heißt, die letzteren werden einfach nicht schießen können, da zwischen der Bewegung des Schiffes und dem Einsatz des Geschützes ein unmittelbarer Zusammenhang besteht; zweitens ist es nicht wahr, dass wir keine Geschosse großen Kalibers haben, dieser Tage wurden zwölf Lastkähne mit Geschossen „entdeckt“; drittens geht die Brennstoffkrise vorüber, denn wir haben es schon fertig gebracht, vierhundertzwanzigtausend Pud Kohle, Heizöl nicht eingerechnet, aufzuspeichern, wobei wir täglich einen Zug Kohle bekommen; viertens habe ich mich davon überzeugt, dass unsere Flotte zu einer wirklichen Flotte mit disziplinierten Matrosen wird, die bereit sind, Petrograd mit aller Kraft zu verteidigen.

Ich will hier nicht die Anzahl der schon einsatzbereiten Kampfeinheiten nennen, halte es aber für meine Pflicht, zu sagen, dass wir mit den vorhandenen Marinekräften Petrograd vor jeglichen Anschlägen von der Seeseite her mit Ehren verteidigen könnten.

In Anbetracht all dessen bestehe ich ebenso wie alle Petrograder Genossen auf der Ablehnung der Vorschläge des Oberbefehlshabers.

Ferner halte ich es für absolut notwendig, die tägliche Kohlenzufuhr drei bis vier Wochen lang auf zwei Züge zu bringen. Wie unsere Marinefunktionäre versichern, gibt das unserer Unter- und Überwasserflotte die volle Möglichkeit, endgültig einsatzbereit zu werden.

Stalin

*Geschrieben am 25. Mai 1919.
Zuerst veröffentlicht in dem Sammelband:
Dokumente über die heldenhafte
Verteidigung Petrograds im Jahre 1919.
Moskau 1941.*

TELEGRAMM AN W.I. LENIN

Unmittelbar nach Krasnaja Gorka wurde Seraja Loschadj^[74] liquidiert. Die Geschütze in ihnen sind in voller Ordnung. Eine eilige Überprüfung aller Forts und Festungen ist im Gange. Die Marinespezialisten versichern, dass die Einnahme von Krasnaja Gorka von der Seeseite her die Marinewissenschaft über den Haufen wirft. Mir bleibt nichts übrig, als die so genannte Wissenschaft zu bedauern. Die rasche Einnahme von Gorka erklärt sich durch das rücksichtslose Eingreifen meinerseits und überhaupt der Zivilisten in die operativen Dinge, das so weit ging, dass die Befehle zu Wasser und zu Lande aufgehoben und unsere eigenen aufgezwungen wurden.

Ich halte es für meine Pflicht, zu erklären, dass ich auch weiterhin so handeln werde, trotz all meiner Hochachtung vor der Wissenschaft.

16. Juni 1919.
Stalin

*Zuerst veröffentlicht in der
„Prawda“ Nr. 301,
21. Dezember 1929.*

FERNSPRUCH ÜBER DIE DIREKTE LEITUNG AN W.I LENIN AUS PETROGRAD

Ich halte es für notwendig, Ihre Aufmerksamkeit auf folgende Fragen zu lenken.

Erstens. Koltschak ist der ernsteste Gegner, denn er hat genügend Raum zum Rückzug, genügend Menschenmaterial für die Armee und ein getreidereiches Hinterland. Im Vergleich zu Koltschak ist General Rodsjanko eine Mücke, denn er hat weder Getreide im Hinterland noch Raum zum Rückzug, noch auch genügend Menschenmaterial. Die Aushebung von zwanzig Jahrgängen, die er jetzt aus Mangel an Menschenmaterial in seinen zwei bis drei Kreisen durchzuführen genötigt ist, wird ihn ins Grab bringen, da die Bauern eine derartige Mobilmachung nicht aushalten und sich unweigerlich von Rodsjanko abwenden werden. Deswegen dürfen auf keinen Fall Truppen für die Petrograder Front von der Ostfront in solcher Stärke abgezogen werden, die uns zwingen könnte, die Offensive an der Ostfront einzustellen. Um Rodsjanko an die estnische Grenze zu drücken (weiter brauchen wir nicht zu gehen), genügt eine Division, deren Abberufung nicht die Unterbrechung der Offensive an der Ostfront zur Folge haben würde. Dies bitte ich besonders zu beachten.

Zweitens. In der Gegend von Kronstadt ist eine große Verschwörung aufgedeckt worden. Die Batteriechefs aller Forts des gesamten befestigten Gebiets von Kronstadt sind darein verwickelt. Das Ziel der Verschwörung ist, die Festung in die Hände zu bekommen, sich die Flotte gefügig zu machen, unsere Truppen im Rücken unter Feuer zu nehmen und Rodsjanko den Weg nach Petrograd freizulegen. Wir haben die entsprechenden Dokumente in Händen.

Jetzt ist mir klar, warum Rodsjanko mit verhältnismäßig geringen Kräften so frech auf Petrograd losmarschierte. Erklärlich ist auch die Unverfrorenheit der Finnen. Erklärlich ist das Massenüberlaufen unserer aktiven Offiziere. Erklärlich ist auch die seltsame Erscheinung, dass im Augenblick des Verrats von Krasnaja Gorka die englischen Schiffe irgendwohin verschwanden: die Engländer hielten es offenbar nicht für „opportun“, sich direkt in die Sache einzumischen (Intervention!), sie wollten lieber später auftauchen, nachdem die Festung und die Flotte in die Hand der Weißen übergegangen waren, um „dem russischen Volk zu helfen“, eine neue „demokratische Ordnung“ einzurichten.

Es ist offensichtlich, dass sich der ganze Plan Rodsjankos und Judenitschs (bei dem alle Fäden der von England über die italienische, schweizerische und dänische Botschaft finanzierten Verschwörung zusammenlaufen) auf einen erfolgreichen Ausgang der Verschwörung gründete, die wir, so hoffe ich, im Keim erstickt haben (alle darein Verwickelten sind verhaftet, die Untersuchung ist im Gange).

Meine Bitte: Dem verhafteten Personal der Botschaften keinerlei Vergünstigungen zu gewähren, alle diese Beamten bis zum Abschluss der Untersuchung, die neue aufschlussreiche Fäden aufdeckt, unter strengem Regime zu halten.

Näheres werde ich in etwa drei bis vier Tagen berichten, da ich auf einen Tag nach Moskau zu kommen gedenke, wenn Sie nichts dagegen einzuwenden haben.

Ich schicke die Karte. Bis jetzt konnte ich sie einfach deswegen nicht schicken, weil ich dauernd in Frontangelegenheiten unterwegs war, meist an der Front selbst.

18. Juni 1919,
3 Uhr morgens.

Stalin

*Zuerst veröffentlicht in der
„Prawda“ Nr. 53,
23. Februar 1941.*

ÜBER DIE PETROGRADER FRONT

Unterredung mit einem Korrespondenten der „Prawda“

Genosse Stalin, der in diesen Tagen von der Petrograder Front zurückgekehrt ist, teilte unserem Korrespondenten seine Eindrücke von der Frontlage mit.

1. Das Vorgelände von Petrograd

Das Vorgelände von Petrograd bietet die Ausgangspunkte, von denen aus der Gegner im Falle eines Erfolges Petrograd einschließen, es von Rußland abschneiden und es schließlich einnehmen kann. Es sind dies: a) der Abschnitt Petrosawodsk, Operationsrichtung Swanka, Ziel: Umfassung Petrograds vom Osten; b) der Abschnitt Olonez, Operationsrichtung Lodejnoje Pole, Ziel: Eindringung ins rückwärtige Gebiet unserer Petrosawodsker Truppen; c) der Karelische Abschnitt, Operationsrichtung direkt Petrograd, Ziel: Eroberung Petrograds vom Norden; d) der Abschnitt Narwa, Operationsrichtung Gatschina und Krasnoje Selo, Ziel: Einnahme Petrograds vom Südwesten oder zumindest Einnahme der Linie Gatschina-Tosno und Umfassung Petrograds vom Süden; e) der Abschnitt Pskow, Operationsrichtung Dno - Bologoje, Ziel: Abschneidung Petrograds von Moskau; f) schließlich der Finnische Meerbusen und der Ladogasee, die dem Gegner Landungsmöglichkeiten westlich und östlich von Petrograd bieten.

2. Die Kräfte des Gegners

Die Kräfte des Gegners an diesen Abschnitten sind gemischt und ungleichwertig. Am Abschnitt Petrosawodsk sind Serben, Polen, Engländer, Kanadier und eine Gruppe russischer weißgardistischer Offiziere eingesetzt. Für ihrer aller Unterhalt kommen die so genannten Alliierten auf. Am Abschnitt Olonez liegen finnische Weißgardisten, von der finnischen Regierung kontraktmäßig für zwei bis drei Monate gedungen. Befehligt werden die finnischen Weißgardisten von deutschen Offizieren, die noch aus der Zeit der deutschen Okkupation zurückgeblieben sind. Am Karelischen Abschnitt stehen so genannte reguläre finnische Truppen, am Abschnitt Narwa russische Truppen, aus russischen Kriegsgefangenen angeworben, und ingermanländische Truppen, die man unter der einheimischen Bevölkerung angeworben hat. Befehligt werden diese Truppen von Generalmajor Rodsjanko. Am Abschnitt Pskow stehen ebenfalls russische Truppen, unter Kriegsgefangenen und Einheimischen angeworben, mit Balachowitsch an der Spitze. Im Finnischen Meerbusen kreuzen Torpedoboote (5 bis 12) und Unterseeboote (2 bis 8), allem Anschein nach englische und finnische.

Alle Informationen zeugen davon, dass die Kräfte des Gegners an der Petrograder Front nicht groß sind. Der aktivste Abschnitt des Gegners, der Abschnitt Narwa, leidet nicht minder unter dem Mangel an kampffähigem „Menschenmaterial“ als die übrigen, weniger aktiven, wenn auch nicht weniger wichtigen Abschnitte.

Damit ist eigentlich auch zu erklären, dass der Gegner, trotz des Siegesgeschreis der „Times“^[75], die schon vor zwei Monaten den Fall von Petrograd „in zwei bis drei Tagen“ ankündigte, weit davon entfernt, sein Hauptziel, nämlich die Einschließung Petrograds, zu erreichen, es nicht einmal vermochte, in dieser Periode auch nur eine Teilaufgabe an dem einen oder anderen Abschnitt zu bewältigen, das heißt diesen oder jenen entscheidenden Punkt einzunehmen.

Offenbar ist die viel gerühmte „Nordwestarmee“ unter dem in Finnland sitzenden General Judenitsch, auf die der alte Fuchs Gutschkow in seinem Bericht an Denikin seine Hoffnungen setzt, bis jetzt noch nicht ausgebrütet.

3. Worauf der Gegner rechnete

Allem Anschein nach rechnete der Gegner nicht nur oder, vielmehr, nicht so sehr auf seine eigenen Kräfte wie auf die seiner Anhänger, der Weißgardisten im Rücken unserer Truppen, in Petrograd und an den Fronten. Vor allem sind da die so genannten Botschaften der bourgeois Staaten in Petrograd (die französische, schweizerische, griechische, italienische, holländische, dänische, rumänische und andere), die sich mit der Finanzierung der Weißgardisten und mit Spionage zugunsten Judenitschs und der englisch-französisch-finnisch-estnischen Bourgeoisie befassten. Diese Herrschaften warfen nach rechts und links mit Geld um sich und bestachen alles nur Bestechliche im Hinterland unserer Armee. Ferner ist da der käufliche Teil des russischen Offizierkorps, der Rußland vergessen, seine Ehre verloren hat und bereit ist, zu den Feinden des Rußlands der Arbeiter und Bauern überzulaufen. Und schließlich sind da noch die vom Petrograder Proletariat gekränkten Ehemaligen, die Bourgeois und Gutsbesitzer, die, wie sich später herausstellte, Waffen angesammelt hatten und auf einen günstigen Moment lauerten, um unseren Truppen in den Rücken zu fallen. Eben auf diese Kräfte rechnete der Gegner, als er gegen Petrograd vorstieß. Krasnaja Gorka, diesen Schlüssel zu Kronstadt, einnehmen und damit das befestigte Gebiet schwächen, einen Aufstand in den Forts anzetteln und Petrograd beschießen, um im Augenblick des allgemeinen Tumults den Generalangriff an der Front mit dem Aufstand in Petrograd zu vereinen und den Herd der proletarischen Revolution einzukreisen und zu besetzen - das war es, worauf der Gegner rechnete.

4. Die Lage an der Front

Die Spekulationen des Gegners sind jedoch fehlgeschlagen. Krasnaja Gorka, das der Gegner infolge des Verrats der linken Sozialrevolutionäre im Fort vierundzwanzig Stunden lang besetzt gehalten hatte, wurde Sowjetrußland durch einen wuchtigen Schlag der baltischen Matrosen von der Seeseite und zu Lande bald zurückerobert. Die befestigten Stellungen Kronstadts, die durch den Verrat der rechten Sozialrevolutionäre, der menschewistischen „Vaterlandsverteidiger“ und des käuflichen Teils des Offizierkorps einen Moment lang zu wanken begonnen hatten, wurden vom Revolutionären Kriegsrat der Baltischen Flotte mit eiserner Hand rasch in Ordnung gebracht. Die so genannten Botschaften und ihre Spione wurden verhaftet und an ruhigere Orte gebracht, wobei in einigen Botschaften Maschinengewehre, Gewehre (in der rumänischen Botschaft sogar ein Geschütz), geheime Telefonanlagen und anderes mehr gefunden wurden. Bei einer allgemeinen Haussuchung in den Petrograder Bourgeoisvierteln wurden viertausend Gewehre und mehrere hundert Sprengkörper gefunden.

Was die Generaloffensive des Gegners anbelangt, so blieb ihr nicht nur der von der „Times“ hinausposaunte Erfolg versagt - sie konnte nicht einmal begonnen werden. Die finnischen Weißgardisten bei Olonez, die Lodejnoje Pole nehmen wollten, wurden überrannt und nach Finnland vertrieben. Die Petrosawodsker Gruppe des Gegners, die einige Werst von Petrosawodsk stand, zieht sich jetzt unter dem Druck unserer Truppen, die ihr in den Rücken gestoßen sind, eiligst zurück. Die Pskower Gruppe des Gegners hat die Initiative aus den Händen gleiten lassen, sie tritt auf der Stelle und zieht sich verschiedenenorts sogar zurück. Was die aktivste Gruppe des Gegners, die Narwagruppe anbelangt, so hat sie nicht nur ihr Ziel nicht erreicht, sondern zieht sich im Gegenteil unter dem Druck unserer Truppen ununterbrochen zurück, wobei sie sich unter den Schlägen der Roten Armee auf den Straßen nach Jamburg zersetzt und auflöst. Das Siegesgeschrei der Entente war also verfrüht. Die Erwartungen Gutschkows und Judenitschs sind nicht in Erfüllung gegangen. Über den Karelischen Abschnitt, der immer noch passiv ist, kann man vorläufig nichts sagen, da die finnische Regierung nach ihren Misserfolgen beim Widliza-Werk^[76] den Ton merklich

gemäßigt und ihr ordinäres Geschimpfe auf die russische Regierung eingestellt hat, auch haben die so genannten Zwischenfälle an der Karelischen Front fast aufgehört.

Ob das nur Ruhe vor dem Sturm ist oder nicht, weiß nur die finnische Regierung. Auf jeden Fall kann ich sagen, dass Petrograd für alle möglichen Überraschungen gerüstet ist.

5. Die Flotte

Ich kann nicht umhin, einige Worte über die Flotte zu sagen. Man kann es nur begrüßen, dass die Baltische Flotte, die als untergegangen galt, in effektivster Weise wiederersteht. Das anerkennen nicht nur die Freunde, sondern auch die Gegner. Ebenso erfreulich ist es, dass das Gebrechen eines Teils des russischen Offizierkorps - seine Käuflichkeit - den Kommandobestand der Flotte am wenigsten angegriffen hat: es haben sich Leute gefunden, die, zu ihrer Ehre sei es gesagt, die Würde und Unabhängigkeit Rußlands höher schätzen als das englische Gold. Noch erfreulicher ist es, dass die baltischen Matrosen wieder die alten geworden sind und in ihren Heldentaten die besten Traditionen der russischen revolutionären Flotte wiederaufleben lassen. Sonst wäre Petrograd nicht vor den gefährlichsten Überraschungen von der Seeseite her geschützt. Am typischsten für die Kennzeichnung der Wiedergeburt unserer Flotte ist der ungleiche Kampf zweier unserer Torpedoboote im Juni gegen vier Torpedoboote und drei Unterseeboote des Gegners, aus dem unsere Torpedoboote dank der Selbstaufopferung der Matrosen und der geschickten Führung des Chefs der eingesetzten Gruppe als Sieger hervorgegangen sind und ein feindliches Unterseeboot versenkt haben.

6. Zusammenfassung

Nicht selten vergleicht man Rodsjanko, was die Gefahr für Sowjetrußland angeht, mit Koltschak, wobei man Rodsjanko für nicht weniger gefährlich hält als Koltschak. Dieser Vergleich ist falsch. Koltschak ist wirklich gefährlich, denn er hat sowohl Raum zum Rückzug als auch Menschenmaterial zur Auffrischung der Truppenteile und Getreide zum Unterhalt der Armee. Das Unglück Rodsjankos und Judenitschs besteht darin, dass ihnen sowohl Raum als auch Menschenmaterial und Getreide fehlen. Finnland und Estland bieten natürlich eine gewisse Basis zur Aufstellung weißgardistischer Truppen aus russischen Kriegsgefangenen. Aber erstens können Kriegsgefangene kein ausreichendes und völlig zuverlässiges Material für die weißgardistischen Truppen sein. Zweitens bietet die Lage in Finnland und Estland selbst in Anbetracht der sich dort entwickelnden revolutionären Gärung keine günstigen Bedingungen für die Aufstellung weißgardistischer Truppenteile. Drittens wird das Territorium, das von Rodsjanko und Balachowitsch besetzt ist (insgesamt ungefähr zwei Kreise) allmählich und systematisch reduziert, und die viel gerühmte „Nordwestarmee“ wird, wenn es ihr überhaupt beschieden ist, niemals das Licht der Welt zu erblicken, bald keinen Platz haben, um sich entfalten und manövrieren zu können. Denn, das muss zugegeben werden, weder Finnland noch Estland stellen, zumindest vorläufig, Rodsjanko, Balachowitsch und Judenitsch ihr eigenes Territorium zur Verfügung. Eine Armee ohne Hinterland - das ist die „Nordwestarmee“. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, dass eine solche „Armee“ nicht lange leben kann, vorausgesetzt natürlich, dass sich nicht in die Kette der Ereignisse irgendein neuer, ernster, für den Gegner günstiger Umstand internationalen Charakters eindrängt, auf den zu rechnen der Gegner allem Anschein nach keinen Grund hat.

Die Rote Armee vor Petrograd muss siegen.

„Prawda“ Nr. 147,
8. Juli 1919.

BRIEF AN W.I. LENIN ÜBER DIE LAGE AN DER WESTFRONT^[77]

An Genossen Lenin

Die Lage an der Westfront wird immer bedrohlicher.

Die alten, schwer mitgenommenen, erschöpften Truppen der XVI. Armee, die von dem aktivsten Gegner an der Westfront, den Polen, bedrängt wird, sind nicht nur außerstande, dem Druck standzuhalten und sich zu verteidigen, sondern sie haben auch die Fähigkeit verloren, die zurückgehenden Batterien zu decken, die natürlich dem Gegner in die Hände fallen. Ich fürchte, dass die XVI. Armee bei einer derartigen Verfassung der Truppen auf dem Rückzug an die Beresina ihre Waffen und Trosse verlieren kann. Es besteht ferner die Gefahr, dass der schwer mitgenommene und völlig zerrüttete Stamm in den meisten Regimentern bald nicht mehr in der Lage sein wird, den Ersatz zu assimilieren, zumal dieser, was gesagt werden muss, mit ungeheuerlicher Verspätung eintrifft.

Der Gegner stößt auf zwei Hauptlinien zur Beresina vor: in Richtung Borissow und in Richtung Sluzk-Bobruisk. Er tut dies erfolgreich, denn er ist schon ungefähr dreißig Werst auf Borissow vorgerückt, im Süden aber hat er nach der Einnahme von Sluzk den Schlüssel zu Bobruisk in seinen Besitz gebracht, nämlich die prächtige Chaussee, die einzige in diesem Gebiet.

Sollte Borissow genommen werden und in Verbindung damit die völlig zerrüttete 17. Division der XVI. Armee zurückfluten, was zu erwarten ist, so droht der XV. Armee der Weichste Schlag, und Polozk und Dwinsk geraten in unmittelbare Gefahr. Sollte aber Bobruisk genommen werden und ein Vorstoß gegen Rjetschiza erfolgen (was das unmittelbare Ziel des Gegners ist), so bricht die ganze Pripjetgruppe der XVI. Armee, das heißt die 8. Division, automatisch zusammen, wobei Gomel unmittelbar bedroht und die Flanke der XII. Armee entblößt wird.

Kurzum, wenn wir zulassen, dass der Gegner unsere XVI. Armee zusammenschlägt, und er ist schon dabei, sie zusammenzuschlagen, dann gefährden wir die XV. und XII. Armee und werden schon nicht mehr die XVI. Armee allein, sondern die gesamte Front flicken müssen, und zwar um einen weit höheren Preis.

Offensichtlich befinden wir uns in ungefähr derselben Lage, in der sich die Ostfront im vergangenen Jahr befand, als Wazetis und Kostjajew es zuließen, dass Koltschak zuerst die III., darauf die II. und dann die V. Armee zusammenschlug, und somit unnötigerweise die Dinge an der gesamten Front auf ein volles halbes Jahr verdarben.

Diese Perspektive hat alle Aussichten, an der Westfront Wirklichkeit zu werden.

Ich habe schon früher geschrieben, dass die Westfront ein Flickwerk darstellt, das sich ohne fertige Reserven unmöglich reparieren lässt, und dass ein einziger ernsthafter Schlag des Gegners an einem der wichtigen Punkte genügt, damit die ganze Front zu wanken oder, richtiger, zu schwanken beginnt.

Jetzt beginnen diese meine Befürchtungen bedauerlicherweise schon in Erfüllung zu gehen.

Indessen hat der Gegner im Westen, der unter einheitlichem Befehl zusammengefasst ist, noch nicht die russischen Korps eingesetzt, die in Riga, Warschau und Kischinew schon bereit- oder doch fast bereitstehen.

Vor drei Wochen hielt ich eine Division für ausreichend, um anzugreifen und die Knotenpunkte Molodetschno-Baranowitschi einzunehmen. Jetzt reicht eine Division vielleicht nicht einmal aus, um die Linie Borissow-Bobruisk-Mosyr zu halten.

Von einem erfolgreichen Angriff kann nicht einmal im Traum die Rede sein, weil dazu jetzt (am 11. August) wenigstens zwei bis drei Divisionen erforderlich wären.

Jetzt entscheiden Sie selbst: Werden Sie uns eine Division, wenigstens brigadenweise, geben können, oder werden Sie es dem Gegner überlassen, die ohnehin zerrüttete XVI. Armee aufzureiben. Aber entscheiden Sie ohne Verzug, denn jede Stunde ist kostbar.

Ihr J. Stalin

PS. Dieser Brief wurde von allen Mitgliedern des Revolutionären Kriegsrats der Westfront, einschließlich des Befehlshabers der Westfront, gelesen und gebilligt. Eine analoge Erklärung wird dieser Tage an den Revolutionären Kriegsrat der Republik abgehen.

J. St.
Smolensk,
11. August 1919.

Zum erstenmal veröffentlicht.

BRIEF AN W.I. LENIN VON DER SÜDFRONT^[78]

Genosse Lenin!

Vor etwa zwei Monaten hatte der Oberbefehlshaber prinzipiell nichts dagegen einzuwenden, dass der Hauptschlag vom Westen nach dem Osten über das Donezbecken geführt werde. Wenn er sich trotzdem zu einem solchen Schlag nicht entschloss, so deshalb, weil er sich auf das nach dem Sommerrückzug der Südtruppen verbliebene „Erbe“ berief, das heißt auf die spontan zustande gekommene Truppengruppierung im Gebiet der jetzigen Südostfront, deren (der Gruppierung) Umgliederung einen großen Zeitverlust zum Vorteil Denikins nach sich gezogen hätte. Nur deswegen wandte ich nichts gegen die offiziell beschlossene Richtung des Hauptschlages ein. Jetzt hat sich jedoch die Lage und die mit ihr verbundene Kräftegruppierung grundlegend geändert: Die VIII. Armee (die Hauptkraft an der früheren Südfront) ist in das Gebiet der Südfront gerückt und blickt direkt auf das Donezbecken; das Reiterkorps Budjonys (die andere Hauptkraft) ist ebenfalls in das Gebiet der Südfront gerückt; eine neue Kraft ist hinzugekommen, die lettische Division, die in einem Monat, wenn sie aufgefrischt sein wird, für Denikin erneut eine drohende Macht darstellen wird.

Sie sehen, dass die alte Gruppierung („das Erbe“) nicht mehr besteht. Was veranlasst nun den Oberbefehlshaber (das Hauptquartier), an dem alten Plan festzuhalten? Offenbar einzig und allein Starrköpfigkeit und, wenn man so will - eine fraktionelle Einstellung, die bornierteste und für die Republik gefährlichste fraktionelle Einstellung, in der der Oberbefehlshaber von dem „strategischen“ Streithähnchen Gusjew bestärkt wird. Dieser Tage erteilte der Oberbefehlshaber an Schorin die Direktive, die Offensive gegen Noworossijsk aus dem Bezirk Zarizyn durch die Donsteppen auf einer Linie zu unternehmen, die für unsere Flieger vielleicht geeignet ist, auf der unsere Infanterie und Artillerie jedoch ganz unmöglich vorwärts kommen können. Man braucht nicht erst zu beweisen, dass dieser irrsinnige (geplante) Feldzug in einer uns feindlichen Umgebung, angesichts der völligen Wegelosigkeit, uns mit völligem Zusammenbruch bedroht. Es ist nicht schwer zu begreifen: Dieser Feldzug gegen Kosakenstanizas ist, wie das vor kurzem die Praxis gezeigt hat, nur geeignet, die Kosaken zur Verteidigung ihrer Stanizas gegen uns um Denikin zusammenzuschließen, nur geeignet, Denikin als Retter des Dons hinzustellen, nur geeignet, eine Kosakenarmee für Denikin zu schaffen, das heißt nur geeignet, Denikin zu stärken.

Eben darum muss sofort, ohne jeden Zeitverlust, der schon durch die Praxis abgetane alte Plan geändert und durch einen Plan ersetzt werden, nach dem der Hauptschlag aus dem Bezirk Woronesh über Charkow und das Donezbecken auf Rostow geführt wird. Erstens werden wir hier keine uns feindliche, sondern im Gegenteil eine mit uns sympathisierende Umgebung haben, was unser Vorrücken erleichtern wird. Zweitens bekommen wir das äußerst wichtige Eisenbahnnetz (im Donezgebiet) und die Hauptnachschiebader für die Denikinarmee, die Strecke Woronesh-Rostow, in die Hand (ohne diese Strecke bleibt das Kosakenheer den Winter über ohne Versorgung, denn der Don, über den die Donarmee versorgt wird, wird zufrieren, während die Ost-Donezbahn Lichaja-Zarizyn abgeschnitten wird). Drittens spalten wir durch dieses Vorrücken die Denikinarmee in zwei Teile, von denen wir die Freiwilligenarmee Machno zum Fraß überlassen, die Kosakenarmeen aber der Gefahr der Umgehung aussetzen. Viertens erhalten wir die Möglichkeit, die Kosaken mit Denikin zu verfeinden, der (Denikin) im Fall unseres erfolgreichen Vorrückens bemüht sein wird, die Kosakentruppen nach dem Westen zu werfen, worauf die Mehrheit der Kosaken nicht eingehen wird, wenn wir, natürlich, zu dieser Zeit vor den Kosaken die Frage des Friedens, der Friedensverhandlungen und andere mehr stellen. Fünftens bekommen wir Kohle, Denikin aber bleibt ohne Kohle.

Mit der Annahme dieses Planes darf nicht gezögert werden, da der Plan des Oberbefehlshabers betreffs Verschiebung und Verteilung der Regimenter unsere letzten

Erfolge an der Südfront zunichte zu machen droht. Ich spreche schon gar nicht davon, dass der letzte Beschluss des ZK und der Regierung - „Alles für die Südfront“ - vom Hauptquartier ignoriert wird und faktisch von ihm schon aufgehoben ist.

Kurzum: Der alte, vom Leben bereits abgetane Plan darf auf keinen Fall künstlich aufrechterhalten werden - das wäre gefährlich für die Republik, das würde bestimmt die Lage Denikins erleichtern. Er muss durch einen anderen Plan ersetzt werden. Die Umstände und Bedingungen dafür sind nicht nur herangereift, sondern sie diktieren auch gebieterisch eine solche Ersetzung. Dann wird auch die Verteilung der Regimenter auf neue Art vor sich gehen. Andernfalls wird meine Arbeit an der Südfront sinnlos, verbrecherisch, unnötig, was mir das Recht gibt oder, richtiger, mich verpflichtet, sonstwohin zu gehen, und sei es zum Teufel, nur nicht an der Südfront zu bleiben.

Ihr Stalin

Serpuchow,
15. Oktober 1919.

*Zuerst veröffentlicht in der
„Prawda“ Nr. 301,
21. Dezember 1929.*

TELEGRAMM AN W.I. LENIN

Die nach langen Bemühungen der Entente und Denikins als Hauptstütze der Konterrevolution aufgestellten Reiterkorps Schkuro und Mamontows sind in den Kämpfen bei Woronesh vom Reiterkorps des Genossen Budjonny aufs Haupt geschlagen worden. Die roten Helden haben Woronesh genommen. Es wurde große Beute gemacht, die noch gesichtet wird. Vorläufig ist festgestellt, dass alle nach Personen benannten Panzerzüge des Gegners, vor allem der Panzerzug „General Schkuro“, erbeutet worden sind. Die Verfolgung des vernichtend geschlagenen Gegners wird fortgesetzt. Der Nimbus der Unbesiegbarkeit, mit dem der Name der Generale Mamontow und Schkuro umgeben wurde, ist durch die Tapferkeit der roten Helden des Reiterkorps des Genossen Budjonny völlig vernichtet worden.

Revolutionärer Kriegsrat der Südfront Stalin

25. Oktober 1919.

*„Petrogradskaja Prawda“
(Petrograder Prawda) Nr. 244,
26. Oktober 1919.*

ERÖFFNUNGSREDE AUF DEM II. ALLRUSSISCHEN KONGRESS DER KOMMUNISTISCHEN ORGANISATIONEN DER VÖLKER DES OSTENS

22. November 1919

Genossen!

Ich habe den Auftrag, im Namen des ZK der Kommunistischen Partei den II. Kongress der Vertreter der mohammedanischen kommunistischen Organisationen des Ostens^[79] zu eröffnen. Seit dem I. Kongress ist ein Jahr vergangen. In dieser Zeit haben sich in der Geschichte des Sozialismus zwei wichtige Ereignisse abgespielt. Das erste ist die Revolutionierung Westeuropas und Amerikas und die Entstehung der kommunistischen Partei dort im Westen, das zweite ist das Erwachen der Völker des Ostens, das Anwachsen der revolutionären Bewegung im Osten unter den unterdrückten Völkern des Ostens. Dort, im Westen, drohen die Proletarier, die Vorhut der imperialistischen Staaten zu zerschlagen und die Macht in ihre Hände zu nehmen. Hier drohen die Proletarier, das Hinterland des Imperialismus, den Osten, die Quelle des Reichtums, zu zerstören, denn der Osten ist die Grundlage, auf der der Imperialismus seine Reichtümer aufbaut, ist die Quelle, aus der er Kräfte schöpft und zu der er sich zurückziehen will, wenn er in Westeuropa zerschlagen wird.

Vor einem Jahr drohte im Westen der Weltimperialismus, Sowjetrußland in einem engen Ring einzuschließen. Jetzt stellt sich heraus, dass er selbst eingeschlossen ist, weil er sowohl an den Flanken als auch im Rücken geschlagen wird. Als die Delegierten des I. mohammedanischen Kongresses der Völker des Ostens vor einem Jahr wieder nach Hause fuhren, schworen sie, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Völker des Ostens aus dem Schlaf zu reißen und eine Brücke zwischen der Revolution des Westens und den unterdrückten Völkern des Ostens zu schlagen. Wenn man diese Arbeit jetzt überblickt, so kann man mit Befriedigung feststellen, dass diese revolutionäre Arbeit nicht vergebens war, dass die Brücke gegen die Würger der Freiheit aller unterdrückten Völker errichtet ist.

Schließlich, wenn unsere Truppen, unsere roten Truppen so ungestüm nach dem Osten vorgestoßen sind, dann hat natürlich Ihre Arbeit, Genossen Delegierte, hierbei nicht die letzte Rolle gespielt. Wenn heute der Weg nach dem Osten freigelegt ist, dann verdankt die Revolution dies wiederum der gewaltigen Mühe unserer Genossen Delegierten, die diese Arbeit in der letzten Zeit vollbracht haben.

Nur durch die Geschlossenheit der mohammedanischen kommunistischen Organisationen der Völker des Ostens, vor allem der Tataren, Baschkiren, Kirgisen und der Völker Turkestans - nur durch ihre Geschlossenheit kann die rasche Entwicklung der Ereignisse erklärt werden, die im Osten zu beobachten ist.

Ich zweifle nicht, Genossen, dass dieser Kongress, der II. Kongress, der sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht reichhaltiger ist als der I. Kongress, es verstehen wird, die in Angriff genommene Arbeit zur Erweckung der Völker des Ostens, zur Festigung der Brücke, die zwischen dem Westen und dem Osten geschlagen ist, die Arbeit zur Befreiung der werktätigen Massen von dem lange getragenen Joch des Imperialismus fortzusetzen.

Wir wollen hoffen, dass die Funktionäre der kommunistischen mohammedanischen Organisationen das vom I. Kongress erhobene Banner, das Banner der Befreiung der werktätigen Massen des Ostens, das Banner der Zerschlagung des Imperialismus, in Ehren zum Siege tragen werden. (Beifall.)

„Shisn Nazionalnostej“ (Das Leben der Nationalitäten) Nr. 46, 7. Dezember 1919.

GRUSS AN PETROGRAD VON DER SÜDFRONT

Der Revolutionäre Kriegsrat der Südfront übermittelt seinen kameradschaftlichen Dank für den Gruß und für die roten Fahnen, die ihr den Regimentern der Südfront versprochen habt.

Der Revolutionäre Kriegsrat der Südfront wird nicht vergessen, dass Petrograd als erste Stadt der Südfront zu Hilfe gekommen ist und ihr Tausende kampfgestählter fortgeschrittener Arbeiter geschickt hat, die unsere Divisionen mit Siegesglauben entflammt und unsere Front voll-ständig umgewandelt haben.

Die Südfront verdankt ihre jüngsten Erfolge vor allem diesen Arbeitern, den würdigen Söhnen des roten Petrograds.

Seid überzeugt, Genossen, dass die Truppen der Südfront die Erwartungen des russischen Proletariats rechtfertigen und die Fahnen, die ihr ihnen schenkt, in Ehren zum vollen Sieg tragen werden.

Kiew und Kupjansk haben wir schon genommen - der Augenblick ist nicht fern, da die roten Fahnen über Rostow und Nowotscherkassk wehen werden.

Gruß den Petrograder Arbeitern, Gruß den ruhmreichen Matrosen der Baltischen Flotte!

Stalin

*„Petrogradskaja Prawda“
(Petrograder Prawda) Nr. 289,
18. Dezember 1919.*

ZUR MILITÄRISCHEN LAGE IM SÜDEN

I

DIE GESCHEITERTEN PLÄNE DER ENTENTE

Im Frühjahr 1919 wurde der kombinierte Feldzug Koltshaks, Denikins und Judenitschs gegen Sowjetrußland ausgeheckt. Der Hauptschlag sollte von Koltshak geführt werden, mit dem sich Denikin in Saratow zu vereinigen hoffte, um gemeinsam vorn Osten her gegen Moskau vorzurücken. Der Nebenschlag gegen Petrograd wurde Judenitsch überlassen.

Das Ziel des Feldzugs wurde in dem Bericht Gutschkows an Denikin dahingehend formuliert, „den Bolschewismus durch Wegnahme seiner Hauptlebenszentren, Moskau und Petrograd, mit einem Schlag zu erdrosseln“.

Der Plan des Feldzugs selbst war in einem Brief Denikins an Koltshak entworfen worden, der uns mitsamt dem Stab Grischins-Almasows im Frühjahr 1919 in die Hände fiel. „Die Hauptsache ist, nicht an der Wolga haltzumachen“, schrieb Denikin an Koltshak, „sondern weiter vorzustößen nach dem Herzen des Bolschewismus, nach Moskau. Ich hoffe, mich mit Ihnen in Saratow zu treffen ... Die Polen werden das ihrige tun; was Judenitsch anbelangt, so ist er bereit und wird nicht zögern, gegen Petrograd loszuschlagen...“

So schrieb Denikin im Frühjahr, als die Offensive Koltshaks gegen die Wolga in vollem Gange war.

Dieser Plan scheiterte jedoch. Koltshak wurde hinter den Ural zurückgeworfen. Denikin wurde auf der Linie Sejmfluß-Liski-Balaschow zum Stehen gebracht, Judenitsch hinter Jamburg zurückgedrängt. Sowjetrußland blieb heil und unversehrt.

Aber die Ententekannibalen ließen nicht locker. Zum Herbst 1919 hatten sie einen neuen Plan für einen Vernichtungsfeldzug ausgeheckt. Koltshak wurde natürlich abgeschrieben. Sie verlagerten den Schwerpunkt vorn Osten nach dem Süden, von wo aus Denikin den Hauptschlag führen sollte. Wie im Frühjahr wurde Judenitsch der Nebenschlag, ein neuer Feldzug gegen Petrograd, überlassen. Der ehemalige Befehlshaber der Freiwilligenarmee, General Maj-Majewski, sagte in seiner Rede am Tag nach der Einnahme von Orel, dass er „spätestens Ende Dezember, zu Weihnachten 1919“, mit seinen Truppen in Moskau zu sein habe.

Die Anmaßung der Denikinleute ging so weit, dass die Kapitalisten des Donezbeckens schon im Oktober den Preis von einer Million (in Nikolausnoten) für dasjenige Regiment der Freiwilligenarmee aussetzten, das als erstes in Moskau einziehen würde...

Aber das Schicksal wollte es, dass auch dieser Plan scheiterte. Die Truppen Denikins wurden hinter Poltawa, Kupjansk und Tschertkowo zurückgeworfen. Judenitsch wurde vernichtend geschlagen und über die Narwa zurückgejagt. Was Koltshak anbelangt, so besteht seine Armee nach ihrer vernichtenden Niederlage bei Nowo-Nikolajewsk nur noch in der Erinnerung.

Rußland blieb auch diesmal heil und unversehrt.

Das Fiasko der Konterrevolution war diesmal derart unerwartet und plötzlich, dass die Sieger über das imperialistische Deutschland, die alten Wölfe der Entente, gezwungen waren, in aller Öffentlichkeit zu erklären: „Der Bolschewismus ist nicht mit Waffengewalt zu besiegen.“ Und die Kopflosigkeit der Fakire des Imperialismus ging so weit, dass sie, die die Fähigkeit verloren haben, die wirklichen Ursachen der Niederlage der Konterrevolution zu erkennen, Rußland bald mit „Flugsand“ verglichen, wo „selbst der beste Heerführer“ unvermeidlich scheitern müsse, bald mit einer „unermesslichen Wüste“, wo einer beliebigen, selbst der „besten Truppe“ der Tod gewiss sei.

II ÜBER DIE URSACHEN DER NIEDERLAGE DER KONTERREVOLUTION

Welches sind die Ursachen der Niederlage der Konterrevolution, vor allem Denikins?

A) Die Unzuverlässigkeit des Hinterlands der konterrevolutionären Truppen. Keine Armee der Welt kann ohne ein festes Hinterland siegen. Nun, und das Hinterland Denikins (und auch Koltschaks) ist absolut nicht fest. Diese Tatsache der Unzuverlässigkeit des Hinterlands der konterrevolutionären Truppen erklärt sich aus dem sozialen Charakter der Regierung Denikin-Koltschak, die diese Truppen aufgestellt hat. Denikin und Koltschak bringen nicht nur das Joch des Gutsbesitzers und des Kapitalisten, sondern auch das Joch des englisch-französischen Kapitals mit sich. Ein Sieg Denikins und Koltschaks würde den Verlust der Selbständigkeit Rußlands, die Verwandlung Rußlands in eine Melkkuh der englischen und französischen Geldsäcke bedeuten. In diesem Sinne ist die Regierung Denikin-Koltschak die volksfeindlichste, die antinationalste Regierung. In diesem Sinne ist die Sowjetregierung die einzige Volksregierung und die einzige nationale Regierung im besten Sinne dieses Wortes, denn sie bringt nicht nur die Befreiung der Werktätigen vom Kapital, sondern auch die Befreiung ganz Rußlands vom Joch des Weltimperialismus, die Verwandlung Rußlands aus einer Kolonie in ein selbständiges freies Land.

Ist es nicht klar, dass die Regierung Denikin-Koltschak und ihre Truppen weder die Achtung noch die Unterstützung der breiten Schichten der russischen Bevölkerung genießen können?

Ist es nicht klar, dass es in den Truppen Denikins und Koltschaks nicht den leidenschaftlichen Siegeswillen und die Begeisterung geben kann, ohne die der Sieg überhaupt unmöglich ist?

Das Hinterland Denikins und Koltschaks kracht in seinen Fugen, es untergräbt die Grundpfeiler der Front, weil die Regierung Denikin-Koltschak eine Regierung der Versklavung des russischen Volkes ist, eine Regierung, die im höchsten Maße das Misstrauen der breiten Schichten der Bevölkerung hervorruft.

Das Hinterland der Sowjettruppen erstarkt, es nährt mit seinen Säften die rote Front, weil die Sowjetregierung eine Regierung der Befreiung des russischen Volkes ist, eine Regierung, die im höchsten Maße das Vertrauen der breiten Schichten der Bevölkerung genießt.

B) Die peripherische Lage der Konterrevolution. Schon zu Beginn der Oktoberumwälzung zeichnete sich eine gewisse geographische Grenze zwischen Revolution und Konterrevolution ab. Im Verlauf der weiteren Entwicklung des Bürgerkriegs haben sich die Gebiete der Revolution und die der Konterrevolution endgültig herausgebildet. Das innere Rußland mit seinen industriellen und kulturpolitischen Zentren, Moskau und Petrograd, mit seiner in nationaler Hinsicht gleichartigen, vorwiegend russischen Bevölkerung wurde zur Basis der Revolution. Die Randgebiete Rußlands hingegen, hauptsächlich das südliche und das östliche Randgebiet, die keine wichtigen industriellen und kulturpolitischen Zentren und in nationaler Hinsicht eine höchst verschiedenartige Bevölkerung haben, die einerseits aus privilegierten kosakischen Kolonisatoren und andererseits aus rechtlich benachteiligten Tataren, Baschkiren, Kirgisen (im Osten), aus Ukrainern, Tschetschenen, Inguschen und anderen mohammedanischen Völkern besteht, wurden zur Basis der Konterrevolution.

Es lässt sich unschwer begreifen, dass an einer solchen geographischen Verteilung der kämpfenden Kräfte Rußlands nichts Unnatürliches ist. In der Tat: Wer anders kann denn die Basis der Sowjetregierung sein, wenn nicht das Proletariat von Petrograd und Moskau? Wer anders kann denn das Bollwerk der Konterrevolution Denikins und Koltschaks sein, wenn nicht das altüberlieferte Instrument des russischen Imperialismus, das Privilegien genießt und als militärischer Stand organisiert ist - die Kosakenschaft, die von jeher die nichtrussischen Völker in den Randgebieten ausbeutet?

Ist es nicht klar, dass es gar keine andere „geographische Verteilung“ geben konnte?

Aber dieser Umstand brachte (und bringt auch weiterhin) eine ganze Reihe verhängnisvoller unvermeidlicher Nachteile für die Konterrevolution und ebenso viele unvermeidliche Vorteile für die Revolution mit sich.

Für den Erfolg der Truppen, die in der Epoche eines erbitterten Bürgerkriegs operieren, ist die Einheit und Geschlossenheit desjenigen lebendigen menschlichen Milieus absolut notwendig, mit dessen Elementen diese Truppen genährt werden und dank dessen Säften sie bei Kräften bleiben, wobei die Einheit national (besonders zu Beginn des Bürgerkriegs) oder klassenmäßig (besonders wenn der Bürgerkrieg sich entfaltet hat) sein kann. Ohne eine solche Einheit sind dauerhafte militärische Erfolge undenkbar. Aber darum handelt es sich ja gerade, dass die Randgebiete Rußlands (das östliche und südliche) für die Truppen Denikins und Koltshaks sowohl in nationaler als auch in klassenmäßiger Hinsicht nicht einmal das Minimum an Einheit des lebendigen Milieus darstellen noch darstellen können, ohne das (wie ich oben gesagt habe) ein ernstlicher Sieg unmöglich ist.

In der Tat, welche nationale Einheit kann es geben zwischen den nationalen Bestrebungen der Tataren, Baschkiren, Kirgisen (im Osten), der Kalmücken, Tschetschenen, Inguschen, Ukrainer (im Süden) einerseits und den echt russischen selbstherrlichen Verwaltungsbehörden Koltshaks und Denikins andererseits?

Oder weiter: Welche klassenmäßige Einheit kann es geben zwischen der privilegierten Kosakenschaft des Urals, Orenburgs, des Dons, des Kubans einerseits und der gesamten übrigen Bevölkerung der Randgebiete, die russischen „Zugewanderten“ nicht ausgenommen, die von alters her von den umwohnenden Kosalten unterdrückt und ausgebeutet werden?

Ist es nicht klar, dass Truppen, die aus so verschiedenartigen Elementen zusammengesetzt sind, beim ersten ernstlichen Schlag der Sowjetarmeen unvermeidlich zerfallen müssen, dass ein jeder solcher Schlag unvermeidlich den Drang der nichtkosakischen Elemente in den Randgebieten Rußlands nach der Sowjetregierung, die von Grund aus Großmachtgelüste ablehnt und den nationalen Bestrebungen dieser Elemente bereitwillig entgegenkommt, verstärken muss?

Im Gegensatz zu den Randgebieten bietet das innere Rußland ein völlig anderes Bild. Erstens ist es in nationaler Hinsicht einheitlich und geschlossen, denn neun Zehntel seiner Bevölkerung bestehen aus Großrussen. Zweitens wird die Erreichung der klassenmäßigen Einheit des lebendigen Milieus, das die Front und das rückwärtige Gebiet der Sowjettruppen nährt, dadurch erleichtert, dass zu diesem Milieu das Proletariat Petrograds und Moskaus gehört, das unter der Bauernschaft Popularität genießt und sie fest um die Sowjetregierung zusammenschließt.

Daraus erklärt sich unter anderem auch der erstaunliche Kontakt zwischen dem Hinterland und der Front in Sowjetrußland, womit die Regierung Koltshak-Denikin niemals glänzen konnte: die Sowjetregierung brauchte nur den Ruf um Hilfe für die Front ergehen zu lassen, und Rußland stellt im Nu einen ganzen Reigen neuer Regimente.

Hierin muss auch die Quelle der erstaunlichen Kraft und der beispiellosen Elastizität gesucht werden, die Sowjetrußland gewöhnlich in kritischen Momenten offenbart.

Hier muss auch die Ursache für die den aufgeklärten Schamanen der Entente unverständliche Tatsache gesucht werden, dass „die konterrevolutionären Truppen, wenn sie bestimmte Grenzen erreicht haben (die Grenzen des inneren Rußlands!), unvermeidlich eine Katastrophe erleiden...“

Aber außer den oben angeführten tiefen Ursachen der Niederlage der Konterrevolution, vor allem Denikins, gibt es noch andere, unmittelbare Ursachen (wir haben hauptsächlich die Südfront im Auge).

Das sind:

1. die Verbesserung des Reserve- und Ersatzwesens an der sowjetischen Südfront;
2. die Verbesserung des Versorgungswesens;

3. der Zustrom aus Petrograd, Moskau, Twer, Iwanowo-Wosnessensk an die Front kommender kommunistischer Arbeiter, die in unsere südlichen Regimenter eintraten und diese völlig umwandelten;
4. das Ingangkommen der Verwaltungsapparate, die früher durch die Überfälle Mamontows ganz desorganisiert worden waren;
5. die geschickte Anwendung des Systems offensiver Flankenstöße durch das Oberkommando der Südfront;
6. der methodische Charakter der Offensive selbst.

III DIE JETZIGE LAGE AN DER SÜDFRONT

Von allen Truppen Denikins muss man als ernsteste Kraft ansehen: die Freiwilligenarmee (Infanterie), da diese am qualifiziertesten ist und eine große Reserve von aktiven Offizieren bei den Regimentern besitzt, und die Reiterkorps Schkuros und Mamontows (Kavallerie). Die Freiwilligenarmee hatte die Aufgabe, Moskau einzunehmen, die Kavallerie Schkuros und Mamontows hingegen - Einbrüche ins rückwärtige Gebiet unserer südlichen Armeen zu erzielen und dort Zerstörungen anzurichten.

Die ersten entscheidenden Erfolge unserer Infanterie zeigten sich in den Kämpfen bei Orel, im Gebiet Kromy-Dmitrowsk_ Hier hat unsere Infanterie das erste Korps (das beste Korps) der Freiwilligenarmee zerschlagen, das Korps des Generals Kutepow, bestehend aus der Kornilowschen, der Drosdowschen, der Markowschen und der Alexejewschen Division.

Die ersten entscheidenden Erfolge unserer Kavallerie hingegen zeigten sich in den Kämpfen bei Woronesh, im Gebiet der Flüsse Ikorez, Usman, Woronesh und Don. Hier stieß unsere von Genossen Budjonny geführte Reitergruppe zum erstenmal mit den vereinigtest Korps Schkuros und Mamontows zusammen und rannte sie über den Haufen.

Durch unsere Erfolge bei Orel und Woronesh wurde das Fundament für das gesamte weitere Vorrücken unserer Armeen nach Süden gelegt. Die Erfolge bei Kiew, Charkow, Kupjansk und Liski sind nur eine Folge und eine Weiterentwicklung der Haupterfolge bei Orel und Woronesh. Jetzt befindet sich die Freiwilligenarmee auf einem ungeordneten Rückzug vor unseren Truppen, ohne Verbindung und Führung, wobei sie an Toten, Verwundeten und Gefangenen nicht weniger als die Hälfte ihres alten Bestands eingebüßt hat. Man kann mit Bestimmtheit sagen, dass sie bald jede Kampffähigkeit verliert, wenn sie nicht ins Hinterland zurückgenommen und ernstlich aufgefrischt wird.

Was die Reitergruppe Schkuros und Mamontows anbelangt, so kann sie trotz ihrer Verstärkung durch zwei neue Kubankorps (die Korps der Generale Ulagai und Naumenko) und durch die gemischte Ulanendivision des Generals Tschesnokow doch keine ernstliche Gefahr für unsere Kavallerie darstellen. Ein Beweis hierfür sind die vor kurzem ausgefochtenen Kämpfe bei Lissitschansk, wo die verstärkte Gruppe Schkuros und Mamontows von unserer Reiterei vernichtend geschlagen wurde und siebzehn Geschütze, achtzig Maschinengewehre und mehr als tausend Niedergesäbelte zurückließ.

Natürlich kann man nicht sagen, dass die Armeen Denikins schon zerschmettert seien. Die Zersetzung in den Armeen Denikins ist noch nicht so weit gegangen wie die in den Armeen Koltschaks. Denikin kann uns vorläufig noch gewisse taktische und vielleicht auch gewisse strategische Streiche spielen. Man sollte auch nicht vergessen, dass wir Denikin innerhalb von zehn Wochen nur rund 150 Geschütze, 600 Maschinengewehre, 14 Panzerzüge, 150 Lokomotiven, 10000 Waggons und 16000 Mann an Gefangenen abnehmen konnten. Aber eins steht immerhin fest: Die Armeen Denikins rollen unaufhaltsam auf den Bahnen der Armeen Koltschaks in den Abgrund, während unsere Armeen qualitativ und quantitativ von Tag zu Tag stärker werden.

Darin besteht das Unterpfand für die endgültige Zerschlagung Denikins.

Serpuchow,
26. Dezember 1919.

*„Prawda“ Nr. 293,
28. Dezember 1919.
Unterschrift: J. Stalin*

PS:^[80] Dieser Artikel wurde geschrieben, bevor unsere Truppen die Denikinfront bei Taganrog durchbrochen hatten. Daraus erklärt sich denn auch sein vorsichtiger Charakter. Jetzt jedoch, da die Front Denikins durchbrochen ist, da die Freiwilligendivisionen von der Don- und der Kaukasusarmee Denikins abgeschnitten sind, da unsere Truppen in zweitägigen Kämpfen im Vorgelände von Taganrog (am 1. und 2. Januar) dem Gegner über zweihundert Geschütze, sieben Panzerzüge, vier Tanks und eine Masse anderen Materials abgenommen haben, da unsere Truppen nach der Befreiung Taganrogs die Brutstätten der Konterrevolution - Nowotscherkassk und Rostow - belagern, jetzt kann mit Bestimmtheit gesagt werden, dass die Zerschlagung der Armeen Denikins mit Volldampf vorangeht. Noch ein Schlag - und der vollständige Sieg ist gesichert.

Kursk,
7. Januar 1920.

*Zeitschrift „Rewoluzionny Front“
(Die revolutionäre Front) Nr. 1,
15. Februar 1920.
Unterschrift: J. Stalin.*

165

1920

BEFEHL AN DIE ARBEITSARMEE DER UKRAINE

7. März 1920

Laut Direktive Nr. 1247/op/123/sch des Oberbefehlshabers aller Streitkräfte der RSFSR und laut Befehl Nr. 271 des Revolutionären Kriegsrats der Südwestfront wird die 42. Division vom 7. März an in die Ukrainische Arbeitsarmee^[81] eingegliedert.

Die heldenhafte 42. Division, die Schulter an Schulter mit den anderen Divisionen der Front heroisch gegen die Feinde Rußlands gekämpft und zusammen mit diesen Divisionen die Freiwilligenarmee Denikins zerschmettert hat, muss jetzt die Waffen beiseite legen, um den Kampf gegen die wirtschaftliche Zerrüttung aufzunehmen und das Land mit Steinkohle zu versorgen.

Kommandeure der 42. Division! Ihr habt es verstanden, in den Kämpfen gegen Denikin die Rotarmisten von Sieg zu Sieg zu führen - beweist, dass ihr im Kampf gegen die Kohlenkrise fähig seid, nicht geringere Siege zu erringen!

Kommissare der 42. Division! Ihr habt es verstanden, auf dem Schlachtfeld mustergültige Ordnung und Disziplin unter den Rotarmisten aufrechtzuerhalten - beweist, dass ihr im Kampf für die Kohle fähig seid, das heilige Banner der Arbeitsdisziplin unbefleckt zu bewahren!

Rotarmisten der 42. Division! Ihr habt es verstanden, euch ehrenvoll und selbstlos gegen die Feinde des Rußlands der Arbeiter und Bauern zu schlagen - beweist, dass ihr fähig seid, ebenso ehrenvoll und selbstlos für die Anfuhr von Kohle an die Stationen, ihre Verladung in Waggons und die Begleitung der Kohlenfrachten bis zum Bestimmungsort zu arbeiten.

Seid eingedenk, dass Kohle für Rußland ebenso wichtig ist wie der Sieg über Denikin.

Die Regimenter der III. Armee im Ural haben sich bei der Beschaffung und der Anfuhr von Brennholz schon ausgezeichnet. Die Regimenter der Reservearmee im Wolgagebiet haben sich bei der Reparatur von Lokomotiven und Waggons mit Ruhm bedeckt. Die 42. Division muss zeigen, dass sie nicht hinter den anderen zurücksteht, indem sie dem Land die Anfuhr, Verladung und Begleitung der Kohle sichert.

Das erwartet von euch das Rußland der Arbeiter und Bauern.

Vorsitzender des Rates der Ukrainischen Arbeitsarmee

J. Stalin

*Zuerst veröffentlicht 1940 in der
Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“
(Die proletarische Revolution) Nr. 3.*

REDEN AUF DER IV. KONFERENZ DER KP(B) DER UKRAINE^[82]

17.-23. März 1920

1. REDE BEI ERÖFFNUNG DER KONFERENZ

17. März

Genossen! Bis jetzt hat vor Ihnen, den Kommunisten im Hinterland und an der Front der Ukraine, eine Hauptaufgabe gestanden - die angreifenden Polen aufzuhalten, Petljura zu zerschlagen und Denikin zu verjagen. Diese Aufgabe wird, wie jetzt nicht nur unsere Freunde, sondern auch die Feinde zugeben, mit Erfolg erfüllt.

Jetzt, da die Ukraine von dem grimmigsten Feind der Revolution, von der Armee Denikins, befreit ist, stehen Sie vor einer anderen nicht weniger wichtigen und komplizierten Aufgabe - vor der Aufgabe, die zerstörte Wirtschaft der Ukraine wiederherzustellen. Ohne Zweifel werden Sie, die Sie mit Denikin fertig geworden sind, auch mit der Zerrüttung fertig werden, werden Sie es verstehen, alle Kräfte, die ganze Energie, durch die sich die Kommunisten von den anderen Parteien unterscheiden, aufzubieten, um die Zerrüttung zu mindern und den Genossen im Norden zu helfen.

Es liegen Anzeichen dafür vor, dass im Norden mit der Erfüllung dieser Aufgabe begonnen wird. Die Berichte der Arbeitsarmeen zeugen davon, dass immer mehr Lokomotiven und Waggons repariert werden, dass sich die Brennstoffförderung entwickelt und verstärkt. Die Industrie des Urals wächst ebenfalls, und es geht mit ihr bergauf. Ich zweifle nicht daran, dass Sie nach dem Vorbild der Genossen im Norden dasselbe erreichen werden.

Bei der Lösung dieser Aufgabe werden die Kommunisten unbedingt den Sieg erringen, weil unsere Partei geschlossen, einig und der Sache ergeben ist und weil über all dem unser Leitspruch steht - „Sterben, aber das Begonnene zu Ende führen“. Nur dank ihrer Disziplin und Geschlossenheit kann die Partei erfolgreich Tausende von Funktionären in alle Rayons, in alle Gebiete schicken. Diese Disziplin und Geschlossenheit haben es ermöglicht, den Sieg über den Imperialismus zu erringen, sie geben uns auch die Hoffnung, dass wir den zweiten Feind, die Zerrüttung, ebenfalls besiegen werden.

2. REFERAT ÜBER DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK

19. März

Ich habe über die nächsten Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus zu berichten.

Vor einem Jahr, als unsere Föderation in einem engen Ring von Truppen eingeschlossen war, die durch die internationalen Imperialisten subsidiert wurden, gab der Verteidigungsrat die Losung aus: „Alles für die Front“. Das bedeutet, dass unsere ganze Aufbauarbeit darauf eingestellt war, die Front zu versorgen und zu festigen. Die einjährige Praxis hat gezeigt, dass der Verteidigungsrat Recht hatte, denn im Laufe eines Jahres wurden unsere schlimmsten Feinde zurückgeworfen - Judenitsch, Koltschak, Denikin sind im wesentlichen zerschlagen. So hat die praktische Ausführung der Losung „Alles für die Front“ positive Ergebnisse gezeitigt.

Vor ungefähr zwei Monaten gab der Verteidigungsrat eine andere Losung aus: „Alles für die Volkswirtschaft“. Das bedeutet, dass es notwendig ist, unsere gesamte schöpferische Arbeit auf neue, auf wirtschaftliche Bahnen umzustellen, dass es notwendig ist, alle lebendigen Kräfte auf den Altar der Wirtschaft zu werfen. Das bedeutet jedoch nicht, dass es bei uns

keine militärische Aufgabe mehr gäbe. Zwei Versuche der Entente, das Föderative Sowjetrußland niederzuschlagen – der erste vom Osten her mit Hilfe Koltschaks, der zweite vom Süden her mit Hilfe Denikins -, sind missglückt. Offenbar wird jetzt ein neuer Schlag, vom Westen her, geplant. Die Entente ist nicht so dumm, die Kräfte der polnischen Schlachta nicht auszunutzen, und sei es auch nur, um unsere Föderation daran zu hindern, sich wieder dem Aufbau zuzuwenden. Außerdem wissen wir noch nicht, welche nächste Perspektiven sich in Verbindung mit dem deutschen Umsturz^[83] eröffnen. Wie man sieht, geht der Westen mit einigen neuen, jedoch völlig klar erkennbaren Komplikationen schwanger. Deswegen darf man nicht sagen, dass wir den militärischen Aufgaben den Rücken kehren, wenn wir unsere ganze Arbeit auf die Wiederherstellung der Volkswirtschaft umstellen. Trotzdem muss die Hauptlosung immer im Vordergrund stehen.

Wodurch wurde nun die vom Verteidigungsrat und vom Zentralkomitee unserer Partei ausgegebene neue Losung hervorgerufen? Sie wurde dadurch hervorgerufen, Genossen, dass wir ein Bild der völligen Zerstörung der Volkswirtschaft vor uns hatten, als wir nach der Zerschlagung des äußeren Feindes um uns blickten.

Welche Fragen erheben sich vor uns in Verbindung mit der Aufgabe, die durch den Krieg zerstörte Volkswirtschaft wiederherzustellen?

Die Hauptfrage bei der Wiederherstellung der Volkswirtschaft ist die Brennstofffrage. Alle imperialistischen Kriege wurden um Brennstoff geführt. Alle Schliche der Entente liefen darauf hinaus, uns den Brennstoff zu rauben.

Es gibt drei Arten von Brennstoff: Kohle, Erdöl, Holz.

Beginnen wir mit der Kohlenfrage.

Im Jahre 1916, das heißt vor der Revolution, förderten wir monatlich nicht weniger als 140 bis 150 Millionen Pud Kohle und führten nicht weniger als 120 Millionen Pud Kohle in andere Gebiete aus. Heute fördern wir nicht mehr als 18 Millionen Pud Kohle und Anthrazit und führen nicht mehr als 4 bis 5 Millionen Pud aus. Das Bild ist klar.

Die zweite Brennstoffart ist das Erdöl. Das Hauptgebiet der Erdölgewinnung ist das Bakuer Gebiet. Insgesamt lieferte Baku 1916 ungefähr 500 Millionen Pud Erdöl. Grosny - rund 100 Millionen, der, Ural (Emba) - ungefähr 15 Millionen. Bekanntlich ist die Haupterdölquelle - Baku - nicht in unseren Händen. Über Grosny lohnt es sich nicht zu sprechen. Ich weiß nicht, in welchem Zustand wir Grosny bekommen werden. Als Brennstoffquelle betrachtet, hat es überaus reiche Erdölvorkommen. Im vergangenen Jahr erreichte die Förderung dort 200 Millionen Pud. Aber in welchem Zustand wir es bekommen werden, weiß ich nicht. Nur eins ist bekannt, dass die Weißen es gründlich zerstört haben.

Die dritte Brennstoffart ist das Holz. Rechnet man Holz in Kohle um, so haben wir in früheren Zeiten jährlich insgesamt etwa 500 Millionen Pud bekommen. Jetzt beträgt die Holzgewinnung nach den Angaben des Hauptkomitees für Forstwirtschaft nicht mehr als 50 Prozent.

Hinsichtlich des Brennstoffs ist, wie Sie sehen, unsere Lage kritisch.

Die zweite Frage ist das Hüttenwesen. Man kann wohl sagen, dass fast die einzige Quelle von Erz, Roheisen und Fertigerzeugnissen bei uns das Donez-Kriwoirog-Becken war und auch bleibt. Im Jahre 1916 wurden monatlich nicht weniger als 16 Millionen Pud Roheisen produziert. Im Gebiet des Donezbeckens waren damals bei uns nicht weniger als 65 Hochöfen in Betrieb. Jetzt ist von den 65 kein einziger tätig. Im Jahre 1916 erhielten wir monatlich von unseren Hüttenwerken bis zu 14 Millionen Pud Halbzeug. Jetzt nicht mehr als 5 Prozent. Im Jahre 1916 erhielten wir monatlich etwa 12 Millionen Pud Fertigerzeugnisse. Jetzt 2 bis 3 Prozent. Auch um das Hüttenwesen ist es äußerst schlecht bestellt.

Die dritte Frage ist das Getreide. Soll die Industrie wiederaufgebaut werden, so müssen die Arbeiter ernährt werden. Die Getreidenot - das ist der Hauptmangel und die Hauptursache für die Lähmung unserer Industrie. Vor dem Krieg ernteten wir auf dem Territorium der Föderation bis zu 5 Milliarden Pud Getreide. Davon führten wir über fünfhundert Millionen

ins Ausland aus. Alle restlichen Überschüsse wurden für den inneren Verbrauch verwandt. Selbst im Jahre 1914, als der Krieg begann, vermochten wir innerhalb von zehn Monaten bei geschlossenen Grenzen bis zu dreihundert Millionen Pud Getreide auszuführen. Weiterhin ging die Ausfuhr bis auf dreißig Millionen zurück.

All dies zeugt davon, dass wir Überschüsse haben und haben müssen. Wenn man fragt, ob die objektive Möglichkeit vorhanden ist, Getreide aufzubringen und den Getreidefonds zu schaffen, ohne den die Hebung der Industrie unmöglich sein wird, so kann man offenbar antworten, dass dies unbedingt der Fall ist. Es ist für uns objektiv durchaus möglich, den Fonds von dreihundert Millionen aufzubringen, von dem unsere Genossen so viel Wesens machen. Es kommt darauf an, einen elastischen Apparat zu schaffen, die Stimmung der Bauernschaft zu berücksichtigen, sich mit Geduld und Verständnis zu wappnen und mit dieser Arbeit die notwendigen Kräfte zu betrauen, Kräfte, die es mit wirtschaftlichem Geschick verstehen werden, das Wort in die Tat umzusetzen. Hierbei könnte ich mich auf unsere Praxis in der Ukraine berufen. Vor gar nicht langer Zeit wurde festgestellt, dass sich bei der letzten Ernte in der Ukraine nicht weniger als 600 Millionen Pud Getreide angehäuften hatten. Bei einer gewissen Anstrengung hätte man diese sechshundert Millionen erfassen können. Aber unsere Lebensmittelorgane beschlossen, eine Ablieferung von nicht mehr als 160 Millionen zu veranschlagen, wobei sie annahmen, dass es gelingen werde, bis zum März ungefähr 40 Millionen aufzubringen. Dies konnte jedoch nicht erreicht werden. Angesichts der Zerfahrenheit unserer Organe, unter Verhältnissen, wo die Machnoleute auf die Aufbringungsfunktionäre buchstäblich Jagd machen, angesichts der Kulakenaufstände in einigen Rayons konnten wir anstatt 40 Millionen alles in allem nur etwa zwei Millionen aufbringen.

Die nächste Frage ist die Zuckerfrage. Im Jahre 1916 wurden bei uns ungefähr 115 Millionen Pud Zucker produziert. Der Bedarf belief sich auf einhundert Millionen Pud. Heute aber haben wir insgesamt nur etwa drei Millionen Pud.

Das ist gegenwärtig die Lage unserer durch den Krieg zerstörten Volkswirtschaft.

Diese Wirtschaftslage der Föderation zwingt uns natürlich, die Losung auszugeben: „Alles für die Volkswirtschaft“.

Was bedeutet diese Losung? Sie läuft darauf hinaus, dass unsere ganze Agitations- und Aufbauarbeit auf neue wirtschaftliche Bahnen umgestellt werden muss. Jetzt müssen wir aus den Reihen der Arbeiter unsere eigenen Wirtschaftsoffiziere und -unteroffiziere hervorbringen, die das Volk unterweisen werden, wie der Kampf gegen die Zerrüttung zu führen und eine neue Wirtschaft aufzubauen ist. Nur im Kampf gegen die Zerrüttung ist ein Neuaufbau möglich, dazu aber müssen wir unsere eigenen Arbeitsoffiziere großziehen. Wenn wir im vergangenen Jahr einen Wettbewerb zwischen den Truppenteilen veranstaltet haben, so müssen wir jetzt mit den Werktätigen in den Betrieben, in den Werken und Fabriken, auf den Eisenbahnen und in den Gruben dasselbe tun. Es liegt auf der Hand, dass dazu nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Bauern und die anderen Werktätigen herangezogen werden müssen.

Außer allem Gesagten muss noch bemerkt werden, dass den Wirtschaftsorganen im Lande, insbesondere denen der Gebiete und der Bezirke, beim Wiederaufbau der Industrie größere Rechte und mehr Selbständigkeit gewährt werden müssen, als das bisher der Fall war. Bisher war es so, dass die „Glawki“ (Abkürzung für Glawny komitet = Hauptausschuss. Der Übers.) und nur die „Glawki“ die Arbeit leiteten. Jetzt muss man den örtlichen Stellen besondere Aufmerksamkeit schenken und ihnen die Möglichkeit geben, endlich jene Initiative zu zeigen, ohne die es schwer ist, die Wirtschaft in Gang zu bringen.

Schließlich muss die Aufmerksamkeit auf die Unterstützung derjenigen Organisationen gerichtet werden, die der Verteidigungsrat von der militärischen Arbeit auf die Entwicklung der Wirtschaft umgestellt hat. Ich spreche von den Räten der Arbeitsarmeen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es nicht immer zweckmäßig ist, ganze Einheiten der Armeen mechanisch auf

die Wirtschaftsarbeit umzustellen. Hier muss eine gewisse Koordinierung der Arbeit der Reserveeinheiten mit der Arbeit der Werktätigen im Hinterland in die Wege geleitet werden. Zur Ukrainischen Arbeitsarmee übergehend, muss ich bemerken, dass sie aus vielen Gründen erst vor kurzem mit ihrer Arbeit begonnen hat. Die erste Aufgabe bestand in der Klärung der Lage, und danach galt es, die notwendigen praktischen Maßnahmen zu ergreifen. Das, was geklärt werden konnte, bietet ein wenig erfreuliches Bild. In einer besonders schweren Lage befindet sich das Eisenbahnverkehrswesen. Es muss bemerkt werden, dass sich auf den vier Strecken der Ukraine, der Südwest-, der Süd-, der Donez- und der Jekaterinenbahn, eine nicht geringe Anzahl von Lokomotiven befindet, von denen jedoch 70 Prozent schadhaft sind. Das bedeutet, dass wir jetzt statt 45 Zugpaare, die täglich auf der Strecke Charkow-Moskau verkehrten, nur 4 bis 5, im Höchstfall 8 abfertigen können.

Nachdem der Rat der Arbeitsarmee alle diese Informationen über die Lage in der Ukraine erhalten hatte, traf er eine Reihe praktischer Maßnahmen, von denen ich folgende nennen muss:

erstens, die Arbeit in der Kohlenindustrie zu militarisieren und auch die Dorfbevölkerung auf dem Wege der Arbeitspflicht zur Verwendung beim Transport und bei der Anfuhr von Kohle zu mobilisieren;

zweitens, neue Kräfte aus den Reihen der Arbeiter für die Industrie heranzuziehen, ist uns doch bekannt, dass von 250000 Arbeitern, die vor der Revolution gearbeitet haben, nur noch 80000 da sind. Dabei muss zur Heranziehung dieser neuen Kräfte die Lebensmittelversorgung geregelt werden, und auch in dieser Richtung treffen wir eine Reihe von Maßnahmen;

drittens, an der Spitze der Kohlenindustrie eine Zentralverwaltung zu schaffen mit einer Sanitätsverwaltung, einer Abteilung für Fernmeldewesen, einer Abteilung für Versorgung, einem Militärtribunal und einer Politischen Abteilung.

All dies ist notwendig, damit die Industrie und das Verkehrswesen in der Ukraine auf die nötige Höhe gebracht werden und eine regelmäßige Versorgung mit Arbeitskräften und Lebensmitteln, mit ärztlicher Hilfe und politischen Funktionären erreicht wird, damit den Drückebergern und Arbeitsdeserteuren die Lust vergeht, sich aus dem Donezbecken zu verziehen, damit in der Industrie und im Verkehrswesen Arbeitsdisziplin herrscht. Mit dem heutigen Tag wird der Vorsitzende des Donez-Gouvernementskomitees der Kommunistischen Partei nach einer Vereinbarung zwischen dem ZK der KPR und dem ZK der Ukraine gleichzeitig zum Chef der Politischen Abteilung der Kohlenindustrie ernannt. Für die ganze Verteilung der Parteikräfte und die Versetzung der Funktionäre aus einem Bezirk in den anderen im Auftrag der Kohlenindustrie wird nunmehr die Politische Abteilung zuständig sein. Das sind im ganzen die Maßnahmen, die verwirklicht werden müssen, um mit der Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Volkswirtschaft der Föderation zu beginnen und sie auf dem Wege der maximalen Entwicklung vorwärts zutreiben.

Zum Schluss meines Berichts unterbreite ich Ihrer Aufmerksamkeit die Thesen des ZK der KPR über den Wirtschaftsaufbau^[84].

3. SCHLUSSWORT ZUM REFERAT ÜBER DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK

20. März

Man muss feststellen, dass keiner der Delegierten versucht hat, den Thesen des ZK irgendeine andere Resolution gegenüberzustellen. Die Resolution der Charkower Konferenz dient nur als Ergänzung zu den Resolutionen des VII. Sowjetkongresses^[85], wobei sie eine ganze Reihe von Fragen nicht berührt, die in den Thesen des ZK hinsichtlich der nächsten Aufgaben des Wirtschaftsaufbaus aufgeworfen worden sind.

Ich habe schon gesagt, dass die Wiederherstellung der Kohlenindustrie jetzt die Hauptaufgabe ist. Im Hinblick hierauf richtet der Rat der Arbeitsarmee der Ukraine sein Hauptaugenmerk auf die Organisation einer Verwaltung der Kohlenindustrie, die fähig wäre, eine regelmäßige Versorgung in die Wege zu leiten und in der Kohlenindustrie Disziplin zu schaffen.

Wie Ihnen bekannt ist, macht unsere Industrie in der ganzen Föderation im gegenwärtigen Moment jene Periode des Schlendrians und des Partisanentums durch, die die Rote Armee vor anderthalb Jahren durchgemacht hat. Damals erging vom Parteizentrum der Ruf, alle Kräfte zusammenzunehmen, für Disziplin zu sorgen und die Partisaneneinheiten in reguläre Truppen zu verwandeln. Dasselbe müssen wir jetzt hinsichtlich der zerrütteten Industrie tun. Wir müssen diese zerrüttete Industrie fest in die Hand nehmen und organisieren, anders werden wir aus der Zerrüttung nicht herauskommen.

Ein Genosse hat hier gesagt, dass die Arbeiter die Militarisierung nicht fürchten, denn den besten Arbeitern sei Unordnung ein Greuel. Das ist völlig richtig. Die Arbeiter sind der Misswirtschaft überdrüssig, und sie werden gern eine Führung akzeptieren, die fähig ist, Ordnung zu schaffen und für Arbeitsdisziplin in der Industrie zu sorgen.

4. REDE BEIM ABSCHLUSS DER KONFERENZ

23. März

Genosse Stalin zieht in seinem Schlusswort die Bilanz der Arbeiten der Allukrainischen Konferenz. Er gibt eine Einschätzung der zu den verschiedenen Fragen gefassten Beschlüsse und geht auf die angenommenen Resolutionen zur Frage der Arbeit im Dorf und des Wirtschaftsaufbaus ein. Diese letzte Frage wird endgültig auf dem IX. Parteitag der KPR^[86] entschieden werden.

Die wichtigste Frage in unserer Politik, die Frage der Arbeit im Dorf, ist meines Erachtens richtig gelöst worden. Ich bin der Ansicht, dass wir hier in der Ukraine dasselbe Stadium der Entwicklung des Dorfes durchmachen, das Rußland vor ein bis anderthalb Jahren durchgemacht hat, als das Wolgagebiet und viele Orte Mittelrußlands zeitweilig von Aufständen erfasst waren. Diese Periode wird bei Ihnen ebenso der Vergangenheit anheim fallen, wie das in Rußland der Fall war.

Wir müssen uns in unserer Arbeit im Dorf auf den armen Bauern stützen. Der Mittelbauer wird erst dann auf unsere Seite übergehen, wenn er sich davon überzeugt hat, dass die Sowjetmacht stark ist. Erst danach werden die Mittelbauern zu uns übergehen.

Von diesem Grundsatz ausgehend, kann man sagen, dass die Resolution, die Sie angenommen haben, unbedingt richtig ist.

Es gibt noch eine andere wichtige Frage, die die Konferenz gelöst hat, nämlich die Frage des Beitritts der Borotbisten^[87] zu unserer Partei. Die Borotbisten sind eine Partei, die sich von den Säften des Dorfes nährte. Jetzt, nach dem Zusammenschluss der Borotbisten mit unserer Partei, werden wir das Bündnis des Proletariats und der Dorfarmut in vollem Maße verwirklichen können. Sie wissen selbst, dass dieses Bündnis die Grundlage der Macht und der Stärke unserer Föderativen Republik ist.

Gestatten Sie mir, Sie zu der fruchtbaren Arbeit der Konferenz zu beglückwünschen.

Ich erkläre die Konferenz für geschlossen. (Beifall.)

*Veröffentlicht nach Aufzeichnungen
des Sekretariats des Stabs der
Ukrainischen Arbeitsarmee und
nach Berichten der Charkower
Zeitung „Kommunist“ Nr. 62, 64, 65 und 66,
13., 21., 23. und 24. März 1920.*

LENIN ALS ORGANISATOR UND FÜHRER DER KPR

Es gibt zwei Gruppen von Marxisten. Beide arbeiten unter der Fahne des Marxismus, beide halten sich für „wahrhaft“ marxistisch. Und doch sind sie bei weitem nicht identisch. Mehr noch: Zwischen ihnen liegt ein ganzer Abgrund, denn ihre Arbeitsmethoden stehen in diametralem Gegensatz zueinander.

Die eine Gruppe pflegt sich auf die äußerliche Anerkennung des Marxismus, auf seine feierliche Verkündung zu beschränken. Da sie nicht fähig oder nicht willens ist, in das Wesen des Marxismus einzudringen, da sie nicht fähig oder nicht willens ist, ihn in die Tat umzusetzen, verwandelt sie die lebendigen und revolutionären Leitsätze des Marxismus in tote, nichts sagende Formeln. Sie gründet ihre Tätigkeit nicht auf die Erfahrung, nicht auf die Berücksichtigung der praktischen Arbeit, sondern auf Marx-Zitate. Sie schöpft Weisungen und Direktiven nicht aus der Analyse der lebendigen Wirklichkeit, sondern aus Analogien und historischen Parallelen. Zwiespalt zwischen Wort und Tat - das ist die Hauptkrankheit dieser Gruppe. Daher die Enttäuschungen und die ewige Unzufriedenheit mit dem Schicksal, von dem sie immer wieder zum Besten gehalten, „genasführt“ wird. Der Name dieser Gruppe ist Menschewismus (in Rußland), Opportunismus (in Europa). Genosse Tyszko (Jogiches) hat diese Gruppe auf dem Londoner Parteitag^[88] recht treffend charakterisiert, als er sagte, sie stehe nicht, sondern liege auf dem Standpunkt des Marxismus.

Die andere Gruppe verlegt dagegen das Schwergewicht der Sache von der äußerlichen Anerkennung des Marxismus auf seine Durchführung, auf seine Umsetzung in die Tat. Der Situation entsprechende Wege und Mittel zur Verwirklichung des Marxismus festzulegen, diese Wege und Mittel zu ändern, wenn die Situation sich ändert - das ist es, worauf diese Gruppe hauptsächlich ihre Aufmerksamkeit richtet. Diese Gruppe schöpft ihre Direktiven und Weisungen nicht aus historischen Analogien und Parallelen, sondern aus dem Studium der sie umgebenden Verhältnisse. Sie stützt sich in ihrer Tätigkeit nicht auf Zitate und Aussprüche, sondern auf die praktische Erfahrung, indem sie jeden ihrer Schritte an Hand der Erfahrung prüft, aus ihren Fehlern lernt und andere lehrt, das neue Leben aufzubauen. Eben dadurch erklärt es sich auch, dass es in der Tätigkeit dieser Gruppe keinen Zwiespalt zwischen Wort und Tat gibt und dass die Marxsche Lehre ihre lebendige revolutionäre Kraft in vollem Umfang bewahrt. Auf diese Gruppe passen durchaus die Worte von Marx, dass die Marxisten nicht dabei haltmachen können, die Welt zu interpretieren, sondern weitergehen müssen, um sie zu verändern^[89]. Der Name dieser Gruppe ist Bolschewismus, Kommunismus. Der Organisator und Führer dieser Gruppe ist W.I. Lenin.

I

LENIN ALS ORGANISATOR DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI RUSSLANDS

Die Bildung der proletarischen Partei erfolgte in Rußland unter besonderen Bedingungen, verschieden von den Bedingungen, wie sie im Westen zu der Zeit bestanden, als dort die Arbeiterpartei gegründet wurde. Während im Westen - in Frankreich, in Deutschland - die Arbeiterpartei zu einer Zeit, da Gewerkschaften und Parteien legal existierten, aus den Gewerkschaften hervorgegangen war, und zwar in einer auf die bürgerliche Revolution folgenden Situation, als ein bürgerliches Parlament bestand, als die zur Macht gelangte Bourgeoisie dem Proletariat von Angesicht zu Angesicht gegenüberstand - vollzog sich hingegen in Rußland die Bildung der proletarischen Partei unter dem brutalsten Absolutismus, als die bürgerlich-demokratische Revolution erst im Anzug war, als einerseits die Parteiorganisationen von bürgerlichen „legal-marxistischen“ Elementen überflutet wurden, die darauf ausgingen, die Arbeiterklasse für die bürgerliche Revolution auszunutzen, während

andererseits die besten Parteifunktionäre durch die zaristische Gendarmerie den Reihen der Partei entrissen wurden. Indessen forderte das Anwachsen der spontanen revolutionären Bewegung einen standhaften, zusammengeschweißten und genügend konspirativen kampffähigen Kern von Revolutionären, der imstande wäre, die Bewegung auf den Sturz des Absolutismus zu lenken.

Die Aufgabe bestand darin, die Schafe von den Böcken zu sondern, eine Trennungslinie zwischen sich und den fremden Elementen zu ziehen, allorts Kader von erfahrenen Revolutionären zu organisieren, ihnen ein klares Programm und eine feste Taktik zu geben, und schließlich diese Kader in einer einheitlichen Kampforganisation von Berufsrevolutionären zusammenzufassen, die konspirativ genug wäre, um den Überfällen der Gendarmerie standzuhalten, gleichzeitig aber mit den Massen hinreichend verbunden wäre, um sie im geeigneten Moment in den Kampf zu führen.

Die Menschewiki, dieselben, die auf dem Standpunkt des Marxismus „liegen“, hatten dafür eine einfache Lösung: Da die Arbeiterpartei im Westen aus parteilosen Gewerkschaften hervorgegangen ist, die für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse kämpfen, solle man in Rußland nach Möglichkeit dasselbe tun, das heißt sich einstweilen auf den „wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter gegen Unternehmer und Regierung“ in den einzelnen Orten beschränken, ohne eine gesamtrussische Kampforganisation zu schaffen, und später einmal... später, wenn bis dahin keine Gewerkschaften entstanden sein sollten, einen parteilosen Arbeiterkongress einberufen und ihn zur Partei erklären.

Dass dieser „marxistische“ „Plan“ der Menschewiki, so utopisch er für die russischen Verhältnisse auch war, dennoch eine umfassende Agitationsarbeit voraussetzte, darauf berechnet, den Parteigedanken herabzusetzen, die Parteikader zu vernichten, das Proletariat ohne seine eigene Partei zu belassen und die Arbeiterklasse bedingungslos den Liberalen auszuliefern - das haben damals die Menschewiki, und wohl auch viele Bolschewiki, kaum geahnt.

Das gewaltige Verdienst Lenins um das russische Proletariat und seine Partei besteht darin, dass er die ganze Gefahr, die der menschewistische Organisationsplan in sich barg, schon in dem Augenblick aufdeckte, als der „Plan“ eben im Werden begriffen war, als sich die Urheber des „Plans“ selbst nur mit Mühe seine Umrisse klar vorstellen konnten, und dass er nach der Enthüllung dieses „Plans“ eine heftige Attacke gegen die organisatorische Verlotterung der Menschewiki eröffnete, wobei er die ganze Aufmerksamkeit der Praktiker auf diese Frage konzentrierte. Denn es ging um die Existenz der Partei, um Leben oder Tod der Partei.

Eine gesamtrussische politische Zeitung als Mittelpunkt für die Zusammenfassung der Parteikräfte zu gründen, standhafte Parteikader in den einzelnen Orten als „reguläre Truppenteile“ der Partei zu organisieren, diese Kader mit Hilfe der Zeitung zu sammeln und in einer gesamtrussischen Kampfpartei mit scharf umrissenen Grenzen, mit einem klaren Programm, mit einer festen Taktik und einem einheitlichen Willen zusammenzuschließen - das war der Plan, den Lenin in seinen berühmten Schriften „Was tun?“^[90] und „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“^[91] entwickelte. Der Vorzug dieses Plans bestand darin, dass er der russischen Wirklichkeit völlig entsprach und die organisatorischen Erfahrungen der besten Praktiker meisterhaft verallgemeinerte. Im Kampf für diesen Plan folgte die Mehrheit der russischen Praktiker entschlossen Lenin, ohne vor der Spaltung zurückzuschrecken. Der Sieg dieses Plans legte das Fundament jener fest gefügten und gestählten kommunistischen Partei, die in der Welt nicht ihresgleichen hat.

Nicht selten beschuldigten unsere Genossen (nicht nur die Menschewiki!) Lenin der übermäßigen Neigung zur Polemik und Spaltung, des unversöhnlichen Kampfes gegen Versöhnler und andere. Zweifellos gab es seinerzeit sowohl das eine als auch das andere. Es ist aber nicht schwer, zu begreifen, dass unsere Partei die innere Schwäche und Verschwommenheit nicht hätte überwinden und die ihr eigene Kraft und Festigkeit nicht hätte

erlangen können, wenn sie die nichtproletarischen, opportunistischen Elemente aus ihren Reihen nicht verjagt hätte. In der Epoche der Herrschaft der Bourgeoisie kann die proletarische Partei nur in dem Maße wachsen und erstarken, in dem sie den Kampf gegen die opportunistischen, antirevolutionären und parteifeindlichen Elemente in ihrer Mitte und in der Arbeiterklasse führt. Lassalle hatte recht, als er sagte, „dass sich eine Partei stärkt, indem sie sich purifiziert“^[92].

Die Ankläger pfl egten sich auf die deutsche Partei zu berufen, in der damals die „Einheit“ in Blüte stand. Aber erstens ist nicht jede Einheit ein Zeichen der Stärke, zweitens genügt heute ein Blick auf die frühere deutsche Partei, die in drei Parteien^[93] zerrissen ist, um zu begreifen, wie unecht und fiktiv diese „Einheit“ zwischen Scheidemann und Noske einerseits und Liebknecht und Luxemburg andererseits war. Und wer weiß, ob es für das deutsche Proletariat nicht besser gewesen wäre, wenn sich die revolutionären Elemente der deutschen Partei rechtzeitig von deren antirevolutionären Elementen getrennt hätten ... Nein, Lenin hatte tausendmal recht, als er die Partei den Weg des unversöhnlichen Kampfes gegen die parteifeindlichen und antirevolutionären Elemente führte. Denn nur infolge einer solchen Organisationspolitik vermochte unsere Partei jene innere Einheit und erstaunliche Geschlossenheit zu erlangen, die sie befähigte, die Julikrise unter Kerenski unversehrt zu überstehen, den Oktoberaufstand aus eigener Kraft durchzuführen, aus der Krise der Brester Periode ohne Erschütterungen hervorzugehen, den Sieg über die Entente zu organisieren und schließlich jene beispiellose Elastizität zu erreichen, die es ihr ermöglicht, in einem beliebigen Moment ihre Reihen umzugruppieren und Hunderttausende ihrer Mitglieder auf jede beliebige große Arbeit zu konzentrieren, ohne Verwirrung in ihre Reihen zu tragen.

II LENIN ALS FÜHRER DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI RUSSLANDS

Aber die organisatorischen Vorzüge der Kommunistischen Partei Rußlands sind nur die eine Seite der Frage. Die Partei hätte nicht so rasch wachsen und erstarken können, wenn der politische Inhalt ihrer Arbeit, ihr Programm und ihre Taktik nicht der russischen Wirklichkeit entsprochen, wenn ihre Losungen nicht die Arbeitermassen entflammt und nicht die revolutionäre Bewegung vorwärtsgetrieben hätten. Zu dieser Seite der Frage gehen wir jetzt über.

Die russische bürgerlich-demokratische Revolution (1905) vollzog sich unter Bedingungen, die sich von den Bedingungen zur Zeit der revolutionären Umwälzungen im Westen, zum Beispiel in Frankreich und Deutschland, unterschieden. Während sich die Revolution im Westen unter den Bedingungen der Manufakturperiode des Kapitalismus und des unentwickelten Klassenkampfes abspielte, als das Proletariat noch schwach und gering an Zahl war und keine eigene Partei besaß, die seine Forderungen formulieren konnte, die Bourgeoisie aber hinreichend revolutionär war, um bei den Arbeitern und Bauern Vertrauen zu erwecken und sie in den Kampf gegen die Aristokratie zu führen - begann hingegen in Rußland die Revolution (1905) unter den Bedingungen der Maschinenperiode des Kapitalismus und des entwickelten Klassenkampfes, als das verhältnismäßig zahlreiche und vom Kapitalismus zusammengeschweißte russische Proletariat schon eine Reihe von Kämpfen mit der Bourgeoisie hinter sich hatte, seine eigene Partei besaß, die geschlossener als die der Bourgeoisie war, und seine eigenen Klassenforderungen aufstellte, die russische Bourgeoisie aber, die überdies von Regierungsaufträgen lebte, durch den revolutionären Geist des Proletariats genügend in Schrecken versetzt war, um nach einem Bündnis mit der Regierung und den Gutsbesitzern gegen die Arbeiter und Bauern zu streben. Die Tatsache, dass die russische Revolution als Folge der militärischen Schlapfen auf den Schlachtfeldern der

Mandschurei ausbrach - diese Tatsache hat die Ereignisse nur beschleunigt, ohne jedoch am Wesen der Sache etwas zu ändern.

Die Situation erforderte, dass sich das Proletariat an die Spitze der Revolution stellte, die revolutionäre Bauernschaft um sich sammelte und einen entschlossenen Kampf gleichzeitig gegen den Zarismus und gegen die Bourgeoisie führte, um die volle Demokratisierung des Landes zu erreichen und seine eigenen Klasseninteressen zu sichern.

Die Menschewiki aber, dieselben, die auf dem Standpunkt des Marxismus „liegen“, lösten die Frage auf ihre Art: Da die russische Revolution eine bürgerliche sei und in bürgerlichen Revolutionen die Vertreter der Bourgeoisie die Führung hätten (siehe die „Geschichte“ der französischen und der deutschen Revolution), so könne das Proletariat nicht der Hegemon der russischen Revolution sein, die Führung müsse der russischen Bourgeoisie (derselben, die die Revolution verrät) überlassen werden, die Bauernschaft müsse ebenfalls unter die Vormundschaft der Bourgeoisie gestellt werden, das Proletariat aber müsse in der Stellung der äußersten linken Opposition verharren.

Und diese abgeschmackte alte Leier schäbiger Liberaler wurde von den Menschewiki als das letzte Wort des „wahren“ Marxismus hingestellt!...

Das gewaltige Verdienst Lenins um die russische Revolution besteht darin, dass er die Hohlheit der historischen Parallelen der Menschewiki und die ganze Gefährlichkeit des menschewistischen „Revolutionsschemas“, das die Sache der Arbeiter bedingungslos der Bourgeoisie preisgibt, bis auf den Grund bloßgelegt hat. Revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft an Stelle der Diktatur der Bourgeoisie, Boykott der Bulyginschen Duma^[94] und bewaffneter Aufstand an Stelle der Teilnahme an der Duma und organischer Mitarbeit in der Duma, die Idee des „linken Blocks“, als die Duma dennoch zustande kam, und Ausnutzung der Dumatribüne für den außerparlamentarischen Kampf an Stelle eines Kadettenministeriums und reaktionären „Behütens“ der Duma, Kampf gegen die Kadettenpartei als konterrevolutionäre Kraft an Stelle eines Blocks mit ihr - das war der taktische Plan, den Lenin in seinen berühmten Broschüren „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ [95] und „Der Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei“[96] entwickelte.

Der Vorzug dieses Planes bestand darin, dass er durch direkte und entschiedene Formulierung der Klassenforderungen des Proletariats in der Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland den Übergang zur sozialistischen Revolution erleichterte und dass er die Idee der Diktatur des Proletariats in Keimform enthielt. Im Kampf für diesen taktischen Plan folgte die Mehrheit der russischen Praktiker entschlossen und unbeirrt Lenin. Der Sieg dieses Planes legte das Fundament jener revolutionären Taktik, dank der unsere Partei heute die Grundfesten des Weltimperialismus erschüttert.

Die weitere Entwicklung der Ereignisse, der vierjährige imperialistische Krieg und die Erschütterung der ganzen Volkswirtschaft, die Februarrevolution und die berühmte Doppelherrschaft, die Provisorische Regierung als Herd der bürgerlichen Konterrevolution und der Petersburger Deputiertensowjet als Form der aufkeimenden proletarischen Diktatur, der Oktoberumsturz und die Auseinanderjagung der Konstituante, die Beseitigung des bürgerlichen Parlamentarismus und die Proklamierung der Sowjetrepublik, die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg und das Vorgehen des Weltimperialismus - in trauter Gemeinschaft mit den „Marxisten“ in Worten - gegen die proletarische Revolution, schließlich die jämmerliche Lage der Menschewiki, die sich an die Konstituante klammerten, vom Proletariat über Bord geworfen und von der Welle der Revolution an das Ufer des Kapitalismus gespült wurden - das alles bestätigte nur die Richtigkeit der Grundlagen der revolutionären Taktik, die Lenin in seinen „Zwei Taktiken“ formuliert hat. Im Besitz eines solchen Erbes konnte die Partei mutig vorwärts steuern, ohne Klippen fürchten zu müssen.

In unserer Zeit, der Zeit der proletarischen Revolution, da jede Losung der Partei und jeder Satz eines Führers durch die Praxis erprobt werden, stellt das Proletariat an seine Führer besondere Anforderungen. Die Geschichte kennt proletarische Führer, Führer in Sturmzeiten, Männer der Praxis, selbstlos und mutig, aber schwach in der Theorie. Die Massen vergessen nicht sobald die Namen solcher Führer. Zu ihnen gehörten zum Beispiel Lassalle in Deutschland, Blanqui in Frankreich. Aber die Bewegung in ihrer Gesamtheit kann nicht nur von Erinnerungen leben: sie braucht ein klares Ziel (Programm) und eine feste Linie (Taktik). Es gibt auch eine andere Art Führer, Führer in Friedenszeiten, stark in der Theorie, aber schwach in den Fragen der Organisation und der praktischen Arbeit. Solche Führer sind nur in der Oberschicht des Proletariats populär, und auch dort nur bis zu einem gewissen Zeitpunkt. Mit dem Anbruch einer revolutionären Epoche, da von den Führern revolutionär-praktische Losungen gefordert werden, treten die Theoretiker vom Schauplatz ab, um neuen Männern Platz zu machen. Solche Führer waren zum Beispiel Plechanow in Rußland, Kautsky in Deutschland.

Um sich als Führer der proletarischen Revolution und der proletarischen Partei zu behaupten, muss man theoretische Stärke mit der praktisch-organisatorischen Erfahrung der proletarischen Bewegung in sich vereinen. Als P. Axelrod Marxist war, schrieb er über Lenin, dass er „in glücklicher Weise die Erfahrung eines guten Praktikers mit theoretischer Bildung und weitem politischem Gesichtskreis in sich vereint“ (siehe das Vorwort von P. Axelrod zu Lenins Broschüre „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten“^[97]). Es ist nicht schwer zu erraten, was Herr Axelrod, der Ideologe des „kultivierten“ Kapitalismus, jetzt über Lenin sagen würde. Wir aber, die wir Lenin aus nächster Nähe kennen und die Sache objektiv zu betrachten vermögen, zweifeln nicht daran, dass Lenin diese seine alte Eigenschaft vollkommen bewahrt hat. Darin ist, unter anderem, die Erklärung der Tatsache zu suchen, dass Lenin, und gerade er, heute der Führer der stärksten und gestähltsten proletarischen Partei der Welt ist.

*„Prawda“ Nr. 86,
23. April 1920.
Unterschrift: J. Stalin*

REDE AUF DER VERSAMMLUNG
IM MOSKAUER KOMITEE DER KPR(B)
ANLÄSSLICH DES 50. GEBURTSTAGS W.I. LENINS

23. April 1920

Nach den Reden und Erinnerungen, die wir hier gehört haben, bleibt mir wenig zu sagen übrig. Ich möchte nur einen charakteristischen Zug hervorheben, über den noch niemand gesprochen hat: das ist die Bescheidenheit des Genossen Lenin und sein Mut, seine Fehler einzugestehen. Ich erinnere mich, wie Lenin, dieser Riese, zweimal Missgriffe bekannte, die er begangen hatte.

Die erste Episode ist der im Dezember 1905 auf der allrussischen bolschewistischen Konferenz in Tammerfors^[98], in Finnland, gefasste Beschluss, die Wittesche Duma zu boykottieren. Damals stand die Frage des Boykotts der Witteschen Duma zur Debatte. Die dem Genossen Lenin nahe stehenden Leute, sieben an der Zahl, denen wir Delegierte aus der Provinz alle möglichen Epitheta verliehen, versicherten, Iljitsch sei gegen den Boykott und für die Beteiligung an den Dumawahlen. Wie sich später zeigte, war das auch wirklich der Fall. Aber die Diskussion begann, die Boykottanhänger aus der Provinz, die Petersburger, Moskauer, Sibirier, Kaukasier ritten eine Attacke, und wie groß war unsere Verwunderung, als am Ende unserer Reden Lenin auftritt und erklärt, er sei ein Anhänger der Beteiligung an den Wahlen gewesen, sehe jetzt jedoch ein, dass er sich geirrt habe und schließe sich den Delegierten aus dem Lande an. Wir waren ganz erstaunt. Es hatte wie ein elektrischer Schlag gewirkt. Wir bereiteten ihm eine Ovation.

Noch eine solche Episode. Im Jahre 1917, im September, unter Kerenski, in einem Augenblick, als die Demokratische Beratung einberufen worden war und die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre an einer neuen Institution, dem Vorparlament, zimmerten, das den Übergang von den Sowjets zur Konstituante vorbereiten sollte, in diesem Moment lag bei uns im ZK in Petrograd der Beschluss vor, die Demokratische Beratung nicht auseinanderzujagen und auf dem Wege der Festigung der Sowjets vorwärts zuschreiten, einen Sowjetkongress einzuberufen, den Aufstand zu beginnen und den Sowjetkongress zum Organ der Staatsmacht auszurufen. Iljitsch, der sich zu jener Zeit außerhalb Petrograds in der Illegalität befand, war mit dem ZK nicht einverstanden und schrieb, dass dieses Gesindel (die Demokratische Beratung) sogleich auseinandergejagt und verhaftet werden müsse.

Uns schien der Fall nicht so einfach zu liegen, denn wir wussten, dass die Demokratische Beratung zur Hälfte oder wenigstens zu einem Drittel aus Frontdelegierten bestand, dass wir durch die Verhaftung und Auseinanderjagung die Sache nur verderben und die Beziehungen zur Front verschlechtern könnten. Es schien uns, dass wir Praktiker auf unserem Wege alle Schluchten, Gruben und Schlaglöcher besser sehen könnten. Iljitsch aber ist groß, er fürchtet weder Gruben noch Schlaglöcher noch Schluchten auf seinem Wege, er fürchtet keine Gefahren und sagt: „Erhebe dich und geh direkt aufs Ziel los.“ Wir Praktiker waren jedoch der Ansicht, dass es damals unvorteilhaft war, so zu handeln, dass man diese Hindernisse umgehen müsse, um dann den Stier bei den Hörnern zu packen. Und trotz aller Forderungen Iljitschs hörten wir nicht auf ihn. Wir schritten weiter auf dem Wege der Festigung der Sowjets und brachten es zum Sowjetkongress am 25. Oktober, zum erfolgreichen Aufstand. Iljitsch war damals schon in Petrograd. Lächelnd und mit einem verschmitzten Blick auf uns sagte er: „Ja, Sie haben wohl recht gehabt.“

Darüber waren wir wiederum erstaunt.

Genosse Lenin fürchtete sich nicht, seine Fehler einzugestehen. Diese Bescheidenheit und dieser Mut haben uns besonders bestrickt. (Beifall.)

*Zuerst veröffentlicht in dem Sammelband:
Der 50. Geburtstag Wladimir Iljitsch Uljanows-Lenins,
Moskau 1920.*

EIN NEUER FELDZUG DER ENTENTE GEGEN RUSSLAND

Es steht außer Zweifel, dass der Feldzug der polnischen Pans gegen die russischen Arbeiter und Bauern eigentlich ein Feldzug der Entente ist. Es handelt sich nicht nur darum, dass der Völkerbund, der von der Entente gelenkt wird und dem Polen angehört, den Feldzug Polens gegen Rußland offenbar gebilligt hat. Es handelt sich vor allem darum, dass Polen ohne Unterstützung der Entente nicht imstande gewesen wäre, seinen Überfall auf Rußland zu organisieren, dass vor allem Frankreich und dann auch England und Amerika die Offensive Polens auf jede Weise mit Waffen, Bekleidung, Geld und Instruktoren unterstützen. Die innerhalb der Entente bestehenden Meinungsverschiedenheiten in der polnischen Frage ändern nichts an der Sache, denn sie betreffen nur die Formen der Unterstützung Polens, nicht aber die Unterstützung an und für sich. Auch der diplomatische Notenwechsel Curzons mit Genossen Tschitscherin^[99] und die groß aufgemachten Artikel der englischen Presse gegen die Intervention ändern nichts an der Sache, denn mit diesem ganzen Rummel verfolgt man nur einen Zweck: naiven Politikern Sand in die Augen zu streuen und mit dem Gerede von einem Frieden mit Rußland das schmutzige Werk, die von der Entente organisierte faktische bewaffnete Intervention, zu verschleiern.

I DIE GESAMTLAGE

Der jetzige Feldzug der Entente ist der dritte.

Der erste Feldzug wurde im Frühjahr 1919 unternommen. Dies war ein kombinierter Feldzug, denn er sah einen gemeinsamen Überfall Koltschaks, Denikins, Polens, Judenitschs und gemischter englisch-russischer Abteilungen in Turkestan und in Archangelsk vor, wobei der Schwerpunkt des Feldzugs im Gebiet Koltschaks lag.

In dieser Periode steht die Entente, einig und geschlossen, auf dem Standpunkt der offenen Intervention: die Schwäche der Arbeiterbewegung im Westen, die große Zahl der Feinde Sowjetrußlands und der feste Glaube an den Sieg über Rußland gestatteten es den Drahtziehern der Entente, die freche Politik unverhüllter Intervention zu betreiben.

In dieser Periode machte Rußland einen kritischen Augenblick durch, denn es war, abgeschnitten von den Getreidegebieten (Sibirien, Ukraine, Nordkaukasus) und vom Brennstoff (Donezbecken, Grosny, Baku), zu einem Kampf an sechs Fronten gezwungen. Die Entente sieht das und schwelgt im Vorgefühl des Sieges. Die „Times“ stimmt schon Triumphgesänge an.

Trotzdem vermochte Rußland diese Krise wohlbehalten zu überstehen, und Koltschak, der stärkste Feind, wurde außer Gefecht gesetzt. Die Sache ist die, dass das russische Hinterland und folglich auch die Armee Rußlands sich als stabiler und elastischer erwiesen haben als das Hinterland und die Armeen seiner Gegner.

Der zweite Feldzug der Entente wurde im Herbst 1919 unternommen. Dies war ebenfalls ein kombinierter Feldzug, denn er sah einen gemeinsamen Überfall Denikins, Polens, Judenitschs vor (Koltschak war abgeschrieben). Der Schwerpunkt des Feldzugs liegt diesmal im Süden, im Gebiet Denikins.

In dieser Periode treten in der Entente zum erstenmal innere Meinungsverschiedenheiten auf, zum erstenmal beginnt sie, ihren frechen Ton zu mäßigen, versucht, sich gegen die offene Intervention auszusprechen, proklamiert die Zulässigkeit von Verhandlungen mit Rußland und beginnt ihre Truppen aus dem Norden abzuziehen: das Anwachsen der revolutionären Bewegung im Westen und die Niederlage Koltschaks hatten offenbar die frühere Politik der

offenen Intervention für die Entente nicht ungefährlich gemacht. Die Entente wagt es bereits nicht mehr, offen von einer unverhüllten Intervention zu sprechen.

Rußland macht in dieser Periode, trotz des Sieges über Koltschak und der Rückgewinnung eines der Getreidegebiete (Sibiriens), erneut einen kritischen Augenblick durch, denn der Hauptfeind, Denikin, steht vor den Toren Tulas, der Hauptquelle für die Versorgung unserer Armee mit Patronen, Gewehren, Maschinengewehren. Dessen ungeachtet geht Rußland erneut unversehrt aus der Krise hervor. Die Ursache ist dieselbe: die größere Stabilität und größere Elastizität unseres Hinterlands und folglich auch unserer Armee.

Der dritte Feldzug der Entente wird in einer völlig neuen Situation eröffnet. Angefangen damit, dass dieser Feldzug zum Unterschied von den vorhergehenden Feldzügen nicht als kombinierter Feldzug bezeichnet werden kann, denn nicht nur, dass die alten Verbündeten der Entente (Koltschak, Denikin, Judenitsch) weggefallen sind, es haben sich, abgesehen von dem lächerlichen Petljura mit „seinen“ lachhaften „Truppen“, auch noch keine neuen Verbündeten (wenn es solche gibt) hinzugesellt. Polen steht vorläufig allein gegen Rußland, ohne ernst zu nehmende Kampfverbündete.

Weiter, die berüchtigte Blockade ist nicht nur moralisch und praktisch, sondern auch formell durchbrochen. Die Entente muss sich mit der Notwendigkeit diplomatischer Beziehungen zu Rußland abfinden und seine offiziellen Vertreter im Westen dulden. Die revolutionäre Massenbewegung in den Staaten Europas, die sich die Losungen der III. Internationale zu eigen macht, und die neuen Erfolge der Sowjettruppen im Osten verstärken die Spaltung innerhalb der Entente, heben das Prestige Rußlands in den neutralen Staaten und in den Randstaaten, machen die auf die Isolierung Rußlands eingestellte Politik der Entente zu einer Utopie. Estland, der „naturegegebene“ Bundesgenosse Polens, ist neutralisiert. Lettland und Litauen, die gestrigen Kampfverbündeten Polens, führen heute Friedensverhandlungen mit Rußland. Dasselbe ist von Finnland zu sagen.

Schließlich kann nicht verkannt werden, dass sich die innere Lage Rußlands zu Beginn des dritten Feldzugs der Entente grundlegend zum Besseren gewendet hat. Rußland hat nicht nur den Weg zu den Getreide- und Brennstoffgebieten (Sibirien, Ukraine, Nordkaukasus, Donezbecken, Grosny, Baku) freigelegt, sondern auch die Anzahl der Fronten von sechs auf zwei verringert und dadurch die Möglichkeit erhalten, Truppen im Westen zu konzentrieren.

Zu dem Gesagten muss eine Tatsache von großer Wichtigkeit hinzugefügt werden, nämlich, dass Polen die angreifende Seite ist, die die Friedensvorschläge Rußlands zurückgewiesen hat, Rußland aber die sich verteidigende Seite, was ein gewaltiges, unschätzbare moralisches Übergewicht für Rußland schafft.

Alle diese Umstände schaffen eine neue Lage, neue Chancen für den Sieg Rußlands, wie sie in den vorangegangenen Perioden des ersten und zweiten Feldzugs der Entente gegen Rußland nicht vorhanden waren.

Damit ist vor allem auch der trübselig-skeptische Ton der imperialistischen Presse im Westen zu erklären, wenn sie die Erfolge der polnischen Truppen bewertet.

II

DAS HINTERLAND. DAS GEBIET DES HAUPTANGRIFFS

Keine Armee der Welt kann ohne ein stabiles Hinterland siegen (wir sprechen natürlich von einem dauerhaften und festen Sieg). Das Hinterland hat für die Front erstrangige Bedeutung, denn vom Hinterland, und nur vom Hinterland, wird die Front sowohl mit Proviant und Material als auch mit Menschen, das heißt mit Kämpfern, Stimmungen und Ideen gespeist. Ein schwankendes, und umso mehr ein feindliches Hinterland verwandelt die allerbeste, geschlossenste Armee unweigerlich in eine schwankende Masse ohne Zusammenhalt. Die Schwäche Koltschaks und Denikins war damit zu erklären, dass sie kein „eigenes“ Hinterland hatten, dass sie, von echt reußischen Großmachtbestrebungen durchdrungen, sich gezwungen

sahen, Aufbau, Versorgung und Auffüllung der Front in bedeutendem Maße auf Kosten nichtrussischer Elemente durchzuführen, die solchen Bestrebungen gegenüber feindlich eingestellt sind, dass sie gezwungen waren, in Gebieten zu operieren, die für ihre Truppen offenkundig fremd waren. Natürlich mussten die Truppen, die keine innere, keine nationale und erst recht keine klassenbedingte Geschlossenheit besaßen, in einer feindlichen Atmosphäre beim ersten starken Schlag der Sowjettruppen zusammenbrechen.

Das Hinterland der polnischen Truppen unterscheidet sich in dieser Beziehung, zum Vorteil Polens, bedeutend vom Hinterland Koltschaks und Denikins. Zum Unterschied vom Hinterland Koltschaks und Denikins ist das Hinterland der polnischen Truppen gleichartig und in nationaler Hinsicht geschlossen. Daher seine Einheit und Festigkeit. Die in ihm vorherrschende Stimmung, das „Heimatgefühl“, übermittelt sich durch zahlreiche Kanäle der polnischen Front und schafft in den Truppen nationale Geschlossenheit und Festigkeit. Daher die Standhaftigkeit der polnischen Truppen. Klassenmäßig ist das Hinterland Polens natürlich nicht gleichartig (und kann auch gar nicht gleichartig sein!); aber die Klassenkonflikte haben noch nicht eine solche Stärke erreicht, um das Gefühl der nationalen Einheit durchbrechen und die klassenmäßig verschiedenartige Front mit den Klassengegensätzen anstecken zu können. Wenn die polnischen Truppen im eigentlichen Polen operieren würden, so wäre der Kampf gegen sie zweifellos schwierig.

Aber Polen will sich nicht auf sein eigenes Gebiet beschränken, es lässt seine Truppen weiter vorrücken, unterwirft Lettland und Bjelorußland, dringt tief nach Rußland und in die Ukraine ein. Dieser Umstand ändert die Lage von Grund aus, sehr zum Nachteil für die Standhaftigkeit der polnischen Truppen.

Dadurch, dass die polnischen Truppen über die Grenzen Polens hinausgehen und tief in die an Polen angrenzenden Gebiete vordringen, entfernen sie sich von ihrem nationalen Hinterland, schwächen die Verbindung mit ihm und geraten in eine für sie fremde, größtenteils feindliche nationale Umgebung. Und was noch schlimmer ist: Diese Feindseligkeit wird dadurch weiter vertieft, dass die gewaltige Bevölkerungsmehrheit der an Polen angrenzenden Gebiete (Bjelorußlands, Litauens, Rußlands, der Ukraine) aus nichtpolnischen Bauern besteht, die unter dem Joch der polnischen Gutsherren leiden, dass diese Bauern die Offensive der polnischen Truppen als Krieg für die Macht der polnischen Pans, als Krieg gegen die unterdrückten nichtpolnischen Bauern betrachten. Damit ist es eigentlich auch zu erklären, dass die Losung der Sowjettruppen „Nieder mit den polnischen Pans!“ bei der Mehrheit der Bevölkerung der genannten Gebiete einen mächtigen Widerhall findet, dass die Bauern dieser Gebiete die Sowjettruppen als Befreier vom Joch der Gutsherren begrüßen, dass sie sich in Erwartung der Sowjettruppen bei der ersten besten Gelegenheit erheben und den polnischen Truppen in den Rücken fallen. Damit muss auch der beispiellose moralische Aufschwung unter den Sowjettruppen erklärt werden, der von allen unseren Militärs und politischen Funktionären festgestellt wird.

Dies alles musste zwangsläufig innerhalb der polnischen Truppen eine Atmosphäre der Ungewissheit und Unsicherheit schaffen, musste zwangsläufig ihre moralische Standhaftigkeit, ihren Glauben an die Gerechtigkeit ihrer Sache und ihre Siegeszuversicht erschüttern, musste zwangsläufig die nationale Geschlossenheit der polnischen Truppen aus einem positiven Faktor in einen negativen Faktor verwandeln.

Und je weiter sie vorrücken werden (wenn sie überhaupt vorrücken werden), desto stärker werden sich diese negativen Seiten des polnischen Feldzugs auswirken.

Kann Polen unter diesen Umständen eine starke, mächtige, bleibende Erfolge verheißende Offensive entwickeln?

Kommen die polnischen Truppen unter diesen Umständen nicht in eine Lage ähnlich derjenigen, wie sie 1918 die deutschen Truppen erlebten, als sie, losgelöst von ihrem Hinterland, in der Ukraine standen?

Hier kommen wir zur Frage des Gebiets für den Hauptangriff. In jedem Krieg und namentlich im Bürgerkrieg hängt der Erfolg, der entscheidende Sieg nicht selten von der richtigen Wahl des Gebiets für den Hauptangriff ab, von der richtigen Wahl des Gebiets, aus dem man den Hauptschlag gegen den Gegner zu führen und zu entwickeln gedenkt. Ein großer Fehler Denikins bestand darin, dass er sich zum Gebiet des Hauptangriffs die Strecke Donezbecken-Charkow-Woronesh-Kursk erwählte, das heißt ein Gebiet, das für Denikin offenkundig unzuverlässig war, ein Gebiet, das Denikin feindlich gesinnt war, ein Gebiet, in dem sich Denikin weder ein stabiles Hinterland noch günstige Voraussetzungen für einen Vormarsch seiner Truppen schaffen konnte. Die Erfolge der Sowjettruppen an der Denikinfront erklären sich unter anderem damit, dass das sowjetische Kommando rechtzeitig seinen Hauptschlag aus dem Gebiet Zarizyn (einem ungünstigen Gebiet) in das Gebiet des Donezbeckens (ein höchst günstiges Gebiet) verlagerte, wo die Bevölkerung die Sowjettruppen mit Begeisterung empfing und von wo man die Denikinfront am leichtesten durchbrechen und in zwei Teile spalten konnte, um dann weiter, bis nach Rostow vorzurücken.

Dieses Moment, das von den alten Militärs des öfteren außer acht gelassen wird, hat im Bürgerkrieg häufig eine entscheidende Bedeutung.

Es muss bemerkt werden, dass es in dieser Beziehung, in bezug auf das Gebiet des Hauptangriffs, um Polen sehr schlecht bestellt ist. Die Sache ist die, dass aus den oben dargelegten Gründen kein einziges der an Polen grenzenden Gebiete als für die polnischen Truppen günstig bezeichnet werden kann, weder als Gebiet für den Hauptangriff noch für die Weiterentwicklung dieses Angriffs: wohin die polnischen Truppen auch immer vorrücken mögen, sie werden überall auf den Widerstand des ukrainischen, russischen, bjelorrussischen Bauern stoßen, der von den Sowjettruppen die Befreiung von den polnischen Gutsbesitzern erwartet.

Und umgekehrt, die Lage der Sowjettruppen ist in dieser Hinsicht durchaus günstig: für sie sind alle Gebiete sozusagen „passend“, denn die Sowjettruppen festigen bei ihrem Vorrücken nicht die Macht der polnischen Pans, sondern stürzen sie und befreien die Bauern von der Knechtschaft.

III DIE PERSPEKTIVEN

Polen kämpft vorläufig allein gegen Rußland. Aber es wäre naiv, zu glauben, dass es allein bleibt. Wir denken hier nicht nur an die allseitige Unterstützung, die Polen zweifellos von der Entente erwiesen wird, sondern auch an Kampfverbündete Polens, wie sie die Entente zum Teil schon ausfindig gemacht hat (zum Beispiel die Überreste der Denikintruppen), zum Teil aller Wahrscheinlichkeit nach zum Ruhm der europäischen „Zivilisation“ noch finden wird. Es ist kein Zufall, dass der polnische Angriff während der Konferenz in San Remo^[100] begann, zu der die Vertreter Rußlands nicht zugelassen wurden. Es ist auch kein Zufall, dass Rumänien auf einmal so tat, als ob von Friedensverhandlungen mit Rußland nie die Rede gewesen wäre ... Es ist somit durchaus möglich, dass die auf den ersten Blick abenteuerlich anmutende polnische Offensive in Wirklichkeit von einem groß angelegten Plan eines nach und nach zu entfaltenden kombinierten Feldzugs ausgeht.

Und trotzdem muss man sagen, dass sich die Entente verrechnet hat, wenn sie bei der Organisation des dritten Feldzugs gegen Rußland darauf rechnete, es zu besiegen, denn die Chancen für eine Niederlage Rußlands sind 1920 geringer, weit geringer als 1919.

Oben haben wir über Rußlands Siegeschancen gesprochen und gesagt, dass diese Chancen sich vergrößern und weiterhin vergrößern werden, aber das heißt natürlich noch nicht, dass wir den Sieg deswegen schon in der Tasche hätten. Die oben erwähnten Siegeschancen können nur unter sonst gleichen Bedingungen eine reale Bedeutung haben, das heißt unter der Bedingung, dass wir jetzt unsere Kräfte ebenso anspannen wie früher, bei der Offensive

Denikins, dass unsere Truppen pünktlich und regelmäßig versorgt und aufgefüllt werden, dass unsere Agitatoren die Rotarmisten und die sie umgebende Bevölkerung mit verdreifachter Energie aufklären werden, dass unser Hinterland von Unrat gesäubert und mit aller Kraft, mit allen Mitteln gefestigt wird.

Nur unter diesen Bedingungen kann der Sieg als gesichert gelten.

*„Prawda“ Nr. 111 und 112,
25. und 26. Mai 1920.
Unterschrift: J. Stalin.*

ÜBER DIE LAGE AN DER SÜDWESTFRONT

Unterredung mit einem Mitarbeiter der Ukrainischen ROSTA

Vorgestern kehrte Genosse J.W. Stalin, Mitglied des Revolutionären Kriegsrats der Republik, nach Charkow zurück.

Genosse Stalin hielt sich ungefähr drei Wochen an der Front auf; in seiner Anwesenheit begann und entwickelte sich allmählich die Offensivoperation der roten Truppen, die mit dem berühmten Durchbruch der roten Reiterei durch die polnische Front eröffnet wurde.

In seiner Unterredung mit einem Mitarbeiter der Ukrainischen Vertretung der Russischen Telegrafagentur teilte Genosse Stalin folgendes mit:

Der Durchbruch

Wenn von der Anfang Juni durchgeführten Operation der Reiterarmee des Genossen Budjonny an der polnischen Front die Rede ist, so vergleichen viele diese Operation, diesen Durchbruch durch die Front des Gegners, mit dem Tiefenstoß der Kavallerie Mamontows im vergangenen Jahr.

Aber diese Analogie ist völlig falsch.

Die Operation Mamontows trug einen episodenhaften, sozusagen einen Partisanencharakter, der nicht mit den allgemeinen Angriffsoperationen der Armee Denikins verbunden war.

Hingegen reiht sich der Durchbruch der Reiterarmee als Glied in die allgemeine Kette der Angriffsoperationen der Roten Armee ein.

Der Tiefenstoß unserer Kavallerie begann am 5. Juni. Am Morgen dieses Tages stürzte sich die zu einem Stoßkeil zusammengeballte rote Kavallerie auf die zweite polnische Armee, durchbrach die feindliche Front, stieß durch den Bezirk Berditschew hindurch und besetzte am Morgen des 7. Juni Shitomir.

Einzelheiten über die Besetzung Shitomirs sowie über die Beute sind bereits in der Presse erschienen; ich werde nicht von ihnen sprechen, sondern nur über einen kennzeichnenden Zug. Der Revolutionäre Kriegsrat der Reiterarmee hatte dem Stab der Front gemeldet: „Die polnische Armee bringt unserer Reiterei größte Geringschätzung entgegen. Wir halten es für unsere Pflicht, den Polen zu beweisen, dass die Reiterei zu respektieren ist.“ Nach dem Durchbruch aber schreibt uns Genosse Budjonny: „Die Pans haben die Reiterei respektieren gelernt, sie geben uns durch ihre Flucht den Weg frei und rennen einander über den Haufen.“

Die Ergebnisse des Durchbruchs

Die Ergebnisse des Durchbruchs sind folgende:

Die zweite polnische Armee, durch die unsere Reiterarmee hindurchgebrochen ist, wurde außer Gefecht gesetzt - sie verlor über eintausend Mann an Gefangenen und ungefähr achttausend wurden niedergesäbelt.

Letztere Zahl habe ich an Hand mehrerer Quellen überprüft, und sie dürfte der Wahrheit entsprechen, umso mehr, als sich die Polen in der ersten Zeit unter keinen Umständen ergaben und unsere Kavallerie sich den Weg buchstäblich freihauen musste.

Dies ist das erste Ergebnis.

Das zweite Ergebnis: Die dritte polnische Armee (im Gebiet Kiew) ist von ihrem rückwärtigen Gebiet abgeschnitten worden und läuft Gefahr, eingekreist zu werden. Deswegen hat ihr allgemeiner Rückzug in Richtung Kiew-Korosten begonnen.

Das dritte Ergebnis: Die sechste polnische Armee (im Gebiet Kamenez-Podolsk), deren linker Hügel den Rückhalt verloren hat, hat aus Furcht, an den Dnjestr gedrängt zu werden, den allgemeinen Rückzug angetreten.

Das vierte Ergebnis: Mit dem Durchbruch hat unsere stürmische Generaloffensive an der ganzen Front begonnen.

Das Schicksal der dritten polnischen Armee

Da das Schicksal der dritten polnischen Armee eine noch nicht für alle klare Frage ist, will ich darauf näher eingehen.

Die dritte polnische Armee war von ihren Stützpunkten abgeschnitten und hatte die Verbindung verloren, so dass sie Gefahr lief, vollständig in Gefangenschaft zu geraten. Deswegen begann sie, die Trosse in Brand zu stecken, die Depots zu sprengen und die Geschütze unbrauchbar zu machen.

Nach den ersten Missglückten Versuchen eines geordneten Rückzugs war sie zur Flucht gezwungen (zur allgemeinen Flucht).

Ein Drittel der Armee (insgesamt zählte die dritte polnische Armee etwa zwanzigtausend Mann) geriet in Gefangenschaft oder wurde niedergesäbelt. Das nächste Drittel der Armee, wenn nicht mehr, warf die Waffen weg, lief davon und zerstreute sich in den Sümpfen und Wäldern. Nur das restliche Drittel, und sogar noch weniger, vermochte über Korosten zu den eigenen Truppen zu entkommen. Dabei steht außer Zweifel: Wenn es die Polen nicht fertig gebracht hätten, diesem Teil der dritten polnischen Armee rechtzeitig über Schepetowka-Sarna mit frischen Truppen zu Hilfe zu kommen, so wäre auch er in Gefangenschaft geraten oder hätte sich in den Wäldern zerstreut.

Auf jeden Fall ist anzunehmen, dass die dritte polnische Armee nicht mehr existiert. Und die Reste, die sich zu den eigenen Truppen durchgeschlagen haben, bedürfen einer großen Auffrischung.

Um die vernichtende Niederlage der dritten polnischen Armee zu kennzeichnen, muss ich sagen, dass die ganze Shitomirer Chaussee mit halbverbrannten Trossen und Automobilen aller Art versperrt war, wobei die Zahl der letzteren nach einer Meldung des Chefs des Nachrichtenwesens viertausend erreicht. Wir haben 70 Geschütze, mindestens 250 Maschinengewehre und eine gewaltige, noch nicht genau ermittelte Menge von Gewehren und Munition erbeutet.

Das sind unsere Trophäen.

Die Frontlage

Die gegenwärtige Frontlage kann folgendermaßen umrissen werden: Die sechste polnische Armee geht zurück, die zweite wird zur Neuaufstellung zurückgenommen, die dritte besteht faktisch nicht mehr, sie wird durch neue polnische Truppenteile ersetzt, die von der Westfront und aus dem fernen Hinterland abgezogen werden.

Die Rote Armee greift an der ganzen Front an und überschreitet die Linie: Owrutsch-Korosten-Shitomir-Berditschew-Kasatin-Kalinowka-Winniza-Shmerinka.

Schlussfolgerungen

Es wäre aber falsch, zu glauben, dass die Polen an unserer Front schon erledigt wären.

Kämpfen wir doch nicht nur gegen die Polen, sondern gegen die gesamte Entente, die alle finsternen Kräfte Deutschlands, Österreichs, Ungarns, Rumäniens aufgebieten hat und die Polen mit allem Notwendigen versorgt.

Außerdem darf man nicht außer acht lassen, dass die Polen über Reserven verfügen, die schon bei Nowograd-Wolynsk zusammengezogen worden sind und deren Eingreifen sich dieser Tage zweifellos bemerkbar machen wird.

Ferner muss daran erinnert werden, dass die polnische Armee noch nicht von einer Zersetzung im Massenmaßstab ergriffen worden ist. Zweifelsohne stehen noch Kämpfe, erbitterte Kämpfe bevor.

Deswegen halte ich die Überheblichkeit und die unserer Sache schädliche Selbstzufriedenheit einiger Genossen für unangebracht: den einen genügen die Erfolge an der Front nicht, und sie schreien von einem „Marsch nach Warschau“, den anderen genügt es nicht, dass wir unsere Republik gegen den feindlichen Überfall verteidigen, und sie erklären hochtrabend, sich nur mit einem „roten sowjetischen Warschau“ zufrieden geben zu können.

Ich werde nicht lange beweisen, dass diese Überheblichkeit und diese Selbstzufriedenheit weder der Politik der Sowjetregierung noch der Verfassung der gegnerischen Kräfte an der Front auch nur im geringsten entsprechen.

Ich muss aufs kategorischste erklären, dass wir ohne Anspannung aller Kräfte im Hinterland wie an der Front nicht siegen können, dass wir sonst die Feinde aus dem Westen nicht werden überwinden können.

Das wird besonders durch die Offensive der Truppen Wrangels unterstrichen, die wie „ein Blitz aus heiterem Himmel“ gekommen ist und bedrohliche Ausmaße angenommen hat.

Die Krimfront

Es steht außer Zweifel, dass Wrangels Offensive von der Entente diktiert wurde, um die schwere Lage der Polen zu erleichtern. Nur naive Politiker können glauben, dass der Notenwechsel Curzons mit Genossen Tschitscherin irgendeinen anderen Sinn haben konnte als den, mit der Phrase vom Frieden die Vorbereitungsarbeiten Wrangels und der Entente für die Offensive von der Krim her zu verschleiern.

Wrangel war noch nicht bereit, und deswegen (nur deswegen!) ersuchte der „menschensfreundliche“ Curzon Sowjetrußland, die Wrangeltruppen zu schonen und ihnen das Leben zu erhalten.

Offenbar spekulierte die Entente darauf, Wrangel werde in dem Augenblick, in dem die Rote Armee nach Zurückweisung der Polen den Vormarsch antrete, unseren Truppen in den Rücken fallen und alle Pläne Sowjetrußlands zunichte machen.

Ohne Zweifel hat Wrangels Offensive die Lage der Polen bedeutend erleichtert, aber es besteht kaum Grund zu der Annahme, dass es Wrangel gelingen werde, einen Durchbruch zu erzielen und ins Hinterland unserer Westarmeen einzubrechen.

Die nächste Zukunft wird jedenfalls die Stärke und Bedeutung der Wrangeloffensive zeigen.

„Kommunist“ (Charkow) Nr. 140,
24. Juni 1920.

TELEGRAMM AN W.I. LENIN

Der von uns am 10. Juni an der Krimfront gefangen genommene Frontgeneral Rewischin hat in meiner Anwesenheit erklärt: a) Bekleidung, Geschütze, Gewehre, Tanks, Säbel bekommen die Wrangeltruppen hauptsächlich von den Engländern und dann auch von den Franzosen; b) von der Seeseite her wird Wrangel durch große englische und kleine französische Schiffe versorgt; c) Brennstoff (flüssigen) erhält Wrangel aus Batum (also darf Baku keinen Treibstoff nach Tiflis abgeben, das ihn nach Batum weiterverkaufen kann); d) General Erdeli, den Georgien interniert hatte und der an uns ausgeliefert werden sollte, war schon im Mai auf der Krim (das heißt, dass Georgien ein falsches Spiel treibt und uns hintergeht).

Die Aussagen General Rewischins über die Unterstützung Wrangels durch England und Frankreich werden stenographisch aufgenommen und Ihnen, mit seiner Unterschrift versehen, als Material für Tschitscherin zugesandt werden.

Stalin

25. Juni 1920.

*Zuerst veröffentlicht in der
„Prawda“ Nr. 313,
14. November 1935.*

ÜBER DIE LAGE AN DER POLNISCHEN FRONT

Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Prawda“

Genosse Stalin, der unlängst aus dem Gebiet der Südwestfront eingetroffen ist, sagte in einer Unterredung mit unserem Mitarbeiter folgendes:

1. Mai bis Juni

Die letzten beiden Monate, Mai und Juni, bieten zwei völlig verschiedene Bilder von der Lage an der Front.

Der Mai war ein Monat außerordentlicher Erfolge der polnischen Truppen. An ihrem rechten Flügel rücken die Polen erfolgreich über die Linie Kiew-Shmerinka vor und bedrohen Odessa. Am linken Flügel paralysieren sie erfolgreich die Angriffshandlungen unserer Truppen in Richtung Molodetschno-Minsk. In der Mitte haben sich die polnischen Truppen Mosyr gesichert und Rjetschiza genommen, wodurch sie Gomel bedrohen.

Dagegen war der Juni ein Monat der schnellen und entschlossenen Liquidierung der Maierfolge der polnischen Truppen. Der Vorstoß der Polen in die Ukraine ist schon liquidiert, denn die Polen sind nicht nur aus Kiew vertrieben, sondern auch hinter die Linie Rowno-Proskurow-Mohilew zurückgeworfen. Der Vorstoß der Polen in Richtung Gomel ist ebenfalls liquidiert, denn die polnischen Truppen sind hinter Mosyr zurückgeworfen. Was den linken Flügel der Polen anbelangt, der polnischen Presseäußerungen zufolge der stabilste ist, so muss gesagt werden, dass der in den letzten Tagen in diesem Gebiet von unseren Truppen geführte mächtige Schlag in Richtung Molodetschno keinen Zweifel darüber lässt, dass die Polen auch in diesem Gebiet in die Flucht gejagt werden.

Der Juli eröffnet ein Bild des entschiedenen Umschwungs an der Front zugunsten Rußlands mit offensichtlichem Übergewicht auf Seiten der Sowjettruppen.

2. Der Durchbruch bei Shitomir

Es steht außer Zweifel, dass der Durchbruch unserer Kavallerie im Bezirk Shitomir eine entscheidende Rolle bei dem Umschwung an der Front gespielt hat.

Viele vergleichen diesen Durchbruch mit dem Durchbruch und Tiefenstoß Mamontows und finden sie identisch. Das aber ist falsch, der Durchbruch Mamontows trug einen episodenhaften Charakter und war nicht direkt mit den Angriffsoperationen Denikins verbunden. Der Durchbruch des Genossen Budjonny stellt dagegen ein notwendiges Glied in der fest gefügten Kette unserer Angriffsoperationen dar und setzt sich nicht nur die Zerstörung der rückwärtigen Gebiete des Gegners, sondern auch die unmittelbare Erfüllung einer bestimmten strategischen Aufgabe zum Ziel.

Der Durchbruch selbst begann im Morgengrauen des 5. Juni. An diesem Tag durchbrachen unsere Reiterregimenter, zu einem Stoßkeil zusammengeballt, in dessen Mitte sich der Tross befand, die Stellungen des Gegners im Gebiet Popelnja-Kasatin, stießen durch den Bezirk Berditschew hindurch und besetzten am 7. Juni Shitomir. Infolge des verzweifelten Widerstands der Polen musste sich unsere Kavallerie den Weg buchstäblich freihauen; das Ergebnis hiervon war, dass die Polen, wie der Revolutionäre Kriegsrat der Reiterarmee angibt, nicht weniger als achttausend Verwundete und Gefallene beziehungsweise Niedergesäbelte zurückließen.

3. Die Ergebnisse des Durchbruchs

Vor dem Durchbruch bei Shitomir hatten die Polen zum Unterschied von Denikin den Bewegungskrieg erfolgreich mit dem Stellungskrieg kombiniert, indem sie die Front an den wichtigsten Punkten mit einer Reihe von Schützengräben und Drahtverhauen überzogen. Dadurch erschwerten sie unser Vorrücken bedeutend. Der Durchbruch bei Shitomir machte den Polen einen Strich durch die Rechnung, da er den Wert des kombinierten Krieges auf ein Minimum herabsetzte.

Darin besteht das erste positive Ergebnis des Durchbruchs.

Ferner hat der Durchbruch die rückwärtigen Gebiete, die Kommunikationen und das Nachrichtenwesen des Gegners unmittelbar in Gefahr gebracht. Das Ergebnis hiervon ist:

- a) Die dritte polnische Armee (im Gebiet Kiew) begann aus Furcht vor einer Einkreisung einen eiligen Rückzug, der dann in eine allgemeine Flucht ausartete;
- b) die zweite polnische Armee (im Gebiet Berditschew), die den Hauptschlag der Reiterarmee zu spüren bekam, ging zum eiligen Rückzug über;
- c) die sechste polnische Armee (im Gebiet Shmerinka), deren linker Flügel keinen Rückhalt mehr hatte, begann einen geordneten Rückzug nach Westen;
- d) unsere Armeen leiteten an der ganzen Front eine stürmische Offensive ein.

Das ist das zweite positive Ergebnis des Durchbruchs bei Shitomir.

Schließlich hat der Durchbruch den Polen einen tüchtigen Dämpfer aufgesetzt, ihren Glauben an die eigenen Kräfte untergraben und ihre Moral erschüttert. Vor dem Durchbruch brachten die polnischen Truppen unseren Truppen, insbesondere aber unserer Kavallerie, größte Geringschätzung entgegen, schlugen sich verzweifelt und gaben sich nicht gefangen. Erst nach dem Durchbruch begannen die Polen, sich in ganzen Gruppen gefangen zugeben und in Massen zu desertieren, das erste Anzeichen für den moralischen Zerfall der polnischen Truppen. So schreibt denn auch Genosse Budjonny an den Revolutionären Kriegsrat der Front: „Die Pans haben unsere Reiterei respektieren gelernt.“

4. Die Gefahr vom Süden

Unsere Erfolge an den Fronten gegen die Polen sind nicht zu bezweifeln. Unzweifelhaft ist auch, dass sich diese Erfolge entwickeln werden. Aber es wäre unziemliche Überheblichkeit, wollte man annehmen, dass die Polen im Großen und Ganzen schon erledigt seien, dass uns nur noch der „Marsch nach Warschau“ bevorstehe.

Eine derartige Überheblichkeit, die die Energie unserer Funktionäre unterhöhlt und zu einer für die Sache schädlichen Selbstzufriedenheit führt, ist nicht allein deswegen unangebracht, weil Polen über Reserven verfügt, die es zweifellos an die Front werfen wird, weil Polen nicht allein dasteht, weil hinter Polen die Entente steht, die es voll und ganz gegen Rußland unterstützt, sondern vor allem auch deswegen, weil im Rücken unserer Truppen ein neuer Verbündeter Polens, nämlich Wrangel, aufgetaucht ist, der die Früchte unserer Siege über die Polen vom Hinterland aus illusorisch zu machen droht.

Man darf sich nicht mit der Hoffnung trösten, Wrangel werde mit den Polen nicht übereinkommen. Wrangel ist mit ihnen schon übereingekommen und macht mit ihnen gemeinsame Sache.

Die Inspiratorin der Wrangelleute, die in Sewastopol erscheinende Zeitung Schulgins „Welikaja Rossija“, schreibt in einer ihrer Juninumern folgendes:

„Zweifelsohne unterstützen wir die Polen durch unseren Angriff, denn wir lenken einen Teil der bolschewistischen Kräfte, die für die polnische Front bestimmt sind, auf uns ab. Es steht ferner außer Zweifel, dass die Polen uns durch ihre Operationen wesentlich unterstützen. Den Polen gegenüber ist weder Sympathie noch Antipathie angebracht, wir müssen uns einzig und allein von nüchternen politischen Erwägungen leiten lassen. Heute ist das Bündnis mit den

Polen gegen den gemeinsamen Feind für uns vorteilhaft, und was morgen ist ... wird sich morgen finden.“

Offenbar ist die Front Wrangels die Fortsetzung der polnischen Front, jedoch mit dem Unterschied, dass Wrangel im Rücken unserer gegen die Polen kämpfenden Truppen operiert, das heißt an der für uns gefährlichsten Stelle.

Deswegen ist es lächerlich, von einem „Marsch nach Warschau“ und überhaupt von Dauerhaftigkeit unserer Erfolge zu sprechen, solange die Wrangelsche Gefahr nicht liquidiert ist. Indessen wird Wrangel stärker, aber man sieht nicht, dass wir irgendetwas Besonderes und Ernstliches gegen die wachsende Gefahr vom Süden unternehmen.

5. Denkt an Wrangel

Unsere Angriffsoperationen gegen die Polen haben das Ergebnis, dass unsere Frontlinie die Form eines Bogens annimmt, dessen nach innen gewölbte Seite nach Westen gekehrt ist, während die Spitzen hervorragen - die südliche in das Gebiet von Rowno und die nördliche in das von Molodetschno. Dies nennt man eine Umfassungsstellung gegen die polnischen Truppen, das heißt eine Stellung, die für diese höchst bedrohlich ist.

Zweifelsohne wird dieser Umstand von der Entente berücksichtigt, die auf jede Weise Rumänien in einen Krieg gegen Rußland hineinziehen will, die fieberhaft neue Verbündete für Polen sucht, Wrangel mit allen Mitteln unterstützt und überhaupt bemüht ist, den Polen aus der Patsche zu helfen. Es ist durchaus möglich, dass es der Entente gelingen wird, neue Verbündete für Polen zu finden.

Wir haben keinen Grund zu bezweifeln, dass Rußland die Kraft aufbringen wird, auch neuen Gegnern eine Abfuhr zu erteilen. Aber eins darf trotzdem nicht vergessen werden: Solange Wrangel noch unversehrt ist, solange Wrangel die Möglichkeit hat, unsere rückwärtigen Gebiete zu bedrohen, werden unsere Fronten auf beiden Füßen hinken, können unsere Erfolge an der Front gegen die Polen nicht dauerhaft sein. Nur wenn Wrangel vernichtet ist, kann unser Sieg über die polnischen Pans als gesichert betrachtet werden. Deshalb muss die Partei die neue aktuelle Losung auf ihr Banner schreiben: „Denkt an Wrangel!“, „Wrangel muss vernichtet werden!“

*„Prawda“ Nr. 151,
11. Juli 1920.*

WIE DIE ROTEN TRUPPEN EMPFANGEN WERDEN

Mitteilung an die Zeitung „Krasnoarmejez“^[101]

Genosse Stalin, Mitglied des Revolutionären Kriegsrats der Republik, teilt mit, dass er sich für verpflichtet hält, die ausnehmend herzliche Einstellung der ortsansässigen Bevölkerung zur Roten Armee an der polnischen Front hervorzuheben.

Eine solche Einstellung habe ich weder im Osten noch im Süden beobachten können, sagt Genosse Stalin.

Obwohl die Bauernmassen im Westen, an denen des Wolgagebiets und des Südens gemessen, arm sind, teilten die Bauern dennoch das Letzte mit den Rotarmisten.

Die außerordentlich schwere „Gespann“pflicht wurde ohne Murren erfüllt.

Dem Rotarmisten wurde jeder Beistand, jede Hilfe erwiesen, und groß war der Kummer der Bevölkerung, als wir gezwungen waren, Ende Mai den Rückzug anzutreten.

Die Bevölkerung des Frontgebiets hatte die ganze Last der polnischen Okkupation ertragen müssen und war sich deswegen sehr wohl bewusst, welche Gefahr die Invasion der polnischen Pans für sie bedeutet.

An unserer Front gibt es eine ganze Gruppe von Truppen, deren gesamtes Sanitätswesen in den Händen von Bauern und Bäuerinnen liegt, die unseren verwundeten Rotarmisten die größte Fürsorge und Aufmerksamkeit angedeihen lassen.

Was die Stimmung der bjelorussischen Bauern im Gebiet jenseits der Front anbelangt, so finden dort, unseren Informationen zufolge, ununterbrochen Aufstände statt, dort operieren Partisanenabteilungen, die das Hinterland des Gegners zerstören, die Depots in Brand stecken und die Gutsbesitzer niedermachen.

Man kann ohne weiteres sagen, dass sich dieselbe Geschichte wiederholt wie mit Koltshak in Sibirien.

Beim Herannahen unserer Truppen beginnt das Hinterland des Gegners überall von innen heraus zu explodieren.

Wir sind gegenwärtig in Bjelorußland Zeugen einer wirklichen Bauernrevolution gegen die polnischen Gutsherren.

„Krasnoarmejez“ (Der Rotarmist) Nr. 337,
15. Juli 1920.

AN ALLE PARTEIORGANISATIONEN

Entwurf eines Briefes des ZK der KPR(B)^[102]

Nach unseren Informationen hat sich um Wrangel eine Gruppe erfahrener, tollkühner und blutdürstiger Generale geschart, die vor nichts zurückschrecken.

Die Soldaten Wrangels sind großartig in Verbände gegliedert, sie schlagen sich tollkühn und ziehen der Gefangenschaft den Selbstmord vor.

Technisch sind die Truppen Wrangels besser als die unseren ausgerüstet, die Zustellung von Tanks, Panzerautos, Flugzeugen, Patronen. und Bekleidung aus dem Westen dauert, trotz der Erklärung Englands, es werde die Lieferungen einstellen, bis auf den heutigen Tag an.

Die Schwäche unserer gegen Wrangel kämpfenden Truppen besteht darin, dass sie erstens mit Kriegsgefangenen, ehemaligen Denikinleuten, durchsetzt sind, die nicht selten zum Gegner überlaufen, und zweitens, dass sie weder gruppenweise noch einzeln Freiwillige oder mobilisierte Kommunisten aus dem Zentrum erhalten.

Es ist notwendig, diese Truppen von den ehemaligen Kriegsgefangenen zu säubern und ihnen regelmäßig große Partien von Freiwilligen oder von mobilisierten Kommunisten zu stellen, um einen Umschwung bei ihnen zu erzielen und ihnen die Möglichkeit zu geben, den grimmigen Feind zu besiegen.

Rußland muss die Krim um jeden Preis zurückerhalten, denn sonst werden die Ukraine und der Kaukasus immer von den Feinden Sowjetrußlands bedroht sein.

Das ZK verpflichtet Sie, die Massenagitation im Geiste des vorliegenden Rundschreibens zu verstärken und unverzüglich die regelmäßige Entsendung von Kommunisten an die Krimfront zu organisieren, sei es auch zum Nachteil der anderen Fronten.

*Geschrieben im Juli 1920.
Zuerst veröffentlicht 1945 im
Leninski Sbornik (Lenin-Sammelband) XXXV.*

ÜBER DIE SCHAFFUNG VON KAMPFRESERVEN DER REPUBLIK

1. MEMORANDUM AN DAS POLITBÜRO DES ZK DER KPR(B)

Das Verhalten Frankreichs und Amerikas, die die Polen und Wrangel offen unterstützen, ebenso wie das Verhalten Englands, das diese Unterstützung stillschweigend sanktioniert, einerseits und die Erfolge der Polen, die zu erwartende Verstärkung Wrangels durch neue Kräfte und die Zusammenziehung der rumänischen Ostarmee im Gebiet Dorohoi andererseits versetzen die Republik in eine ernste internationale und militärische Situation. Schon jetzt muss dafür Sorge getragen werden, dass die Republik frische Kräfte, Infanterie (ungefähr einhunderttausend Mann) und Kavallerie (ungefähr 30000 Mann) sowie die entsprechende militärische Ausrüstung erhält.

Die letzten Erfolge der Polen haben das Hauptübel unserer Armeen aufgedeckt, nämlich das Fehlen ernstlicher Kampfesreserven; deshalb muss dem nächsten Programm zur Verstärkung der militärischen Macht der Republik die Bildung von mächtigen Reserven, die in jedem beliebigen Augenblick an die Front geworfen werden können, zugrunde gelegt werden.

Auf Grund des oben Gesagten beantrage ich die Annahme folgenden Programms zur Bildung von Kampfesreserven der Republik:

1. Unter Fortsetzung der normalen Ersatzstellung für die im Feuer stehenden kampffähigen Divisionen unverzüglich daranzugehen, die kampfunfähig gewordenen, ganz oder halb aufgeriebenen Divisionen (Infanterie) ins Hinterland zurückzunehmen.
2. In der Annahme, dass sich die Zahl der zurückzunehmenden Infanteriedivisionen auf etwa 12 bis 15 belaufen wird, diese in solchen Gebieten (unbedingt Getreidegebieten) zu konzentrieren, von denen aus sie je nach der Sachlage ohne besondere Verzögerung an die Wrangelfront, an die polnische oder an die rumänische Front geworfen werden könnten (ein Drittel der zurückgenommenen Divisionen könnte beispielsweise im Gebiet Olviopol, ein anderes Drittel im Gebiet Konotop-Bachmatsch und das restliche Drittel im Gebiet Ilowaiskaja-Wolnowacha konzentriert werden).
3. Diese Divisionen so aufzufüllen und zu versorgen, dass jede von ihnen auf 7000 bis 8000 Infanteristen gebracht wird und dass sie alle vom 1. Januar 1921 an voll einsatzbereit sind.
4. Unverzüglich an die Auffüllung unserer im Einsatz stehenden Kavallerietruppen zu gehen, um der ersten Reiterarmee in den nächsten Monaten (bis Januar) 10000, der zweiten Reiterarmee 8000 und dem Korps Gais 6000 Mann zu stellen.
5. Unverzüglich die Bildung von fünf Kavalleriebrigaden von je 1500 Mann in Angriff zu nehmen (eine Brigade ist aus Terekkosaken, die andere aus Bergbewohnern des Kaukasus, die dritte aus Uralkosaken, die vierte aus Orenburger Kosaken, die fünfte aus sibirischen Kosaken zu rekrutieren). Die Aufstellung der Brigaden ist binnen zwei Monaten zu beenden.
6. Alle Maßnahmen zu treffen, um die Autoindustrie in Gang zu bringen und zu verstärken, wobei besondere Aufmerksamkeit auf die Reparatur und Herstellung von Kraftwagen der Typen „Osten“ und „Fiat“ zu richten ist.
7. Mit allen Mitteln die Panzerplattenindustrie zu verstärken, wobei hauptsächlich die Panzerung von Kraftwagen im Auge zu behalten ist.
8. Mit allen Mitteln die Flugzeugindustrie zu verstärken.
9. Das Versorgungsprogramm entsprechend den oben erwähnten Punkten zu erweitern.

J. Stalin

25. August 1920.

Moskau. Kreml.

2. ERKLÄRUNG AN DAS POLITBÜRO DES ZK DER KPR(B)

Trotzkis Antwort betreffs der Reserven ist eine leere Ausflucht. Das vorige Telegramm Trotzki's, auf das er sich in seiner Antwort beruft, enthält auch nicht die Spur eines Planes für die Bildung von Reserven, weist auch nicht einmal andeutungsweise auf die Notwendigkeit eines solchen Planes hin: wann und in welche Gebiete die Divisionen zurückzunehmen sind; in welchem Zeitraum die Auffüllung der Divisionen, die Ausbildung des Ersatzes, seine Zusammenschweißung zu beendigen sind - alle diese Fragen (die keineswegs Details sind) wurden umgangen.

Beim Sommerfeldzug hat eine große (negative) Rolle die Tatsache gespielt, dass die Reserven von den Fronten weit entfernt waren (Ural, Sibirien, Nordkaukasus): die Reserven trafen nicht rechtzeitig, sondern mit großer Verspätung ein und erreichten größtenteils ihr Ziel nicht. Deswegen müssen die Gebiete, in denen die Reserven zu konzentrieren sind, von vornherein als höchst wichtiger Faktor berücksichtigt werden.

Eine ebenso große (ebenfalls negative) Rolle hat die Tatsache gespielt, dass der Ersatz nicht ausgebildet war: der nur halb ausgebildete, nicht zusammengeschweißte Ersatz, der im Verlauf einer allgemeinen Angriffswelle brauchbar ist, hielt einer ernsthaften Gegenwehr des Gegners gewöhnlich nicht stand, lieferte fast das gesamte Material aus und gab sich dem Gegner zu Zehntausenden gefangen. Deswegen muss die Frist für die Ausbildung und die Auffüllung ebenfalls von vornherein als höchst wichtiger Faktor berücksichtigt werden.

Eine noch größere (ebenfalls negative) Rolle hat der zufällige, improvisierte Charakter unserer Reserven gespielt: da wir keine speziellen Reserveeinheiten hatten, wurden die Reserven nicht selten zufällig und äußerst überstürzt aus allen möglichen zusammengeflückten Einheiten einschließlich der WOCHR-Truppen^[103] zusammengestüekelt, was die Standhaftigkeit unserer Armeen untergrub.

Kurzum: Es muss (unverzüglich!) eine planmäßige Arbeit begonnen werden, um der Republik ernst zu nehmende Reserven zu sichern – sonst laufen wir Gefahr, in eine neue „unerwartete“ („wie ein Blitz aus heiterem Himmel“ hereinbrechende) militärische Katastrophe zu geraten.

Die Versorgung ist nicht das „wichtigste“, wie Trotzki irrtümlich glaubt. Die Geschichte des Bürgerkriegs zeigt, dass wir mit der Versorgung trotz unserer Armut immerhin fertig geworden sind, und doch gelangte die Hälfte aller „Hemden“ und „Stiefel“, die den Soldaten verabfolgt wurden, an die Bauern. Warum? Ja darum, weil der Soldat sie an den Bauern im Austausch gegen Milch, Butter und Fleisch abgesetzt hat (und weiter absetzen wird!), das heißt im Austausch gegen all das, was wir ihm nicht geben können. Auch in diesem (Sommer)-Feldzug sind wir mit der Versorgung fertig geworden und trotzdem haben wir Misserfolge erlitten (niemand, scheint's, hat sich bisher erküht, unsere Versorgungsfunktionäre anzuklagen, sie hätten die Misserfolge an der polnischen Front verschuldet ...). Offenbar gibt es Faktoren, die wichtiger sind als die Versorgung (wovon oben die Rede war).

Man muss sich ein für allemal von der schädlichen „Doktrin“ frei machen, wonach die zivilen Behörden für die Truppenversorgung zuständig sind und alles übrige dem Feldstab überlassen bleibt. Das ZK muss die gesamte Arbeit der militärbehördlichen Organe, einschließlich der Ausbildung der Kampfesreserven und der Feldoperationen, kennen und kontrollieren, wenn es sich nicht einer neuen Katastrophe gegenübersehen will.

Gerade darum bestehe ich darauf, dass:

1. die Militärbehörde sich nicht auf das „Soldatenhemd“ herausredet, sondern einen konkreten Plan für die Bildung von Kampfesreserven der Republik ausarbeitet (unverzüglich an seine Ausarbeitung geht);
2. das ZK sich (über den Verteidigungsrat) mit diesem Plan befasst;

3. das ZK die Kontrolle über den Feldstab verstärkt, indem es eine regelmäßige Berichterstattung des Oberbefehlshabers oder des Chefs des Feldstabs an den Verteidigungsrat oder an eine spezielle Kommission, bestehend aus Mitgliedern des Verteidigungsrats, einführt.

J. Stalin

30. August 1920.

Zum erstenmal veröffentlicht.

DIE POLITIK DER SOWJETMACHT IN DER NATIONALEN FRAGE IN RUSSLAND

Drei Jahre Revolution und Bürgerkrieg in Rußland haben gezeigt, dass ohne die wechselseitige Unterstützung Zentralrußlands und seiner Randgebiete der Sieg der Revolution unmöglich ist, die Befreiung Rußlands aus den Fängen des Imperialismus unmöglich ist. Zentralrußland, dieser Herd der Weltrevolution, kann sich nicht lange ohne die Hilfe der Randgebiete halten, die Roh- und Brennstoffe sowie Lebens-mittel in Hülle und Fülle haben. Die Randgebiete Rußlands sind ihrerseits ohne die politische, militärische und organisatorische Hilfe des höher entwickelten Zentralrußlands unausbleiblich zu imperialistischer Knechtung verurteilt. Wenn die These zutrifft, dass der höher entwickelte proletarische Westen ohne die Hilfe des weniger entwickelten, aber an Roh- und Brennstoffen reichen bäuerlichen Ostens der Weltbourgeoisie nicht den Garaus machen kann, so ist die andere These ebenso zutreffend, dass das höher entwickelte Zentralrußland ohne die Hilfe der weniger entwickelten, aber an den notwendigen Hilfsquellen reichen Randgebiete Rußlands die Sache der Revolution nicht zu Ende führen kann.

Von den ersten Tagen des Bestehens der Sowjetregierung an hat die Entente diesen Umstand zweifellos in Rechnung gestellt, als sie (die Entente) ihren Plan der ökonomischen Einkreisung Zentralrußlands durch die Losreißung seiner wichtigsten Randgebiete durchzuführen suchte. Im Weiteren bleibt der Plan der ökonomischen Einkreisung Rußlands die unveränderliche Grundlage aller Feldzüge der Entente gegen Rußland von 1918 bis 1920, ihre jetzigen Machenschaften in der Ukraine, in Aserbaidshan und in Turkestan nicht ausgenommen.

Umso größeres Interesse gewinnt die Sicherung eines dauerhaften Bündnisses zwischen dem Zentrum und den Randgebieten Rußlands.

Daher die Notwendigkeit, bestimmte Beziehungen, bestimmte Verbindungen zwischen dem Zentrum und den Randgebieten Rußlands herzustellen, die ein festes, unzerstörbares Bündnis zwischen ihnen sichern.

Welcher Art müssen nun diese Beziehungen sein, welche Formen müssen sie annehmen?

Mit anderen Worten: Worin besteht die Politik der Sowjetmacht in der nationalen Frage in Rußland?

Die Forderung nach Lostrennung der Randgebiete von Rußland, als Form der Beziehungen zwischen dem Zentrum und den Randgebieten, muss nicht nur deshalb ausgeschlossen werden, weil sie der Fragestellung an und für sich widerspricht, bei der es um die Herstellung eines Bündnisses zwischen dem Zentrum und den Randgebieten geht, sondern vor allem deshalb, weil sie in krassem Gegensatz zu den Interessen der Volksmassen sowohl des Zentrums als auch der Randgebiete steht. Schon ganz zu schweigen davon, dass eine Lostrennung der Randgebiete die revolutionäre Macht Zentralrußlands untergraben würde, die den Ansporn für die Befreiungsbewegung im Westen und im Osten bildet, würden die Randgebiete selbst nach ihrer Lostrennung unvermeidlich in die Knechtschaft des internationalen Imperialismus geraten. Es genügt, einen Blick auf Georgien, Armenien, Polen, Finnland usw. zu werfen, die nach ihrer Lostrennung von Rußland nur noch den Schein einer Unabhängigkeit bewahrt, sich aber in Wirklichkeit in unbedingte Vasallen der Entente verwandelt haben; es genügt schließlich, sich die jüngste Geschichte der Ukraine und Aserbaidshans in Erinnerung zu rufen, wo jene vom deutschen Kapital und dieses von der Entente ausgeplündert wurde, um zu begreifen, wie konterrevolutionär die Forderung nach Lostrennung der Randgebiete unter den gegenwärtigen internationalen Verhältnissen ist. In einer Situation, da zwischen dem proletarischen Rußland und der imperialistischen Entente ein Kampf auf Leben und Tod entbrennt, gibt es für die Randgebiete nur zwei Wege: entweder zusammen mit Rußland, und dann - Befreiung der schaffenden Massen der Randgebiete von der imperialistischen Unterdrückung;

oder zusammen mit der Entente, und dann - unvermeidlich das imperialistische Joch. Einen dritten Weg gibt es nicht.

Die so genannte Unabhängigkeit der so genannten unabhängigen Länder Georgien, Armenien, Polen, Finnland usw. ist nur ein trügerischer Schein, der die vollständige Abhängigkeit dieser, mit Verlaub zu sagen, Staaten von der einen oder der anderen Imperialistengruppe bemäntelt. Natürlich haben die Randgebiete Rußlands, die Nationen und Volksstämme, die diese Randgebiete bevölkern, ebenso wie alle anderen Nationen, das unveräußerliche Recht auf Lostrennung von Rußland, und wenn irgendeine dieser Nationen in ihrer Mehrheit beschließen sollte, sich von Rußland loszutrennen, wie das mit Finnland 1917 der Fall war, so hätte Rußland wahrscheinlich nur die Tatsache zu konstatieren und die Lostrennung zu sanktionieren. Aber hier geht es nicht um die Rechte der Nationen, die unbestreitbar sind, sondern um die Interessen der Volksmassen sowohl des Zentrums als auch der Randgebiete; es geht um den durch diese Interessen bestimmten Charakter der Agitation, die unsere Partei durchzuführen verpflichtet ist, wenn sie (die Partei) sich nicht selbst verleugnen will, wenn sie den Willen der schaffenden Massen der Nationalitäten in einer bestimmten Richtung beeinflussen will. Nun, die Interessen der Volksmassen besagen aber, dass die Forderung nach Lostrennung der Randgebiete im gegenwärtigen Stadium der Revolution eine durch und durch konterrevolutionäre Forderung ist.

Ebenso muss die so genannte national-kulturelle Autonomie als Form des Bündnisses zwischen dem Zentrum und den Randgebieten Rußlands ausgeschlossen werden. Die Praxis Österreich-Ungarns (der Heimat der national-kulturellen Autonomie) in den letzten zehn Jahren hat die ganze Kurzlebigkeit und Lebensunfähigkeit der national-kulturellen Autonomie als einer Form des Bündnisses zwischen den schaffenden Massen der Nationalitäten eines Nationalitätenstaates gezeigt. Springer und Bauer, diese Schöpfer der national-kulturellen Autonomie, die jetzt vor dem Scherbenhaufen ihres schlaue ausgeklügelten nationalen Programms stehen, sind der lebendige Beweis dafür. Schließlich hat sich sogar der Herold der national-kulturellen Autonomie in Rußland, der weiland berühmte „Bund“, selbst unlängst gezwungen gesehen, offiziell die Zwecklosigkeit der national-kulturellen Autonomie zuzugeben, als er offen erklärte:

„Die im Rahmen der kapitalistischen Ordnung erhobene Forderung nach national-kultureller Autonomie verliert unter den Verhältnissen der sozialistischen Revolution ihren Sinn“ (siehe „XII. Konferenz des ‚Bund‘, S. 21, 1920).

So bleibt die Gebietsautonomie der Randgebiete, die sich durch besondere Lebensweise und nationale Zusammensetzung unterscheiden, als die einzig zweckmäßige Form des Bündnisses zwischen dem Zentrum und den Randgebieten - eine Autonomie, die die Randgebiete Rußlands durch das Band föderativer Beziehungen mit dem Zentrum verbinden soll, also eben die sowjetische Autonomie, die die Sowjetmacht schon in den ersten Tagen ihres Entstehens verkündet hat und die gegenwärtig in den Randgebieten in Gestalt von administrativen Kommunen und autonomen Sowjetrepubliken verwirklicht wird.

Die Sowjetautonomie ist nicht etwas Erstarrtes und ein für allemal Gegebenes; sie lässt die verschiedenartigsten Formen und Stufen ihrer Entwicklung zu. Von der engen, administrativen Autonomie (Wolgadeutsche, Tschuwaschen, Karelier) geht sie zu der umfassenderen, politischen Autonomie über (Baschkiren, Wolgatataren, Kirgisen), von der umfassenden, politischen Autonomie zu ihrer noch breiteren Form (Ukraine, Turkestan) und schließlich vom ukrainischen Typus der Autonomie zur höchsten Form der Autonomie, zum Vertragsverhältnis (Aserbaidshan). Diese Elastizität der sowjetischen Autonomie ist einer ihrer Hauptvorteile, denn sie (die Elastizität) ermöglicht es, die ganze Mannigfaltigkeit der Randgebiete Rußlands zu erfassen, die auf den verschiedensten kulturellen und ökonomischen Entwicklungsstufen stehen. Die drei Jahre sowjetischer Politik in der nationalen Frage in Rußland haben gezeigt, dass die Sowjetmacht auf dem richtigen Wege ist, wenn sie die sowjetische Autonomie in ihren mannigfaltigen Formen verwirklicht; denn nur dank dieser

Politik ist es der Sowjetmacht gelungen, sich den Weg in die entlegensten Winkel der Randgebiete Rußlands zu bahnen, die rückständigsten und in nationaler Hinsicht verschiedenartigsten Massen zu politischem Leben zu erwecken, diese Massen mit dem Zentrum durch die verschiedenartigsten Fäden zu verbinden - eine Aufgabe, die sich keine einzige Regierung der Welt jemals auch nur gestellt (davor fürchtete man sich!), geschweige denn gelöst hat. Die administrative Neueinteilung Rußlands nach den Grundsätzen der sowjetischen Autonomie ist noch nicht beendet; die Nordkaukasier, die Kalmücken, die Tscheremissen, die Wotjaken, die Burjaten und andere warten noch auf die Regelung der Frage, aber wie auch die administrative Karte des künftigen Rußlands aussehen wird und welche Mängel in dieser Beziehung auch unterlaufen sein mögen - und manche Mängel gab es tatsächlich -, man muss anerkennen, dass Rußland mit der Durchführung der administrativen Neueinteilung nach den Grundsätzen der Gebietsautonomie einen gewaltigen Schritt vorwärts getan hat auf dem Wege des Zusammenschlusses der Randgebiete um das proletarische Zentrum, auf dem Wege der Annäherung der Staatsmacht an die breiten Volksmassen der Randgebiete.

Aber die Verkündung dieser oder jener Form der sowjetischen Autonomie, der Erlass entsprechender Dekrete und Beschlüsse, ja sogar die Schaffung von Regierungen der Randgebiete in Gestalt von regionalen Räten der Volkskommissare für die autonomen Republiken sind bei weitem nicht ausreichend zur Festigung des Bündnisses zwischen den Randgebieten und dem Zentrum. Um dieses Bündnis zu festigen, gilt es vor allem, die Entfremdung und Abgeschlossenheit der Randgebiete, die patriarchalischen Zustände und die Kulturlosigkeit sowie das Misstrauen gegen das Zentrum zu überwinden, die die bestialische Politik des Zarismus in den Randgebieten als Erbe hinterlassen hat. Der Zarismus kultivierte in den Randgebieten vorsätzlich die patriarchalisch-feudale Unterdrückung, um die Massen in Sklaverei und Unwissenheit zu halten. Der Zarismus siedelte vorsätzlich an den besten Stellen der Randgebiete koloniasatorische Elemente an, um die einheimischen nationalen Massen in die schlechteren Gebiete abzudrängen und den nationalen Hader zu verstärken. Der Zarismus bedrängte die einheimische Schule, das Theater, die Bildungsstätten, ja mitunter beseitigte er sie einfach, um die Massen in Finsternis zu halten. Der Zarismus erstickte jede Initiative der besten Elemente der einheimischen Bevölkerung. Schließlich tötete der Zarismus jede Aktivität der Volksmassen der Randgebiete. Durch all dies rief der Zarismus unter den einheimischen nationalen Massen tiefstes Misstrauen gegenüber allem Russischen hervor, ein Misstrauen, das zuweilen in Feindseligkeit überging. Um das Bündnis zwischen Zentralrußland und den Randgebieten zu festigen, muss dieses Misstrauen beseitigt, muss eine Atmosphäre des gegenseitigen Verständnisses und des brüderlichen Vertrauens geschaffen werden. Um aber das Misstrauen zu beseitigen, gilt es vor allem, den Volksmassen der Randgebiete zu helfen, sich von den Überresten des feudal-patriarchalischen Jochs zu befreien, gilt es, alle und jedwede Privilegien der koloniasatorischen Elemente in der Tat, und nicht nur in Worten, abzuschaffen, gilt es, die Volksmassen in den Genuss der materiellen Güter der Revolution zu setzen.

Kurzum: Man muss den Massen beweisen, dass das proletarische Zentralrußland ihre und nur ihre Interessen vertritt, und zwar muss man dies nicht allein durch Repressalien gegen die Koloniasatoren und die bürgerlichen Nationalisten beweisen, die den Massen mitunter ganz unverständlich sind, sondern vor allem durch eine konsequente und durchdachte Wirtschaftspolitik.

Die von den Liberalen erhobene Forderung nach allgemeiner Schulpflicht ist allen bekannt. Die Kommunisten in den Randgebieten können nicht rechts von den Liberalen stehen; sie müssen dort die allgemeine Schulpflicht durchführen, wenn sie die Unwissenheit des Volkes aus der Welt schaffen, wenn sie das Zentrum und die Randgebiete Rußlands geistig einander näher bringen wollen. Dazu müssen aber die einheimische nationale Schule, das nationale Theater, die nationalen Bildungsstätten entwickelt und das Kulturniveau der Volksmassen in

den Randgebieten gehoben werden, denn es braucht wohl kaum bewiesen zu werden, dass Kulturlosigkeit und Unwissenheit der gefährlichste Feind der Sowjetmacht sind. Wir wissen nicht, mit welchem Erfolg unsere Arbeit im allgemeinen in dieser Richtung vor sich geht, doch wird uns mitgeteilt, dass das Gebietsvolkskommissariat für Bildungswesen in einem der wichtigsten Randgebiete für die einheimischen Schulen insgesamt nur zehn Prozent seiner Kredite verausgabte. Wenn das zutrifft, so muss man zugeben, dass wir uns auf diesem Gebiet vom „alten Regime“ leider nicht weit entfernt haben.

Die Sowjetmacht darf nicht als eine vom Volk losgelöste Macht betrachtet werden - im Gegenteil, sie ist eine in ihrer Art einzig dastehende, aus den russischen Volksmassen hervorgegangene, ihnen vertraute und nahe stehende Macht. Daraus erklärt sich ja auch die unerhörte Kraft und Geschmeidigkeit, die die Sowjetmacht in kritischen Augenblicken zu offenbaren pflegt.

Es ist notwendig, dass die Sowjetmacht den Volksmassen der Randgebiete Rußlands ebenso vertraut wird und ihnen ebenso nahe kommt. Um ihnen aber vertraut zu werden, muss ihnen die Sowjetmacht vor allem verständlich werden. Daher ist es notwendig, dass alle Sowjetorgane in den Randgebieten, das Gericht, die Verwaltung, die Wirtschaftsorgane, die unmittelbaren Machtorgane (und auch die Parteiorgane) nach Möglichkeit aus Einheimischen bestehen, die die Lebensweise, die Sitten und Gebräuche, die Sprache der einheimischen Bevölkerung kennen, dass in diese Institutionen die besten Vertreter der einheimischen Volksmassen hineingezogen werden, dass die einheimischen schaffenden Massen auf allen Gebieten zur Verwaltung des Landes herangezogen werden, das Gebiet militärischer Formationen eingeschlossen, damit die Massen sehen, dass die Sowjetmacht und ihre Organe das Werk ihrer eigenen Bemühungen, die Verkörperung ihrer Hoffnungen sind. Nur auf diese Weise kann ein unzerstörbares geistiges Band zwischen den Massen und der Staatsmacht geknüpft werden, nur auf diese Weise kann man die Sowjetmacht den werktätigen Massen der Randgebiete verständlich machen und sie ihnen nahe bringen.

Manche Genossen betrachten die autonomen Republiken Rußlands und die sowjetische Autonomie überhaupt als ein vorübergehendes, wenn auch notwendiges Übel, das in Anbetracht bestimmter Umstände zugelassen werden musste, das man aber bekämpfen muss, um es mit der Zeit zu beseitigen. Es braucht wohl kaum bewiesen zu werden, dass diese Auffassung grundfalsch ist und jedenfalls mit der Politik der Sowjetmacht in der nationalen Frage nichts gemein hat. Die sowjetische Autonomie darf nicht als etwas Abstraktes und Ausgeklügeltes betrachtet werden, noch weniger als ein leeres deklaratives Versprechen. Die sowjetische Autonomie ist die realste, konkreteste Form des Zusammenschlusses der Randgebiete mit Zentralrußland. Niemand wird leugnen wollen, dass die Ukraine, Aserbaidshan, Turkestan, Kirgisien, Baschkirien, Tatarien und die anderen Randgebiete, da sie doch das kulturelle und materielle Gedeihen der Volksmassen anstreben, ohne Schulen in der Muttersprache, ohne vorwiegend aus der einheimischen Bevölkerung bestehende Gerichte, Verwaltungs- und Machtorgane nicht auskommen können. Mehr noch: Die wirkliche Sowjetisierung dieser Gebiete, ihre Verwandlung in sowjetische Länder, die mit Zentralrußland fest zu einem staatlichen Ganzen verbunden sind, ist undenkbar ohne umfassende Organisation von einheimischen Schulen, ohne dass Gerichte, Verwaltungs- und Machtorgane usw. aus Menschen gebildet werden, die die Lebensweise und die Sprache der Bevölkerung kennen. Aber die Tätigkeit der Schule, des Gerichts, der Verwaltung, der Machtorgane in der Muttersprache bedeutet ja eben, die sowjetische Autonomie in der Praxis zu verwirklichen, denn die sowjetische Autonomie ist nichts anderes als die Summe all dieser in ukrainische, turkestanische, kirgisische usw. Form gekleideten Institutionen.

Wie kann man nach alledem ernsthaft von einer Kurzlebigkeit der sowjetischen Autonomie, von der Notwendigkeit ihrer Bekämpfung und dergleichen reden?

Eins von beiden:

Entweder sind die ukrainische, die aserbaidshanische, die kirgisische, die usbekische, die baschkirische und andere Sprachen wirklich eine Realität, wobei es in diesen Gebieten folglich absolut notwendig ist, die in der Muttersprache tätige Schule, das Gericht, die Verwaltung, die Machtorgane aus der einheimischen Bevölkerung zu bilden, und dann muss die sowjetische Autonomie in diesen Gebieten restlos, ohne jeden Vorbehalt durchgeführt werden;

oder die ukrainische, die aserbaidshanische und andere Sprachen sind ein Hirngespinnst, die Schulen und sonstige Institutionen in der Muttersprache sind folglich nicht notwendig, und dann muss die sowjetische Autonomie als überflüssiges Gerümpel beiseite geworfen werden. Das Suchen nach einem dritten Weg ist die Folge einer Unkenntnis der Dinge oder einer bedauerlichen Gedankenarmut.

Ein ernstes Hindernis auf dem Wege zur Durchführung der sowjetischen Autonomie ist der große Mangel an intellektuellen Kräften aus den Reihen der einheimischen Bevölkerung in den Randgebieten, der Mangel an Instruktoren für ausnahmslos alle Zweige der Sowjet- und Parteiarbeit. Dieser Mangel muss unvermeidlich sowohl die Bildungsarbeit als auch die revolutionäre Aufbauarbeit in den Randgebieten hemmen. Gerade deshalb wäre es aber unvernünftig und für die Sache verhängnisvoll, diese zahlenmäßig ohnehin schwachen Gruppen einheimischer Intellektueller von sich zu stoßen, die vielleicht den guten Willen hätten, den Volksmassen zu dienen, dies aber nicht können, vielleicht darum nicht, weil sie sich als Nichtkommunisten von einer Atmosphäre des Misstrauens umgeben glauben und eventuelle Repressalien befürchten. Gegenüber diesen Gruppen kann mit Erfolg die Politik ihrer Einbeziehung in die Sowjetarbeit angewendet werden, die Politik ihrer Heranziehung zu Funktionen in der Industrie, der Landwirtschaft, im Ernährungswesen usw., zum Zwecke ihrer allmählichen Sowjetisierung. Denn man kann wohl schwerlich behaupten, dass diese Intellektuellengruppen weniger zuverlässig seien als, sagen wir, die konterrevolutionären Militärfachleute, die trotz ihrer konterrevolutionären Gesinnung dennoch zur Arbeit herangezogen und dann auf den wichtigsten Posten sowjetisiert wurden.

Der Einsatz der nationalen Intellektuellengruppen reicht jedoch noch bei weitem nicht aus, um den Bedarf an Instruktoren zu decken. Gleichzeitig muss in den Randgebieten ein umfassendes Netz von Kursen und Schulen für alle Verwaltungszweige eingerichtet werden, um Kader von Instruktoren aus der einheimischen Bevölkerung zu schaffen. Denn es ist klar, dass ohne solche Kader die Organisation von einheimischen Schulen, Gerichten, Verwaltungsorganen und anderen Institutionen in der Muttersprache aufs äußerste erschwert wird.

Ein nicht weniger ernstes Hindernis auf dem Wege zur Verwirklichung der sowjetischen Autonomie ist die oftmals in grobe Taktlosigkeit ausartende Hast, die manche Genossen bei der Sowjetisierung der Randgebiete an den Tag legen. Wenn diese Genossen in Gebieten, die um eine ganze geschichtliche Periode hinter Zentralrußland zurückgeblieben sind, in Gebieten, in denen die mittelalterlichen Lebensformen noch nicht völlig liquidiert sind, sich entschließen, „heroische Anstrengungen“ zur Durchführung des „reinen Kommunismus“ zu machen, dann kann man mit Sicherheit sagen, dass aus einem solchen Husarenritt, aus einem solchen „Kommunismus“ nichts Gutes herauskommen wird. Diesen Genossen möchten wir den bekannten Punkt unseres Programms in Erinnerung bringen, der folgendermaßen lautet:

„Die KPR nimmt den historisch-klassenmäßig bedingten Standpunkt ein und berücksichtigt, auf welcher geschichtlichen Entwicklungsstufe die betreffende Nation steht: auf dem Wege vom Mittelalter zur bürgerlichen Demokratie oder von der bürgerlichen Demokratie zur sowjetischen oder proletarischen Demokratie usw.“

Und weiter:

„Jedenfalls muss das Proletariat derjenigen Nationen, die Unterdrückernationen waren, besondere Vorsicht und besondere Aufmerksamkeit gegenüber den Reminiszenzen nationaler

Gefühle bei den werktätigen Massen der unterdrückten oder nichtvollberechtigten Nationen walten lassen“ (siehe „Programm der KPR“).

Das heißt, wenn zum Beispiel der direkte Weg der Wohnungsaufteilung in Aserbaidshan die aserbaidshanischen Massen, die die Wohnung, den häuslichen Herd, als unantastbar, als geheiligt betrachten, von uns abstößt, dann ist es klar, dass wir den direkten Weg der Wohnungsaufteilung durch einen indirekten, durch einen Umweg ersetzen müssen, um dasselbe Ziel zu erreichen. Oder wenn zum Beispiel die daghestanischen Massen, die stark von religiösen Vorurteilen angesteckt sind, „auf Grund des Scharias“ den Kommunisten folgen, so ist es klar, dass der direkte Weg des Kampfes gegen die religiösen Vorurteile in diesem Lande durch indirekte, vorsichtigere Wege ersetzt werden muss usw. usf.

Kurzum: Von den Husarenritten, die die „sofortige Kommunisierung“ der rückständigen Volksmassen bezwecken, muss man zu einer besonnenen und durchdachten Politik allmählicher Hinüberleitung dieser Massen in die gemeinsame Bahn der sowjetischen Entwicklung übergehen.

Das sind im Großen und Ganzen die praktischen Bedingungen für die Verwirklichung der sowjetischen Autonomie, Bedingungen, deren Durchführung die geistige Annäherung und das dauerhafte revolutionäre Bündnis zwischen dem Zentrum und den Randgebieten Rußlands verbürgt.

Sowjetrußland unternimmt den in der Welt noch nicht dagewesenen Versuch, die Zusammenarbeit einer ganzen Reihe von Nationen und Volksstämmen im Rahmen eines einheitlichen proletarischen Staates auf der Grundlage des gegenseitigen Vertrauens, auf der Grundlage des freiwilligen, brüderlichen Einvernehmens zu organisieren. Die drei Jahre Revolution haben gezeigt, dass dieser Versuch alle Aussichten auf Erfolg hat. Aber er, dieser Versuch, kann nur in dem Fall auf einen vollen Erfolg rechnen, wenn unsere praktische Politik in der nationalen Frage draußen im Lande nicht von den Erfordernissen der verkündeten sowjetischen Autonomie in ihren verschiedenartigen Formen und Stufen abweicht, wenn ein jeder unserer praktischen Schritte draußen im Lande dazu beiträgt, dass die Volksmassen der Randgebiete der höheren geistigen und materiellen proletarischen Kultur teilhaftig werden, und zwar in Formen, die der Lebensweise und dem nationalen Gepräge dieser Massen entsprechen.

Darin liegt das Unterpfand der Festigung jenes revolutionären Bündnisses zwischen Zentralrußland und den Randgebieten Rußlands, vor dem alle und jedwede Machenschaften der Entente in Staub zerfallen werden.

*„Prawda“ Nr. 226,
10. Oktober 1920.
Unterschrift: J. Stalin.*

REDE BEI ERÖFFNUNG DER I. ALLRUSSISCHEN BERATUNG DER VERANTWORTLICHEN FUNKTIONÄRE DER ARBEITER- UND BAUERNINSPEKTION

15. Oktober 1920

Ich bitte die erste Allrussische Beratung der Funktionäre der Arbeiter- und Bauerninspektion als eröffnet zu betrachten.

Genossen! Bevor wir zur praktischen Arbeit der Beratung übergehen, gestatten Sie mir, die Meinung des Volkskommissariats der Arbeiter- und Bauerninspektion zu der Frage darzulegen, ob in einem Arbeiter- und Bauernstaat eine Inspektion notwendig ist und welches, wenn sie notwendig ist, ihre Hauptaufgaben sein müssen.

Rußland ist das einzige Land, wo die Arbeiter und Bauern - zum erstenmal in der Geschichte - die Macht in ihre Hände genommen haben. Die Voraussetzung für die Machtergreifung war die tiefstgehende Umwälzung in der Welt, der die Liquidierung der alten und die Entstehung der neuen staatlichen Machtapparate folgten. In früheren Zeiten war es so, dass die Arbeiter gewöhnlich für die Herren arbeiteten, die Herren aber das Land regierten. Daraus erklärt sich denn auch, dass vor der Revolution die gesamten Erfahrungen der Verwaltung des Landes in den Händen der herrschenden Klassen konzentriert waren. Nach der Oktoberrevolution aber gelangten die Arbeiter und Bauern an die Macht, die niemals an der Verwaltung teilgenommen hatten, nur Arbeit für andere kannten und keine genügenden Erfahrungen in der Verwaltung des Landes besaßen.

Das ist der erste Umstand, aus dem die Mängel erwachsen, an denen die staatlichen Verwaltungsapparate des Sowjetlandes jetzt leiden. Ferner, mit der Liquidierung der alten staatlichen Verwaltungsapparate wurde der Bürokratismus zerschlagen, die Bürokraten aber blieben. Sie gaben sich den Anstrich von Sowjetfunktionären und traten in unsere Staatsapparate ein und ließen unter Ausnutzung der Unerfahrenheit der eben erst an die Macht gelangten Arbeiter und Bauern die alten Machenschaften zur Plünderung des Staatsvermögens auferstehen, schleppten die alten bourgeoisen Sitten ein.

Das ist der zweite Umstand, aus dem die Mängel unserer Staatsapparate erwachsen.

Schließlich hinterließ die alte Macht der neuen Macht einen völlig zerstörten Wirtschaftsapparat. Diese Zerstörung wurde durch den Bürgerkrieg, den die Entente Rußland aufzwang, noch verstärkt. Auch dieser Umstand war mitbestimmend dafür, dass es im Mechanismus Fehler und Mängel gibt.

Das, Genossen, sind die Hauptbedingungen, aus denen die Mängel unserer Staatsapparate erwachsen sind.

Es ist klar: Solange diese Bedingungen existieren, solange die Mängel in den staatlichen Apparaten bestehen bleiben, brauchen wir eine Inspektion.

Natürlich ist die Arbeiterklasse bemüht, Erfahrungen in der Verwaltung des Landes zu erwerben, aber trotzdem sind die Erfahrungen der Vertreter der an die Macht gelangten neuen Klasse noch ungenügend.

Natürlich werden den Bürokraten, die die Farbe gewechselt und sich in unsere Apparate eingeschlichen haben, Zügel angelegt, aber die Zügel sind noch nicht stramm genug angezogen.

Natürlich wird die Zerrüttung, vor der wir stehen, durch die fieberhafte Tätigkeit unserer Staatsorgane vermindert, trotzdem aber bleibt die Zerrüttung immer noch bestehen.

Und gerade deswegen ist, solange diese Bedingungen bestehen bleiben, solange diese Mängel vorhanden sind, ein besonderer staatlicher Apparat notwendig, der diese Mängel studiert, sie

abstellt und unseren Staatsorganen hilft, auf dem Wege der Vervollkommnung vorwärts zuschreiten.

Welches sind nun die Hauptaufgaben der Inspektion?

Es sind zwei Hauptaufgaben:

Die erste ist, dass die Funktionäre der Inspektion durch das Ergebnis oder im Verlauf ihrer Revisionsarbeit unseren an der Macht stehenden Genossen, sowohl im Zentrum als auch in der Provinz, helfen, die zweckdienlichsten Formen der Rechnungsführung über das Staatsvermögen einzuführen, dass sie ihnen helfen, die zweckmäßigen Formen für die Rechenschaftslegung einzuführen, dass sie ihnen helfen, die Versorgungsapparate, die Apparate der Friedens- und Kriegszeit, die Wirtschaftsapparate in Gang zu bringen.

Das ist die erste Hauptaufgabe.

Die zweite Hauptaufgabe besteht darin, dass die Arbeiter- und Bauerninspektion im Verlauf ihrer Arbeit Arbeiter und Bauern zu Instruktoren ausbildet, die fähig sind, den ganzen Staatsapparat zu meistern. Genossen, in der Praxis wird das Land nicht von denen verwaltet, die ihre Delegierten unter der bürgerlichen Ordnung in die Parlamente oder unter der sowjetischen Ordnung auf die Sowjetkongresse entsenden. Nein, das Land wird faktisch von denjenigen verwaltet, die in der Praxis die Exekutivapparate des Staates beherrschen, die diese Apparate lenken. Will die Arbeiterklasse den Staatsapparat zur Verwaltung des Landes wirklich beherrschen, so muss sie nicht nur im Zentrum, nicht nur dort, wo die Fragen erörtert und entschieden werden, sondern auch dort, wo die Beschlüsse verwirklicht werden, erfahrene Vertreter haben. Nur dann kann man sagen, dass die Arbeiterklasse Herr und Meister im Staat geworden ist. Um das zu erreichen, muss man für die Verwaltung des Landes Instruktorkader in genügender Stärke haben. Die Hauptaufgabe der Arbeiter- und Bauerninspektion besteht darin, durch Heranziehung breiter Schichten der Arbeiter und Bauern zu ihrer Arbeit solche Kader großzuziehen und zu schulen. Die Arbeiter- und Bauerninspektion muss eine Schule für solche Kader aus den Reihen der Arbeiter und Bauern sein.

Das ist die zweite Aufgabe der Arbeiter- und Bauerninspektion. Hieraus ergeben sich die Arbeitsmethoden, die die Arbeiter- und Bauerninspektion in ihrer Praxis anwenden muss. In der alten, vorrevolutionären Zeit war die Kontrolle von den staatlichen Institutionen losgelöst, sie war eine außen stehende Kraft, die bei Revision der Behörden bemüht war, Schuldige zu ertappen, Verbrecher zu ertappen, und sich hierauf beschränkte. Diese Methode ist, möchte ich sagen, eine Polizeimethode, eine Methode der Fahndung nach Verbrechern, eine Methode sensationeller Enthüllungen zu dem Zweck, die ganze Presse darüber ein großes Geschrei erheben zu lassen. Diese Methode muss verworfen werden. Das ist nicht die Methode der Arbeiter- und Bauerninspektion. Unsere Inspektion muss die Institutionen, die sie revidiert, nicht als fremde, sondern als ihre, als ihre eigenen Institutionen betrachten, die man belehren muss, die man vervollkommen muss. Die Hauptsache besteht nicht darin, einzelne Verbrecher zu ertappen, sondern vor allem darin, die zu revidierenden Institutionen kennen zu lernen, sich in ihre Arbeit hineinzudenken, sie ernstlich zu studieren, ihre negativen und ihre positiven Seiten zu studieren und die Vervollkommnung dieser Institutionen zu fördern. Am schlimmsten und unerwünschtesten wäre es, wenn sich die Inspektion zu Polizeimethoden hinreißen ließe, wenn sie sich darauf verlegte, die Institution, die sie revidiert, zu schikanieren, wenn sie sich darauf verlegte, ihr Nadelstiche zu versetzen, wenn sie nur über die Oberfläche der Erscheinungen hinwegglitte, ohne auf die Hauptmängel einzugehen.

Die Arbeitsmethoden der Arbeiter- und Bauerninspektion sollen darin bestehen, die Hauptmängel aufzudecken. Ich weiß, dass dieser Weg der Arbeiter- und Bauerninspektion sehr schwierig ist, dass er häufig bei gewissen Funktionären der zu revidierenden Institutionen Unzufriedenheit hervorruft. Ich weiß, dass die ehrlichsten Funktionäre der Arbeiter- und Bauerninspektion häufig vom Hass einiger dreist gewordener Beamten wie auch einiger

Kommunisten verfolgt werden, die den Einflüsterungen dieser Beamten ein williges Ohr leihen. Aber die Arbeiter- und Bauerninspektion darf sich davor nicht fürchten. Sie muss ihres ersten Gebots eingedenk sein: niemanden schonen, welche Stellung er auch immer einnehmen möge, und immer auf die Sache, nur auf die Interessen der Sache bedacht sein.

Das ist eine sehr schwierige und delikate Aufgabe. Sie erfordert große Prinzipienfestigkeit und große Sauberkeit, untadlige Sauberkeit der Funktionäre. Zu meinem Leidwesen muss ich sagen, dass bei der Revision einiger Institutionen hier bei uns in Moskau die Kontrolleure selbst sich ihrer Berufung nicht gewachsen gezeigt haben. Ich muss erklären, dass das Kommissariat gegenüber solchen Kontrolleuren unerbittlich sein wird. Das Kommissariat wird fordern, dass ihnen gegenüber das strengste Strafmaß angewandt wird, denn sie besudeln die Ehre eines Funktionärs der Arbeiter- und Bauerninspektion. Wenn der Arbeiter- und Bauerninspektion die hohe Aufgabe zugefallen ist, die Mängel in unseren Institutionen abzustellen, den Angestellten dieser Institutionen behilflich zu sein, vorwärts zukommen und sich zu vervollkommen, wenn der Arbeiter- und Bauerninspektion die Aufgabe gestellt worden ist, niemanden zu schonen, sondern nur auf die Interessen der Sache bedacht zu sein, so liegt es klar auf der Hand, dass die Funktionäre der Arbeiter- und Bauerninspektion selbst sauber, untadlig und schonungslos bei der Verfechtung der Wahrheit sein müssen. Das ist absolut notwendig, damit sie nicht nur das formale, sondern auch das moralische Recht haben, andere zu revidieren, andere zu lehren.

*„Iswestija Rabotsche-Krestjanskoi Inspekzii“
(Nachrichten der Arbeiter- und Bauerninspektion) Nr. 9-10,
November-Dezember 1920.*

VOM VERFASSER

Vorwort zu dem 1920 herausgegebenen Sammelband von Aufsätzen zur nationalen Frage

In der vorliegenden Broschüre haben nur drei Aufsätze zur nationalen Frage Aufnahme gefunden. Der Verlag hat sich bei der Aufnahme eben dieser Aufsätze sichtlich von der Erwägung leiten lassen, dass sich in den ausgewählten drei Aufsätzen die für die Lösung der nationalen Frage in unserer Partei wichtigsten drei Perioden widerspiegeln, wobei die Broschüre im ganzen offenbar den Zweck hat, ein mehr oder weniger geschlossenes Bild von der Politik unserer Partei in der nationalen Frage zu geben.

Der erste Aufsatz („Marxismus und nationale Frage“, siehe die Zeitschrift „Prosveschtschenije“, 1913)^[104] widerspiegelt die Periode der prinzipiellen Diskussionen über die nationale Frage in den Reihen der Sozialdemokratie Rußlands in der Epoche der gutsherrlich-zaristischen Reaktion, anderthalb Jahre vor Ausbruch des imperialistischen Krieges, in der Epoche des Heranwachsens der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland. Zwei Theorien von der Nation und dementsprechend zwei nationale Programmlinien kämpften damals miteinander: die österreichische, die vom „Bund“ und den Menschewiki unterstützt wurde, und die russische, die bolschewistische. Eine Charakteristik beider Strömungen findet der Leser in dem Aufsatz selbst. Die nachfolgenden Ereignisse, insbesondere der imperialistische Krieg und der Zerfall Österreich-Ungarns in einzelne Nationalstaaten, zeigten augenfällig, auf wessen Seite die Wahrheit liegt. Jetzt, da Springer und Bauer vor dem Scherbenhaufen ihres nationalen Programms stehen, dürfte kaum noch ein Zweifel darüber bestehen, dass die Geschichte über die „österreichische Schule“ den Stab gebrochen hat. Sogar der „Bund“ musste zugeben, dass die „im Rahmen der kapitalistischen Ordnung erhobene Forderung nach national-kultureller Autonomie (das heißt die Forderung des österreichischen nationalen Programms. J. St.) unter den Verhältnissen der sozialistischen Revolution ihren Sinn verliert“ (siehe „XII. Konferenz des ‚Bund‘, 1920). Der „Bund“ ahnt gar nicht, dass er damit die prinzipielle Unhaltbarkeit der theoretischen Grundlagen des österreichischen nationalen Programms, die prinzipielle Unhaltbarkeit der österreichischen Theorie der Nation zugegeben (unversehens zugegeben) hat.

Der zweite Aufsatz („Der Oktoberumsturz und die nationale Frage“, siehe „Shisn Nazionalnostej“, 1918)^[105] spiegelt die Periode nach der Oktoberrevolution wider, als die Sowjetmacht nach ihrem Sieg über die Konterrevolution in Zentralrußland in den Randgebieten mit den bürgerlich-nationalistischen Regierungen, den Brutstätten der Konterrevolution, zusammenstieß, als die Entente, durch den wachsenden Einfluss der Sowjetmacht auf ihre (der Entente) Kolonien beunruhigt, damit begann, die bürgerlich-nationalistischen Regierungen offen zu unterstützen, um Sowjetrußland zu erdrosseln, als sich im Verlauf des siegreichen Kampfes gegen die bürgerlich-nationalistischen Regierungen vor uns die praktische Frage der konkreten Formen der sowjetischen Gebietsautonomie erhob, die Frage der Organisierung autonomer Sowjetrepubliken in den Randgebieten, der Ausbreitung des Einflusses Sowjetrußlands auf die unterdrückten Länder des Ostens über die östlichen Randgebiete Rußlands hinaus, die Frage der Schaffung einer revolutionären Einheitsfront des Westens und des Ostens gegen den Weltimperialismus. Der Aufsatz verweist auf den untrennbaren Zusammenhang der nationalen Frage mit der Machtfrage und behandelt die nationale Politik als einen Teil des Gesamtproblems der unterdrückten Völker und der Kolonien, das heißt, er verweist eben darauf, wogegen die „österreichische Schule“, die Menschewiki, die Reformisten, die II. Internationale gewöhnlich Einspruch erhoben und was dann durch den gesamten Verlauf der Ereignisse bestätigt wurde.

Der dritte Aufsatz („Die Politik der Sowjetmacht in der nationalen Frage in Rußland“, siehe „Shisn Nazionalnostej“, Oktober 1920)^[106] bezieht sich auf die jetzige Periode, da die

administrative Neueinteilung Rußlands auf der Grundlage der sowjetischen Gebietsautonomie noch nicht beendet ist, auf die Periode, da in den Randgebieten administrative Kommunen und autonome Sowjetrepubliken als Bestandteile der RSFSR organisiert werden. Der Schwerpunkt des Aufsatzes liegt in der Frage der faktischen Verwirklichung der sowjetischen Autonomie, das heißt in der Frage der Sicherung des revolutionären Bündnisses zwischen dem Zentrum und den Randgebieten als Garantie gegen interventionistische Unternehmungen des Imperialismus.

Es mag seltsam erscheinen, dass der Aufsatz die Forderung nach Lostrennung der Randgebiete von Rußland entschieden als konterrevolutionäres Unterfangen ablehnt. Im Grunde genommen ist aber hieran nichts Seltsames. Wir sind für die Lostrennung Indiens, Arabiens, Ägyptens, Marokkos und der übrigen Kolonien von der Entente, denn Lostrennung bedeutet in diesem Fall Befreiung dieser unterdrückten Länder vom Imperialismus, bedeutet Schwächung der Positionen des Imperialismus und Stärkung der Positionen der Revolution. Wir sind gegen die Lostrennung der Randgebiete von Rußland, denn Lostrennung bedeutet in diesem Fall imperialistische Knechtschaft für die Randgebiete, bedeutet Schwächung der revolutionären Macht Rußlands und Stärkung der Positionen des Imperialismus. Eben deswegen kämpft die Entente zwar gegen die Lostrennung Indiens, Ägyptens, Arabiens und der übrigen Kolonien, zugleich aber kämpft sie für die Lostrennung der Randgebiete von Rußland. Gerade deswegen können die Kommunisten, die für die Lostrennung der Kolonien von der Entente kämpfen, nicht anders, als zugleich damit gegen die Lostrennung der Randgebiete von Rußland zu kämpfen. Die Frage der Lostrennung ist offenbar je nach den konkreten internationalen Bedingungen, je nach den Interessen der Revolution zu entscheiden. Aus dem ersten Aufsatz hätte man einige Stellen von lediglich historischem Interesse streichen können, aber im Hinblick auf den polemischen Charakter des Aufsatzes musste er vollständig und ohne Änderungen gebracht werden. Der zweite und der dritte Aufsatz werden ebenfalls ohne Änderungen veröffentlicht.

1920, Oktober.

*J. Stalin, Sammelband von Aufsätzen.
Staatsverlag, Tula 1920.*

ÜBER DIE POLITISCHE LAGE DER REPUBLIK

Referat auf der regionalen Beratung der kommunistischen Organisationen
des Dongebiets und des Kaukasus in Wladikawkas

27. Oktober 1920

Genossen! Vor der Oktoberrevolution herrschte in einigen Kreisen der Sozialisten Westeuropas die Überzeugung, die sozialistische Revolution könne am ehesten in den kapitalistisch entwickelten Ländern zum Ausbruch kommen und von Erfolg gekrönt sein, wobei die einen vermuteten, dies Land werde England sein, während andere auf Belgien deuteten usw. Fast alle aber sagten, in kapitalistisch zurückgebliebenen Ländern, in denen das Proletariat gering an Zahl und schwach organisiert ist, wie zum Beispiel in Rußland, könne die sozialistische Revolution nicht beginnen. Der Oktoberumsturz hat diese Ansicht widerlegt, denn die sozialistische Revolution begann gerade in einem in kapitalistischer Hinsicht zurückgebliebenen Lande, das heißt in Rußland.

Ferner: Einige Teilnehmer des Oktoberumsturzes waren davon überzeugt, dass die sozialistische Revolution in Rußland nur in dem Fall von Erfolg gekrönt und dieser Erfolg nur dann von Dauer sein könnten, wenn unmittelbar nach der Revolution in Rußland der revolutionäre Ausbruch im Westen beginne, ein tieferer und ernsterer Ausbruch, der die Revolution in Rußland unterstützen und vorwärts stoßen würde, wobei angenommen wurde, dass ein solcher Ausbruch unbedingt beginnen werde. Auch diese Ansicht wurde durch die Ereignisse widerlegt, denn das sozialistische Rußland, das keine direkte revolutionäre Unterstützung durch das Proletariat des Westens fand und von feindlichen Staaten umgeben ist, existiert und entwickelt sich erfolgreich bereits drei Jahre lang.

Es hat sich gezeigt, dass die sozialistische Revolution in einem kapitalistisch zurückgebliebenen Land nicht nur beginnen, sondern auch von Erfolg gekrönt sein, vorwärts schreiten und als Vorbild für die kapitalistisch entwickelten Länder dienen kann.

Somit nimmt die von der Beratung auf die Tagesordnung gesetzte Frage nach der gegenwärtigen Situation Rußlands folgende Form an: Kann Rußland, das mehr oder weniger auf sich selbst gestellt ist und gewissermaßen eine von feindlichen kapitalistischen Staaten umringte Oase des Sozialismus darstellt, kann sich dieses Rußland auch weiterhin behaupten und seine Feinde ebenso schlagen und vernichten, wie es das bis heute getan hat?

Um diese Frage entscheiden zu können, muss man vor allem die Bedingungen klären, die die Existenz und die Erfolge Sowjetrußlands sichern und auch in Zukunft sichern können. Diese Bedingungen sind von zweierlei Art: ständige, von uns unabhängige Bedingungen und veränderliche, von den Menschen abhängige Bedingungen.

Zu den ersten Bedingungen müssen wir erstens den Umstand rechnen, dass Rußland ein unermessliches, riesiges Land ist, auf dessen Territorium man sich lange halten kann, indem man sich im Falle eines Misserfolgs in die Tiefe des Landes zurückzieht, um Kräfte zu sammeln und dann erneut zur Offensive überzugehen. Wäre Rußland ein kleines Land, wie Ungarn, wo ein starker Vorstoß des Gegners schnell das Schicksal des Landes besiegelt, wo es schwer ist, zu manövrieren, wo man nirgendhin zurückweichen kann, wäre Rußland ein solches kleines Land, so hätte es sich kaum so lange als sozialistisches Land behauptet.

Ferner gibt es noch eine zweite Bedingung, ebenfalls ständigen Charakters, die die Entwicklung des sozialistischen Rußlands begünstigt. Das ist der Umstand, dass Rußland eins der wenigen Länder der Welt ist, in dem alle Arten von Brennstoffen, Rohstoffen und Lebensmitteln in Hülle und Fülle vorhanden sind, ein Land, das in bezug auf Brennstoffe, Lebensmittel und andere Dinge vom Ausland unabhängig ist, ein Land, das in dieser Hinsicht ohne das Ausland auskommen kann. Müsste Rußland, wie beispielsweise Italien, von fremdem Getreide und Brennstoffe leben, so wäre es zweifellos schon am ersten Tag nach der

Revolution in eine kritische Lage geraten, da seine Blockade genügt hätte, und es wäre ohne Getreide und Brennstoffe geblieben. Die von der Entente über Rußland verhängte Blockade versetzte indessen nicht nur den Interessen Rußlands, sondern auch denen der Entente selbst einen Schlag, denn diese büßte nun die russischen Rohstoffe ein.

Außer den ständigen gibt es aber auch noch veränderliche Bedingungen, die für das Bestehen und für die Entwicklung Sowjetrußlands ebenso notwendig sind wie die ständigen. Welches sind nun diese Bedingungen? Es sind dies die Bedingungen, die die Reserven Rußlands sichern. Es handelt sich darum, dass bei dem erbitterten Krieg zwischen Rußland und der Entente, bei einem Krieg, der drei Jahre dauert und noch drei Jahre dauern kann, dass bei einem solchen Krieg die Frage der Kampfesreserven eine entscheidende Frage ist.

Welches sind nun die Reserven der Entente?

Welches sind unsere Reserven?

Die Reserven der Entente - das sind vor allem die Truppen Wrangels und die jungen Armeen der jungen bürgerlichen Staaten, die fürs erste noch nicht von dem „Gift der Klassengegensätze“ infiziert sind (Polen, Rumänien, Armenien, Georgien und andere). Der wunde Punkt der Entente in dieser Beziehung besteht darin, dass sie über keine eigene konterrevolutionäre Armee verfügt. Infolge der revolutionären Bewegung im Westen ist die Entente nicht in der Lage, eigene, das heißt englische, französische und sonstige Truppen gegen Rußland einzusetzen. Sie ist daher gezwungen, sich fremder Armeen zu bedienen, die sie finanziert, über die sie aber nicht voll und ganz nach eigenem Gutdünken, wie über eigene Armeen verfügen kann. Die Tatsache, dass diese Armeen nach den Direktiven der Entente operieren, widerlegt keineswegs das Vorhandensein jener Reibungen, die zwischen der Entente und den nationalen Interessen der Staaten, deren Truppen die Entente ausnutzt, bestehen und bestehen werden. Der Frieden mit Polen, der trotz der Einflüsterungen der Entente unterzeichnet wurde, bestätigt ein übriges Mal das Vorhandensein solcher Reibungen. Nun muss dieser Umstand aber die innere Kraft der Kampfesreserven der Entente zwangsläufig untergraben.

Die Reserven der Entente bestehen zweitens aus den konterrevolutionären Kräften, die im Rücken unserer Armeen ihr Unwesen treiben und alle möglichen Partisanenüberfälle und andere Aktionen organisieren.

Schließlich verfügt die Entente auch noch über Reserven, die in den von der Entente unterjochten Kolonien und Halbkolonien am Werk sind, um die in diesen Ländern einsetzende revolutionäre Bewegung abzuwürgen.

Wir sprechen schon gar nicht von den in Europa selbst vorhandenen Reserven der Entente in Gestalt aller möglichen Skorpione, darunter auch der II. Internationale, die darauf hinarbeiten, die sozialistische Revolution im Westen abzuwürgen.

Die Reserven Rußlands - das ist vor allem die Rote Armee, eine Armee, die aus Arbeitern und Bauern besteht. Die Rote Armee unterscheidet sich von den Armeen, die von der Entente gedungen und bestochen sind, dadurch, dass sie für die Freiheit und Unabhängigkeit ihres eigenen Landes kämpft, dass ihre Interessen zusammenfallen mit den Interessen des Landes, für das sie ihr Blut vergießt, und mit den Interessen der Regierung, nach deren Direktiven sie kämpft. Darin liegt die innere, unerschöpfliche Kraft der Hauptreserven Sowjetrußlands.

Die Reserven Rußlands bestehen zweitens aus den revolutionären Bewegungen im Westen, die im Laufe ihrer Entwicklung in die sozialistische Revolution umschlagen. Gäbe es diese revolutionäre Bewegung im Westen nicht, so würde die Entente zweifellos über eigene konterrevolutionäre Truppen verfügen und sich entschließen, eine direkte militärische Einmischung in die Angelegenheiten Rußlands zu riskieren.

Schließlich bestehen die Reserven Rußlands in der im Osten und in den Kolonien und Halbkolonien der Entente zunehmenden Gärung, die in eine offene revolutionäre Bewegung für die Befreiung der Länder des Ostens von dem Joch des Imperialismus übergeht und die Entente damit der Gefahr aussetzt, ohne Roh- und Brennstoffquellen zu bleiben. Man muss

bedenken, dass die Kolonien die Achillesferse des Imperialismus sind und dass ein gegen sie geführter Schlag die Entente in eine kritische Lage versetzt. Zweifelsohne schafft die revolutionäre Bewegung im Osten um die Entente eine Atmosphäre der Unsicherheit und des Zerfalls.

Das sind unsere Reserven.

Wie sehen diese Faktoren in ihrer geschichtlichen Entwicklung aus?

Im Jahre 1918 bestand Sowjetrußland nur aus dem inneren Rußland, das von den Rohstoff-, Lebensmittel- und Brennstoffquellen (der Ukraine, dem Kaukasus, Sibirien, Turkestan) abgeschnitten war, keine ernst zu nehmende Armee hatte und keine Unterstützung durch das Proletariat Westeuropas genoss. Damals konnte die Entente von einer direkten militärischen Einmischung in die Angelegenheiten Rußlands sprechen, was sie auch tat. Zwei Jahre später bietet Rußland schon ein völlig anderes Bild: Sibirien, die Ukraine und der Kaukasus samt Turkestan sind schon befreit; Judenitsch, Koltschak und Denikin sind vernichtend geschlagen. Ein Teil der jungen bürgerlichen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen) ist neutralisiert. Die Überreste der Denikinarmee (die Wrangelarmee) stehen unmittelbar vor ihrer Zerschlagung. Mit der revolutionären Bewegung in den Ländern des Westens geht es bergauf, ihr Kampforgan, die III. Internationale, festigt sich, während die Entente schon nicht mehr von einer direkten militärischen Einmischung in die Angelegenheiten Rußlands zu träumen wagt. Die revolutionäre Bewegung im Osten gegen die Entente wächst an, sie kristallisiert ihren Kern heraus in Gestalt der revolutionären Türkei und schafft ihr Kampforgan in Gestalt des Aktions- und Propagandakomitees^[107].

Kurzum: Die Reserven der Entente schmelzen von Tag zu Tag zusammen, die Reserven Sowjetrußlands nehmen zu.

Es ist klar, dass die Aussichten auf eine Niederlage Rußlands jetzt, im Jahre 1920, geringer, unvergleichlich geringer sind als vor zwei Jahren. Es ist klar, dass Rußland, wenn es vor zwei Jahren dem Ansturm der Entente standhielt, ihm heute, da die Reserven Rußlands auf allen Gebieten des Kampfes anwachsen, um so eher standhalten wird.

Bedeutet das, dass der Krieg gegen die Entente seinem Ende entgegen geht, dass wir die Waffen niederlegen, die Truppen nach Hause schicken und an die friedliche Arbeit gehen können?

Nein, das bedeutet es nicht. Die Entente, die sich schweren Herzens damit abgefunden hat, dass der Frieden mit den Polen unterzeichnet worden ist, hat allem Anschein nach nicht die Absicht, die Waffen niederzulegen, sie hat offenbar die Absicht, den Kriegsschauplatz nach dem Süden, in das Gebiet von Transkaukasien zu verlegen, wobei es durchaus möglich ist, dass Georgien, seinen Pflichten als Mätresse der Entente entsprechend, ihr seine Dienste nicht verweigern wird.

Der Entente scheint es, dass die Erde für sie zusammen mit Rußland zu eng sei, dass eins von beiden untergehen müsse, damit Frieden auf Erden herrsche. Wenn das die Frage ist, wenn sie von der Entente so gestellt wird - und anders stellt sie sie nicht -, dann ist es klar, dass Rußland die Waffen nicht niederlegen darf. Im Gegenteil, wir müssen alles daransetzen, damit alle Kräfte des Landes in Bewegung gebracht werden, um einen neuen Schlag abzuwehren. Wollen wir siegen, so müssen wir unbeirrbar, mit aller Energie den Pflichten nachkommen, die jetzt auf die Tagesordnung gesetzt sind - der Pflicht, die Rote Armee, die Beschützerin der Freiheit und der Unabhängigkeit unseres Landes, zu stärken und zu festigen, die sozialistische Revolution im Westen auf jede Weise zu unterstützen, die Länder des Ostens, die gegen die Entente für ihre Befreiung kämpfen, mit allen Kräften und mit allen Mitteln zu unterstützen.

Und wir werden zweifellos siegen, wenn wir diese Pflichten ehrlich erfüllen.

Zum Schluss meiner Rede möchte ich eine Bedingung erwähnen, ohne die der Sieg der Revolution im Westen äußerst erschwert sein würde. Ich spreche von der Schaffung eines Lebensmittelfonds für die Revolution im Westen. Es handelt sich darum, dass die westlichen Staaten (Deutschland, Italien und andere) sich in völliger Abhängigkeit von Amerika befinden,

das Europa mit Getreide beliefert. Ein Sieg der Revolution in diesen Ländern würde das Proletariat am Tage nach der Revolution vor eine Lebensmittelkrise stellen, wenn das bürgerliche Amerika sich weigern sollte, sie mit Getreide zu versorgen, was durchaus wahrscheinlich ist. Rußland hat keine besonderen Lebensmittelvorräte, doch könnte es immerhin einige Vorräte sammeln, und angesichts der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit der hier umrissenen Perspektive hinsichtlich der Lebensmittel sollte man jetzt schon die Frage aufwerfen, dass in Rußland ein Lebensmittelfonds für unsere Genossen im Westen geschaffen werde. Einige Genossen wenden dieser Frage nicht die notwendige Aufmerksamkeit zu; diese Frage kann aber, wie Sie sehen, von wesentlichster Bedeutung für den Gang und den Ausgang der Revolution im Westen sein.

*„Kommunist“ (Wladikawkas) Nr. 172,
30. Oktober 1920.*

DREI JAHRE PROLETARISCHE DIKTATUR

Referat in der Festsitzung des Bakuer Sowjets
6. November 1920

Genossen! Bevor ich zu meinem Referat übergehe, möchte ich Ihnen, dem Sowjet der Bakuer Arbeiterdeputierten, dem Revolutionären Komitee Aserbaidshans und seinem Haupt, dem Genossen Narimanow, die Grüße des Allrussischen Zentralexekutivkomitees der Sowjets Rußlands und des Rates der Volkskommissare übermitteln, und im Namen des Revolutionären Kriegsrats der Republik überbringe ich der XI. Roten Armee, die Aserbaidshan befreit hat und seine Freiheit mutig verteidigt, heiße Grüße. (Beifall.)

Die Hauptfrage im Leben Rußlands während der dreijährigen Tätigkeit der Sowjetmacht ist zweifellos die Frage der internationalen Stellung Rußlands. Es gab eine Zeit, da man Sowjetrußland nicht beachtete, nicht mit ihm rechnete, es nicht anerkannte. Das war die erste Periode - vom Tage der Errichtung der Sowjetmacht in Rußland bis zur Zerschlagung des deutschen Imperialismus. Während dieser Periode lagen die Imperialisten des Westens, die beiden Koalitionen - die englische und die deutsche - einander in den Haaren und beachteten Sowjetrußland nicht; sie hatten sozusagen andere Sorgen.

Die zweite Periode war die Periode von der Zerschlagung des deutschen Imperialismus und dem Beginn der deutschen Revolution bis zum Augenblick der groß angelegten Offensive Denikins gegen Rußland, als dieser vor den Toren Tulas stand. Vom Standpunkt der internationalen Stellung Rußlands zeichnet sich diese Periode dadurch aus, dass die Entente - die englisch-französisch-amerikanische Koalition -, nachdem sie Deutschland aufs Haupt geschlagen hatte, alle ihre freien Kräfte gegen Sowjetrußland warf. Das war die Periode, in der man uns mit dem Bündnis der vierzehn Staaten drohte, das sich nachträglich als imaginär erwies.

Die dritte Periode ist die, in der wir jetzt leben, da wir als sozialistische Macht nicht nur beachtet, da wir nicht nur faktisch anerkannt werden, sondern da man uns auch ein wenig fürchtet.

DIE ERSTE PERIODE

Vor drei Jahren, am 25. Oktober 1917 (oder am 7. November neuen Stils) versammelte sich ein kleines Häuflein von Bolschewiki aus dem Petrograder Sowjet und beschloss, den Palast Kerenskis zu umzingeln, seine bereits zersetzten Truppen gefangen zunehmen und die Macht in die Hände des damals zusammengetretenen 2. Kongresses der Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten zu legen.

In jenem Augenblick sahen viele in uns bestenfalls Sonderlinge, schlimmstenfalls „Agenten des deutschen Imperialismus“.

Diese Periode könnte vom Standpunkt der internationalen Lage als die Periode des völligen Alleinstehens Sowjetrußlands bezeichnet werden.

Nicht nur die uns umgebenden bürgerlichen Staaten verhielten sich Rußland gegenüber feindlich, sondern sogar unsere sozialistischen „Genossen“ im Westen schauten mit Misstrauen auf uns.

Wenn sich Sowjetrußland damals dennoch als Staat behauptete, so nur deshalb, weil die Imperialisten des Westens von einem ernsten Kampf untereinander in Anspruch genommen waren. Außerdem blickten sie auf das Experiment der Bolschewiki in Rußland mit Ironie: sie rechneten damit, dass die Bolschewiki sich selbst zugrunde richten würden.

Vom Standpunkt der inneren Lage lässt sich diese Periode als eine Periode der Zerstörung der alten Welt in Rußland, als eine Periode der Zerstörung des gesamten alten, bürgerlichen Machtapparats bezeichnen.

Wir wussten theoretisch, dass das Proletariat nicht einfach die alte Staatsmaschinerie übernehmen und in Gang setzen kann. Dieser uns von Marx gegebene theoretische Leitsatz fand seine volle Bestätigung in der Praxis, als wir eine ganze Periode der Sabotage durch zaristische Beamte, Angestellte und einen gewissen Teil der Oberschichten des Proletariats durchzumachen hatten, eine Periode voller Desorganisiertheit der Staatsmacht.

Der erste und wichtigste Apparat des bürgerlichen Staates, die alte Armee und ihre Generalität, wurde auf den Schrotthaufen geworfen. Das kam uns teuer zu stehen. Diese Verschrottung hatte zur Folge, dass wir eine Zeitlang ganz ohne Armee blieben und den Brester Frieden unterzeichnen mussten. Doch gab es keinen anderen Ausweg, die Geschichte bot uns keinen anderen Weg zur Befreiung des Proletariats.

Weiterhin wurde ein anderer, in den Händen der Bourgeoisie ebenso wichtiger Apparat - der Beamtenapparat, der Apparat der bürgerlichen Verwaltung - zerstört und auf den Schrotthaufen geworfen.

Auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Verwaltung des Landes war das charakteristischste die Tatsache, dass der Hauptnerv des Wirtschaftslebens der Bourgeoisie, nämlich die Banken, den Händen der Bourgeoisie entrissen wurde. Die Banken wurden den Händen der Bourgeoisie entrissen, womit diese sozusagen ihrer Seele beraubt wurde. Weiterhin machte man sich an den Abbruch der alten Apparate des Wirtschaftslebens und an die Expropriation der Bourgeoisie - Wegnahme der Fabriken und Werke und ihre Übergabe an die Arbeiterklasse. Schließlich erfolgte der Abbruch der alten Versorgungsapparate und der Versuch, neue aufzubauen, die fähig waren, Getreide aufzubringen und es unter die Bevölkerung zu verteilen. Den Abschluss bildete die Liquidierung der Konstituante. Das sind ungefähr alle jene Maßnahmen zur Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparats, die Sowjetrußland in dieser Periode durchzuführen gezwungen war.

DIE ZWEITE PERIODE

Die zweite Periode beginnt mit der Zeit nach der Zerschlagung des deutschen Imperialismus, als die englisch-französisch-amerikanische Koalition daranging, gegen Sowjetrußland mit Gewalt vorzugehen.

Vom internationalen Standpunkt aus ist diese Periode als eine Periode des offenen Krieges zwischen den Kräften der Entente und den Kräften Sowjetrußlands zu charakterisieren. Wenn wir in der ersten Periode nicht beachtet, wenn wir verlacht und verspottet wurden, so kamen in dieser Periode dagegen alle finsternen Kräfte in Bewegung, um der so genannten „Anarchie“ in Rußland, die die gesamte kapitalistische Welt zu zersetzen droht, ein Ende zu bereiten.

Vom Standpunkt der inneren Verhältnisse aus muss diese Periode als eine Periode des Aufbaus gekennzeichnet werden, als eine Periode, in der die Zerstörung der alten bürgerlichen Staatsapparate im wesentlichen abgeschlossen war und eine neue Periode des Aufbaus begann, in der die ihren Besitzern abgenommenen Fabriken und Werke in Gang gebracht werden, eine wirkliche Arbeiterkontrolle eingeführt wird und in der dann das Proletariat von der Kontrolle zur direkten Verwaltung übergeht, in der an Stelle des zerstörten Versorgungsapparats ein neuer Apparat, an Stelle des zerstörten Eisenbahnapparats neue Organe im Zentrum und im Lande und an Stelle der alten Armee eine neue Armee geschaffen werden.

Es muss zugegeben werden, dass der Aufbau in dieser Periode im allgemeinen hinkt, da der Hauptteil der für den Aufbau notwendigen Energie - neun Zehntel dieser Energie - von der Schaffung der Roten Armee in Anspruch genommen wird, denn in dem Kampf auf Leben und Tod gegen die Kräfte der Entente geht es um die Existenz Sowjetrußlands selbst, und diese konnte in dieser Periode nur durch die Kräfte einer machtvollen Roten Armee behauptet werden. Und man muss sagen, dass unsere Anstrengungen nicht vergeblich waren, denn die

Rote Armee zeigte bereits in dieser Periode mit ihrem Sieg über Judenitsch und Kolttschak ihre ganze Stärke.

Vom Standpunkt der internationalen Stellung Rußlands lässt sich diese zweite Periode als eine Periode der allmählichen Liquidierung des Alleinstehens, der Isolierung Rußlands bezeichnen. Die ersten Verbündeten Rußlands treten auf den Plan. Die deutsche Revolution lässt fest zusammengeschlossene Arbeiterkader, kommunistische Kader hervortreten und legt in der Gruppe Liebknechts den Grundstein zu einer neuen, kommunistischen Partei.

In Frankreich verwandelt sich die kleine, früher unbeachtete Gruppe Loriots in eine ernst zu nehmende Gruppe der kommunistischen Bewegung. In Italien erfasst die kommunistische Strömung, die in der ersten Zeit schwach war, nahezu die gesamte italienische sozialistische Partei, ihre Mehrheit.

Im Osten beginnt angesichts der Erfolge der Roten Armee eine Gärung, die zum Beispiel in der Türkei in einen direkten Krieg gegen die Entente und ihre Verbündeten übergegangen ist. Die bürgerlichen Staaten selbst bilden in dieser Periode nicht mehr jene kompakte, Rußland feindlich gegenüberstehende Masse wie in der ersten Periode, ganz abgesehen von den im Laufe der Zeit innerhalb der Entente selbst zunehmenden Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Anerkennung Sowjetrußlands. Es werden Stimmen laut, die Verhandlungen mit Rußland, eine Verständigung mit ihm fordern, so zum Beispiel in Estland, Lettland und Finnland.

Schließlich macht die unter den englischen und französischen Arbeitern populär gewordene Losung „Hände weg von Rußland“ eine direkte bewaffnete Einmischung der Entente in die Angelegenheiten Rußlands unmöglich. Die Entente sieht sich gezwungen, auf die Entsendung englischer und französischer Soldaten gegen Rußland zu verzichten. Die Entente ist gezwungen, sich darauf zu beschränken, fremde Armeen gegen Rußland auszunutzen, über die sie jedoch nicht nach ihrem Gutdünken verfügen kann.

DIE DRITTE PERIODE

Die dritte Periode ist die, in der wir jetzt leben. Diese Periode kann eine Übergangsperiode genannt werden. Die erste Hälfte dieser Periode zeichnet sich dadurch aus, dass sich Rußland nach der Zerschlagung seines Hauptfeindes, Denikin, das Ende des Krieges voraussehend, das Ziel stellte, die den Kriegszielen angepassten Staatsapparate auf neue Bahnen, auf die Bahnen des wirtschaftlichen Aufbaus umzustellen. Wenn es früher hieß: „Alles für den Krieg“, „Alles für die Rote Armee“, „Alles für den Sieg über den äußeren Feind“, so heißt es nunmehr: „Alles für die Festigung des Wirtschaftslebens“. Doch wurde diese Phase der dritten Periode, die nach der Zerschlagung Denikins und seiner Vertreibung aus der Ukraine begann, durch den Überfall Polens auf Rußland unterbrochen. Hier verfolgte die Entente das Ziel, Sowjetrußland daran zu hindern, sich wirtschaftlich zu festigen und zur stärksten Weltmacht zu werden. Die Entente fürchtete dies und hetzte Polen gegen Rußland.

Man musste die bereits dem wirtschaftlichen Aufbau angepassten Staatsapparate erneut umstellen, man musste die Arbeitsarmeen, die in der Ukraine, im Ural und am Don geschaffen worden waren, wieder auf das militärische Geleise umstellen, sie zum Kern neuer Kampftruppen machen und diese gegen Polen zum Einsatz bringen. Diese Periode ist damit zum Abschluss gekommen, dass Polen bereits neutralisiert ist und wir vorläufig keine neuen äußeren Feinde vor uns haben. Der einzige direkte Feind sind die von Wrangel gesammelten Reste der Denikinarmee, gegen die jetzt unser Genosse Budjonny vernichtende Schläge führt. Jetzt hat man Grund, anzunehmen, dass Sowjetrußland wenigstens für eine kurze Zeitspanne eine bedeutende Atempause erhalten wird, um die gesamte Energie seiner unermüdlichen Arbeiter, die die Rote Armee schier an einem Tag aus dem Boden gestampft haben, auf den Weg des wirtschaftlichen Aufbaus lenken, den Betrieben, der Landwirtschaft und den Versorgungsorganen auf die Beine helfen zu können.

Vom Standpunkt der äußeren, internationalen Beziehungen ist für die dritte Periode charakteristisch, dass man nicht nur aufgehört hat, Rußland nicht zu beachten, und nicht nur begonnen hat, es zu bekämpfen, indem man mit aller Kraft sogar die sagenhaften vierzehn Staaten auffahren ließ, mit denen Churchill Rußland drohte, sondern dass man auch, nachdem man mehrmals geschlagen worden war, begonnen hat, Rußland ein wenig zu fürchten, spürte man doch, dass Rußland sich zu einer gewaltigen sozialistischen Volksmacht entwickelt, die sich kein Unrecht gefallen lassen wird.

Vom Standpunkt der inneren Verhältnisse zeichnet sich diese Periode dadurch aus, dass Rußland nach der Zerschlagung Wrangels die Hände frei bekommt und alle seine Kräfte dem inneren Aufbau widmet, wobei schon jetzt zu bemerken ist, dass unsere Wirtschaftsorgane viel besser, viel gründlicher arbeiten, als es während der zweiten Periode der Fall war. Im Sommer 1918 erhielten die Moskauer Arbeiter alle zwei Tage ein achtel Pfund Brot mit minderwertigen Beimischungen. Diese traurige, diese schwere Periode liegt hinter uns. Die Moskauer und auch die Petrograder Arbeiter erhalten gegenwärtig anderthalb Pfund Brot täglich. Das bedeutet, dass unsere Versorgungsorgane funktionieren, dass sie besser geworden sind und gelernt haben, Getreide aufzubringen.

Was nun unsere Politik gegenüber den inneren Feinden anbelangt, so muss sie dieselbe bleiben und bleibt auch dieselbe, die sie in allen drei Perioden gewesen ist, nämlich eine Politik der Niederhaltung aller Gegner des Proletariats. Diese Politik kann selbstverständlich nicht als Politik der „allgemeinen Freiheit“ betrachtet werden - in der Epoche der Diktatur des Proletariats kann es bei uns überhaupt keine allgemeine Freiheit, das heißt keine Redefreiheit, keine Pressefreiheit und dergleichen, für die Bourgeoisie geben. Unsere Innenpolitik läuft darauf hinaus, den proletarischen Schichten in Stadt und Land das Höchstmaß an Freiheit zu geben, auf dass die Überreste der bürgerlichen Klasse auch nicht die geringste Freiheit erhalten.

Das ist das Wesen unserer Politik, die sich auf die Diktatur des Proletariats stützt.

DIE PERSPEKTIVEN

Unsere Aufbauarbeit war natürlich während dieser drei Jahre nicht so erfolgreich, wie wir es gern gesehen hätten. Aber man muss die schwierigen, unmöglichen Arbeitsbedingungen in Betracht ziehen, über die man sich nicht hinwegsetzen, die man nicht wegdisputieren kann, sondern die überwunden werden müssen.

Erstens waren wir gezwungen, unter Feuer aufzubauen. Stellen Sie sich einen Maurer vor, der mit der einen Hand baut und mit der anderen das Haus verteidigt, das er baut.

Zweitens bauten wir nicht an einer bürgerlichen Wirtschaft, in der jeder seine Privatinteressen verfolgt und sich nicht um den Staat als Ganzes kümmert, sich nicht die planmäßige Organisation der Wirtschaft im Staatsmaßstab angelegen sein lässt. Nein, wir bauten an einer sozialistischen Gesellschaft. Das bedeutet, dass den Bedürfnissen der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit Rechnung getragen werden, dass die Wirtschaft planmäßig, bewusst, im gesamtrussischen Maßstab organisiert werden muss. Zweifellos ist diese Aufgabe unvergleichlich komplizierter und schwieriger.

Darum eben konnte unsere Aufbauarbeit keine maximalen Resultate erbringen.

Bei einem solchen Stand der Dinge sind unsere Perspektiven klar: Wir stehen an der Schwelle der Liquidierung unserer äußeren Feinde, an der Schwelle der Überleitung all unserer Staatsapparate von den Bahnen des Krieges auf die Bahnen der Wirtschaft. Wir sind für den Frieden in der Außenpolitik, wir sind keine Anhänger des Krieges. Aber wenn man uns einen Krieg aufzwingt, und gewisse Anzeichen sprechen dafür, dass die Entente den Kriegsschauplatz nach dem Süden, nach Transkaukasien verlegen will, wenn diese von uns wiederholt geschlagene Entente uns noch einmal einen Krieg aufzwingt, so ist es ohne weiteres klar, dass wir die Waffen nicht aus den Händen legen und unsere Truppen nicht nach

Hause schicken werden. Ebenso wie früher werden wir alles daransetzen, damit die Rote Armee lebenskräftig und kampfbereit ist, damit sie ebenso kühn und tapfer Sowjetrußland gegen seine Feinde verteidigen kann, wie sie es bis jetzt getan hat.

Wenn ich auf die Vergangenheit der Sowjetmacht zurückblicke, so fällt mir unwillkürlich der Abend des 25. Oktober 1917 ein, vor drei Jahren, als wir, eine kleine Gruppe von Bolschewiki mit Genossen Lenin an der Spitze, die wir den Petrograder Sowjet (er war damals bolschewistisch) und eine unbedeutende Rote Garde in unserer Hand hatten, die wir alles in allem nur eine kleine, noch nicht völlig zusammengefügte kommunistische Partei von 200000 bis 250000 Mitgliedern zu unserer Verfügung hatten, als wir, diese kleine Gruppe, den Vertretern der Bourgeoisie die Macht entrissen und sie in die Hände des 2. Kongresses der Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten legten.

Seitdem sind drei Jahre vergangen.

Und siehe da, in dieser Periode wurde Rußland, durch Feuer und Sturm gehend, zu einer gewaltigen sozialistischen Weltmacht geschmiedet.

Wenn damals nur der Petrograder Sowjet in unserer Hand war, so haben sich jetzt, nach drei Jahren, sämtliche Sowjets Rußlands um uns zusammengeschlossen.

An Stelle der Konstituierenden Versammlung, zu der unsere Gegner rüsteten, haben wir jetzt das Allrussische Zentralexekutivkomitee der Sowjets, das aus dem Petrograder Sowjet hervorgegangen ist.

Wenn wir damals eine kleine Garde, bestehend aus Petrograder Arbeitern, besaßen, die es verstanden, mit den aufständischen Offizierschülern in Petrograd fertig zu werden, aber nicht gegen den äußeren Feind zu kämpfen vermochten, weil sie zu schwach waren - so haben wir jetzt eine viele Millionen zählende ruhmvolle Rote Armee, die die Feinde Sowjetrußlands schlägt, die Kolttschak und Denikin besiegt hat und jetzt unter dem bewährten Führer unserer Kavallerie, Genossen Budjonny, die letzten Überreste der Wrangelarmee zertrümmert.

Wenn wir damals, vor drei Jahren, über eine kleine, noch nicht völlig zusammengefügte Partei der Kommunisten von insgesamt nur 200000 bis 250000 Mitgliedern verfügten, so haben wir jetzt, drei Jahre später, nachdem Sowjetrußland durch Sturm und Feuer gegangen ist, eine Partei von 700000 Mitgliedern; eine Partei wie aus Stahl gegossen; eine Partei, deren Mitglieder man in einem beliebigen Augenblick umgruppieren und zu Hunderttausenden auf eine beliebige Parteiarbeit konzentrieren kann; eine Partei, die, ohne fürchten zu müssen, dass in ihren Reihen Verwirrung entsteht, auf ein Zeichen des Zentralkomitees hin ihre Reihen umgruppieren und gegen den Feind ziehen kann.

Wenn wir damals, vor drei Jahren, im Westen nur kleine mit uns sympathisierende Gruppen hatten, die Gruppe Loriots in Frankreich,

MacLeans in England, die Gruppe Liebknechts, der von Schurken des Kapitalismus in Deutschland ermordet wurde, so ist jetzt, nach drei Jahren, vor unseren Augen eine gewaltige Organisation der internationalen revolutionären Bewegung empor gewachsen - die III., die Kommunistische Internationale, die die wichtigsten Parteien in Europa erobert hat: die deutsche, die französische und die italienische. Wir besitzen jetzt in der Kommunistischen Internationale den Grundkern der internationalen sozialistischen Bewegung, der die II. Internationale zerschlagen hat.

Und es ist kein Zufall, dass der Führer der II. Internationale, Herr Kautsky, durch die Revolution aus Deutschland hinausgeworfen wurde und gezwungen ist, in dem rückständigen Tiflis bei den georgischen Sozialbudikern^[108] Zuflucht zu suchen.

Schließlich, wenn wir vor drei Jahren in den Ländern des unterdrückten Ostens nur auf Gleichgültigkeit gegenüber der Revolution stießen, so ist heute der Osten in Wallung geraten, und wir beobachten im Osten eine ganze Reihe von Befreiungsbewegungen, die gegen die Entente, gegen den Imperialismus gerichtet sind. Wir haben einen revolutionären, alle anderen Kolonien und Halbkolonien um sich scharenden Kern in Gestalt der Regierung

Kemals, einer bürgerlich-revolutionären Regierung, die aber immerhin mit der Waffe in der Hand gegen die Entente kämpft.

Wenn wir vor drei Jahren nicht einmal davon zu träumen wagten, dass der Osten in Wallung geraten werde, so haben wir jetzt nicht nur einen revolutionären Kern im Osten in Gestalt der bürgerlich-revolutionären Türkei, sondern auch außerdem noch das sozialistische Organ des Ostens in Händen, das „Aktions- und Propagandakomitee“.

Alle diese Tatsachen, die davon zeugen, wie arm wir in revolutionärer Hinsicht vor drei Jahren waren und wie reich wir jetzt geworden sind - alle diese Tatsachen geben uns den Grund zu der Behauptung, dass Sowjetrußland leben, sich entwickeln und seine Feinde besiegen wird.

Zweifelsohne ist unser Weg kein leichter, aber es gibt auch keinen Zweifel darüber, dass uns Schwierigkeiten nicht schrecken. Rußland könnte, die bekannten Worte Luthers^[109] abwandelnd, sagen:

„Hier stehe ich an der Grenze zwischen der alten, kapitalistischen und der neuen, sozialistischen Welt, hier an dieser Grenze vereinige ich die Anstrengungen der Proletarier des Westens mit den Anstrengungen der Bauernschaft des Ostens, um die alte Welt zu zerschlagen. Der Gott der Geschichte möge mir helfen.“

*„Kommunist“ (Baku), Nr. 157 und 160,
7. und 11. November 1920.*

KONGRESS DER VÖLKER DAGHESTANS^[110]

13. November 1920

1. DEKLARATION ÜBER DIE SOWJETISCHE AUTONOMIE DAGHESTANS

Genossen! Die Sowjetregierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Republik, die bis in die letzte Zeit hinein durch den Krieg gegen die äußeren Feinde sowohl im Süden als auch im Westen, gegen Polen und gegen Wrangel, in Anspruch genommen war, hatte keine Möglichkeit und Zeit, ihre Kräfte für die Lösung der Frage aufzubieten, die das daghestanische Volk bewegt.

Jetzt, da die Armee Wrangels zerschlagen ist, ihre kläglichen Überreste in die Krim fliehen und mit Polen Frieden geschlossen ist, hat die Sowjetregierung die Möglichkeit, sich mit der Frage der Autonomie des daghestanischen Volkes zu befassen.

Früher befand sich in Rußland die Macht in den Händen der Zaren, der Gutsherren, der Fabrikbesitzer und sonstigen Unternehmer. Früher war Rußland ein Rußland der Zaren und Henker. Rußland lebte davon, dass es die zum ehemaligen Russischen Reich gehörenden Völker unterdrückte. Die Regierung Rußlands lebte von den Säften und Kräften der von ihr unterdrückten Völker, darunter auch des russischen Volkes.

Dies war die Zeit, da alle Völker Rußland verfluchten. Jetzt aber gehört diese Zeit der Vergangenheit an. Sie ist begraben und wird niemals wieder auferstehen.

Auf den Trümmern dieses zaristischen Rußlands der Unterdrückung ist ein neues Rußland emporgewachsen - das Rußland der Arbeiter und Bauern.

Für die Völker, die zu Rußland gehörten, hat ein neues Leben begonnen. Die Ära der Befreiung dieser Völker, die unter dem Joch der Zaren und der Reichen, der Gutsbesitzer und der Fabrikanten gelitten haben, hat begonnen.

Für die neue Periode, die nach der Oktoberrevolution anbrach, als die Macht in die Hände der Arbeiter und Bauern übergang und kommunistisch wurde, ist nicht nur die Befreiung der Völker Rußlands kennzeichnend. Sie stellte auch die Aufgabe, alle Völker überhaupt zu befreien, darunter auch die Völker des Ostens, die unter dem Joch der westlichen Imperialisten leiden.

Rußland ist zu einem Hebel der Befreiungsbewegung geworden, der die Völker nicht nur unseres Landes, sondern auch der ganzen Welt in Bewegung gesetzt hat.

Sowjetrußland ist die Fackel, die den Völkern der ganzen Welt den Weg zur Befreiung vom Joch der Unterdrücker erhellt.

Die Regierung Rußlands, die durch den Sieg über die Feinde die Möglichkeit erhielt, sich mit den Fragen der inneren Entwicklung zu befassen, hat es jetzt für notwendig befunden, Ihnen zu erklären, dass Daghestan autonom sein soll, dass es bei Wahrung der brüderlichen Verbundenheit mit den Völkern Rußlands die Selbstverwaltung im Innern ausüben wird.

Daghestan muss entsprechend seinen Besonderheiten, seiner Lebensweise, seinen Sitten verwaltet werden.

Man teilt uns mit, dass unter den daghestanischen Völkern das Scharia von ernster Bedeutung ist. Uns ist ferner zur Kenntnis gelangt, dass die Feinde der Sowjetmacht Gerüchte verbreiten, die Sowjetmacht verbiete das Scharia.

Ich bin bevollmächtigt, hier im Namen der Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik zu erklären, dass diese Gerüchte nicht den Tatsachen entsprechen. Die Regierung Rußlands gewährt jedem Volk das volle Recht auf Selbstverwaltung nach seinen eigenen Gesetzen und Sitten.

Die Sowjetregierung hält das Scharia für ein ebenso berechtigtes, hergebrachtes Recht, wie es andere Völker auch haben, die Rußland bewohnen.

Wenn das daghestanische Volk seine Gesetze und Sitten zu wahren wünscht, so müssen sie gewahrt werden.

Gleichzeitig halte ich es für notwendig, zu erklären, dass die Autonomie Daghestans nicht seine Lostrennung von Sowjetrußland bedeutet und auch nicht bedeuten kann. Autonomie ist nicht Unabhängigkeit. Rußland und Daghestan müssen miteinander verbunden bleiben, denn nur in diesem Fall wird Daghestan seine Freiheit bewahren können. Bei der Gewährung der Autonomie an Daghestan hat die Sowjetregierung ein bestimmtes Ziel vor Augen, nämlich aus der Mitte der einheimischen Funktionäre aufrechte und ergebene Kräfte, die ihr Volk lieben, hervorgehen zu lassen und ihnen alle Verwaltungsorgane Daghestans, sowohl die wirtschaftlichen als auch die administrativen, anzuvertrauen. Nur so und nur auf diese Weise kann die Sowjetmacht in Daghestan dem Volke nahe gebracht werden. Die Sowjetmacht hat kein anderes Ziel, als Daghestan durch Heranziehung der einheimischen Kräfte auf eine höhere Kulturstufe zu heben.

Die Sowjetmacht weiß, dass Unwissenheit der schlimmste Feind des Volkes ist. Deswegen ist es notwendig, mehr Schulen und Verwaltungsorgane in den Muttersprachen ins Leben zu rufen.

Die Sowjetmacht hofft, auf diesem Wege die Völker Daghestans aus dem Sumpf der Finsternis und Unwissenheit, in den sie das alte Rußland gestürzt hatte, herausziehen zu können.

Die Sowjetregierung ist der Meinung, dass in Daghestan eine ähnliche Autonomie hergestellt werden muss, wie sie Turkestan, die Kirgisische und die Tatarische Republik genießen.

Die Sowjetmacht macht Ihnen, den Vertretern der Völker Daghestans, den Vorschlag, Ihr Daghestanisches Revolutionäres Komitee zu beauftragen, Vertreter zu wählen und diese nach Moskau zu schicken, damit sie dort gemeinsam mit den Vertretern der höchsten Sowjetmacht den Plan für die Autonomie Daghestans ausarbeiten.

Die jüngsten Ereignisse im Süden Daghestans, wo gegen die Freiheit Daghestans der Verräter Gozinski auftrat, der den Willen des Generals Wrangel ausführt, desselben Wrangel, der unter Denikin gegen die Aufständischen kämpfte und der die Aule der Bergvölker des Nordkaukasus zerstörte - diese Ereignisse besagen viel.

Ich muss bemerken, dass das daghestanische Volk durch seine roten Partisanen bei der Verteidigung seiner Sowjetmacht in den Kämpfen gegen Gozinski seine Ergebenheit für die rote Fahne bewiesen hat.

Wenn Sie Gozinski, den Feind der Werktätigen Daghestans, verjagen, so rechtfertigen Sie damit das Vertrauen, das Ihnen die höchste Sowjetmacht dadurch erweist, dass sie Daghestan die Autonomie gewährt.

Die Sowjetregierung ist die erste Regierung, die Daghestan freiwillig die Autonomie gewährt. Wir hoffen, dass die Völker Daghestans das Vertrauen der Sowjetregierung rechtfertigen werden.

Es lebe das Bündnis der Völker Daghestans mit den Völkern Rußlands!

Es lebe die Sowjetautonomie Daghestans!

2. SCHLUSSWORT

Genossen! Jetzt, da der letzte Feind der Sowjetmacht zerschmettert ist, wird die politische Bedeutung der Autonomie, die die Sowjetregierung Daghestan freiwillig gewährt hat, klar.

Auf einen Umstand muss aufmerksam gemacht werden. Während die zaristische Regierung und überhaupt alle bürgerlichen Regierungen der Welt dem Volk gewöhnlich nur dann Konzessionen machen und diese oder jene Reformen gewähren, wenn sie durch schwierige Umstände dazu gezwungen sind, gewährt die Sowjetmacht dagegen auf dem Höhepunkt ihrer Erfolge Daghestan völlig freiwillig die Autonomie.

Das bedeutet, dass die Autonomie Daghestans in das Leben der Daghestanischen Republik als ihre dauerhafte und unzerstörbare Grundlage Eingang findet. Denn dauerhaft ist nur das, was freiwillig gegeben wird.

Zum Schluss möchte ich unterstreichen, dass die daghestanischen Völker im zukünftigen Kampf gegen unsere gemeinsamen Feinde das große Vertrauen rechtfertigen müssen, das Ihnen die Sowjetmacht erwiesen hat.

Es lebe das Autonome Sowjetdaghestan!

*Sowjetski Dagestan“
(Sowjetdaghestan) Nr. 76,
17. November 1920.*

KONGRESS DER VÖLKER DES TEREKGEBIETS^[111]

17. November 1920

1. REFERAT ÜBER DIE SOWJETISCHE AUTONOMIE DES TEREKGEBIETS

Genossen! Der heutige Kongress ist einberufen worden, um den Willen der Sowjetregierung hinsichtlich der Gestaltung des Lebens der Terekvölker und ihrer Beziehungen zu den Kosaken zu verkünden.

Die erste Frage ist das Verhältnis zu den Kosaken.

Das Leben hat gezeigt, dass das Zusammenleben von Kosaken und Bergvölkern im Rahmen einer administrativen Einheit zu endlosen Unruhen geführt hat.

Das Leben hat gezeigt, dass zur Vermeidung gegenseitiger Kränkungen und blutiger Zusammenstöße die Massen der Kosaken von den Massen der Bergvölker getrennt werden müssen.

Das Leben hat gezeigt, dass es für beide Seiten vorteilhaft ist, eine Grenzziehung vorzunehmen.

Aus diesem Grunde hat die Regierung beschlossen, die Mehrheit der Kosaken zu einem besonderen Gouvernement und den größeren Teil der Bergvölker zu einer autonomen Sowjetischen Bergrepublik zusammenzufassen, wobei der Terek als Grenze zwischen ihnen dienen soll.

Die Sowjetmacht strebte an, dass die Interessen der Kosakenschaft nicht verletzt würden. Sie dachte nicht daran, Genossen Kosaken, Ihnen den Boden wegzunehmen. Sie hatte nur den einen Gedanken, Sie vom Joch der zaristischen Generale und der Reichen zu befreien. Diese Politik hat sie von Beginn der Revolution an durchgeführt.

Die Kosaken jedoch benahmen sich mehr als verdächtig. Sie wollten nicht vom alten ablassen, vertrauten der Sowjetmacht nicht. Bald ließen sie sich mit Bitscherachow ein, bald waren sie gut Freund mit Denikin, bald mit Wrangel.

In der letzten Zeit aber, als mit Polen noch nicht Frieden geschlossen war und Wrangel gegen das Donezbecken vorrückte, in diesem Augenblick trat ein Teil der Tereker Kosakenschaft verräterisch - anders kann man es nicht nennen - in den Aufstand gegen unsere Truppen im Hinterland.

Ich spreche von dem nicht lange zurückliegenden Aufstand auf der Sunshaer Linie, der das Ziel hatte, Baku von Moskau abzuschneiden. Dieser Versuch glückte den Kosaken vorübergehend.

Die Bergvölker zeigten sich, zur Schande der Kosaken, in diesem Augenblick als würdigere Bürger Rußlands.

Die Sowjetmacht hatte lange Geduld, aber jede Geduld hat ein Ende. Also mussten infolge der Tatsache, dass sich einige Kosakengruppen als Verräter erwiesen, strenge Maßnahmen gegen sie ergriffen werden, mussten die schuldigen Stanizas ausgesiedelt und mit Tschetschenen besiedelt werden.

Die Bergvölker fassten dies so auf, als könne man jetzt die Terekkosaken ungestraft drangsalieren, sie ausplündern, ihnen das Vieh wegnehmen und den Frauen Gewalt antun.

Ich erkläre, dass sich die Bergvölker gründlich täuschen, wenn sie so denken. Die Bergvölker müssen wissen, dass die Sowjetmacht die Bürger Rußlands in gleicher Weise schützt, ohne Unterschied der Nationalität, ganz einerlei, ob sie Kosaken oder Bergbewohner sind. Man muss dessen eingedenk sein, dass die Sowjetmacht die Bergvölker mit der ganzen Strenge der revolutionären Macht bestrafen wird, wenn sie ihre Ausschreitungen nicht einstellen.

In Zukunft wird das Schicksal der Kosaken, sowohl derjenigen, die in das besondere Gouvernement kommen, als auch derjenigen, die in der Autonomen Bergrepublik verbleiben,

ganz und gar von ihrem eigenen Verhalten abhängen. Wenn die Kosaken die verräterischen Ausfälle gegen das Rußland der Arbeiter und Bauern nicht aufgeben, so muss ich sagen, dass die Regierung erneut genötigt sein wird, zu Repressalien zu greifen.

Wenn sich jedoch die Kosaken in Zukunft wie ehrliche Bürger Rußlands benehmen werden, so erkläre ich hier vor dem gesamten Kongress, dass keinem Kosaken auch nur ein Haar gekrümmt werden wird.

Die zweite Frage ist das Verhältnis zu den Bergvölkern des Terekgebiets.

Genossen Bergbewohner! Die alte Periode in der Geschichte Rußlands, in der die Zaren und die zaristischen Generale Ihre Rechte mit Füßen traten, Ihre Freiheiten vernichteten - diese Periode der Unterdrückung und der Sklaverei ist in die Ewigkeit versunken. Jetzt, da die Macht in Rußland in die Hände der Arbeiter und Bauern übergegangen ist, darf es in Rußland keine Unterdrückten mehr geben.

Dadurch, dass Rußland Ihnen die Autonomie gewährt, gibt es Ihnen die Freiheiten zurück, die die Blutsauger, die Zaren und die Unterdrücker, die zaristischen Generale, Ihnen gestohlen haben. Das bedeutet, dass Ihr inneres Leben auf der Grundlage Ihrer Lebensweise, Ihrer Sitten und Gebräuche, natürlich im Rahmen der allgemeinen Verfassung Rußlands, aufgebaut werden soll.

Jedes Volk - die Tschetschenen, die Inguschen, die Osseten, die Kabardiner, die Balkaren, die Karatschaier sowie auch die in dem autonomen Bergterritorium verbliebenen Kosaken - muss seinen nationalen Sowjet haben, der die Angelegenheiten der betreffenden Völker gemäß der Lebensweise und den Besonderheiten der letzteren verwaltet. Ich spreche schon gar nicht von den Zugewanderten, die treue Söhne Sowjetrußlands waren und bleiben und für die sich die Sowjetmacht immer mit allen Kräften einsetzen wird.

Sollte der Beweis erbracht werden, dass das Scharia notwendig ist, dann mag es das Scharia geben. Die Sowjetmacht denkt nicht daran, dem Scharia den Krieg zu erklären.

Sollte der Beweis erbracht werden, dass die Organe der Tscheka und der Besonderen Abteilung es nicht verstehen, sich der Lebensweise und den Besonderheiten der Bevölkerung anzupassen, dann ist klar, dass auch auf diesem Gebiet entsprechende Änderungen vorgenommen werden müssen.

An der Spitze der nationalen Sowjets muss ein Rat der Volkskommissare der Bergrepublik stehen, der von dem Sowjetkongress der letzteren gewählt wird und unmittelbar mit Moskau verbunden ist.

Bedeutet dies, dass die Bergvölker dadurch von Rußland getrennt werden, dass Rußland sie im Stich lässt, dass die Rote Armee nach Rußland abgezogen wird, wie die Bergbewohner voller Besorgnis fragen? Nein, das bedeutet es nicht. Rußland versteht, dass die kleinen Völkerschaften des Tereks, wenn man sie ihrem Schicksal überlässt, außerstande sein werden, ihre Freiheit zu behaupten gegen die Welträuber und ihre Agenten, die nach Georgien geflüchteten Gutsherren aus den Gebirgsgegenden, die von dort aus gegen die werktätigen Bergbewohner intrigieren. Autonomie bedeutet nicht Lostrennung, sondern Bündnis der sich selbst verwaltenden Bergvölker mit den Völkern Rußlands. Dieses Bündnis ist die Grundlage der sowjetischen Autonomie der Bergvölker.

Genossen! Früher pflegte es so zu sein, dass die Regierungen in diese oder jene Reformen, in Konzessionen zugunsten der Völker nur in schweren Augenblicken einwilligten, wenn sie geschwächt waren und der Sympathie ihrer Völker bedurften. So verfahren die zaristischen und überhaupt die bürgerlichen Regierungen von jeher. Zum Unterschied von ihnen handelt die Sowjetregierung anders. Die Sowjetregierung gewährt Ihnen die Autonomie nicht in einem schwierigen Augenblick, sondern in einem Augenblick glänzender Erfolge auf den Schlachtfeldern, in einem Augenblick des vollen Triumphs über das letzte Bollwerk des Imperialismus auf der Krim.

Das Leben zeigt, dass das, was von den Regierungen in einem kritischen Augenblick gegeben wird, nicht von Dauer, nicht zuverlässig ist, da es immer zurückgenommen werden kann,

wenn der kritische Augenblick vorbei ist. Reformen und Freiheiten können nur dann von Dauer sein, wenn sie nicht unter dem Druck einer zeitweiligen, augenblicklichen Notwendigkeit gegeben werden, sondern im vollen Bewusstsein der Nützlichkeit der Reform, wenn sich die Regierung im Vollbesitz ihrer Kräfte und der ganzen Machtfülle befindet. Gerade so handelt jetzt die Sowjetregierung, wenn sie Ihnen Ihre Freiheiten zurückgibt.

Wenn die Sowjetmacht dies tut, will sie sagen, dass sie Ihnen, Genossen Bergbewohner, voll und ganz vertraut, dass sie auf Ihre Fähigkeit, sich selbst zu verwalten, vertraut.

Wir wollen hoffen, dass Sie es verstehen werden, dieses Vertrauen des Rußlands der Arbeiter und Bauern zu rechtfertigen.

Es lebe das Bündnis der Völker des Terekgebiets mit den Völkern Rußlands!

2. SCHLUSSWORT

Genossen! Ich habe einige Anfragen bezüglich der Autonomie bekommen. Ich will sie beantworten.

Die erste Frage ist die Frage der territorialen Grenzen der Sowjetischen Bergrepublik. Die Grenzen der Republik werden im Ganzen bestimmt: im Norden durch den Terek und in den übrigen Richtungen durch die Ländergrenzen der Völker des Terekgebiets: der Tschetschenen, Inguschen, Kabardiner, Osseten, Balkaren, Karatschaier einschließlich der Zugewanderten und der Kosakenstanizas diesseits des Tereks. Das wird das Territorium der Autonomen Bergrepublik bilden. Was die genaueren Grenzlinien anbetrifft, so müssen sie von einer aus Vertretern der Bergrepublik und der angrenzenden Gouvernements bestehenden Kommission festgesetzt werden.

Die zweite Frage: Wo wird das Zentrum der Autonomen Bergrepublik sein, und werden die Städte Grosny und Wladikawkas der Republik angehören? Natürlich werden sie ihr angehören. Als Hauptstadt der Republik kann jede beliebige Stadt gewählt werden. Ich persönlich denke, dass ein solches Zentrum Wladikawkas sein sollte, da dies ein Zentrum ist, das mit allen Völkerschaften des Terekgebiets verbunden ist.

Die dritte Frage ist die Frage des Rahmens der Autonomie selbst. Man fragt sich: Welcher Typus der Autonomie wird der Bergrepublik gewährt?

Es gibt verschiedene Autonomien: eine administrative, wie bei den Kareliern, Tscheremissen, Tschuwaschen, Wolgadeutschen; eine politische, wie bei den Baschkiren, Kirgisen, Wolgatataren. Die Autonomie der Bergrepublik ist eine politische und natürlich eine sowjetische. Es ist eine Autonomie vom Typus Baschkiriens, Kirgisiens, Tatarsiens. Dies bedeutet, dass an der Spitze der Sowjetischen Bergrepublik ein vom Sowjetkongress zu wählendes Zentralexekutivkomitee der Sowjets stehen wird. Das Zentralexekutivkomitee wählt den unmittelbar mit Moskau in Verbindung stehenden Rat der Volkskommissare. Die Republik wird aus den gemeinsamen Mitteln der Föderativen Republik finanziert werden. Die Volkskommissariate, denen die Angelegenheiten der Wirtschaft und das Militärwesen unterstehen, werden unmittelbar mit den entsprechenden Kommissariaten des Zentrums verbunden sein. Die übrigen Kommissariate: für Justiz, Landwirtschaft, innere Angelegenheiten, Bildung und andere mehr, werden dem ZEK der Sowjetischen Bergrepublik, das mit dem Allrussischen ZEK verbunden ist, unterstellt sein. Der Außenhandel und die auswärtigen Angelegenheiten werden voll und ganz in den Händen der Zentralmacht liegen.

Weiter folgt die Frage nach der Zeit der Verwirklichung der Autonomie. Zur Ausarbeitung eingehender Bestimmungen oder, um gelehrt zu reden, einer „Verfassung“ der Republik ist es notwendig, dass von jeder Völkerschaft je ein Vertreter gewählt wird, die zusammen mit den Vertretern der Regierung in Moskau die Verfassung der Autonomen Bergrepublik ausarbeiten könnten.

Es wäre gut, wenn Sie hierfür auf diesem Kongress je einen Vertreter für die Tschetschenen, Inguschen, Osseten, Kabardiner, Balkaren, Karatschaier und die Stanizas, die zur Autonomen Bergrepublik gehören, insgesamt also sieben Vertreter, wählen.

Man fragt mich nach dem Verfahren für die Wahlen zu den nationalen Sowjets. Die Wahlen müssen auf Grund der Verfassung durchgeführt werden, das heißt, das Recht der Wahl zu den Sowjets wird nur Werktätigen gewährt. Die Sowjets müssen aus Werktätigen bestehen.

Bei uns in Rußland ist man der Ansicht, dass, wer nicht arbeitet, auch nicht essen soll. Sie müssen erklären, dass, wer nicht arbeitet, auch nicht wählen soll. Das ist die Grundlage der sowjetischen Autonomie. Darin besteht der Unterschied zwischen der bürgerlichen und der sowjetischen Autonomie.

Die nächste Frage betrifft die Armee.

Die Armee muss unbedingt eine gemeinsame Armee sein, denn die Bergrepublik wird mit ihrer kleinen Armee die Freiheit nicht verteidigen können, wird den Truppen, die von der Entente unterhalten werden, nichts entgegenstellen können.

Zum Schluss meiner Rede möchte ich das Wesentliche hervorheben, das die Autonomie Ihnen, den Bergbewohnern, geben kann.

Das Grundübel, das die Bergvölker ihr Leben lang bedrückte, ist ihre Rückständigkeit, ihre Unwissenheit. Nur die Ausrottung dieses Übels, nur eine groß angelegte Aufklärung der Massen kann die Bergvölker vor dem Aussterben retten, kann sie einer höheren Kultur teilhaftig werden lassen. Deswegen müssen die Bergvölker in ihrer autonomen Republik vor allem mit dem Bau von Schulen, Kulturinstitutionen und Bildungsstätten beginnen.

Der ganze Sinn der Autonomie liegt darin, dass sie die Bergvölker zur Verwaltung ihres Landes heranziehen soll. Es gibt hier bei Ihnen zu-wenig Einheimische, die es verstehen, ihr Volk zu leiten. Das ist der Grund, warum in den Organen des Ernährungskommissariats, der Tscheka, der Besonderen Abteilung, der Volkswirtschaft Russen arbeiten, die Ihre Lebensweise, Ihre Sprache nicht kennen. Es ist notwendig, dass Menschen aus Ihrer Mitte in alle Zweige der Landesverwaltung einbezogen werden. Die Autonomie, von der hier gesprochen wird, ist so zu verstehen, dass in allen Verwaltungsorganen Leute aus Ihrer Mitte sitzen sollen, die Ihre Sprache, Ihre Lebensweise kennen.

Darin besteht der Sinn der Autonomie.

Die Autonomie soll Sie lehren, auf eigenen Füßen zu stehen - das ist das Ziel der Autonomie.

Die Ergebnisse der Autonomie werden sich nicht sofort bemerkbar machen: man kann aus Einheimischen nicht an einem Tage Funktionäre heranbilden, die in der Verwaltung des Landes Erfahrung haben. Aber es werden keine zwei bis drei Jahre vergehen, und Sie werden sich in die Verwaltung Ihres Landes einschalten und Lehrer, Wirtschaftler, Versorgungsfachleute, Landmesser, Militärfachleute, Richter und überhaupt Partei- und Sowjetfunktionäre aus Ihrer Mitte stellen. Und dann werden Sie sehen, dass Sie gelernt haben, sich selbst zu verwalten.

Es lebe die Autonomie der Bergvölker, die Sie lehren wird, Ihr Land zu verwalten, und die Ihnen helfen wird, ebenso aufgeklärt zu werden wie die Arbeiter und Bauern Rußlands, die nicht nur gelernt haben, ihr Land zu verwalten, sondern auch ihre geschworenen Feinde zu besiegen!

„*Shisn Nazionalnostej*“

(*Das Leben der Nationalitäten*) Nr. 39 und 40,
8. und 15. Dezember 1920.

DIE LAGE IM KAUKASUS

Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Prawda“

Genosse Stalin, der von einer Dienstreise nach dem Süden zurückgekehrt ist, teilte in einer Unterredung mit unserem Mitarbeiter über die Lage im Kaukasus folgendes mit:

Die große Bedeutung des Kaukasus für die Revolution ist nicht nur dadurch bedingt, dass er eine Quelle von Roh- und Brennstoffen sowie Lebensmitteln ist, sondern auch durch seine Lage zwischen Europa und Asien, insbesondere zwischen Rußland und der Türkei, sowie durch das Vorhandensein von ökonomisch und strategisch höchst wichtigen Straßen. (Batum-Baku, Batum-Täbris, Batum-Täbris-Erserum.)

All dies wird von der Entente in Rechnung gestellt, die gegenwärtig Konstantinopel, diesen Schlüssel zum Schwarzen Meer, besitzt und die die direkte Straße über Transkaukasien nach dem Osten behalten möchte.

Die ganze Frage geht darum, wer sich schließlich im Kaukasus behaupten, wer das Erdöl und die höchst wichtigen Straßen nach Innerasien ausnutzen wird - die Revolution oder die Entente.

Die Befreiung Aserbaidshans hat die Position der Entente im Kaukasus bedeutend geschwächt. Der Kampf der Türkei gegen die Entente hat zu denselben Ergebnissen geführt. Trotzdem gibt sich die Entente nicht geschlagen und spinnt ihr Netz im Kaukasus.

Die Verwandlung von Tiflis in eine Basis der konterrevolutionären Tätigkeit; die Bildung der bürgerlichen Regierungen Aserbaidshans, Daghestans und der Bergvölker des Terekgebiets, natürlich mit Mitteln der Entente und mit Hilfe des bürgerlichen Georgiens; das Kokettieren mit den Kemalisten und die Predigt der Ideen einer Föderation der kaukasischen Völker unter dem Protektorat der Türkei; der von der Entente veranlasste ständige Ministerwechsel in Persien und die Überschwemmung Persiens mit Sepoys - all dies und viel Ähnliches zeugt davon, dass die alten Wölfe der Entente nicht schlafen. Zweifelsohne ist die Tätigkeit der Agenten der Entente in dieser Richtung bedeutend lebhafter geworden und hat nach der Zerschlagung Wrangels fieberhaften Charakter angenommen.

Welche Aussichten hat die Entente und welche Aussichten hat die Revolution im Kaukasus?

Zweifelsohne sind die Aussichten der Entente, zum Beispiel in Daghestan und im Terekgebiet, auf Null gesunken. Die Zerschlagung Wrangels und die Proklamierung der Sowjetautonomie in Daghestan und im Terekgebiet sowie die intensive sowjetische Aufbauarbeit in diesen Gebieten haben die Lage der Sowjetregierung in dieser Gegend gefestigt. Es ist kein Zufall, dass die Volkskongresse der Vertreter der Millionenbevölkerung des Terekgebiets und Daghestans feierlich geschworen haben, im engen Bündnis mit den Arbeitern und Bauern Rußlands für die Sowjets zu kämpfen.

Die Bergvölker haben die Proklamierung der Autonomie, die nicht in einem für die Sowjetmacht schwierigen Augenblick, sondern in einem Augenblick gewaltiger Erfolge ihrer Truppen stattfand, richtig als ein Zeichen des Vertrauens der Staatsmacht zu den Bergvölkern bewertet. „Das, was eine Staatsmacht den Völkern in einem schwierigen Augenblick unter dem Druck einer augenblicklichen Notwendigkeit gewährt, ist nicht von Dauer“, sagten mir Bergbewohner in einem persönlichen Gespräch. „Von Dauer sind nur die Reformen und die Freiheiten von oben, die auf Grund der Siege über die Feinde gewährt werden, wie das jetzt die Sowjetregierung tut.“

Ebenso gering sind die Aussichten der Entente in Aserbaidshan, das seine Unabhängigkeit errungen hat und ein freiwilliges Bündnis mit den Völkern Rußlands eingegangen ist. Es braucht wohl kaum bewiesen zu werden, dass die gierigen Krallen der Entente, die nach Aserbaidshan und dem Bakuer Erdöl ausgestreckt sind, bei den Werktätigen Aserbaidshans nur Abscheu hervorrufen werden.

Die Aussichten der Entente in Armenien und Georgien sind nach der Zerschlagung Wrangels ebenfalls bedeutend gesunken. Das Armenien der Daschnaken ist zweifellos der Provokation der Entente zum Opfer gefallen, die es auf die Türkei gehetzt und dann schmähslich den Türken zum Fraß überlassen hat. Es kann wohl kaum bezweifelt werden, dass für Armenien keine Möglichkeiten zur Rettung übrig geblieben sind, außer der einen: dem Bündnis mit Sowjetrußland. Dieser Umstand wird zweifellos allen Völkern, deren bürgerliche Regierungen nicht aufhören, vor der Entente zu katzbuckeln, vor allem Georgien, als Lehre dienen.

Die katastrophale Wirtschafts- und Versorgungslage Georgiens ist eine Tatsache, die selbst von den Machthabern des jetzigen Georgiens festgestellt wird. Georgien, das sich in den Netzen der Entente verstrickt und infolgedessen sowohl das Bakuer Erdöl als auch das Kubangetreide verloren hat, Georgien, das sich in die Hauptbasis der imperialistischen Operationen Englands und Frankreichs verwandelt hat und deshalb zu Sowjetrußland in feindliche Beziehungen getreten ist - dieses Georgien liegt heute in den letzten Zügen. Nicht umsonst hat der degenerierte Führer der sterbenden II. Internationale, Herr Kautsky, der von der revolutionären Welle aus Europa hinausgespült wurde, in dem muffigen, in den Netzen der Entente verstrickten Georgien, bei den bankrotten georgischen Sozialbudikern Unterschlupf gefunden. Es kann wohl kaum bezweifelt werden, dass Georgien in einem schwierigen Augenblick von der Entente genau so im Stich gelassen wird wie Armenien.

Die Lage der Engländer in Persien, ihre Lage als Eroberer Persiens, wird immer durchsichtiger. Bekanntlich ist die persische Regierung, die phantastisch oft ihre Zusammensetzung ändert, ein Deckmantel für die englischen Militärattaches. Bekanntlich haben die so genannten persischen Truppen aufgehört zu existieren, da englische Sepoys auf der Bildfläche erschienen sind, um sie abzulösen. Bekanntlich haben in Teheran und Täbris in diesem Zusammenhang eine ganze Reihe von Massenaktionen gegen England stattgefunden. Es lässt sich wohl kaum bezweifeln, dass dieser Umstand die Aussichten der Entente in Persien nicht verbessern kann.

Schließlich die Türkei. Zweifellos geht die Periode des Vertrags von Sevres^[112], der gegen die Türkei überhaupt und gegen die Kemalisten im Besonderen gerichtet ist, dem Ende entgegen. Der Kampf der Kemalisten gegen die Entente und die sich auf dieser Grundlage verstärkende Gärung in den Kolonien Englands einerseits, die Zerschlagung Wrangels und der Sturz Venizelos in Griechenland andererseits haben die Entente gezwungen, ihre Politik gegenüber den Kemalisten bedeutend zu mäßigen. Die Zerschlagung Armeniens durch die Kemalisten bei absoluter „Neutralität“ der Entente, die Gerüchte über die geplante Rückgabe Thraziens und Smyrnas an die Türkei, die Gerüchte über Verhandlungen zwischen den Kemalisten und dem Sultan, dem Agenten der Entente, sowie über die geplante Räumung Konstantinopels und schließlich die Ruhe an der türkischen Westfront - all das sind Symptome, die davon zeugen, dass die Entente ernstlich mit den Kemalisten kokettiert und dass sich eine gewisse Rechtsschwenkung der Kemalisten vollzieht.

Womit das Kokettieren der Entente enden wird und wie weit die Kemalisten bei ihrer Rechtsschwenkung gehen werden - ist schwer zu sagen. Aber eins steht immerhin außer Zweifel, nämlich dass sich der Kampf für die Befreiung der Kolonien, der vor einigen Jahren begann, trotz allem verstärken wird, dass Rußland als anerkannter Bannerträger dieses Kampfes mit allen Kräften und mit allen Mitteln die Anhänger dieses Kampfes unterstützen wird, dass dieser Kampf zum Siege führen wird, entweder zusammen mit den Kemalisten, sofern sie nicht die Sache der Befreiung der unterdrückten Völker verraten, oder entgegen den Kemalisten, wenn sie im Lager der Entente landen.

Davon zeugen die auflodernde Revolution im Westen und die wachsende Macht Sowjetrußlands.

ES LEBE SOWJETARMENIEN!

Armenien, das geplagte und schwergeprüfte, das durch der Entente und der Daschnaken Gnaden dein Hunger, dem Ruin preisgegeben und zur Massenflucht verurteilt ist, dieses von allen „Freunden“ betrogene Armenien hat heute seine Rettung darin gefunden, dass es sich zum Sowjetland erklärt hat.

Weder die lügenhaften Versicherungen Englands, „des uraltem Beschützers“ der armenischen Interessen, noch die berüchtigten vierzehn Punkte Wilsons^[113], noch die marktschreierischen Versprechungen des Völkerbunds mit seinem „Mandat“ für die Verwaltung Armeniens konnten Armenien vor den Massakern und der physischen Vernichtung retten (und hätten es auch nicht retten können!). Nur die Idee der Sowjetmacht hat Armenien den Frieden und die Möglichkeit der nationalen Erneuerung gebracht.

Hier einige Tatsachen, die zur Sowjetisierung Armeniens geführt haben. Die verderbliche Politik der Daschnaken, der Agenten der Entente, führt das Land in die Anarchie und ins Elend. Der von den Daschnaken angezettelte Krieg gegen die Türkei verschlechtert die schwere Lage Armeniens aufs äußerste. Die von Hunger und Entrechtung gepeinigten Nordprovinzen Armeniens erheben sich Ende November und bilden das Revolutionäre Militärkomitee Armeniens mit dem Genossen Kasjan an der Spitze. Am 30. November läuft vom Vorsitzenden des Revolutionären Komitees Armeniens ein an Genossen Lenin gerichtetes Begrüßungstelegramm ein, in dem mitgeteilt wird, dass Sowjetarmenien geboren ist und dass das Revolutionäre Komitee die Stadt Delishan eingenommen hat. Am 1. Dezember verzichtet Sowjetaserbaidshan freiwillig auf die umstrittenen Provinzen und proklamiert die Übergabe Sangesurs, Nachitschewans und Berg-Karabachiens an Sowjetarmenien. Am 1. Dezember erhält das Revolutionäre Komitee eine Begrüßung vom türkischen Kommando. Am 2. Dezember läuft eine Mitteilung des Genossen Ordshonikidse ein, dass die Daschnakenregierung aus Eriwan vertrieben ist und dass sich die Truppen Armeniens dem Revolutionären Komitee zur Verfügung stellen.

Heute ist Eriwan, die Hauptstadt Armeniens, in den Händen der Sowjetmacht Armeniens.

Der jahrhundertealten Feindschaft zwischen Armenien und den umwohnenden Mohammedanern wurde durch die Herstellung der brüderlichen Solidarität zwischen den Werktätigen Armeniens, der Türkei, Aserbaidshans mit einem Schlag jeglicher Boden entzogen.

Mögen alle, die es angeht, wissen, dass nur die Sowjetmacht in der Lage war, das so genannte armenische „Problem“ zu lösen, über das sich die alten Wölfe der imperialistischen Diplomatie vergeblich den Kopf zerbrochen haben.

Es lebe Sowjetarmenien!

„Prawda“ Nr. 273,
4. Dezember 1920.
Unterschrift: J. Stalin.

ANMERKUNGEN

1. Am 29. September 1917 begann die Ausschiffung deutscher Landungstruppen auf Ösel, Dagö und anderen Ostseeinseln am Eingang des Rigaer Meerbusens.
2. Die Ukrainische Zentralrada wurde im April 1917 in Kiew von einem Block bürgerlicher und kleinbürgerlicher Parteien und Gruppen geschaffen. Nach dem Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution weigerte sich die Rada, die Sowjetregierung anzuerkennen, und betrat durch die Unterstützung Kaledins und anderer weißgardistischer Generale am Don den Weg des offenen Kampfes gegen die Sowjetmacht. Im April 1918 setzten die deutschen Okkupationstruppen an Stelle der Rada die Regierung des Hetmans Skoropadski ein.
3. In dem von W.I. Lenin verfassten „Ultimatum“ des Rates der Volkskommissare oder dem „Manifest an das ukrainische Volk mit ultimativen Forderungen an die Ukrainische Rada“ hieß es: „...wir, der Rat der Volkskommissare, anerkennen die Ukrainische Volksrepublik sowie ihr Recht, sich ganz von Rußland loszutrennen oder mit der Russischen Republik einen Vertrag über föderative oder ähnliche Beziehungen abzuschließen.
 Alles, was die nationalen Rechte und die nationale Unabhängigkeit des ukrainischen Volkes betrifft, erkennen wir, der Rat der Volkskommissare, sofort, uneingeschränkt und bedingungslos an“ (siehe W.I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 26, S. 323-325, russ.).
 In der „Antwort“ des Rates der Volkskommissare an den ukrainischen Stab in Petrograd (genauer: an den Ukrainischen Stab der Truppenrada im Petrograder Gebiet), der im Namen der Zentralrada Verhandlungen mit dem Rat der Volkskommissare führte, hieß es: „Was die von der Rada gestellten Bedingungen betrifft, so bildeten und bilden diejenigen von ihnen, die prinzipiellen Charakter tragen (das Selbstbestimmungsrecht), keinen Gegenstand des Streits oder des Konflikts, da der Rat der Volkskommissare diese Prinzipien in ihrem vollen Umfang anerkennt und durchführt“ (siehe „Iswestija“ Nr. 245 vom 7. Dezember 1917).
4. In dem Telegramm wurde mitgeteilt, dass das vom Allukrainischen Kongress der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und eines Teils der Sowjets der Bauerndeputierten am 13. Dezember 1917 gewählte Zentralexekutivkomitee der Sowjets die ganze Macht in der Ukraine übernommen hat (siehe „Iswestija“ Nr. 252 vom 15. Dezember 1917).
5. Der III. Altrussische Kongress der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten fand vom 10. bis zum 18. Januar 1918 in Petrograd statt. Auf dem Kongress waren 1046 Delegierte anwesend. Den Bericht über die Tätigkeit des Rates der Volkskommissare gab W. I. Lenin, über die Tätigkeit des ZEK der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten sprach J. M. Swerdlow. J. W. Stalin hielt auf dem Kongress das Referat zur nationalen Frage. Der Kongress nahm eine Resolution an, die die Politik des ZEK und des Rates der Volkskommissare billigte, er bestätigte die von W.I. Lenin unter Mitwirkung von J.W. Stalin verfasste „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“, die Dekrete des Rates der Volkskommissare über die Unabhängigkeit Finnlands und Armeniens sowie die von J. W. Stalin eingebrachte Resolution über die föderalen Einrichtungen der Russischen Republik.
6. Gemeint ist das von der Ukrainischen Zentralrada am 7. November 1917 angenommene dritte Universal (Manifest).
7. Das Kaukasische oder Transkaukasische Kommissariat wurde im November 1917 in Tiflis von Menschewiki, Sozialrevolutionären, Daschnaken und Mussawatisten gebildet; es bestand bis zum 26. Mai 1918.

8. Das Volkssekretariat der Ukrainischen Sowjetrepublik - die erste Sowjetregierung der Ukrainischen Republik - wurde im Dezember 1917 aus Mitgliedern des Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Ukraine gewählt. Im April 1918 wurde das Volkssekretariat angesichts der Okkupation der Ukraine durch die deutschen Truppen reorganisiert, und seine Hauptaufgabe wurde die Leitung des Aufstands der Volksmassen gegen die deutschen Okkupanten und gegen die Haidamakenabteilungen.
9. Der Vertrag über einen achtundzwanzigtägigen Waffenstillstand zwischen Rußland und den Vierbundmächten (Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien, Türkei) wurde am 2. Dezember 1917 in Brest-Litowsk unterzeichnet. Da sich die Verhandlungen über den Abschluss eines Friedensvertrags in die Länge zogen, wurde der Waffenstillstand verlängert. Am 18. Februar 1918 gingen die Deutschen unter Verletzung des Waffenstillstandsabkommens an der ganzen Front zur Offensive über.
10. Gemeint ist der nach Geheimverhandlungen der Vertreter der Ukrainischen Zentralrada mit den Vierbundmächten am 27. Januar 1918 in Brest-Litowsk abgeschlossene Vertrag.
11. „Bakinski Rabotschi“ (Der Bakuer Arbeiter) - Organ der Bakuer bolschewistischen Organisation, das im Jahre 1906, im September und Oktober 1908 und von April 1917 bis August 1918 erschien. Nach dem Sieg der Sowjetmacht in Aserbaidshan wurde die Herausgabe der Zeitung am 25. Juli 1920 zuerst unter dem Titel „Aserbaidshanskaja Bednota“ (Aserbaidshaner Armut) und dann, vom 7. November 1920 an, unter dem früheren Titel wieder aufgenommen. Gegenwärtig ist der „Bakinski Rabotschi“ das Organ des ZK und des Bakuer Komitees der KP(B) Aserbaidshans.
12. Der Krieg der Südstaaten Amerikas gegen die Nordstaaten fand von 1861 bis 1865 statt und endete mit dem Sieg der Nordstaaten. Eins der Ergebnisse des Krieges war die Überwindung des Separatismus der Südstaaten und die Schaffung eines zentralisierten Staates.
13. Sonderbund - reaktionärer Verband sieben katholischer Kantone der Schweiz, der 1845 gebildet wurde. Im Jahre 1847 entbrannte ein bewaffneter Kampf zwischen dem Sonderbund und den übrigen Kantonen der Schweiz, die für die Zentralisierung der Staatsmacht in der Schweiz waren. Der Krieg endete mit der Niederlage des Sonderbunds und mit der Umwandlung der Schweiz aus einem Staatenbund in einen einheitlichen Bundesstaat.
14. Die Kommission des Allrussischen ZEK zur Ausarbeitung eines Entwurfs der Verfassung der RSFSR wurde am 1. April 1918 gebildet. An der Spitze der Kommission standen J. W. Stalin und J. M. Swerdlow. Der Arbeit der Kommission wurden die „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ und die auf dem III. Sowjetkongress zu dem Referat j. W. Stalins angenommene Resolution „Über die föderalen Einrichtungen der Russischen Republik“ zugrunde gelegt. Die von J. W. Stalin entworfenen „Allgemeinen Grundsätze der Verfassung der RSFSR“ wurden auf der Sitzung der Kommission am 19. April 1918 erörtert und angenommen.
15. Der V. Sowjetkongress des Turkestanischen Gebiets fand vom 20. April bis zum 1. Mai 1918 statt. Der Kongress proklamierte die Autonomie der Turkestanischen Föderativen Sowjetrepublik, wählte das Zentralexekutivkomitee (Turzek) und den Rat der Volkskommissare.
16. Die Beratung über die Einberufung des konstituierenden Kongresses der Tatarisch-Baschkirischen Sowjetrepublik fand vom 10. bis zum 16. Mai 1918 unter dem Vorsitz J. W. Stalins in Moskau statt. Es waren Vertreter der Tataren, der Baschkiren, der Tschuwaschen und der Mari anwesend. Die Beratung wählte eine Kommission zur Einberufung des konstituierenden Sowjetkongresses Tatarien-Baschkiriens. Wegen Ausbruchs des Bürgerkriegs kam der Kongress nicht zustande.

17. „Nasche Wremja“ (Unsere Zeit) - Abendzeitung sozialrevolutionärer Richtung, die von Dezember 1917 bis Juli 1918 in Moskau erschien.
18. Die Friedensverhandlungen in Batum zwischen den Vertretern des Transkaukasischen Sejms und der Türkei begannen am 11. Mai 1918. Nach dem Zerfall der Transkaukasischen Republik am 26. Mai wurden die Verhandlungen in Batum von der menschewistischen Regierung des „unabhängigen“ Georgiens geführt. Am 4. Juni 1918 wurde ein Friedensvertrag unterzeichnet, wonach Batum, Achalziche und ein Teil des Kreises Achalkalaki an die Türkei fielen. Ferner erhielt die Türkei das Recht freier Durchfahrt für ihre Truppen auf den Eisenbahnen Georgiens.
19. Der Aufstand gegen den konterrevolutionären Transkaukasischen Sejm begann in Abchasien im März 1918. Die Machtorgane des Transkaukasischen Kommissariats wurden beseitigt und die Sowjetmacht proklamiert. Die Menschewiki setzten gegen die Aufständischen starke Truppenverbände in Bewegung. Trotz des heldenhaften Kampfes, der bis zum 17. Mai 1918 andauerte, gelang es den menschewistischen Truppen, den Widerstand der Aufständischen zu brechen. Es folgten grausame Repressalien, von denen auch die friedliche Bevölkerung betroffen wurde.
20. Es handelt sich um die Friedenskonferenz von Vertretern der RSFSR und der ukrainischen Hetmanregierung. Die Verhandlungen begannen am 23. Mai 1918 in Kiew.
21. Am 29. Mai 1918 ernannte der Rat der Volkskommissare J. W. Stalin zum Gesamtleiter der Lebensmittelbeschaffung im Süden Rußlands. Das Mandat des Genossen Stalin lautete: „Das Mitglied des Rates der Volkskommissare, Volkskommissar Josef Wissarionowitsch Stalin, wird vom Rat der Volkskommissare zum Gesamtleiter der Lebensmittelbeschaffung im Süden Rußlands ernannt und mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet. Die örtlichen und regionalen Räte der Volkskommissare, die Deputiertensowjets, die revolutionären Komitees, die Stäbe und Führer der Truppenabteilungen, die Eisenbahnorganisationen und die Stationsvorsteher, die Organisationen der Handelsflotte, der Binnen- und Hochseeschifffahrt, die Post- und Telegrafämter sowie die Versorgungsorganisationen, alle Kommissare und Emissäre sind verpflichtet, die Anordnungen des Genossen Stalin durchzuführen.

*Vorsitzender des Rates der Volkskommissare
W. Uljanow (Lenin)*“
22. Das Fünferkollegium war ein administrativ-technisches leitendes Organ der Bahnverwaltung Moskau-Kiew-Woronesh und anderer Bahnverwaltungen. Sein Sitz war Woronesh.
23. In der Nacht zum 7. Juli 1918 benachrichtigte W.I. Lenin über die direkte Leitung J.W. Stalin von der Meuterei, die von den „linken“ Sozialrevolutionären in Moskau begonnen worden war. In der Mitteilung W.I. Lenins, die in Zarizyn von J.W. Stalin persönlich entgegengenommen wurde, hieß es: „Diese erbärmlichen und hysterischen Abenteurer, die zu einem Werkzeug in den Händen der Konterrevolutionäre geworden sind, müssen allerorts schonungslos niedergeschlagen werden... Gehen Sie also unerbittlich gegen die linken Sozialrevolutionäre vor und geben Sie öfter Nachricht“ („Prawda“ Nr.21 vom 21. Januar 1936).
24. Den nach Baku an den Vorsitzenden des Bakuer Rates der Volkskommissare, S. G. Schaumian, gerichteten Brief siehe in den „Dokumenten zur Geschichte des Bürgerkriegs in der UdSSR“, Bd. I, 1940, S. 289 (russ.).
25. Gemeint ist die Okkupation von Murmansk durch englische Truppen im Jahre 1918.
26. Tschokprod - Außerordentliches regionales Komitee für Lebensmittelbeschaffung im Süden Rußlands.

27. Als W.I. Lenin den Brief J. W. Stalins erhalten hatte, entfernte er Anrede und Unterschrift, die ihn persönlich betrafen, und schickte den Wortlaut des Briefes J. W. Stalins als eigene Direktive nach Petrograd.
28. „Soldat Rewoluzii“ (Der Soldat der Revolution) - Armeezeitung der Zarizyner Front, die auf Initiative J. W. Stalins gegründet wurde. Die Zeitung erschien vorn 7. August 1918 an als Organ des Kriegsrats des Nordkaukasischen Militärbezirks. Vom 26. September (Nr. 42) an war der „Soldat Rewoluzii“ das Organ des Revolutionären Kriegsrats der Südfront, vom 29. Oktober (Nr.69) bis zum Ende des Erscheinens war er das Organ des Revolutionären Kriegsrats der X. Armee.
29. „Borba“ (Der Kampf) - Organ des Zarizyner Komitees der SDAPR(B), das ab Mai 1917 herausgegeben wurde. Ende 1917 wurde die „Borba“ das Organ des Zarizyner Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Kosakendepuatierten. Die Zeitung erschien bis März 1933.
30. Riga wurde am 21. August 1917 von General Kornilow den Deutschen ausgeliefert.
31. Vorparlament oder Provisorischer Rat der Republik - beratendes Organ bei der bürgerlichen Provisorischen Regierung, gebildet aus den Teilnehmern der Demokratischen Beratung, die vom 14. bis zum 22. September 1917 in Petrograd getagt hatte. Die Schaffung des Vorparlaments war ein Versuch der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, der anwachsenden Revolution Einhalt zu gebieten und das Land von dein Weg der sowjetischen Revolution auf den Weg des bürgerlichen Parlamentarismus zu leiten.
32. Die „Verteidigungsberatung“ wurde am 7. August 1917 in Petrograd durch das sozialrevolutionär-menschewistische ZEK der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendepuatierten einberufen, um die Kräfte und Mittel der Bevölkerung für die Fortsetzung des imperialistischen Krieges zu mobilisieren.
33. Schwarzer Kongress - Beratung, die in Moskau vom 12. bis zum 14. Oktober 1917 unter dem Vorsitz von Rodsjanko stattfand und an der Großgrundbesitzer, Fabrikanten und Schlotbarone, Vertreter der Geistlichkeit, Generale und Offiziere teilnahmen. Die Beratung stand im Zeichen der Vereinigung der konterrevolutionären Kräfte zum Kampf gegen den Bolschewismus und die anwachsende Revolution.
34. „Rabotschi Putj“ (Der Arbeiterweg) - Zentralorgan der bolschewistischen Partei. Die Zeitung kam an Stelle der in den Julitagen 1917 von der Provisorischen Regierung verbotenen „Prawda“ heraus und erschien vom 3. September bis zum 26. Oktober 1917. Verantwortlicher Redakteur des „Rabotschi Putj“ war J. W. Stalin.
35. Torppari - landlose Bauern in Finnland, die zu knechtenden Bedingungen Boden von den Grundbesitzern pachteten.
36. Gemeint ist der I. Kongress der mohammedanischen Kommunisten, der im November 1918 in Moskau tagte. Der Kongress wählte das Zentralbüro der mohammedanischen Organisationen der KPR(B).
37. Der Artikel „Die Ukraine befreit sich“ wurde mit einigen Änderungen auch unter der Überschrift „Die sich befreiende Ukraine“ in Nr.261 der „Prawda“ vom 1. Dezember 1918 als Leitartikel veröffentlicht.
38. Die Provisorische Arbeiter- und Bauernregierung der Ukraine wurde in der letzten Novemberdekade 1918 gebildet. Der ursprüngliche Sitz der Ukrainischen Sowjetregierung war Kursk, danach Sudsha. Der Regierung gehörten K. J. Woroschilow, F. A. Sergejew (Artjom) und andere an. Am 29. November 1918 veröffentlichte die Ukrainische Sowjetregierung ein Manifest, in dem sie den Sturz des Hetmans und die Errichtung der Sowjetmacht in der Ukraine proklamierte.
39. Ukrainisches Direktorium - konterrevolutionäre Nationalistenregierung, die Ende 1918 in Kiew von ukrainischen Nationalisten mit Petljura und Winnitschenko an der

- Spitze gebildet wurde. Im Februar 1919 wurde das Direktorium durch die aufständischen Arbeiter und Bauern der Ukraine liquidiert.
40. Der Artikel „Aus dem Osten kommt das Licht“ wurde gleichzeitig in Nr. 273 der „Prawda“ vom 15. Dezember 1918 ohne Unterschrift als Leitartikel veröffentlicht.
 41. Die Estnische Arbeitskommune - die Sowjetrepublik Estland - wurde am 29. November 1918 gebildet, nachdem die Rote Armee Narwa von den deutschen Okkupanten befreit hatte. Am 7. Dezember 1918 bestätigte der Rat der Volkskommissare das von J. W. Stalin verfasste Dekret über die Anerkennung der Unabhängigkeit der Sowjetrepublik Estland.
 42. Die Sowjetmacht in Lettland wurde Mitte Dezember 1918 proklamiert. Die Provisorische Sowjetregierung Lettlands erließ am 17. Dezember 1918 ein Manifest an das werktätige Volk Lettlands über den Übergang der Staatsmacht in die Hände der Sowjets. In dem Manifest hieß es: „Wir sind uns bewusst, dass wir auf diesem schwierigen Weg und in diesem schweren Kampf nicht allein stehen. Hinter uns steht die RSFSR, mit der wir auch in Zukunft nicht nur durch äußere Bande eng verbunden bleiben.“
 43. Die Litauische Tariba (ein bürgerlicher nationaler Rat) wurde im September 1917 unter der Kontrolle der deutschen Okkupationsmacht geschaffen.
 44. Der dreitägige Streik in Charkow spielte sich in den ersten Tagen des Dezember 1918 ab. Sein Anlass war die Verhaftung des Präsidiums des Charkower Sowjets durch Petljuraanhänger. Es streikten die Arbeiter aller Betriebe, der Straßenbahn und des Elektrizitätswerks. Die Petljurabehörden waren gezwungen, die Verhafteten freizulassen, wonach der Streik auf Beschluss des Sowjets eingestellt wurde.
 45. Die Demonstrationen und der politische Generalstreik in Wilna und anderen Städten Litauens am 16. Dezember 1918 waren auf den Appell des ZK der Kommunistischen Partei Litauens und Bjelorußlands hin zum Zeichen des Protests gegen die Politik der bürgerlichen Tariba und der deutschen Okkupanten organisiert worden. In Wilna nahmen an der Demonstration etwa 20000 Personen aus den Reihen der Arbeiter und der städtischen Armut teil. Die Demonstration stand unter der Losung „Alle Macht den Sowjets!“ Die Demonstranten forderten ferner, dass die Deutschen die Ausfuhr von Eisenbahnmaterial und anderen Gütern aus Litauen einstellten und die politischen Gefangenen freiließen.
 46. Die an den Rat der Volkskommissare und an die Rote Armee gerichteten Begrüßungen wurden vom Wilnaer Sowjet in seiner Sitzung am 16. Dezember 1918 angenommen. In der Begrüßung an den Rat der Volkskommissare der RSFSR hieß es: „Der von dem erprobten Führer des Weltproletariats, Genossen Lenin, geführte Rat der Volkskommissare ist für die Arbeiterklasse Litauens der Leitstern in dem sich entfaltenden Kampf für ihre vollständige Befreiung.“
In der Begrüßung an die Rote Armee wurde gesagt: „...Wir, die Arbeiter Litauens, beobachten mit größter Begeisterung, welchen Heldenmut Ihr im Kampf gegen die bewaffneten Kräfte der Konterrevolution zeigt. Wir begrüßen auch die Söhne Litauens, die Arbeiter und Bauern, die in die Reihen dieser Armee eingetreten sind und für die allgemeine Befreiung der Arbeiterklasse, insbesondere für die Befreiung ihrer unter dem Joch der schweren Okkupation stöhnenden Brüder, ihr Leben opfern...“
 47. Die revolutionäre Provisorische Arbeiterregierung Litauens wurde in der ersten Hälfte des Dezember 1918 gebildet. An ihrer Spitze stand der Bolschewik W. S. Mickiewicz-Kapsukas. Am 16. Dezember 1918 erließ die Provisorische Arbeiterregierung ein Manifest, in dem sie erklärte: „1. Die gesamte Macht wird den Sowjets der Deputierten der Arbeiter und der landlosen und landarmen Bauern übergeben. 2. Die Macht der deutschen Okkupanten gilt von nun an als annulliert. 3. Die litauische

- kaiserliche Tariba mit ihrem Ministerrat gilt als gestürzt und außerhalb des Gesetzes stehend.“
48. Durch das von Lenin unterzeichnete Dekret vom 22. Dezember 1918 erkannte der Rat der Volkskommissare der RSFSR die Unabhängigkeit der Litauischen Sowjetrepublik an. In dem zum Referat J.W. Stalins angenommenen Beschluss des Allrussischen Zentralexekutivkomitees vom 23. Dezember 1918 hieß es: „Das Zentralexekutivkomitee bestätigt den durch den revolutionären Kampf der proletarischen und bäuerlichen Massen geschaffenen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen erneut, dass die Tatsache der früheren Zugehörigkeit dieser Länder zum alten Zarenreich ihnen keinerlei Verpflichtungen auferlegt. Zugleich gibt das Zentralexekutivkomitee seiner festen Überzeugung Ausdruck, dass erst jetzt, auf dem Boden der Anerkennung der vollen Freiheit der Selbstbestimmung und des Übergangs der Macht an die Arbeiterklasse, ein freies, freiwilliges und unverbrüchliches Bündnis der Werktätigen aller das Territorium des früheren Russischen Reiches bewohnenden Nationen geschaffen wird..“
49. Am 30. Dezember 1918 fasste das ZK der KPR(B) auf Vorschlag W.I. Lenins angesichts der an der Ostfront und besonders im Abschnitt der III. Armee entstandenen katastrophalen Lage den Beschluss, J. W. Stalin an die Ostfront zu entsenden. Am 1. Januar 1919 wurde eine aus den ZK-Mitgliedern J. W. Stalin und F.E. Dzierzynski bestehende Kommission des ZK der Partei und des Verteidigungsrats eingesetzt, die die Ursachen der Übergabe Perms und der Niederlagen an der Front untersuchen und Maßnahmen zwecks Wiederaufnahme der Partei- und Sowjetarbeit im Gebiet der III. und II. Armee ergreifen sollte. Am 3. Januar 1919 begaben sich J.W. Stalin und F.E. Dzierzynski an die Ostfront, wo sie eine große Arbeit leisteten, um die III. Armee wieder kampffähig zu machen sowie die Front und das rückwärtige Gebiet zu festigen. Dank der von der Kommission geleisteten Arbeit wurde Ende Januar 1919 an der Ostfront ein Umschwung erzielt.
50. Am 13. Januar 1919 sandten J. W. Stalin und F. E. Dzierzynski an W. I. Lenin und das ZK der Partei einen „Kurzen vorläufigen Bericht“ über die bisherige Untersuchung der Ursachen der Katastrophe von Perm. In dem Bericht wurde ferner Mitteilung über Maßnahmen gemacht, die die Kommission plante, um im Abschnitt der III. Armee die Lage wiederherzustellen und den Übergang der Armee zur Offensive zu sichern. Am 14. Januar antwortete W.I. Lenin auf den Bericht mit folgendem Telegramm:
 „Glasgow oder derzeitiger Aufenthaltsort.
 An Stalin und Dzierzynski.
 Erstes Chiffretelegramm erhalten und gelesen. Bitte Sie beide sehr, die Durchführung der beabsichtigten Maßnahmen an Ort und Stelle persönlich zu leiten, da sonst Erfolg nicht garantiert ist.
- Lenin“*
51. Zentralkollegium - örtliches Organ der Allrussischen Evakuierungskommission.
52. Es handelt sich um Regimenter, die der Oberbefehlshaber auf Verlangen J. W. Stalins und F. E. Dzierzynskis zur III. Armee abkommandieren sollte. Als W.I. Lenin diesen Bericht an den Revolutionären Kriegsrat der Republik weiterleitete, versah er ihn mit dem Vermerk: „...Meiner Meinung nach ist es der Gipfel der Unverfrorenheit, dass Wazetis drei Regimenter nach Narwa weggegeben hat. Machen Sie das rückgängig!!“ (siehe Lenin-Sammelband XXXIV, S. 90, russ.).
53. Das Dekret des Allrussischen ZEK über die Erhebung einer einmaligen außerordentlichen Steuer von den begüterten Gruppen der Stadt- und Landbevölkerung wurde am 2. November 1918 veröffentlicht. Das Dekret schrieb vor, die Armen von der außerordentlichen Steuer zu befreien, die Mittelbauernschaft mäßig zu besteuern und die ganze Schwere der Steuer den Kulaken aufzuerlegen.

54. „Iswestija WZJK“ (Nachrichten des Allrussischen ZEK) - Tageszeitung, die seit dem 28. Februar 1917 unter dem Namen „Nachrichten des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten“ erschien. Nach dem I. Allrussischen Sowjetkongress wurde die Zeitung zum Organ des ZEK der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und erschien ab 1. August 1917 unter dem Titel „Nachrichten des Zentralexekutivkomitees und des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten“. Am 27. Oktober 1917, nach dem II. Allrussischen Sowjetkongress, wird die Zeitung das offizielle Organ der Sowjetmacht. Vom 12. März 1918 an erscheint sie in Moskau unter dem Titel „Nachrichten des Allrussischen Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Bauern-, Arbeiter-, Soldaten- und Kosakendeputierten“. Seit dem 22. Juni 1918 sind die „Iswestija“ das Organ des Allrussischen ZEK und des Moskauer Sowjets und später das Organ des ZEK der UdSSR und des Allrussischen ZEK.
55. Der I. Sowjetkongress Bjelorußlands wurde am 2. Februar 1919 in Minsk eröffnet. Auf dem Kongress waren 230 Delegierte anwesend. Der Kongress rief Bjelorußland zur unabhängigen Sozialistischen Sowjetrepublik aus, gab der Bjelorussischen SSR eine Verfassung und wählte ein Zentralexekutivkomitee. An den Arbeiten des Kongresses nahm der Vorsitzende des Allrussischen ZEK, J. M. Swerdlow, teil, der die vom Allrussischen ZEK beschlossene Anerkennung der Unabhängigkeit der Bjelorussischen Sozialistischen Sowjetrepublik bekannt gab.
56. Der I. Sowjetkongress Litauens fand vom 18. bis zum 20. Februar 1919 in Wilna statt. Auf dem Kongress waren 220 Delegierte anwesend. Der Kongress erörterte den Rechenschaftsbericht der Provisorischen Arbeiter- und Bauernregierung Litauens, die Frage der Vereinigung mit Bjelorußland und andere Fragen. Der Kongress bezeichnete es als notwendig, die Litauische und die Bjelorussische Sowjetrepublik miteinander zu vereinigen und föderative Verbindungen mit der Russischen Sowjetrepublik herzustellen. Hierzu erklärte er in seiner Resolution: „Der Kongress, der lebhaft die unlösliche Verbundenheit mit allen sozialistischen Sowjetrepubliken empfindet, beauftragt die Arbeiter- und Bauernregierung der Sozialistischen Sowjetrepublik Litauen und Bjelorußland, sofort Verhandlungen mit den Arbeiter- und Bauernregierungen der RSFSR, Lettlands, der Ukraine und Estlands aufzunehmen, um alle diese Republiken zu einer einheitlichen RSFSR zusammenzufassen.“
57. Es handelt sich um die vom Ententerat für Februar 1919 anberaumte Konferenz auf den Prinzeninseln (im Marmarameer), zu der Vertreter der Sowjetregierung und der konterrevolutionären Regierungen Koltshaks, Denikins und anderer eingeladen werden sollten. Als Ziel der Konferenz wurde die Wiederherstellung des Friedens in Rußland bezeichnet. Die Konferenz kam nicht zustande.
58. Berner Konferenz - internationale Konferenz der sozialchauvinistischen und zentristischen Parteien der II. Internationale, die vom 3. bis zum 10. Februar 1919 in Bern (Schweiz) stattfand.
59. Aus dem Gedicht „Der Wald“ von A. W. Kolzow (siehe A. W. Kolzow, Sämtliche Gedichte, Leningrad 1939, S. 90, russ.).
60. Die Kommission zur Abfassung des Entwurfs eines Programms der KPR(B) wurde auf dem VII. Parteitag am 8. März 1918 gewählt; ihr gehörten W.I. Lenin, J. W. Stalin und andere an. Der von der Kommission ausgearbeitete Entwurf wurde dem auf dem VIII. Parteitag angenommenen Programm zugrunde gelegt.
Der in diesem Artikel zitierte Teil des Entwurfs wurde ohne Veränderungen in das Parteiprogramm aufgenommen (siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil I, 6. Auflage, 1940, S. 287, russ.).

61. Gemeint ist die vom Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets einberufene Allrussische Beratung der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Die Beratung fand in Petrograd vom 29. März bis zum 3. April 1917 statt.
62. „Prawda“ (Die Wahrheit) - bolschewistische Arbeitertageszeitung, die entsprechend der Weisung W. I. Lenins auf Initiative J. W. Stalins gegründet wurde; sie erschien vom 22. April 1912 bis zum 8. Juli 1914 in Petersburg. Nach der Februarrevolution (ab 5. März 1917) begann sie erneut als Zentralorgan der bolschewistischen Partei zu erscheinen. Am 15. März 1917 wurde J. W. Stalin in das Redaktionskollegium der „Prawda“ aufgenommen. Nach Rußland zurückgekehrt, übernahm W. I. Lenin im April 1917 die Leitung der „Prawda“. Die nächsten Mitarbeiter der „Prawda“ waren: W. M. Molotow, J. M. Swerdlow, M. S. Olminski, K. N. Samoilowa und andere Genossen. In dieser Periode leistet die „Prawda“ ungeachtet der Verfolgungen und der Hetze eine gewaltige Arbeit für den Zusammenschluss der Arbeiter, der revolutionären Soldaten und Bauern um die Partei der Bolschewiki und entlarvt im Kampf für den Übergang von der bürgerlich-demokratischen zur sozialistischen Revolution die imperialistische Bourgeoisie und ihre Lakaien - die Menschewiki und Sozialrevolutionäre.
63. Siehe W. I. Lenins Aprilthesen „Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“ (W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd.24, S.1-7 [deutsch in: „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S.7-11]).
64. Die internationale Konferenz revolutionärer sozialistischer Parteien fand vom 2. bis zum 6. März 1919 in Moskau statt. An ihr nahmen 52 Delegierte der wichtigsten Länder Europas und Amerikas teil. Delegierte der Kommunistischen Partei Rußlands waren W.I. Lenin, J.W. Stalin, W. W. Worowski und andere. Die Konferenz konstituierte sich als erster Kongress der Kommunistischen Internationale. Die wichtigste Frage der Tagesordnung war das Referat W.I. Lenins über die bürgerliche Demokratie und die Diktatur des Proletariats. Der Kongress bildete das Exekutivkomitee der Komintern - das Vollzugsorgan der III., der Kommunistischen Internationale.
65. Berner Kommission - von der Berner Konferenz der Sozialchauvinisten eingesetzte Kommission „zur Untersuchung der sozialen und politischen Lage in Rußland“. Der Kommission sollten Kautsky, Hilferding, Longuet und andere angehören. Auf die Bitte, der Kommission die Einreise zu genehmigen, erklärte die Sowjetregierung am 19. Februar 1919, dass sie, obgleich sie die Berner Konferenz weder als eine sozialistische noch als eine in irgendeinem Maße die Arbeiterklasse vertretende Konferenz ansehe, der Kommission die Einreise nach Sowjetrußland dennoch gestatte. Die Reise der „prominenten Revisoren aus Bern“, wie W. I. Lenin die Mitglieder der Kommission nannte, kam nicht zustande.
66. Gemeint sind die Ende Februar 1919 in der englischen Presse erschienenen Mitteilungen über die Absichten des Ententerats, die Einladung zu einer Konferenz auf den Prinzeninseln zu wiederholen.
67. Der VIII. Parteitag der KPR(B) tagte vom 18. bis zum 23. März 1919 in Moskau. Auf der Tagesordnung des Parteitags standen folgende Fragen: 1. Rechenschaftsbericht des ZK; 2. Programm der KPR(B); 3. Über die Kommunistische Internationale; 4. Die militärische Lage und die Militärpolitik; 5. Die Arbeit auf dem Lande; 6. Organisationsfragen; 7. Wahl des Zentralkomitees. W. I. Lenin gab den Rechenschaftsbericht des ZK und referierte über das Parteiprogramm sowie über die Arbeit auf dem Lande.
Der Parteitag erörterte die militärische Frage in den Plenarsitzungen und in der militärischen Sektion. Auf dem Parteitag trat eine so genannte „militärische Opposition“ auf, die die früheren „linken Kommunisten“ und einen Teil der

Funktionäre vereinigte, die an keiner Opposition teilnahmen, aber mit Trotzki's Armeeführung unzufrieden waren. Im Kampf gegen die Entstellung der Militärpolitik der Partei durch Trotzki, gegen seine parteifeindliche Praxis verfocht die „militärische Opposition“ jedoch Reminiszenzen des Partisanentums in der Armee und andere unrichtige Auffassungen in einer Reihe von Fragen des militärischen Aufbaus. Gegen die „militärische Opposition“ traten W. I. Lenin und J. W. Stalin auf. Der Parteitag lehnte eine Reihe von Anträgen der „militärischen Opposition“ (Entwurf Smirnows) ab und verurteilte gleichzeitig die schädliche Stellungnahme Trotzki's. Die vom Parteitag eingesetzte militärische Kommission, der die Genossen Stalin, Jaroslawski und andere angehörten, arbeitete eine Resolution zur militärischen Frage aus, die vom Parteitag einstimmig angenommen wurde. Über den VIII. Parteitag der KPR(B) und seine Beschlüsse zur militärischen Frage und zu anderen Fragen siehe „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S. 222-225 [deutsche Ausgabe, Berlin 1951, S. 287-294].

68. Der Entwurf des Dekrets über die Reorganisierung der Staatlichen Kontrolle wurde von einer Kommission, der J. W. Stalin, J.M. Swerdlow und andere Genossen angehörten, vorbereitet. Der Entwurf wurde vom Rat der Volkskommissare auf den Sitzungen vom 2. März und 3. April 1919 erörtert. Die Referate über den Entwurf hielt J. W. Stalin. An der Vorbereitung und endgültigen Abfassung des Entwurfs nahm W.I. Lenin unmittelbaren Anteil.
69. Die beiden Dokumente - das erste unter dem Titel „Die Hinrichtung der 26 Kommissare“ und das zweite „Die Zusammenkunft des Generals Thomson mit Herrn Tschaikin am 23. März 1919“ - wurden als Anlagen zu diesem Artikel in den „Iswestija“ vom 23. April 1919 veröffentlicht.
70. „Snamja Truda“ (Das Banner der Arbeit) - Zeitung des Bakuer Komitees der Sozialrevolutionäre, die von Januar 1918 bis November 1919 erschien.
71. „Jedinaja Rossija“ (Das einheitliche Rußland) - Zeitung kadettischer Richtung, die von Dezember 1918 bis Juli 1919 von dem so genannten „Russischen nationalen Komitee der Stadt Baku“ herausgegeben wurde.
72. „Iskra“ (Der Funke) - Zeitung des Bakuer Komitees der Menschewiki, die von November 1918 bis April 1920 erschien.
73. Angesichts der Offensive Judenitschs im Mai 1919 und der entstandenen Gefahr einer Einkreisung und Einnahme Petrograds durch die Weißen wurde J.W. Stalin als außerordentlicher Bevollmächtigter des Verteidigungsrats an die Petrograder Front geschickt. In dem Mandat des Verteidigungsrats vom 17. Mai 1919 hieß es, J.W. Stalin werde in das Petrograder Gebiet und in andere Gebiete der Westfront kommandiert, „um im Zusammenhang mit der an der Westfront entstandenen Lage alle notwendigen außerordentlichen Maßnahmen zu ergreifen“. Am 19. Mai 1919 traf J.W. Stalin in Petrograd ein.
74. Krasnaja Gorka und Seraja Loschadj (Roter Hügel und Grauschimmel) - Forts vor Petrograd. Am 13. Juni 1919 begann die Garnison dieser Forts, die der konterrevolutionären Agitation der mit Sozialrevolutionären und Menschewiki verbundenen Weißgardisten erlegen war, eine Meuterei gegen die Sowjetmacht. Auf Befehl J. W. Stalins gingen am 13. Juni die Schiffe der Baltischen Flotte zu Operationen gegen die Meuterer in See. Gleichzeitig wurde in Oranienbaum eine Gruppe von Küstentruppen formiert, deren Kern Matrosenabteilungen bildeten. Am 14. Juni traf J. W. Stalin in Oranienbaum ein und führte eine Beratung von Vertretern der Kommandostellen der Marine und der Landtruppen, der Kommandeure und Kommissare der Abteilungen und Truppenteile durch. Auf der Beratung wurde der von J. W. Stalin vorgeschlagene Plan angenommen, Krasnaja Gorka durch einen gleichzeitigen Schlag von der Seeseite und vom Lande her einzunehmen. Unter

- unmittelbarer Führung J. W. Stalins, der sich in der Kampflinie befand, führten die Küstengruppe und andere Truppenteile mit Unterstützung der Schiffe der Baltischen Flotte am 15. Juni den Angriff durch. Nach der Zerschlagung der Meuterer im Vorfeld von Krasnaja Gorka nahmen die Sowjettruppen am 16. Juni um 0.30 Uhr das Fort ein. Einige Stunden später wurde auch das Fort Seraja Loschadj eingenommen.
75. „The Times“ - einflussreiche Zeitung der englischen Großbourgeoisie, die seit 1788 in London erscheint; während des Feldzugs Judenitschs rief sie zur Hilfeleistung für ihn auf.
 76. Das Widliza-Werk am Ostufer des Ladogasees war der Hauptstützpunkt der finnischen Weißgardisten, die am Olonezer Abschnitt der Petrograder Front eingesetzt waren. Am 27. Juni 1919 nahmen Truppen der Roten Armee mit Unterstützung der Schiffe der Onegaseeflotte und der Baltischen Flotte durch einen plötzlichen Vorstoß Widliza ein, zerschlugen den Stab der so genannten „Olonezer Freiwilligenarmee“ und eroberten reichhaltige Lager mit Munition, Ausrüstung und Proviant. Die finnischen Weißgardisten wurden hinter die finnische Grenze zurückgeworfen.
 77. Anfang Juli 1919 gingen die polnischen Weißgardisten zur allgemeinen Offensive über und bedrohten die Sowjetrepublik vom Westen her. Das Zentralkomitee der Partei beauftragte J. W. Stalin mit der unmittelbaren Leitung der Westfront. Am 9. Juli 1919 traf J. W. Stalin, der zum Mitglied des Revolutionären Kriegsrats der Westfront ernannt worden war, im Frontstab in Smolensk ein.
 78. Am 26. September 1919 nahm das ZK der KPR(B) den Beschluss an, J. W. Stalin zur Organisation der Zerschlagung Denikins an die Südfront zu schicken. Am 3. Oktober traf J. W. Stalin im Frontstab ein. Der von J. W. Stalin vorgeschlagene Plan zur Zerschlagung Denikins wurde vom Zentralkomitee der Partei angenommen.
 79. Der II. Allrussische Kongress der kommunistischen Organisationen der Völker des Ostens tagte vom 22. November bis zum 3. Dezember 1919 in Moskau. Auf dem Kongress waren etwa 80 Delegierte anwesend - Vertreter der mohammedanischen kommunistischen Organisationen von Turkestan, Aserbaidshan, Chiwa, Buchara, Kirgisien, Tatarien, Tschuwaschien, Baschkirien, des Kaukasus und einzelner Städte (Perm, Wjatka, Orenburg und anderer). Das Referat über die gegenwärtige Lage hielt W. I. Lenin. Der Kongress nahm den Rechenschaftsbericht über die Arbeit des Zentralbüros der mohammedanischen Organisationen der KPR(B) entgegen, erörterte die Frage des Ostens und andere Fragen und umriss die Aufgaben der Partei- und Sowjetarbeit im Osten.
 80. Das Nachwort zu dem Artikel „Zur militärischen Lage im Süden“ schrieb J. W. Stalin anlässlich der Veröffentlichung dieses Artikels in der Zeitschrift „Rewoluzionny Front“ (Die revolutionäre Front), dem Organ des Revolutionären Kriegsrats der Südwestfront und des Ukrainischen Rats der Arbeitsarmee.
 81. Die Ukrainische Arbeitsarmee wurde im Februar 1920 geschaffen. Ihr gehörten Truppenteile an, die von der Südwestfront zur Verwendung beim wirtschaftlichen Aufbau, besonders für Arbeiten an der Wiederherstellung des Donezbeckens, abgegeben worden waren. Zur Leitung der Ukrainischen Arbeitsarmee setzte der Rat der Volkskommissare der RSFSR gemeinsam mit dem Allukrainischen Revolutionären Komitee den Rat der Arbeitsarmee ein, bestehend aus Vertretern der Volkskommissariate für Wirtschaft und des Revolutionären Kriegsrats der Südwestfront unter Vorsitz des Sonder-bevollmächtigten und Mitglieds des Verteidigungsrats, J. W. Stalin.
 82. Die IV. Allukrainische Konferenz der KP(B) der Ukraine fand vom 17. bis zum 23. März 1920 in Charkow statt. An ihr nahmen 278 Delegierte teil. Auf der Tagesordnung der Konferenz standen folgende Fragen: 1. Politischer Bericht und

Organisationsbericht des ZK der KP(B) der Ukraine; 2. Die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Ukrainischen Sowjetrepublik und der RSFSR; 3. Das Verhältnis zu den anderen politischen Parteien; 4. Die Wirtschaftspolitik; 5. Die Bodenfrage und die Arbeit auf dem Lande; 6. Die Lebensmittelfrage; 7. Wahl des ZK der KP(B) der Ukraine und der Delegierten zum IX. Parteitag der KPR(B).

J. W. Stalin nahm an der Konferenz als Vertreter des ZK der KPR(B) teil. Den zentralen Platz auf der Konferenz nahm die Frage der Wirtschaftspolitik ein. Bei der Erörterung dieser Frage wurde der parteifeindlichen Gruppe des „demokratischen Zentralismus“ (Sapronow und anderen), die gegen das Prinzip der individuellen Leitung in der Verwaltung der Industrie auftrat, eine Abfuhr erteilt. Zur Frage der Arbeit auf dem Lande nahm die Konferenz den wichtigen Beschluss an, Vereinigungen der landarmen und landlosen Bauern in der Ukraine (Komitees unbegüterter Bauern) zu gründen. Die Konferenz wählte J. W. Stalin als Delegierten zum IX. Parteitag der KPR(B).

83. Gemeint ist der von deutschen Reaktionären organisierte konterrevolutionäre Umsturz (der so genannte Kapp-Putsch) in Berlin am 13. März 1920. Die Regierung Kapp wurde nach einigen Tagen durch den Generalstreik der Arbeiter vertrieben.
84. Es handelt sich um die Thesen des ZK der KPR(B) zum IX. Parteitag der KPR(B) - „Die nächsten Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus“. Die Thesen wurden in Nr.14 der „Nachrichten des ZK der KPR(B)“ vom 12. März 1920 veröffentlicht.
85. Der VII. Allrussische Sowjetkongress fand vom 5. bis zum 9. Dezember 1919 in Moskau statt. Der Kongress nahm den Bericht W. I. Lenins über die Arbeit des Allrussischen ZEK und des Rates der Volkskommissare entgegen und erörterte die Fragen der militärischen Lage, des sowjetischen Aufbaus, der Ernährungslage, des Brennstoffs und andere. Die vom Kongress zu den Hauptfragen der Tagesordnung angenommenen Beschlüsse (die Resolutionen: „Über die Organisation des Ernährungswesens in der RSFSR“, „Über den sowjetischen Aufbau“, „Über die Organisation der Brennstoffbeschaffung in der RSFSR“) waren den Aufgaben der Organisation der sowjetischen Wirtschaft und der sowjetischen Verwaltung gewidmet.
- Die Resolution der Charkower Konferenz über den wirtschaftlichen Aufbau wurde auf der Charkower Gouvernementskonferenz der KP(B) der Ukraine am 15. März 1920 zum Referat über die Wirtschaftspolitik angenommen.
86. Der IX. Parteitag der KPR(B) tagte vom 29. März bis zum 5. April 1920 in Moskau. Der Parteitag erörterte folgende Fragen: 1. Rechenschaftsbericht des ZK; 2. Die nächsten Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus; 3. Die Gewerkschaftsbewegung; 4. Die Aufgaben der Kommunistischen Internationale; 5. Organisationsfragen; 6. Das Verhältnis zu den Genossenschaften; 7. Der Übergang zum Milizsystem; 8. Wahl des ZK. W.I. Lenin gab auf dem Parteitag den politischen Rechenschaftsbericht des ZK und sprach über den wirtschaftlichen Aufbau sowie über das Genossenschaftswesen. Der Parteitag bestimmte die nächsten wirtschaftlichen Aufgaben des Landes auf dem Gebiet des Verkehrswesens und der Industrie. Besondere Aufmerksamkeit widmete der Parteitag der Frage eines einheitlichen Wirtschaftsplans. Das Kernstück dieses Planes bildete die Frage der Elektrifizierung der Volkswirtschaft. Der Parteitag erteilte der parteifeindlichen Gruppierung des „demokratischen Zentralismus“ (Sapronow, Ossinski und anderen), die gegen die Einführung der individuellen Leitung in der Industrie auftrat, eine Abfuhr.
87. Borotbisten - ukrainische linke Sozialrevolutionäre, die im Mai 1918 eine selbständige Partei gründeten. Sie nannten sich Borotbisten nach dem Namen des Zentralorgans ihrer Partei - der Zeitung „Borotba“ (Der Kampf). Im März 1920 sahen sich die Borotbisten infolge des wachsenden Einflusses der Bolschewiki unter den

- Bauernmassen der Ukraine gezwungen, ihre Partei aufzulösen und sich der Kommunistischen Partei (Bolschewiki) der Ukraine anzuschließen. Die IV. Konferenz der KP(B) der Ukraine fasste einen Beschluss über die Aufnahme der Borotbisten in die Partei, wobei alle Neuaufgenommenen einer Umregistrierung unterworfen wurden. In den folgenden Jahren traten viele Borotbisten, die den Weg der Doppelzüngerei und des Betrugs an der Partei beschritten hatten, an die Spitze des antisowjetischen Kampfes der konterrevolutionären nationalistischen Elemente in der Ukraine und wurden als schlimmste Feinde des ukrainischen Volkes entlarvt.
88. Londoner Parteitag - V. Parteitag der SDAPR, der vom 30. April bis zum 19. Mai 1907 in London stattfand.
 89. Siehe K. Marx, „Thesen über Feuerbach“. „Ausgewählte Schriften“ in zwei Bänden, Bd. I, 1941, S. 382 [deutsch in: Karl Marx und Friedrich Engels, „Ausgewählte Schriften“ in zwei Bänden, Bd. II, Moskau 1950, S. 378].
 90. Siehe W.I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 5, S.319-494 [deutsch in: „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. I, S. 175-324].
 91. Siehe W.I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 7, S. 185-392 [deutsch in: „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. I, S. 325-415].
 92. Diese Worte aus dem Brief von Lassalle an Marx vom 24. Juni 1852 führt W.I. Lenin in dem Epigraph zu dem Werk „Was tun?“ an (siehe W.I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 5, S. 319 [deutsch in: „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. I, S. 175]).
 93. Gemeint sind die drei Parteien, die sich nach der Spaltung der alten deutschen Sozialdemokratischen Partei bildeten: die Sozialdemokratische Partei, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei Deutschlands.
 94. Die Bulyginsche Duma - beratende Vertretungskörperschaft, die die Zarenregierung im Jahre 1905 einzuberufen beabsichtigte. Der Entwurf des Gesetzes über die Einrichtung einer beratenden Reichsduma und die Grundsätze für die Wahlen zur Duma wurden von einer Kommission unter dem Vorsitz des Innenministers Bulygin ausgearbeitet und zusammen mit dem Manifest des Zaren am 6. August 1905 veröffentlicht. Die Bolschewiki erklärten der Bulyginschen Duma den aktiven Boykott. „...die Bulyginsche Duma wurde niemals einberufen. Der revolutionäre Sturm hat sie weggefegt, ehe sie zustande kam...“ (siehe W.I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 23, S. 239 [deutsch in: W. I. Lenin, „Ein Vortrag über die Revolution von 1905“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 16]).
 95. Siehe W.I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 9, S. 1-119 [deutsch in: „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. I, S. 419-532].
 96. Siehe W.I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 10, S. 175-250 (russ.).
 97. Die Broschüre „Die Aufgaben der russischen Sozialdemokraten“ wurde von W.I. Lenin Ende 1897 in der Verbannung geschrieben. Die erste Ausgabe der Broschüre mit einem Vorwort von P. Axelrod wurde 1898 in Genf von dem „Bund russischer Sozialdemokraten“ herausgegeben (siehe W.I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 2, S. 299-326 [deutsch in: „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. I, S.152-171]).
 98. Tammerforscher Konferenz - erste Konferenz der Bolschewiki, die vom 12. bis zum 17. Dezember 1905 stattfand. Auf der Konferenz trafen sich W.I. Lenin und J. W. Stalin zum ersten Mal persönlich. Bis dahin unterhielten sie durch Briefe oder durch Genossen Verbindung miteinander.
Auf der Tagesordnung der Konferenz standen folgende Fragen: 1. Berichte der Ortsorganisationen; 2. Referat über die gegenwärtige Lage; 3. Organisationsbericht des ZK; 4. Über die Vereinigung beider Teile der SDAPR; 5. Über die Reorganisierung der Partei; 6. Die Agrarfrage; 7. Über die Reichsduma.

Die Referate über die gegenwärtige Lage und zur Agrarfrage, ferner eine Rede über die Frage der Stellung zur Witteschen Duma hielt W.I. Lenin. J. W. Stalin gab auf der Konferenz einen Bericht über die Arbeit der Transkaukasischen Organisation der Bolschewiki und hielt eine Rede zur Verteidigung der Leninschen Taktik des aktiven Boykotts der Duma. Die Konferenz nahm einen Beschluss über die Wiederherstellung der Einheit der faktisch in zwei Parteien gespaltenen Partei und die von W. I. Lenin vorgeschlagene Resolution zur Agrarfrage an. J. W. Stalin nahm gemeinsam mit W.I. Lenin an der Arbeit der Kommission zur Ausarbeitung der Resolution über die Stellung zur Duma“ teil. In dieser Resolution rief die Konferenz die Partei und die Arbeiterklasse zum Boykott der Duma auf und schlug allen Parteiorganisationen vor, die Wahlversammlungen weitgehend zur Erweiterung der revolutionären Organisation des Proletariats und zur Agitation für den bewaffneten Aufstand in allen Schichten des Volkes auszunutzen.

99. Gemeint ist der diplomatische Notenwechsel, dessen Anlass die Note des englischen Außenministers Curzon an den Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten der RSFSR vom 11. April 1920 war. In dieser Note bot Curzon der Sowjetregierung die völlige Kapitulation Wrangels und seiner Truppen auf der Krim unter der Bedingung einer Amnestie an. Über diesen Notenwechsel siehe auch den vorliegenden Band.
100. Die Konferenz der Ententemächte in San Remo (Italien) fand vom 19. bis zum 26. April 1920 statt. Auf der Konferenz wurden die Frage der Erfüllung des Versailler Friedensvertrags durch Deutschland, der Entwurf eines Friedensvertrags mit der Türkei und andere Fragen erörtert.
101. „Krasnoarmejez“ (Der Rotarmist) - täglich erscheinende Rotarmistenzeitung der Politischen Abteilung des Revolutionären Kriegsrats der XVI. Armee der Westfront, die vom 20. März 1919 bis zum 15. Mai 1921 herauskam.
102. Auf dem Entwurf des betreffenden Briefes befindet sich ein für den Sekretär des ZK der KPR(B) bestimmter Vermerk W.I. Lenins, in dem es heißt: „Ich bin für die sofortige Versendung, da die Sache unanfechtbar ist.“ Der Brief wurde in der zweiten Julihälfte 1920 vom Zentralkomitee an die Parteiorganisationen versandt.
103. WOCHR-Truppen - Truppen für den inneren Schutz der Republik; sie dienten in den Jahren 1919 und 1920 im Hinterland und in frontnahen Gebieten dem Schutz der Städte, Werke, Eisenbahnlinien, Lager und anderer Objekte.
104. Der Artikel „Marxismus und nationale Frage“ (siehe J. W. Stalin, „Werke“, Bd. 2, S. 290-367 [deutsche Ausgabe, S. 266-333]) wurde von J.W. Stalin Ende 1912 bis Anfang 1913 in Wien geschrieben; zum ersten Mal veröffentlicht wurde er mit der Unterschrift K. Stalin in den Nummern 3 bis 5 der Zeitschrift „Prosweschtschenije“, Jahrgang 1913, unter dem Titel „Nationale Frage und Sozialdemokratie“.
- „Prosweschtschenije“ (Die Aufklärung) - bolschewistische Monatsschrift, die von Dezember 1911 bis zu ihrem Verbot durch die Zarenregierung im Juni 1914 in Petersburg erschien. Im Herbst 1917 wurde noch eine Doppelnummer herausgegeben. Die Arbeit der Zeitschrift wurde von W.I. Lenin geleitet. Während seines Aufenthalts in Petersburg gehörte J. W. Stalin zu den nächsten Mitarbeitern der Zeitschrift.
105. Der Artikel „Der Oktoberumsturz und die nationale Frage“ (siehe den vorliegenden Band) wurde in Nr. 1 der „Shisn Nazionalnostej“ vom 9. November 1918 veröffentlicht.
- Die Zeitung „Shisn Nazionalnostej“ (Das Leben der Nationalitäten), das Organ des Volkskommissariats für die Angelegenheiten der Nationalitäten, erschien wöchentlich vom 9. November 1918 bis zum 16. Februar 1922 in Moskau. Ab 25. Februar 1922 wurde die Zeitung zu einer Zeitschrift umgestaltet, die unter demselben Titel bis Januar 1924 erschien.
106. Siehe den vorliegenden Band.

107. Das Aktions- und Propagandakomitee oder der Rat für Propaganda und Aktionen der Völker des Ostens wurde auf dem I. Kongress der Völker des Ostens im September 1920 in Baku geschaffen. Die Aufgabe des Komitees war die Organisierung der Propaganda, die Unterstützung und Vereinigung der Befreiungsbewegung im Osten. Es existierte etwa ein Jahr.
108. Am 14. September 1920 trafen unter dem Aushängeschild einer „sozialistischen Delegation“ Führer der II. Internationale (Vandervelde, MacDonald, Renaudel und andere) in Georgien ein. K. Kautsky, der als einer der Führer der „Delegation“ galt, kam am 30. September in Tiflis an. Die Menschewiki bereiteten der „Delegation“ und Kautsky einen feierlichen Empfang. Nach zwei Wochen fuhr die „Delegation“ nach Westeuropa zurück, Kautsky aber blieb bis Dezember 1920 in Tiflis.
109. Gemeint sind die Worte aus der Verteidigungsrede Luthers auf dem Reichstag zu Worms (1521), wo Luther von der katholischen Kirche aufgefordert wurde, sich von seiner Lehre loszusagen (siehe D. Martin Luthers Werke. Kritische Gesamtausgabe, Weimar 1897, Band 7, S.838).
110. Der Kongress der Völker Daghestans fand am 13. November 1920 in Temir-Chan-Schurah statt. Auf dem Kongress waren etwa 300 Delegierte anwesend. Nach der Erklärung der Autonomie Daghestans durch J. W. Stalin hielt G. K. Ordshonikidse auf dem Kongress eine Begrüßungsrede. Der Kongress nahm eine Resolution an, in der er die Unverbrüchlichkeit des Bündnisses der Völker Daghestans mit den werktätigen Völkern Sowjetrußlands verkündete.
111. Der Kongress der Völker des Terekgebiets fand am 17. November 1920 in Wladikawkas statt. Auf dem Kongress waren mehr als 500 Delegierte anwesend. An der Arbeit des Kongresses nahmen G. K. Ordshonikidse und S. M. Kirow teil. In der Resolution zu dem Referat J. W. Stalins brachte der Kongress die Überzeugung zum Ausdruck, dass „die Autonomie die Bande der Brüderlichkeit, die die werktätigen Massen des Terekgebiets mit Sowjetrußland verbinden, noch mehr stärken wird“.
112. Vertrag von Sèvres - Friedensvertrag, den die Entente der Türkei, Deutschlands Verbündeten im ersten Weltkrieg, diktiert hatte; unterzeichnet am 10. August 1920 in Sèvres (bei Paris). Die knechtenden Bedingungen dieses mit der Regierung von Konstantinopel abgeschlossenen Vertrags machten der Unabhängigkeit der Türkei faktisch ein Ende.
113. Die vierzehn Punkte Wilsons - von dem Präsidenten der USA Wilson im Januar 1918 aufgestelltes Friedensprogramm. In einem der Punkte wurde von der Garantie der Unabhängigkeit und Integrität sowohl der großen als auch der kleinen Staaten gesprochen.

ENDE BAND 4